Montag, 27. Februar 1984 - D ✱✱

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 49 - 9.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

SPD braucht Zeit: Bevor sich für die SPD die Frage stelle, ob und in welcher Form sie wieder einen Partner bekommen werde, mit dem sie eine regierungsfähige Mehrheit bilden könne, müsse die Partei wieder stärker werden, erklärt der SPD-Vorsitzende Brandt im Gespräch mit der WELT. Die SPD dürfe Kanzler Kohl nicht unterschätzen.

Kissinger: Der ehemalige US-Außenminister fordert in einem Artikel für „Time" eine verstärkte Verantwortung der europäischen NATO-Staaten für die Verteidigung des Kontinents. (S. 1)

Golf-Krieg: Iranische Truppen haben im zentralen Frontabschnitt erneut Vorstöße gegen irakische Stellungen versucht. Inzwischen mehren sich die Luftangriffe auf Städte. Ägypten fordert, die Waffenlieferungen nach Iran weltweit einzustellen.

Kein Alleingang: Bundeskanzler Kohl und Präsident Mitterrand haben bei ihrer Begegnung in Paris einen französisch-deutschen Alleingang zur Lösung der EG-Krise abgelehnt.

Schweigen um Stophs Nichte: Die Bundesregierung lehnt jede Stellungnahme zu der Flucht der Nichte von „DDR"-Ministerpräsident Stoph in die Botschaft der Bundsrepublik Deutschland in Prag ab. (S. 1,2 und 4)

Koch in Berlin: Die Vorstellung sei unerträglich, daß die Untaten „der Nazis, die Deutsche waren", von „Arabern mit deutschen Waffen" fortgeführt werden könnten, erklärt der Bürgermeister von New York bei einem Besuch in Berlin. (S. 3)

SPD in Ost-Berlin: Man habe nicht versucht, „irgendwelche politischen Einheitsfront-Geschichten zu machen", sondern es sei „wirklich eine Diskussion über die Probleme der Arbeit" gewesen, berichtet Professor Loewenthal im Gespräch mit der WELT über den Besuch der SPD-Grundwertekommission. (S. 5)

FDP-Medienpapier: Die Medienkommission der Freien Demokraten hat einen „Grundsatzkatalog 1984 zu den neuen Medien" beschlossen. Das Zehn-Punkte-Papier ist eine Präzisierung der Godesberger Leitlinien von 1979. (S. 1)

Autobahngebühren: Für das Befahren der Autobahnen in der Schweiz wird künftig eine Maut erhoben, beschlossen die Bürger in einer Volksabstimmung.

Heute: Bundestagspräsident Barzel besucht die Niederlande. – Genscher beim EG-Außenministertreffen in Paris. – US-Staatssekretär Burt in Bonn. – Dritte Runde der EG-Agrarverhandlungen.

ZITAT DES TAGES



„Wer nur auf die 35-Stunden-Woche setzt, sie auf einen Schlag und flächendeckend durchsetzen will, wirkt wie eine Dampfwalze auf Schneeglöckchen"

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm bei der Eröffnung der Frankfurter Messe zur Wirkung der Wochenarbeitszeitverkürzung auf den Wirtschaftsaufschwung (S. 11) FOTO: POPP/DPA

WIRTSCHAFT

US-Aktien: Nach nahezu sieben Wochen, in denen der Dow-Jones-Industrie-Index 152 Punkte verlor, schoß in nur wenigen hektischen Börsenstunden das Barometer von 30 hochkarätigen Wachstumswerten um 30,47 auf 1165,10 Punkte in die Höhe. (S. 11)

Citroën nach China: Der französische Autohersteller Citroën verhandelt derzeit mit China über zwei Projekte. In Konkurrenz zur Volkswagenwerk AG offeriert Citroën die Lizenz zum Bau des Modells BX im Werk Shanghai, an das VW die Lizenz zum Bau des Santana geben will und man verhandelt über ein gemeinsames Motorenprojekt in Nanking.

Bayer: Um etwa 6,5 Prozent auf reichlich 37 Mrd. DM hat die Bayer AG, Leverkusen, 1983 ihren Weltumsatz gesteigert, darin den AG-Umsatz um rund 10 Prozent auf 14,6 Mrd. DM mit 63,1 (62,6) Prozent Exportanteil. (S. 13)

KULTUR

Schelsky gestorben: *Der Soziologe* und politische Schriftsteller Helmut Schelsky ist am Wochenende in Münster gestorben. Seinen Ruf begründete er mit „Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart" (1953) und „Die skeptische Generation" (1953); er gehörte zu den Gründern der Universität Bielefeld und hatte zuletzt den Lehrstuhl für Rechtssoziologie in Münster inne. (S. 17)

Protest gegen Schulreform: Rund 400 000 Menschen haben am Wochenende in Lille gegen Pläne der sozialistischen Regierung protestiert, die (überwiegend katholischen) „freien Schulen" stärker durch den Staat zu kontrollieren. *In Madrid* demonstrierten Zehntausende gegen Pläne der Regierung zur Neuordnung der Privatschulen mit entsprechender Zielsetzung.

SPORT

Handball: Der VfL Gummersbach kann kaum noch das Finale im Europacup der Landesmeister erreichen, nach dem 14:14 gegen Dukla Prag in Dortmund. (S. 7)

Fußball: Dieter Hoeneß schoß im Spiel Bayern München gegen Braunschweig (6:0) fünf Tore in 25 Minuten. (S. 8)

Tennis: Die deutsche Nationalmannschaft unterlag Argentinien im Davis-Pokal. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Alt-Paris: Die Stadtväter von Paris haben einen Katalog schutz- *und erhaltungs*würdiger Bauten erstellen lassen, um den Charme der Seine-Metropole aus vergangenen Jahrzehnten zu wahren. Anders als beim konventionellen Denkmalschutz stehen hier Bistros, Cafés, und alte Wein-Depots ganz vorn an. (*S. 18*)

Großfeuer: Mindestens 70 Menschen kamen bei einem Brand im Elendsviertel am Rande der Industriestadt Cubatao ums Leben. Eine Öl-Pipeline in der Nähe war explodiert; das brennende Öl verteilte sich rasch über die Siedlung.

Wetter: Bedeckt, vielfach neblig trüb. Ein bis fünf Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Brandt warnt die SPD, den Kanzler zu unterschätzen

In einem WELT-Gespräch: „Marktorientierung bleibt von zentraler Bedeutung"

PETER PHILIPPS, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt versucht, seine Partei darauf einzustimmen, daß eine erneute Regierungsübernahme in Bonn noch lange nicht absehbar ist. In einem WELT-Gespräch sagte er, daß er seine Parteifreunde „immer davor gewarnt habe, den Bundeskanzler Helmut Kohl zu unterschätzen". Das Ansehen des Kanzlers und der Regierung sei in den Meinungsumfragen unverändert stabil, auch wenn „wir ja noch nicht in der Situation sind, in der auch in den Köpfen der Bürger summiert wird". Der SPD fehle, um einen Partner zur Regierungsbildung zu finden, noch die Kraft. Die hessische Zusammenarbeit mit den Grünen sei jedenfalls kein Modell für Bonn.

Brandt ging auch auf die Affäre Wörner/Kießling ein, die „in der Tat eine Menge kritischer Fragen ausgelöst hat, zum Beispiel auch in den Reihen der Bundeswehr". Aber, so erkennt der SPD-Vorsitzende an, dem Kanzler „ist es dann doch gelungen, zu erscheinen als einer, der hier um gerechte Lösungen bemüht ist: Der eine wird rehabilitiert, der andere kriegt eins auf den Deckel." Diese Behandlung des Vorgangs sei „vielen im Lande wohl doch als durchaus raisonabel oder sogar akzeptabel erschienen".

Seine eigene Partei habe jetzt in der Opposition eine „Menge aufzuarbeiten". Eine erste, große Gelegenheit sei dazu der Bundesparteitag vom 17. bis 21. Mai in Essen. Dabei müsse im Zentrum stehen, „welches sind die Themen, auch die Form ihrer Behandlung, auf die die SPD achten muß, damit sie wieder als mehrheitsfähige Partei im Lande erscheint". Es gehe um die Überlegung, „wo muß die SPD sich selbst ernste Fragen stellen, weil man ihr nicht so viel zutraut – nicht nur im wirtschaftlichen, auch in anderen Bereichen". Er sehe seine Hauptaufgabe, auch in Essen, darin, zu versuchen, hier „Hinweise und Anstöße zu geben".

Bevor sich für die SPD die entscheidende Frage stelle, „ob und in welcher Form es wieder einmal einen Partner gibt", um in Bonn erneut die Mehrheit und damit die Regierung zu erreichen, „muß sie selbst stärker sein". Zwar sei seine Partei aus dem Tief der letzten Bundestagswahl heraus, wenn jetzt gewählt würde, läge die SPD wieder über 40 Prozent; aber, so Brandt, die Sozialdemokraten müßten „erst wieder sehr deutlich über 40 Prozent liegen, bevor das interessant werden kann". Selbst 42 Prozent seien noch zu wenig „für diese Überlegungen, die ich jetzt bewußt unklar anstelle".

Der SPD-Vorsitzende betonte jedenfalls, daß die in Hessen von Ministerpräsident Holger Börner eingeleitete Zusammenarbeit mit den Grünen „kein Modell ist für Bonn, auch nicht für Nordrhein-Westfalen", wo die SPD die absolute Mehrheit anstrebe und deshalb „keine Kräfte vergeuden" werde. Hessen sei allerdings insofern doch ein Modellfall, als man diese Zusammenarbeit mit den Grünen „in dem einen oder anderen Beispiel vor Ort eben auch nicht vom Grundsatz her ausschließen kann, weil man sich sonst völlig jeder Handlungsfähigkeit begibt". Welche Partner-Überlegungen dann für den Bund eine Rolle spielen könnten, „das überlasse ich Ihrer und anderer Phantasie", sagte Brandt.

Im übrigen: Wer könne den wissen, was „aus dieser grünen Gruppierung von jetzt an in zwei Jahren geworden" sei. Niemand könne heute vorhersagen, ob „sich das dann doch

■ Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Einsichten

MANFRED SCHELL

Die Wegweisungen, die Willy Brandt seiner Partei gibt, sind überraschend und bemerkenswert. Er holt damit so manche in der SPD auf den Boden der politischen Realitäten zurück. Die SPD, so sagt Brandt offen, ist noch zu schwach, um – gleich in welcher Konstellation – wieder als Regierungspartner interessant zu sein. Und: „Unterschätzt diesen Bundeskanzler Kohl nicht!" – so lautet seine zweite Botschaft. Hoffnungen auf einen schnellen Verschleißprozeß der Regierung Kohl hält Brandt zumindest für verfrüht. Brandt kennt Kohl wie kein anderer aus der Führung der SPD. Er hat ein ordentliches Verhältnis zum Kanzler, auf jeden Fall ein viel besseres als Oppositionsführer Vogel. Brandt erkennt in Kohl einen Politiker, der, ähnlich wie er selber, ein Gespür für Mehrheitsstimmungen in der Bevölkerung hat. Ausdrücklich attestiert Brandt dies dem Kanzler für die Behandlung des Falles Kießling/Wörner.

Nach dem Rückzug von *Schmidt und Wehner ist Brandt* die alleinbestimmende Kraft in der SPD. Deutlicher als zuvor markiert er jetzt die Positionen. Es fällt auf, daß er auf Distanz zu den Grünen geht und ihnen nicht mehr zutraut, daß er mit ihrer Hilfe bundesweit die Mehrheit „diesseits" der Union bewerkstelligen kann. Sie sind für ihn nur noch Partner im lokalen Bereich. Anders kann seine Erklärung, Hessen ist kein Modell für Bonn, nicht gewertet werden. Er möchte die grünen Wähler, aber nicht die grüne Partei.

Brandt will die SPD wieder berechenbar und kompetent für breite Schichten der Bevölkerung machen. Er weiß, daß er ansonsten im Bereich von 40 Prozent steckenbleibt. Nicht von ungefähr drängt er auf die überfällige Kursbestimmung der SPD in der Wirtschaftspolitik und zieht zugleich als Markierung das Bekenntnis zur Marktwirtschaft mit ein. Brandt ist in diesem Punkt Realpolitiker. Verstaatlichungsdiskussionen in einer Zeit, in der die Marktwirtschaft ihre Kraft in einem Wirtschaftsaufschwung zu beweisen beginnt, wären politisch töricht.

Auch wenn Willy Brandt noch nicht über seinen Abschied nachdenken mag, so ist doch erkennbar, daß er sein Feld bestellt. Er will, wie sein Vorbild August Bebel, den Kurs der SPD langfristig bestimmen. Als Vorsitzender der Programmkommission hätte er, der über 70 ist, auch dann das Instrument dafür, wenn er nicht mehr Parteivorsitzender sein sollte.

Kissinger will neue NATO-Struktur

Europäer als Oberbefehlshaber / Bei Uneinigkeit Abzug bis zur Hälfte der US-Truppen

AP/rtr, New York

Der frühere amerikanische Außenminister Henry Kissinger hat eine „Neukonstruktion" des Nordatlantikpaktes mit dem Ziel empfohlen, den europäischen Staaten eine größere Verantwortung für die Verteidigung ihres Kontinents zu übertragen. In einem Beitrag für die neueste Ausgabe des amerikanischen Nachrichtenmagazins „Time" plädiert Kissinger ferner dafür, den traditionell von den Vereinigten Staaten besetzten Posten des NATO-Oberkommandierenden an einen Europäer abzugeben und statt dessen den bisher von Europa beanspruchten Posten des NATO-Generalsekretärs mit einem Amerikaner zu besetzen.

„Beispiellose und störende" Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und ihren Verbündeten in der NATO hätten zu einer „überaus gefährlichen Situation" geführt, schreibt Kissinger. Er fordert eine größere Einigkeit unter den Bündnispartnern über die politischen Ziele und schlägt eine Neugruppierung der NATO-Truppen vor, mit der den europäischen Staaten eine größere Last der gemeinsamen Verteidigung auferlegt werden solle.

SEITE 2:
Kissingers Warnschuß

Falls eine solche Vereinbarung nicht erreicht werden könne, sollten die USA „vielleicht bis zur Hälfte" ihrer in Europa stationierten Streitkräfte abziehen, meinte Kissinger. Für ideal würde es er halten, wenn sich die Europäer bereitfänden, ihre Truppen in Europa zu verstärken, während die Stärke der US-Verbände in Europa gleich bleibe. Falls sich Europa aber selbst zu einer ständigen Unterlegenheit in der konventionellen Verteidigung verurteile, hätten die Amerikaner keine andere Wahl, als sich für eine strategisch und politisch sinnvollere Stationierung ihrer Truppen zu entscheiden. Ferner schlug Kissinger vor, daß die westlichen Delegationen bei den Verhandlungen über Mittelstreckensysteme (INF) und über einen Truppenabbau in Europa (MBFR) von Europäern geleitet werden sollten.

Kissinger tritt für die Bildung eines Ausschusses ein, der sich mit den strittigen Fragen innerhalb der NATO und der Neukonstruktion der Allianz befassen soll. Dieser Ausschuß solle jedoch erst nach den US-Präsidentschaftswahlen geschaffen werden. Für die Auseinandersetzungen in der NATO macht Kissinger zu einem großen Teil „Neutralisten, Pazifisten und Neu-Isolationisten" verantwortlich.

„Sackgasse" – so hieß es am Brennerpaß

DW. Bonn

„Aussichtslos", „Sackgasse", „Schnauze voll" – an starken Worten mit einem anklagenden Unterton mangelt es nicht am Brennerpaß. „Endlich muß einmal Schluß gemacht werden mit dieser erbärmlichen Situation", meint ein deutscher Fahrer, der wie seine Kollegen seit einer Woche auf dem 1370 Meter hohen Paß aushält und „bis heute, vielleicht auch länger noch" hier bleiben will. Die Forderungen der Transportunternehmer: keine Verschleppung der Abfertigung durch Mehrfachkontrollen, strikte Anwendung der EG-Kontrollnormen, die eine rasche Abfertigung garantieren, längere Öffnungszeiten für ein- und ausfahrende Lkw und schließlich die Priorität für die Kontrolle der Lkw-Ladungen und die Einstellung der verzögernden Kontrollen von Führerschein, Versicherungsscheinen und Pässen.

Doch die Zustände am Brenner sind nicht von heute auf morgen veränderbar. Auf italienischer Seite werden auf drei Spuren Pkw, Busse und Lastwagen abgefertigt. Im Einsatz sind, wenn sie nicht streiken, 36 italienische Zollbeamte. Der Paß ist zu einer der wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen und -Versorgungswege geworden – eine Lage, der Österreich mit 170 Beamten und sieben Straßenspuren Rechnung getragen hat.

Die Regierung in Rom hatte nach einer Sondersitzung am Samstagnachmittag lediglich die Bildung einer Sonderkommission vorgeschlagen.

Seite 18: Sitzung des Krisenstabs

Nichte von Stoph aus der „DDR" geflohen

AP/dpa, Bonn

Die Bundesregierung hat bislang keine Einzelheiten über die Flucht der Nichte von „DDR"-Ministerpräsident Willy Stoph und ihrer Familie in das Botschaftsgebäude der Bundesrepublik Deutschland in Prag bekanntgegeben. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher erklärte, solche Fälle müßten mit äußerster Diskretion behandelt werden. Nach einem Bericht von „Bild am Sonntag" hatte die Nichte von Stoph namens Ingrid Berg mit Ehemann Hans-Dieter, Schwiegermutter Olga und den Kindern Jens (7) und Simone (3) in der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Prag Zuflucht gesucht. Sie weigerte sich, mit ihrer Familie das Missionsgebäude wieder zu verlassen, bevor sie nicht eine verbindliche Zusage für ihre Ausreise in die Bundesrepublik habe.

SEITE 2:
Die Rechtslage in den Botschaften
SEITE 4:
Weitere Beiträge

Der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, der dies bestätigte, teilte mit, die Bundesrepublik bemühe sich durch anwaltschaftliche Vermittlung um eine Lösung. Nach Informationen von „Bild am Sonntag" soll während des ganzen Samstages zwischen Bonn, Prag und Ost-Berlin über das weitere Schicksal der Flüchtlinge verhandelt worden sein. Wie die „Welt am Sonntag" meldet, sollen sich neben der Familie Berg noch drei weitere Mitteldeutsche in der Prager Botschaft der Bundesrepublik aufhalten.

Neue Medien: FDP beschloß Grundsätze

Gewinnorientierung jetzt unbestritten / Kritik an Unklarheit über Verkabelungspläne

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Medienkommission der Freien Demokraten hat einen „Grundsatzkatalog 1984 zu den neuen Medien" beschlossen. Das Zehn-Punkte-Papier ist eine Präzisierung der Godesberger Leitlinien von 1979. Es soll nach WELT-Informationen jetzt dem FDP-Vorstand zur Beratung zugehen.

Die von dem Gremium vorgenommene Konkretisierung war notwendig geworden, weil mit den Leitlinien nicht ein durchgängig einheitliches Ziel deutlich geworden war. So waren in der FDP bisher die Meinungen darüber auseinandergegangen, ob private Rundfunk- und Fernsehbetreiber abzulehnen seien, sie einen Fortschritt bringen würden und ob sie kommerzielle Ziele verfolgen dürften.

Jetzt sei für die Liberalen „unbestritten", daß die neuen Medien einerseits neue Arbeitsplätze brächten und andererseits auch gewinnorientiert sein dürften. Die Medienkommission betont, daß der freie Empfang drahtlos ausgestrahlter Informationen „durch niemanden behindert" werden dürfe. Deshalb gäben die Liberalen dem vom Bürger direkt über eigene Antennen empfangbaren Satelliten-Programm den Vorzug vor dem zwischen Satellit und Empfänger zwischengeschalteten Kabelsystem. Für die öffentlich-rechtlichen Anstalten wird eine Art Bestandsgarantie abgegeben. Es wird gefordert, daß sie sich weiter aus Teilnehmergebühren sowie den Einnahmen aus den „bestehenden" Werbezeiten finanzieren sollen.

Die Kommission bekräftigt, daß neben dem herkömmlichen Rundfunk und der privaten Presse als „dritte Säule" auf der Basis von Ländergesetzen Kabelanstalten treten sollen. Sie sollen als öffentlich-rechtliche Anstalten installiert und ihre Gremien „so staatsfern wie möglich" sein. Keinerlei Vorbehalte gibt es gegenüber lokalen Hörfunknetzen.

Erstmals fordern die Freien Demokraten eine gesetzliche Begrenzung der Werbezeiten. Sie sollen pro Stunde höchstens 20 Prozent betragen und ausschließlich in Blöcken zwischen den Sendungen ausgestrahlt werden. Zulassungen sollen untersagt werden können, wenn die Gefahr eines Meinungsmonopols besteht.

Deutliche Kritik wurde während der Beratungen an Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) geübt. Ihm war unter anderem vorgeworfen worden, bisher keine Klarheit über die Verkabelungspläne der Post geschaffen zu haben. Deshalb verlangt die FDP von der Post, ihre Vorstellungen auch zu den Kommunikationssatelliten offenzulegen.

Unternehmer wagen wieder das Risiko

PETER GILLIES, Bonn

In der deutschen Unternehmerschaft wachsen Selbstvertrauen, Aufbruchstimmung und Risikobereitschaft auf ganz ungewöhnliche Weise. Dieser Wandel kommt noch in keiner Statistik zum Ausdruck. Eine neue „Jetzt-erst-recht-Mentalität" straft die Vorurteile von Bequemlichkeit und Risikoscheu Lügen. Gerhard Kienbaum, Chef einer der größten Unternehmensberatungsgesellschaften Europas, kennzeichnet den Wandel in einem Gespräch mit der WELT so: „Der Pendelschwung ist ganz augenfällig. Leider ist diese erstaunliche Nachricht für die Öffentlichkeit nicht interessant".

Für Kienbaum ist die Frage nach dem Aufschwung beantwortet: Er ist voll im Gange. Im statistischen Bild werde das noch nicht sichtbar. Den Auftragseingang aus dem In- und Ausland nennt er „teilweise frappierend". Noch wichtiger aber sei die umgeschlagene Stimmung in den Chefetagen: „Der Mut – oder auch mehr Zwang –, Innovationen zu wagen oder Märkte zu festigen und zu entwickeln, ist gewachsen". Die schweren Standort- und Kostenhypotheken belasten die deutsche Wirtschaft immer weniger, was ihre Wettbewerbsposition verbessert.

Freilich, so schränkt Kienbaum ein, gelte das nicht für alle Branchen. Die Grundstoffindustrien hätten es weit schwerer. Der Umschwung in der Verarbeitung falle dagegen deutlicher aus. Auch heute noch erweise sich mancher Kostenblock als „tödlich".

„Die Unternehmer haben eingesehen, daß es sinnlos ist, an der Klagemauer zu weinen", meint der Unternehmensberater. Sie entdeckten jetzt „die Hilfe an der Verlängerung ihres eigenes Arms". Viele „pfeifen darauf, das Heil vom Staat zu erwarten". Nach Jahren der Resignation arbeiteten sie nun am „Timing ihrer Revitalisierung", wie Kienbaum es ausdrückt. Das Pauschalurteil, Unternehmer seien bequem und risikoscheu, sei nie zutreffend gewesen, derzeit weniger denn je.

Taucht ein neues Selbstbewußtsein nicht in jeder Konjunkturbelebung auf? Kienbaum glaubt einen „veränderten Ansatz" zu erkennen. Heute dominiere das Gefühl „Wir können es schaffen, auch wenn es nicht boomt". Vor allem auf den Mittelstand treffe die „Jetzt-erst-recht-Haltung" zu. „Nach *einem Pessimismus von zwölf* Jahren beginnt sich die innere Einstellung einfach zu ändern".

Auf die Frage, ob der Staat diesen Trend ausreichend unterfüttere, antwortet Kienbaum vorsichtig: „Einige Töne aus der Wirtschaftspolitik klingen ermutigend", meint er. Dagegen seien Debatten über Steuererhöhungen sowie der „mangelnde Mut, Subventionen abzubauen", der Motivation eher abträglich.

An das Führungspersonal in den Chefetagen würden heute „unzweifelhaft höhere Anforderungen" gestellt. Die Personalberater zwar spürten einen deutlichen Anstieg an Suchaufträgen für Spitzenpositionen, mehr noch aber fahnde man nach einer neuen Qualität. Ein Spit*zenjob sei heute stärker als früher* internationalisiert, die Meßlatte an Ertragsorientierung und Führungsqualifikation sei höher angelegt.

In einer „Starbranche" wie dem Deutschen Maschinenbau gebe man sich nicht mehr damit zufrieden, daß ein Spitzenmann vor den „politisch machbaren Grenzen" oder vor Mar-

● Fortsetzung Seite 10

Zia erneuert Angebot zur Vermittlung im Golfkrieg

Bei schweren Kämpfen fielen Tausende Iraner und Iraker

rtr/AFP, *Bagdad/Teheran*

In dem seit 41 Monaten andauernden Golf-Krieg haben sich Iran und Irak am Wochenende eines der schwersten Gefechte geliefert. Beide Seiten berichteten gleichermaßen von Tausenden Toten an der Südfront. In Islamabad bot der pakistanische Präsident Ziaul Haq erneut eine Vermittlung im Golf-Krieg an. Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak forderte in Kairo alle ausländischen Mächte zur Einstellung der Waffenlieferungen an Iran auf. Nach Berichten westlicher Korrespondenten verlief in Irak der Verkehr auf der Hauptstraße Bagdad-Basra normal, obwohl Teheran von Kämpfen um diese Verkehrsschlagader berichtet hatte.

Die irakische Luftwaffe flog nach offiziellen Angaben allein am Samstag an der Südfront 281 Einsätze. Zwei iranische Kampfflugzeuge sowie sieben Hubschrauber seien abgeschossen worden. Iranische Flugzeuge griffen in dem größten Vergeltungsschlag seit Kriegsbeginn insgesamt acht irakische Städte im Norden, *im Süden und im Zentrum* des Landes an, wobei es nach Berichten aus Bagdad 16 Tote und 37 Verletzte gab. Nach Ansicht politischer Beobachter deutet der Einsatz der iranischen Luftwaffe darauf hin, daß sich die militärische Führung in Teheran zu einer letzten Offensive entschlossen hat, um den Krieg gegen Irak zu gewinnen.

Im irakischen Fernsehen wurden die Leichen Tausender iranischer Soldaten im Gebiet nordöstlich der irakischen Hafenstadt Basra gezeigt. Ein irakisches Militärkommuniqué besagte, innerhalb von 24 Stunden seien bei den Kämpfen fast 7000 Iraner getötet worden.

Teheran teilte mit, iranische Soldaten hätten seit Beginn der jüngsten Offensive am vergangenen Mittwoch 6500 Iraker getötet. Iranische Artillerie habe die Städte Basra sowie die grenznahen Orte Chanakin und Mandali unter Beschuß genommen. Dabei seien drei Menschen getötet und 16 verletzt worden. Die iranische Luftabwehr habe sechs Kampfhubschrauber des Gegners abgeschossen.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Kissingers Warnschuß

Von Cay Graf Brockdorff

Jetzt ist geschehen, was Beobachter seit einiger Zeit erwartet haben: Einer der prominentesten Amerikaner, zwar nicht Mitglied der Regierung, ihr aber nahestehend, tritt mit ungewöhnlich scharfer Kritik an den Europäern hervor. Der Zeitpunkt für die Attacke Henry Kissingers, das sollte beachtet werden, liegt unmittelbar vor dem bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers beim amerikanischen Präsidenten.

Niemand sollte darauf spekulieren, daß Kissinger in einer Laune seiner Verärgerung Luft gemacht habe und daß man wieder zur Tagesordnung übergehen könne. Auch wenn das offizielle Washington abwiegeln sollte, Kissinger hat ein gewachsenes Unbehagen in Amerika artikuliert. Weniger der Ärger über materielles Unvermögen Europas als Unverständnis für den Hochmut der Europäer ist der Anlaß.

Amerika ist zutiefst irritiert, wenn Europäer, insbesondere aber die Deutschen, mit denen die Verteidigung Westeuropas steht oder fällt, einen Ton anschlagen, als hätten die Europäer andere Interessen im Bündnis als die Amerikaner. Europäische Sprecher wie Helmut Schmidt beklagen das Fehlen einer globalen amerikanischen Strategie gegenüber der Sowjetunion, als ob die Erhaltung von Frieden und Freiheit keine Strategie wäre. Washington stellt sich jeder Herausforderung in der Welt, gerade die Deutschen aber verweigern jede Teilnahme an Verpflichtungen außerhalb des NATO-Bereichs mit Hinweisen auf Verfassungsbestimmungen, die den Amerikanern nicht einleuchten müssen.

Niemand ist so abhängig vom öffentlichen Konsens seines Landes wie der Präsident der Vereinigten Staaten. Ausgerechnet an dessen Adresse bemerkte der Bundeskanzler vor wenigen Tagen, Bonn habe bei der Nachrüstung „Wort" gehalten, nun könne es den Präsidenten zur Fortsetzung der Genfer Verhandlungen drängen. War es etwa Reagan, der die Verhandlungen abgebrochen hat? Wer die Nachrüstung als Gefallen an Amerika versteht, löst in Washington Zweifel an der Fähigkeit aus, strategischen Notwendigkeiten zu folgen.

Die kalte Sophie

Von Peter Gillies

Über den Wert der Seelenmassage auf das wirtschaftliche Geschehen wird gestritten, seit Staaten und Regierungen Konjunkturen zu beeinflussen suchen. Bisher ist weder nachweisbar, daß politische Sedativa je einen Boom gedämpft, noch, daß rhetorische Dopingspritzen einen Aufschwung ausgelöst hätten. Eher schon führt gesundes Mißtrauen und die Regel „buy on bad news – sell on good news" zu gegenteiligen Reaktionen.

Der Bundesarbeitsminister teilte auf seine bekannt feinsinnige Art in Frankfurt Muntermacher aus und würzte sie mit Gleichnissen. Drei „Eisheilige" ließen derzeit Maifröste für die Konjunktur befürchten, meinte Blüm: die Feigheit der Unternehmer vor dem Aufschwung, der Deutschen Liebe zu Untergang und Trübsal und die Streikaussichten in Sachen 35-Stunden-Woche.

Daß sich Unternehmer vor einem Aufschwung fürchten, ist so wahrscheinlich wie das Bekenntnis eines Metzgers zum Vegetarismus. Sie investieren und eröffnen Arbeitsplätze, wenn sich beides rechnet. Ergibt sich unter dem Strich ein negativer Saldo, unterlassen sie's. Es gilt also die schlichte Wahrheit, einen Rahmen zu schaffen, daß es sich rechnet. Daß die Deutschen sich tatsächlich noch so intensiv der Düsternis hingeben, ist zumindest demoskopisch widerlegt. Beim dritten „Eisheiligen", der Streikdrohung, dürften die Beteiligten und Betroffenen sich erinnern, wie sich diese Volkswirtschaft größeren Herausforderungen glänzend gestellt hat, man denke an die Energiekrisen.

Andererseits sind die Wettereinflüsse aus Bonn nicht unbedingt blütentreibend. Die Steuer- und Abgabenpolitik und das Gezerre darüber, was an wen 1986 oder 1988 verteilt werden soll, der Vorruhestand und manches andere sind keine Muntermacher. So stellt der Staat oft die „kalte Sophie" dar, die Blüm in seinem Wetterbericht zu erwähnen vergaß.

Der hessische Ministerpräsident steuerte den erwarteten Pessimismus bei. Deswegen hat der Arbeitsminister recht, wenn er den Optimismus herauskehrt. Dazu besteht Anlaß. Der Aufschwung braucht jedoch nicht herbeigeredet zu werden. Er ist schon da. Seine Stärke, nicht seine Ankunft ist das Problem.

Niederlage einer Schule

Von Uwe Bahnsen

In der komplizierten Schullandschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, in der die linken Bildungspolitiker um den Schulsenator Professor Joist Grolle so gern an jeder Kreuzung Wegweiser zu den integrierten Gesamtschulen aufstellen möchten, haben die Eltern in diesen Tagen eine überaus deutliche Entscheidung in entgegengesetzter Richtung getroffen. Bei den Anmeldungen der Viertkläßler für die von den Eltern gewünschte Schulform schnitten die Gymnasien weitaus am besten ab; die Gesamtschulen verloren trotz unveränderter Unterstützung durch die Regierungspartei und ihre Konfidenten in den Schaltstellen der sozialdemokratischen beherrschten Bürokratie an Boden.

Das bildungspolitische Signal, das in diesem Vorgang liegt, wird noch verstärkt durch ein Phänomen besonderer Art: Innerhalb der jeweiligen Schulform bevorzugten die Eltern vor allem die Schulen, bei denen sie auf eine solide pädagogische Arbeit glauben hoffen zu können. Den hastigen Neugründungen von Gesamtschulen, mit denen Grolle und seine Behördenstrategen das integrierte System „flächendeckend" voranbringen möchten, begegnen die Eltern mit offenkundiger Skepsis.

Aufgegeben haben Joist Grolle und seine Mitstreiter ihre Ziele natürlich nicht. Die geplante Änderung des Hamburger Schulgesetzes, die der Senat als die gesetzgeberische „Bekräftigung der seit 1981 verfolgten Grundsätze der Schulentwicklungsplanung" verkaufen möchte, soll die administrativen Instrumente zur Absicherung bedrohter Gesamtschulstandorte schaffen und den Eltern überdies faktisch die Möglichkeit beschneiden, Verwaltungsentscheidungen über Schulstandorte gerichtlich anzugreifen. Biedermännisch meinte Grolle, die Novelle werde „mehr Rechtssicherheit" schaffen. Für seine Planokraten vielleicht. Für die Eltern nicht.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Bindung der Geister

Von Herbert Kremp

Mit einem diplomatischen Trommelwirbel versuchen Europas Regierungschefs alle guten Geister zu wecken, die den März-Gipfel in Brüssel vor dem Scheitern bewahren könnten. Die Hoffnung ist nicht groß, daß die sperrigen Probleme der Agrarpolitik, der Finanzierung und des Beitritts der Spanier und Portugiesen im Zusammenhang gelöst werden. Im Scheitern der Zehner-Konferenz von Athen kam das beherrschende und zugleich blokkierende Gewicht nationaler Interessen zum Vorschein. Sie sind angesichts der Widersprüche in der ökonomischen Struktur der Gemeinschaft kaum auf einen Nenner zu bringen.

In dieser Situation, die man als verfahren betrachten muß, liegt es nahe, die Europa-Idee, die den westlichen Ländern einen ungeahnten Wohlstand beschert hat, politisch zu überhöhen. Das ist keine Ausflucht, obwohl manche vollmundige Bekundung wie eine Ausrede klingt. Europa hat eine politische Seele oder es hat keine. Die in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Länder sind die bedeutendste Versammlung parlamentarisch-rechtsstaatlicher Demokratien auf der Erde. Gemessen an den Weltmächten, die sich in der Mitte des alten Kontinents begegnen, erreicht ihr Einfluß jedoch nur das Niveau einer Mittelmacht. Nach innen verlor der Europa-Gedanke im Laufe der Krämerjahre an Faszination und Bindekraft. Er entflammt kein Herz, er bewegt kaum jemandes Phantasie. Man wird das am Ergebnis der Europa-Wahlen Mitte des Jahres ablesen können.

Dieser in gewissem Sinne demoskopische Befund muß die politischen Führer Europas beunruhigen. Die Erinnerung an die Gründerzeit der Adenauer, Schumann und de Gasperi ist verblaßt, auch in Deutschland, dessen freier Teil nach dem verlorenen Krieg zu Formen der politischen Einheit drängte, die den intakt gebliebenen Nationen auf der Siegerseite letztlich nicht zuträglich und nicht besonders erstrebenswert erschien. Die Politische Union kam nicht zustande, und sie hat auch heute keine Aussicht, die Schwelle vom Plan zur Wirklichkeit zu überschreiten. Umso hartnäckiger denkt man in den Führungsetagen zu Bonn und Paris an eine enge politische Kooperation, an eine Art Vernetzung, die den Verband der Einzelinteressen zusammenzuhalten vermöchte.

Der Vorsatz hat zwei Grundmotive: Deutschland und die Rolle Westeuropas gegenüber den Weltmächten. In der Bundesrepublik und im kommunistisch beherrschten Mitteldeutschland vollziehen sich geistige Veränderungen, die bis jetzt mehr in ihrer Dynamik als in ihrer Richtung erkennbar sind. Sie verlaufen strömungsgleich unterhalb den wirtschaftlichen Beweggründen, die für die letzte Bundestagswahl entscheidend waren. Die Ruhelosigkeit oder Unruhe ist mit einem besonders getönten neuen nationalen Fühlen verbunden. Artikuliert wird es im linken Spektrum der Republik, das die Sozialdemokraten zu integrieren versuchen. Willy Brandts bleibende politische Lebensvorstellung ist die Einigung und Einheit der Linken. Wenn es seiner Partei tatsächlich gelänge, die schweifenden Elemente der Grünen und der Friedensbewegung einzufangen, würden die Anteile des Pazifismus und eines neutralistischen Nationalismus die Motive der Tradition überformen. Dann gäbe es in Deutschland eine starke links-nationale Formation.

Der Versuch des durch und durch gaullistisch gesinnten französischen Staatspräsidenten, die gegenwärtige deutsche Regierung und ihre Mehrheit für eine aktive, möglichst vertraglich verfestigte Kooperation auf Gebieten der Sicherheits- und Außenpolitik zu gewinnen, leitet sich aus dieser voraussehbaren Entwicklung ab. Die Vorstellung eines links-national bestimmten Deutschland, das die Prioritäten und die Farbe wechseln könnte, löst in Paris Horrorgefühle aus. Sie spiegelten sich in der Kommentierung der Friedensbewegung im vergangenen Jahr und beherrschen auch einen Teil des amtlichen Vorausdenkens. Der Grund ist augenfällig: Frankreich kann nicht am Rhein verteidigt werden; ohne aktive Bündnisbeteiligung der Bundesrepublik verliert Westeuropa den Halt.



Erinnerung verblaßt: Adenauer, Schumann, de Gasperi FOTO: DPA

Diese Meinung vertritt auch die Bundesregierung, deren Köpfe sich darüber im klaren sind, daß wirtschaftliche Erfolge allein den unruhiger gewordenen Geist des Volkes nicht zu fesseln vermögen. Die Führer der Koalition, Strauß eingeschlossen, bemühen sich daher, durch eine dosierte, nach außen hin jedoch rüstig ausschreitende deutsch-deutsche Politik das anwachsende nationale Ungenügen zu besänftigen. Gleichzeitig benutzt Kohl die auf die Einbindung der Bundesrepublik abzielende Politik Mitterrands zur Wiederbelebung der europäischen Idee, die nach seiner Ansicht historischen Rang besitzt und als eine realistische Utopie die Herzen besonders der jüngeren Generation zu bewegen vermag. Mit dieser Überhöhung der reinen Ökonomie glaubt er die Geister binden zu können.

Kohl teilt auch die Ansicht Mitterrands, daß nur ein politisch, militärisch und technologisch starkes Europa seine Position als größte Handelsmacht der Erde und als souveräne Staatengemeinschaft in Zukunft erhalten kann. Deshalb ist es seine Absicht, mit der engen Kooperation in Europa zu beginnen, mit wem auch immer, auf welchem Gebiet auch immer, am liebsten natürlich mit Frankreich. Dort häufen sich freilich die Krisenzeichen. Dort denkt man sich ein Ko-Europa auch weiter von den USA entfernt als in Bonn. So hören wir zwar wohltönende europäische Akkorde, aber es sind Akkorde einer weit entfernt ziehenden Musik, deren Leitmotiv wir bestenfalls zu erahnen vermögen.

IM GESPRÄCH Pedro Aranco

Harte Linie in Uruguay

Von Manfred Neuber

In Uruguay ist bei dem turnusmäßigen Revirement im Generalstab ein Verfechter der harten Linie des Militärregimes zum neuen Heereschef bestimmt worden: General Pedro Aranco (59), der bisherige Planungsminister. Er gilt als Gefolgsmann des Staatschefs in Montevideo, General Gregorio Alvarez.

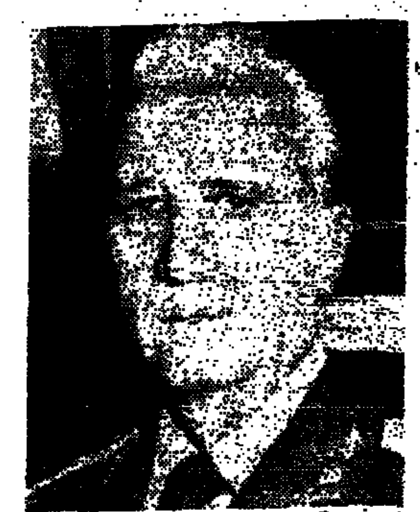
Der neue Armee-Kommandeur spielt eine wichtige Rolle in den Plänen des Militärpräsidenten. Entweder will sich Alvarez bei den für November geplanten Wahlen mit offizieller Rückendeckung der Streitkräfte „wiederwählen" lassen, oder er könnte Aranco als seinen Kandidaten vorschieben, falls der Unwille beim Militär über seine weitere Machtausübung zunimmt.

Da Aranco bereits im Juni dieses Jahres das Pensionsalter erreicht, wird es zur Jahreshälfte den nächsten Wechsel an der Armeespitze geben. Entsprechend der militärischen Hierarchie dürfte dann General Hugo Medina, der Kommandeur der dritten Division, aufrücken. In einer fünftägigen Klausur der Militärführung wurden dieser Tage vier Vakanzen im obersten Gremium ausgefüllt.

General Aranco unterstützt dem Vernehmen nach die Bestrebungen des Staatschefs, entgegen der Zusage für eine Regierungsübergabe an einen zivilen Präsidenten im nächsten Jahr die Herrschaft der Militärs in dem Agrarstaat am La Plata um zwei Jahre auszudehnen.

Als Gründe für die Absicht der „harten" Generale, sich vorläufig einzugraben, werden in Montevideo die Unwägbarkeit eines Wahlausgangs und die Befürchtung angeführt, eine künftige Regierung könnte die Offiziere ebenso zur Rechenschaft ziehen, wie es jetzt unter einem zivilen Präsidenten in Argentinien geschieht.

Uruguay gibt in diesen Tagen ein nahes Asyl für flüchtige Militärs aus Argentinien ab. Andererseits hat Präsident Raúl Alfonsín den uruguayischen Politiker Wilson Ferreira Aldunate, der „gebannt" ist und in Europa lebte, nach Buenos Aires eingeladen.



Angst vor freien Wahlen: General Aranco FOTO: AP

Ferreira Aldunate, ein ehemaliger Senator und Präsidentschaftskandidat der Blanco-Partei, wirkt auf die Generale seines Landes wie ein rotes Tuch. Die Partei der Blancos, traditionell die Vertretung der konservativen Landbevölkerung, wurde von „Wilson" – wie er kumpelhaft genannt wird – in eine populistische Bewegung verwandelt, die offen zur linken Mitte ist.

So lange das Militärregime ihm die Heimkehr verweigert, würden Wahlen zu einer Farce. Der Exilpolitiker macht den Abgang des derzeitigen Staatschefs zur Vorbedingung für Übereinkünfte der zugelassenen Parteien mit den Militärs, weil Alvarez bisher jeden politischen Dialog über eine neue Verfassung torpediert habe. Während sich um Ferreira Aldunate ein Mythos des „Märtyrers der Demokratie" bildet, muß sich die andere große Traditionspartei, die Colorados, fragen, ob sie ihren Vorteil in kontrollierten Wahlen suchen oder für die Aufhebung aller politischen Verbote kämpfen soll.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Über die Bonner Deutschlandpolitik heißt es hier:

Erich Honecker kann mit der Entwicklung zufrieden sein. Das politische und moralische Gefälle zwischen Bonn und Ost-Berlin wird mehr und mehr eingeebnet. Uns wird suggeriert, als werde zwischen Bundeskanzler Kohl und Honecker eine „Verantwortungsgemeinschaft" und eine „Koalition der Vernunft" praktiziert. Das hätte die SPD, als sie regierte, einmal wagen sollen! Mauer, Zwangsumtausch und die Verweigerung der Menschenrechte für 17 Millionen Deutsche sind existent. Da wirkt es ziemlich optimistisch, wenn Bundespräsident und Bundesaußenminister das Klima der Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten in den letzten Jahren loben. Und soll das deutsche Staatsoberhaupt eines nicht zu fernen Tages tatsächlich den roten Teppich in Ost-Berlin betreten, das von der „DDR" widerrechtlich als ihre Hauptstadt beansprucht wird? Das freie Berlin hätte allen Grund, die Ohren zu spitzen. Statt dessen legt es sich die Kuckuckseier noch selbst ins Nest. Der Regierende Bürgermeister Diepgen attestiert Honecker „deutsche Interessen" und bastelt an einer eigenen deutschlandpolitischen Vordenkerrolle West-Berlins... Wir warnen vor gedanklichen Fahrlässigkeiten, die ungewollt einen Beitrag für die „Drei-Staaten-Theorie" liefern.

WESTFALENPOST

Zum Demonstrationsrecht heißt es in dem Hagener Blatt:

Die gewaltlosen Protestmärsche der Friedensbewegung haben ein übriges zur Neutralisierung der früheren Bürgerkriegsszenen getan... Doch ist das Problem der Gewaltcliquen bei Demonstrationen geblieben. Es kann täglich erneut dramatisch werden. Allein deswegen muß der Gesetzgeber dafür sorgen, daß im Ernstfall aus den Demonstrationsmassen die Rädelsführer und Brandstifter herausgeschält werden können.

DAILY EXPRESS

Das Londoner Blatt tritt für eine europäische Initiative im Golfkrieg ein:

Stacheldraht, Granattrichter, Hunderte von Toten im Hagel von Maschinengewehrkugeln: Das klingt wie Flandern im Ersten Weltkrieg. Aber es ist der Konflikt zwischen Iran und Irak, der schon so lange dauert wie das Massensterben 1914–1918. Die mitleiderregende Opferung von 12 Jahre alten Kindern, die über Minenfelder marschieren, kennzeichnet den erbarmungslosen Fanatismus von Ayatollah Khomeini und Saddam Hussein.

THE OBSERVER

In der britischen Sonntagszeitung heißt es zu dem Abkommen zwischen Südafrika und Moçambique:

Die Übereinkunft mit Moçambique war eine meisterhafte Demonstration, wie man militärische und diplomatische Mittel gemeinsam einsetzen kann, um ein nationales Ziel zu verwirklichen; eine Kombination, die nicht so einfach ist, wie sie aussieht (man frage nur US-Außenminister Shultz)... Zusammen mit der jüngsten Übereinkunft zwischen Südafrika und Angola ist klar, daß sich die politische Geographie des südlichen Afrikas verschoben hat, und das möglicherweise entscheidend.

Stophs Nichte und die Rechtslage in den Botschaften

Exterritorialität kann man heute kaum noch geltend machen / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Der Sensationswert dessen, daß sich eine Nichte von Willi Stoph mitsamt ihrer Familie in unsere Prager Botschaft geflüchtet und Aufnahme in die Bundesrepublik Deutschland beantragt hat, sollte sich in Grenzen halten. Im freien Teil Deutschlands wird niemand für politische Sippenhaftung in Anspruch genommen, weder so noch so. Das muß auch für den Ministerpräsidenten der „DDR" gelten, der – ob er es will oder nicht – nach unserem Grundgesetz die „deutsche Staatsbürgerschaft" besitzt wie jeder Bürger der Bundesrepublik auch, jene „deutsche Staatsbürgerschaft", auf die sich seine Nichte jetzt mit vollem Recht beruft.

Die Tatsache, daß eine Verwandte des „DDR"-Regierungschefs das Land, welchem dieser vorsteht, auf so kennzeichnende Weise zu verlassen wünscht, bewirkt allerdings hinreichend Aufmerksamkeit, um der Öffentlichkeit ins Bewußtsein zu rükken, daß die Zustände im SED-Staat immer wieder Menschen zur Flucht treiben. Das ist kein neuer, eher ein wegen teils verständlicher, teils betulicher Geheimniskrämerei Bonns aus den Köpfen verdrängter Sachverhalt. Honecker hat seinerzeit unter Ulbricht selber die Mauer gebaut, er hat die Zonengrenze vermint, er hat sie mit Todesmaschinen bewehrt, die er nun abbauen läßt, um ein kosmetisch weniger brutales, aber noch wirksameres Absperrungsbollwerk zu errichten. Doch je perfekter die Abriegelung wird, desto einfallsreicher werden die Methoden und Wege derer, die raus wollen aus der „DDR", nichts als raus. Dabei nehmen verzweifelte Landsleute sogar das Todesrisiko auf sich. Honecker kann tun und lassen, was er will: So lange er den Bürgern seines Machtbereichs elementares Menschenrecht verweigert, wird er die „Abstimmung mit den Füßen" nicht los.

Gleichwohl bleibt zu würdigen, daß die Ostberliner Behörden in diesen Wochen einen breiteren Ausreisestrom zulassen als zu anderen Zeiten. Ob das allein aus eigensüchtigen Motiven des Regimes heraus geschieht oder ob vielleicht auch eine dämmernde Einsicht in die Unmenschlichkeit der geübten Einsperrungspraxis eine Rolle spielt, bleibt unergründlich. Doch wenn schon von „Verantwortungsgemeinschaft" zwischen den beiden Teilen Deutschlands die Rede ist, so muß sie sich zuallererst gegenüber dem eigenen Volk, der eigenen Nation beweisen.

Dieser Appell an Ost-Berlin ist gerade im Fall der Nichte Stophs und ihrer Familie geboten. Unsere Botschaft in Prag wurde nicht zum ersten Mal als Fluchtburg aufgesucht. Es hat sich eine stillschweigende Übung herausgebildet, daß dank „anwaltschaftlicher Vermittlung" den Ausreisewilligen Straffreiheit und sichere Ausreise zugesagt werden, wenn sie zunächst einmal in die „DDR" zurückkehren. Dieses Verfahren strapaziert nicht unnötig das Prestigebedürfnis Ost-Berlins und erfüllt dennoch den einzig wichtigen Zweck, Landsleuten den Weg in die Freiheit zu ebnen. Von solcher „anwaltschaftlichen Vermittlung" hat Minister Windelen auch jetzt gesprochen, und es ist zu hoffen, daß sie nicht zum Mißerfolg verurteilt ist, nur weil es sich diesmal um Verwandte eines „DDR"-Prominenten handelt.

Leider ist es so, daß ein Arrangement mit Ost-Berlin auch dann noch gesucht werden muß, wenn ausreisewillige Mitteldeutsche bereits unsere Botschaft in Prag erreicht haben. Es ist das gute Recht solcher Landsleute, aufgrund der deutschen Staatsangehörigkeit des Grundgesetzes, die zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland bedeutet, nicht nur den Reisepaß zu fordern, sondern gegenüber unserer Botschaft auch die verfassungsmäßigen Rechte des Grundgesetzes in Anspruch zu nehmen, und das heißt auch: sie können sich auf die Schutz- und Fürsorgepflicht der Bundesrepublik Deutschland berufen. Doch leider wird das oft mit unzutreffenden Vorstellungen von der Exterritorialität der Botschaft verbunden.

Es ist erinnerlich, daß die USA nach dem Überfall auf ihre Botschaft in Teheran im Jahr 1979 nicht von einer Exterritorialität in dem Sinn ausgingen, es sei ein unmittelbarer Angriff auf die Vereinigten Staaten verübt worden. Ihren gescheiterten Befreiungsversuch begründeten sie mit humanitären Argumenten. Seitdem gilt, daß der alte Begriff der Exterritorialität von diplomatischen Missionen völkerrechtlich durchbrochen ist.

Ein Mitteldeutscher, der unsere Botschaft in Prag betritt, befindet sich demnach völkerrechtlich noch nicht im Geltungsbereich des Grundgesetzes. Gleichwohl haben Bonn und die Botschaft der verfassungsmäßigen Schutz- und Fürsorgepflicht der Bundesrepublik Deutschland gerecht zu werden; praktisch jedoch läuft das auf diplomatischen Schutz hinaus. Es gibt keinen Zweifel daran, daß Bonn eher lautlos als publizitätssüchtig immer wieder nach besten Kräften und gewissenhaftestem Ermessen die gegebenen Möglichkeiten nutzt, um zu helfen.

„Mr. Ehemals“ probt die Rückkehr aus der Wüste

Am Donnerstag wählt das nordenglische Chesterfield seinen Unterhausabgeordneten; normalerweise keine Schlagzeilen-trächtige Meldung. Doch diesmal ist es anders: Der Kandidat von Labour heißt Tony Benn, Repräsentant der radikalen Linken.

Von FRITZ WIRTH

Der Kirchturm sieht aus, als hätten der Bauherr oder ein übereifriger Herr Pfarrer auf ihrem Weg zum Himmel die Orientierung und das Augenmaß verloren. Der Turm windet sich schräg und krumm wie ein architektonischer Korkenzieher nach oben. Wenn Kirchtürme die Ausrufezeichen des Herrn auf Erden sein sollen, dann ist dieses Ausrufezeichen irgendwann einmal auf Granit gestoßen.

Dieser krumme Kirchturm, „the crooked spire“, ist das einzig Sonderbare an Chesterfield. Ansonsten ist es eine sehr gewöhnliche Stadt, 20 Kilometer südlich von Sheffield. Einst lebten sie von der Kohle, die hier gefördert wurde, heute verdienen sie ihr Geld mit Dauerlutschern, Pfefferminz, Babywindeln und Porzellan. Es ist eine Stadt der Händler, die drei Mal in der Woche den Marktplatz im Stadtzentrum bevölkern und zum Kilo Möhren gratis eine Kaffeetasse und zum Damenkorsett ein Röllchen Nähseide anbieten.

Der Pastor klagt über nachlassende Freude am Chorgesang und Gebet, der Bürgermeister über nachlassende Nachfrage nach Dauerlutschern und Papierwindeln und damit über einen Mangel an Arbeit. Er hat diese Misere mit der Zahl 11 584 am Parkhaus gleich neben der Kirche im Stadtzentrum öffentlich gemacht. So viele Menschen sind zur Stunde in Chesterfield und Umgebung ohne Arbeit.

Das letzte große Ereignis in dieser Stadt liegt erst zwei Jahre zurück. Damals waren Prinz Charles und Lady Diana nach Chesterfield gekommen. Der irgendwie kesse Bürgermeister der Stadt verlor darob kurzfristig den Verstand und hißte statt des „Union Jack“ die „rote Fahne“ auf dem Rathaus. Er bereut das noch heute, denn die Bürger von Chesterfield nahmen ihm das übel. Sie sind keine Kommunisten und keine Anti-Monarchisten. Sie sind normale Bürger einer sehr normalen Stadt. Sie beten zu Gott, ziehen den Hut vor dem Königshaus und wählen Labour. Seit 1935 und stets ohne Reue, trotz der roten Flagge beim Besuch des künftigen Königspaares.

Am Donnerstag nun wählen sie wieder. Und sie sind aufgerufen, einem Mann die Stimme zu geben, der mit fast jedem zweiten Satz und mit jeder Geste die rote Flagge flattern läßt. Tony Benn heißt dieser Mann. Ehemaliger Energieminister Ihrer Majestät, ehemaliger Abgeordneter von Bristol East, ehemaliger zweiter Viscount Stansgate. Dieser „Mr. Ehemals“ ist in die Stadt gekommen, um seine politische Zukunft zu retten.

Für die 98 000 Bürger von Chesterfield, die es gelernt haben, mit einem krummen Kirchturm zu leben, ist es eine gelinde Abweichung von ihrem Hang zum normalen Mittelmaß. Sie wollten ihn nicht, aber sie sind bereit, mit ihm zu leben. „He puts Chesterfield on the map“, sagt Bürgermeister Bill Flanagan, was soviel heißt, daß Chesterfield sich künftig nicht mehr allein auf seinen krummen Kirchturm verlassen muß, um von sich reden zu machen.

Seit Tony Benn in der Stadt ist, wurde Chesterfield zur Pilgerstätte politischer Prominenz. David Owen und David Steel, die Chefs der sozialliberalen Allianz, waren hier. Roy Jenkins ist gekommen und Leon Brittan, der konservative Innenminister.

Und die britische Presse tut, als sei Chesterfield bis zum 1. März die heimliche Hauptstadt des Landes. Die BBC hat einen 20 Meter hohen Sendemast im Stadtzentrum neben dem Hotel Portland aufgebaut, 30 Journalisten haben sich in der Stadt einquartiert. Und sie sind nur da wegen dieses einen Mannes, die übrigen Kandidaten sind Randfiguren und Staffage zum großen Tony-Benn-Spektakel.

Er selbst verachtet diese „Hacks“ von der Presse, und er macht diese Verachtung bei jeder Gelegenheit öffentlich. Die „Times“ hat er bezichtigt, Lügen zu verbreiten und dem Mann von der BBC hat er vorgeworfen, *mit 4000 Pfund täglich einen* Wahlkampf gegen ihn zu führen. Dieser Reporter sei der heimliche, aber wirkliche Kandidat der britischen Sozialdemokraten.

Denn wo Tony Benn ist, da ist stets auch die politische Neurose. Er verteufelt seit Jahren die britische Presse und die revanchiert sich, indem sie ihn zum politischen Dämonen verunstaltet. Er versteht sich als der aufrechteste Politiker im Lande („Alles, was ich geworden bin, wurde ich durch demokratische Wahlen, wer aber hat Euch und Eure Chefredakteure gewählt?“) und die Journalisten verkrüppeln ihn dafür zu einem politischen „Quasimodo“.

In der vergangenen Woche war Neil Kinnock, der Labourchef, hier, und Fleet Street machte daraus ein „geschichtliches Ereignis“. War es natürlich nicht. Es war bestenfalls ein Ereignis mit einer Geschichte. Die Geschichte: Vor drei Jahren setzte Tony Benn zum letzten Mal auf die Wahlhilfe Kinnocks. Es ging um das Amt des stellvertretenden Parteichefs. Im zweiten Wahlgang wähnte sich Benn kurz vor dem Ziel, als Neil Kinnock mit den Stimmen der „Tribune Gruppe“ plötzlich umschwenkte. Es siegte schließlich Denis Healey mit einem Vorsprung von 0,8 Prozent der Stimmen, Benn fühlte sich von Kinnock verraten.

Und nun stehen sie Arm in Arm vor dem Labour-Club in Chesterfield. Der Cub heißt „Unity House“, und der Name verpflichtet. So stellen sich beide symbollüstern unter dieses, die Einheit beschwörende, Hausschild, legen brüderlich die Hand auf die Schulter des anderen und Tony Benn diktiert den Journalisten zufrieden in die Schreibblöcke: „So wird das bei uns gemacht.“

Es ist eine Muß-Freundschaft. Chesterfield ist die erste Nachwahl unter der Ägide des Neil Kinnock als Parteichef. Wer immer hier am 1. März siegt oder gewinnt, Neil Kinnock siegt oder verliert mit. Er steht unter Erfolgszwang. Chesterfield soll und muß für ihn das Signal sein, daß es unter Kinnock mit der Labour Party nach dem Wahlschock des letzten Jahres wieder aufwärts geht.

Am Abend haben beide ihren großen Auftritt im Polytechnikum. 3000 Menschen drängen sich in der überhitzten Halle, ein paar Hundert harren im Schneetreiben vor geschlossenen Türen. „Unser Wahlsieg am 1. März wird ein Wendepunkt in der Geschichte der britischen Politik sein“, ruft Benn in die Halle. Kinnock schluckt es mit mattem Lächeln. Er hat andere geschichtliche Zeitvorstellungen. Für ihn begann der Wendepunkt in der britischen Politik am 30. September des letzten Jahres, als Labour ihn in Brighton zum neuen Parteichef wählte.



Wahlkampfhilfe aus der Hauptstadt: Mit gemischten Gefühlen unterstützt Labourchef Neil Kinnock (links) seinen Parteifreund Tony Benn. FOTO: DPA

Selbstüberschätzung des politischen Neurotikers Tony Benn? Nicht alle Labourpolitiker sehen es so. Sie wissen: Am 1. März zieht nicht nur ein neuer Abgeordneter für Chesterfield ins Unterhaus ein, sondern eine neue parteiinterne Unruhe, ein Wachhund des neuen Kinnock-Kurses, ein Prophet des reinen Sozialismus, der für die letzten drei Parteichefs der Labour Party, für Harold Wilson, James Callaghan und Michael Foot, ein Dorn im Fleische und ein permanentes Ärgernis wurde. Für sie war Tony Benn der Brutus der Partei. Und Neil Kinnock ist Realist genug, zu wissen, daß der Händedruck vor dem „Unity House“ zu Chesterfield zwar eine notwendige, aber dennoch teure und schmerzhafte Geste gewesen sein kann.

Chesterfield ist für Tony Benn das Ende einer achtmonatigen Irrfahrt in der politischen Wüste. Er hatte am 9. Juni 1983 nach 33 Jahren in Bristol East nicht nur seinen Wahlkreis, er hatte seine politische Plattform eingebüßt. Die von ihm einst geführte radikale Linke der Partei hatte mit seiner Abwahl im Parlament Richtung und Profil verloren. Als sein ehemaliger Kabinettskollege Eric Varley vor wenigen Monaten ankündigte, daß er sich aus der Politik zurückzieht und seinen Wahlkreis Chesterfield zur Verfügung stellt, stand Tony Benn als erster auf der Türschwelle.

Die Bürger von Chesterfield, von Varley seit 1964 auf einen gemäßigten sozialistischen Kurs eingeschworen, sind nicht unbedingt enthusiastisch über den neuen Mann und sein radikales Programm. Benn weiß es und gibt sich in diesem Wahlkampf als der sanfteste Tony Benn, der je zu besichtigen war. Wenn Hass und Vitriol zu verschütten sind, beschränkt er sich auf ferne Ziele, beispielsweise Präsident Reagan. Er nennt ihn einen „rücksichtslosen Mann“, dessen „Abenteuerpolitik im Nahen Osten zu einem Nuklearkrieg führen kann, in den auch Großbritannien mit hineingezogen würde, denn Greenham Common ist ein amerikanischer Raketen-Stützpunkt“.

Was immer er sagt, wen immer er auch vor den Kopf stößt und wessen Hände er auch symbolträchtig schüttelt – der Sieg des Tony Benn am 1. März ist kaum noch zu gefährden. „Tony Benn ist ein erstklassiger Parlamentarier“, hat Neil Kinnock den Bürgern von Chesterfield versichert.

Comeback eines politischen „Dämonen“? Kaum. Die Bürger von Chesterfield jedenfalls würden Schwierigkeiten haben, den Schurken und Bösewicht zu entdecken, als der er von der britischen Presse überzeichnet worden ist. Er geht mit siegesgewissem und kaum verstelltem Lächeln durch diese Stadt, ein politischer Mönch, der alle Störphasen des inneren Zweifels lange hinter sich gelassen hat. Dieses Lächeln verkündet seine unerschütterliche *Gewißheit*, auf dem richtigen Wege zu sein. Und die Bürger im Schatten des „crooked spire“ wissen lange, daß nicht immer der unbedingt geradeste Weg himmelwärts führt.

Schüler bleiben dem Gymnasium treu

Die Gesamtschulen müssen – zumindest in Hamburg – einen Rückgang der Neuanmeldungen verzeichnen. Das Gymnasium konnte seine schon vorhandene Spitzenposition ausbauen.

Von UWE BAHNSEN

In der Hamburger Schulpolitik, die seit Jahren durch immer wieder aufbrechende und zum Teil leidenschaftliche Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Anhängern der *Gesamtschule geprägt wird*, haben die Eltern jetzt ein Exempel statuiert: Bei den Anmeldungen der Viertklässler für die künftige Schulform ab Klassenstufe 5 erreichten die Gymnasien mit rund 38 Prozent eine gegenüber dem Vorjahr noch leicht verbesserte Spitzenposition. Die Gesamtschulen hingegen mußten mit rund 17 Prozent einen deutlichen Rückgang um 3,5 Prozent hinnehmen. Der Rest der Anmeldungen verteilt sich auf Haupt- und Realschulen sowie auf Sonderschulen.

Dieses „Wahlergebnis“ gewinnt *seine besondere schulpolitische* Aussagekraft vor dem Hintergrund einer förmlichen Werbekampagne, mit der die Gesamtschulbewegung in der Hansestadt nach einer selbstkritischen Bestandsaufnahme im vergangenen Herbst mehr Eltern für diese Schulform gewinnen wollte. Nicht nur das mißlang: Zusätzlich bekundeten die Eltern auch noch ihr tiefes Mißtrauen gegenüber neugegründeten Gesamtschulen, die nach den Intentionen der sozialdemokratischen Schulpolitik als eine Art „Bannerträger“ fungieren und in dieser Rolle besondere Attraktivität entfalten sollten.

Exemplarisch dafür ist die Gesamtschule Altona, die von 114 Anmeldungen im Vorjahr auf jetzt 65 zurückfiel. Aus dieser Zahl und den Resultaten anderer Gesamtschulen läßt sich der Schluß ziehen, daß sich der Versuch einer offensiven Durchsetzung integrierter Gesamtschulen kontraproduktiv ausgewirkt hat. Das Terrain der Gymnasien in der hamburgischen Schullandschaft erwies sich als überaus stabil. Sogar in dem vorwiegend von Arbeitnehmern mit Hinwendung zur SPD bewohnten Stadtteil Wilhelmsburg meldeten 24 Elternpaare ihr Kind demonstrativ für ein Gymnasium an, dessen Schließung die Sozialdemokraten durch ein „Maßnahmegesetz“ erzwingen wollen.

Dem Schulsenator Professor Joist Grolle, dessen Behörde in den vergangenen zwei Jahren einige spektakuläre Niederlagen vor dem Oberverwaltungsgericht hinnehmen mußte, kann dieses kleine Gymnasium Wilhelmsburg leicht zu einem neuen schulpolitischen Stolperstein geraten: Soeben hat sich der Elternrat dieser Schule, deren Gebäude nach dem Willen des Senats von der benachbarten Gesamtschule Wilhelmsburg genutzt werden soll, zu einer erneuten Klage gegen die Schulbehörde entschlossen; in dieser Sache hatte die Landesregierung schon einen Verwaltungsgerichtsprozeß verloren. Die Eltern stützen sich darauf, daß den eigenen 24 Anmeldungen noch 18 Kinder aus dem Einzugsgebiet dieser Schule hinzuzurechnen seien, deren Eltern sich nur wegen der behördlichen Schließungspläne entschlossen hätten, ihre Zöglinge für das Gymnasium Kirchdorf anzumelden. Daher könnten zwei Parallelklassen gebildet werden, das behördliche Kriterium für die „Lebensfähigkeit“ eines Gymnasiums sei erfüllt.

Politisch pikant ist der gesamte Vorgang unter anderem deshalb, weil in der Wilhelmsburger SPD ein Spitzengenosse eingeschrieben ist, der in der Schulpolitik bislang bei jeder Gelegenheit um eher liberale und moderate Töne bemüht war und das Elternrecht zu respektieren versprach: Klaus von Dohnanyi. Der Bürgermeister, dessen Regierungsschiff sich wegen der Haushaltsnöte in ausgesprochen schwerer See befindet, kann ein erneutes schulpolitisches Sturmtief in diesem Frühjahr am allerwenigsten verkraften.

Koch: Besuch als Jude und Amerikaner

Von ERNST CRAMER

Er war tief bewegt. Der Besuch bei der Berliner jüdischen Gemeinde am Sonntagmorgen war emotional gesehen wohl der Höhepunkt der Deutschland-Reise des New Yorker Bürgermeisters Edward Koch.

Am Vortage hatte er ein randvolles Programm abgespult, vom Besuch im Schöneberger Rathaus und der Fahrt entlang der Mauer bis zum Auftritt im Fernsehen. Dabei hatte Koch seine Meinung bekräftigt, daß die Mauer keinen Ewigkeitswert habe. Immer wieder war er aber auch auf das ihm allem Anschein nach wichtigste Thema zu sprechen gekommen, seine Ablehnung deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien.

Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, Heinz Galinski, hatte den New Yorker Gast und die ihn begleitenden Diplomaten, Botschafter Arthur Burns und Gesandter Nelson Ledsky, mit der Feststellung begrüßt, dieser Besuch sei ein Politikum. Koch griff diesen Gedanken auf.

Er sei „als Jude und als amerikanischer Bürger“ gekommen und fühle sich veranlaßt, mit Nachdruck vor einer militärischen Stärkung der Feinde Israels zu warnen. Die Vorstellung sei unerträglich, daß die Untaten „der Nazis, die Deutsche waren“, von „Arabern mit deutschen Waffen“ fortgeführt werden könnten.

Koch nahm auch zu dem Gedanken Stellung, ein Deutscher, der bei Kriegsende dreizehn Jahre alt war, könne das Verhältnis zu den Juden objektiver sehen: „Es gibt auch noch Juden, die damals dreizehn Jahre alt und in Auschwitz waren. Für die gibt es nur schreckliche Erinnerungen und keine Objektivität.“

Gefragt, weshalb er dieses Problem mit solchem Engagement behandele, antwortete der Bürgermeister der Zwölfmillionenstadt: „Ich sage immer das, was ich meine, ob es sich um den Religionskrieg in Irland, die Apartheid in Südafrika oder die Verfolgung der Bahai im Iran handelt. Und da sollte ich schweigen, wenn ich neue Gefahren gegen mein Volk am Horizont sehe?“

Der Senat will die Todesstrafe für Spione

Debatten über die Todesstrafe sind in den USA ein Dauerbrenner. Immer wieder gibt es neue Gesetze oder alte werden in Frage gestellt. Jetzt hat der Senat die Sammlung um ein weiteres Gesetz bereichert.

Von A. v. KRUSENSTIERN

Präsident Reagan ist ein Befürworter der Todesstrafe. Er glaubt, daß sie gerecht ist und abschreckend wirkt. Eine solide Mehrheit der Amerikaner, das ergeben Umfragen immer wieder, teilt seine Ansicht.

Sie waren deshalb damit einverstanden, daß der Senat in der vergangenen Woche ein Gesetz verabschiedete, das für schwere Fälle von Spionage, blutige Terrorakte und Attentate auf Präsidenten die Todesstrafe vorsieht.

Aber das Gesetz hat keinerlei Aussicht, in Kraft gesetzt zu werden, und die 63 Senatoren, die dafür stimmten, wußten das genau. Das Gesetz braucht nämlich auch die Zustimmung des Repräsentantenhauses, und die ist so gut wie ausgeschlossen. Der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses hat bereits unzweideutig erklärt, daß er von dem vom Senat verabschiedeten Gesetz nichts hält.

Die Senatoren billigten das Gesetz lediglich, weil das in einem Wahljahr eine populäre Geste ist. Selbst wenn das Gesetz in Kraft treten würde, hätte es wenig zu bedeuten. In den USA werden jährlich etwa 20 000 Morde verübt. Attentate auf Präsidenten und todeswürdige Spionagefälle und Terrorakte lassen sich hingegen an den Fingern einer Hand zählen.

Von Ausnahmen abgesehen ist die Strafgesetzgebung in den USA nicht Sache des Bundes, sondern der 50 Einzelstaaten. Und die Strafgesetze sind in jedem der 50 Staaten anders und zum Teil sehr unterschiedlich. Sogar die Verkehrsgesetze sind verschieden: In zahlreichen Staaten darf man bei einer roten Ampel rechts abbiegen, in manchen nicht. Im Staate New York darf man auf der Autobahn rechts überholen, in den Nachbarstaaten New Yersey und Connecticut wird es bestraft.

Gegenwärtig sehen die Gesetze in 38 Staaten für manche Verbrechen die Todesstrafe vor, in zwölf Staaten ist sie abgeschafft. In den siebziger Jahren gab es auch in denjenigen Staaten, die sie beibehalten hatten, wegen einer Entscheidung des Obersten Bundesgerichts einen längeren Hinrichtungsstopp. In dieser Entscheidung erklärte *das Gericht die* Todesstrafe per se für nicht verfassungswidrig, legte aber neue Grundsätze fest, die in den Gesetzen der Einzelstaaten berücksichtigt werden müssen, wenn sie die Todesstrafe beibehalten wollen. Vor allem bemängelte das Gericht, daß die Gesetze vieler Staaten es der Entscheidung des Richters oder der Geschworenen überlassen, ob eine bestimmte Straftat mit dem Tode oder mit einer Freiheitsstrafe geahndet wird. Dies, so das Gericht, verstoße gegen den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz.

In vielen Staaten wurden daraufhin die Gesetze geändert, um sie den Richtlinien des Obersten Bundesgerichts anzupassen. Das brauchte Zeit, und inzwischen sammelte sich in den Todeszellen eine immer größere Zahl von *Hinrichtungskandidaten* an. Dann kam die Hinrichtungsmaschinerie langsam wieder in Gang. Zur Zeit sitzen in den Strafanstalten fast 1300 Häftlinge, die auf die Exekution warten.

Mit einer generellen Abschaffung der Todesstrafe ist in den USA in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Die Mehrheit der Wähler ist für die Beibehaltung, und nur zwei der neun Mitglieder des Obersten Bundesgerichts, William Brennen und Thurgood Marshall, halten die Todesstrafe für „grausam und ungewöhnlich“ und damit für verfassungswidrig, weil die Verfassung solche Strafen ausdrücklich verbietet.

Nach der Flucht von Willi Stophs Nichte: Hat die SED die Entwicklung noch im Griff?

Fall Berg/Stoph: Prüfstein für „Koalition der Vernunft“

DW. Bonn

Im Fall der Familie Berg/Stoph kann nach Ansicht Bonner Regierungskreise die Verwandtschaft Ingrid Bergs zu „DDR“-Ministerpräsident Willi Stoph eine humane Lösung erheblich erschweren. Ingrid Berg ist eine Tochter von Stophs Bruder Kurt. Willi Stoph gehört seit mehr als drei Jahrzehnten zum engsten Kreis der „DDR“-Führung. Der heute 69jährige Politiker ist gelernter Maurer. 1952 wurde er „DDR“-Innenminister und nach dem 17. Juni 1953 Mitglied des SED-Politbüros. Drei Jahre später übernahm er das neugeschaffene „DDR“-Verteidigungsministerium. Seit 1964 ist Stoph, der als Wirtschaftsfachmann gilt, Vorsitzender des Ministerrates. In der Bundesrepublik Deutschland wurde Stoph vor allem durch seine beiden Begegnungen mit dem früheren Bundeskanzler Willy Brandt 1970 in Erfurt und Kassel bekannt.

Der deutschlandpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eduard Lintner (CSU), bedauerte die öffentliche Diskussion über die Flucht der Nichte Stophs. In diesem Falle sollte Zurückhaltung bei der Kommentierung und Bewertung oberstes Gebot sein, forderte Lintner. Presse, Rundfunk und Fernsehen könnten auf diese Weise zur Lösung dieser Situation beitragen. Die von Bonn und Ost-Berlin gleichermaßen geäußerte Bereitschaft zu einer „Koalition der Vernunft“ *müsse sich in dieser schwierigen* Lage bewähren. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat in einem Interview der „Bild“-Zeitung die Bitte geäußert, die „DDR“ möge die in die Prager Botschaft der Bundesrepublik geflüchteten Verwandten Stophs ausreisen lassen.

Die spektakuläre Flucht der Familie Berg fällt in eine Phase, in der die „DDR“ ungewöhnlich viele Menschen ausreisen läßt. So sind in der vergangenen Woche täglich etwa 100 Menschen aus der „DDR“ im Notaufnahmelager Gießen eingetroffen. Der Leiter des Lagers sprach die Erwartung aus, daß dieser für alle überraschend gekommene Zustrom wohl bis mindestens April anhalten werde.

Im Südwestfunk warnte der im Kanzleramt für innerdeutsche Fragen zuständige Staatsminister Jenninger davor, die derzeitigen „sehr großen Bewegungen“ zu stören. Hier gehe es um Schicksale von Menschen, die man nicht zerreden solle.

Seit Anfang des Jahres gab es mehrere Fluchtaktionen von Mitteldeutschen in ausländische Missionen. So hatten im Januar sechs Bewohner der „DDR“ in der Ostberliner Botschaft der USA um Asyl nachgesucht. Wenige Tage später kamen zwölf weitere Flüchtlinge in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin und verlangten *von dort von ihren eigenen* Behörden eine Ausreisegenehmigung. In beiden Fällen bewilligte die „DDR“ die Ausreise in die Bundesrepublik.



Willi Stoph (69), Ministerpräsident der „DDR“.

FOTO: SVEN SIMON

Die marxistischen Väter und das Collin-Syndrom

WERNER KAHL, Bonn

Der Familienkonflikt zwischen hohem „DDR“-Funktionär und zu bedingungsloser Gefolgschaft nicht länger bereiten Verwandten – am Wochenende durch die Flucht der Stoph-Nichte Ingrid Berg markiert –, wurde Ende der siebziger Jahre in dem Roman „Collin“ als unausweichbar geschildert. Stefan Heyms Romanfiguren des Staatssicherheitsdienst-Funktionärs und dessen aus dem Elternhaus ausgerissenen Sohnes wurden 1982 durch den Fluchtversuch des Neffen von Markus Wolf, stellvertretender Minister für Staatssicherheit und zugleich „DDR“-Spionagechef, in die Wirklichkeit umgesetzt. Ob Neffe oder Nichte wie nun im Fall Stoph, sie fliehen vor dem fassadenhaft-hohlen sozialistischen Realismus.

Im Spätsommer 1968 war es Beobachtern des sich hinter zugezogenen Gardinen abspielenden Privatlebens hoher „DDR“-Funktionäre zum erstenmal aufgefallen: Söhne und Töchter führender Funktionäre und marxistischer Wissenschaftler verweigerten sich nach der Unterdrükkung des „Prager Frühlings“ der Ideologie ihrer Väter. Dazu gehörte Thomas Brasch, dessen Vater Mitglied des *SED-Zentralkomitees* und Vizepräsident der Liga für Völkerfreundschaft ist. Horst Brasch zeigte seinen Sohn beim Staatssicherheitsdienst an. Er praktizierte damit die von SED-Chef Walter Ulbricht geforderte neue „Etappe schärfsten Klassenkampfes“.

Der „Aufstand der Gewissen“ im Sommer des Überfalls auf die CSSR wurde von der SED-Führung rigoros mit strafrechtlichen Sanktionen geahndet. 27 Monate für Flugblattverteiler Thomas Brasch, 22 Monate für Erika Berthold, Tochter des damaligen Direktors des ZK-eigenen Instituts *für Marxismus-Leninismus*, Professor Lothar Berthold, 27 Monate für Rosita Hunzinger, Tochter einer Ostberliner Bildhauerin, zwei Jahre für Sandra Weigel, Verwandte der Brecht-Witwe und „Berliner-Ensemble“-Chefin Helene Weigel.

Florian Havemann, Sohn des inzwischen verstorbenen Regimekritikers Robert Havemann, steckte das Gericht in ein „Jugendhaus“. Für ihn war es ein „Zuchthaus mit Berufsausbildung“. *Als er nach der Entlassung* unter den angeblich herrschenden Arbeitern die Realität des täglichen Lebens erfuhr, flüchtete er 1971 mit seiner Freundin über die Mauer. Über die Familie – der Vater ein überzeugter Marxist, wenn auch mit der „DDR“-Praxis unzufrieden, der ältere Bruder überzeugtes SED-Mitglied – äußerte der Westflüchtling: „Zwei Äpfel, die weit vom Stamm gefallen sind – der eine nach Osten, der andere nach Westen.“ Die Tochter Havemanns erhielt schließlich, nachdem sie als Unterzeichnerin einer Petition an die Ostberliner Führung von der Universität Jena relegiert worden war, im Jahre 1977 die Ausreisegenehmigung.

Vor ihnen hatten sich in den Jahren vor dem Mauerbau Söhne prominenter Ost-Politiker wie Wilhelm Kastner (ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident) und Gerhard Probst (Postminister) in den Westen abgesetzt. Senior Kastner, der als Mitglied der Liberaldemokratischen Partei in der damaligen Sowjetischen Be*satzungszone zeitweise Rückhalt bei* Russen fand, charakterisierte die Gruppe um Walter Ulbricht als „Revolutionäre der SED, die in Wirklichkeit Spießer“ seien.

Schilderungen in jüngster Zeit geflüchteter „DDR“-Bewohner, vor allem von Söhnen einflußreicher Staatsfunktionäre, bestätigen die sich zuspitzenden Konflikte gerade in Familien linientreuester Parteimitglieder. Kurt Stoph, der 1980 verstorbene Vater der jetzt in der Prager Botschaft der Bundesrepublik Deutschland für sich und ihre Familie Asyl heischenden Ingrid Berg, galt in der „DDR“-Nomenklatura als absolut zuverlässig.

Der gelernte Buchdrucker leitete die Staatsreserve, die strategisch wichtigen Güter für den Krisenfall.

Bei Ausreisewilligen ist die Risikobereitschaft gewachsen

MANFRED SCHELL, Bonn

Die „DDR“-Führung steckt mit ihrer Ausreisepolitik in einem Dilemma. Einerseits will sie durch eine großzügigere Genehmigungspraxis möglichst viele Regimekritiker, in ihrem Sinne also „Unruhepotential“, in den Westen abschieben. Andererseits muß sie befürchten, daß spektakuläre Einzelaktionen – wie die Flucht der Stoph-Nichte in die deutsche Botschaft in Prag – „Schneeballeffekte“ bewirken mit dem Risiko, daß die Entwicklung außer Kontrolle geraten könnte.

Nach allen Informationen, die der Bundesregierung in Bonn vorliegen, steht fest, daß es seit Beginn dieses Jahres in der „DDR“ zu einer Flut von Ausreiseanträgen gekommen ist, vor allem durch jüngere Menschen. Mehr als früher stellen jetzt auch komplette Familien solche Anträge. Und zweifellos ist die Risikobereitschaft zur Durchsetzung des Ausreiseziels gewachsen. Es gibt viele Antragsteller, die von vornherein einen mindestens zweijährigen Kampf gegen das Regime einkalkulieren: Demütigungen, Herabstufungen am Arbeitsplatz, Verweigerung des Studiums, Gefängnisstrafen. Es gibt Fälle, in denen sich junge Mütter mit ihren Kindern in den Zug gesetzt und den „DDR“-Kontrolleuren in Berlin im vollen Bewußtsein der Konsequenzen erklärt haben, sie wollten in den Westen ausreisen.

Kaum Informationen

Die „DDR“ schweigt grundsätzlich zu solchen Vorgängen. Auch Bonn hält sich mit Informationen über die „Entwicklung im humanitären Bereich“ sehr zurück, obwohl, allen „Eiszeit“-Prophezeiungen zum Trotz, nach dem Regierungswechsel mehr Menschen aus der „DDR“ in die Frei*heit gelangten als zuvor. Im Rahmen* der Familienzusammenführung erhielten 1983 rund 8000 Antragsteller in der „DDR“ die Ausreisegenehmigung. Außerdem wurden 1200 politische Häftlinge freigekauft, wobei es der Bundesregierung gelungen ist, sicherzustellen, daß sich unter denen, „die zu uns herüberkommen, keine Kriminellen mehr befinden“ (Staatsminister Jenninger vom Kanzleramt). Allerdings fällt es häufig schwer, zu definieren, was nun ein „politischer Häftling“ oder ein „Krimineller“ ist: Im Bemühen, herauszukommen, werden nicht selten „Begleitdelikte“ wie zum Beispiel Betrug begangen. Die „DDR“-Gerichte verhängen in solchen Prozessen Haftstrafen bis zu zehn Jahren, die also außerhalb jedes objektiven Rechtsverständnisses liegen. Die Bundesregierung hat sich entschieden, solche Fälle wie „politische“, also mit *Prioritäten zu behan*deln.

Bonn hat auf allen zur Verfügung stehenden Kanälen Ost-Berlin gedrängt, auch bei Besuchsreise-Genehmigungen großzügiger zu verfahren. Erfolge zeichnen sich ab. 1984, das läßt sich nach *Informationen* aus Regierungskreisen absehen, wenn die „DDR“ nicht wieder in Restriktionen zurückfällt, werden erstmals 100 000 Bewohner der „DDR“ zu Besuchsreisen in die Bundesrepublik Deutschland kommen. 1982 waren es nur 40 000. Dieser Aufwärtstrend liegt im Bemühen der Bundesregierung, die Verbindungen zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands fast 40 Jahre nach dem Krieg zumindest aufrechtzuerhalten, zumal sich die Erhöhung des Zwangsumtauschs wie eine Sperre von West nach Ost ausgewirkt hat.

Natürlich stellt sich auch die Bundesregierung die Frage, warum die *„DDR“ in humanitären Fragen groß*zügiger geworden ist. Die Regierung Kohl hat von Anfang an erkennen lassen, daß sie nicht auf eine Destabilisierung des „DDR“-Regimes aus ist. Dahinter steht die Auffassung, daß man mit politisch-wirtschaftlichem Druck eine Diktatur „nicht auskaufen kann“, wie es ein Politiker formulierte. Statt dessen hat man sich offenbar auf eine „Basis der gegenseitigen Vorteilsnahme“ verständigt. Bonn hat auch aus diesen Gründen den Milliardenkredit „politisch“ abgesichert. Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, werden, als Gegenleistung für eine Senkung des Ausreisealters und die Zurücknahme des Zwangsumtauschs, weitere Kredite erwogen. Nicht ohne Grund ist bei der Bundesregierung das Argument zu hören, der Milliardenkredit habe aufgrund seiner Konditionen und Absicherung durch die Transitpauschale „keinen Pfennig gekostet“. Allerdings dürfte sich erst im unmittelbaren zeitlichen Vorfeld des Honecker-Besuchs ent*scheiden, ob die „DDR“ tatsächlich* zu solchen Erleichterungen bereit ist.

Aber nicht nur das Verhältnis zu Bonn ist für die aktuelle Entwicklung von Bedeutung. Die sprunghaft gestiegene Zahl der Ausreiseanträge, die Risikobereitschaft jüngerer Menschen mag auch damit zusammenhängen, daß die „DDR“ in der Nachrüstungsdebatte die Gegner des Doppelbeschlusses in der Bundesrepublik Deutschland unterstützt hat, und, um ein Hauch von Glaubwürdigkeit zu erhalten, auch der Friedensbewegung in der „DDR“ etwas Spielraum gelassen hat. Diese will jetzt ihre gewonnenen Freiräume nutzen. Mehr Menschen in der „DDR“ gehen jetzt das Risiko ein, ihre kritische Meinung gegenüber der SED-Führung auch öffentlich zu bekennen. In Dresden gab es am 13. Februar aus Anlaß des Jahrestages der Bombardierung der Stadt ein „ökumenisches Friedensgebet“ mit über 3000 Teilnehmern. Nach dem Gebet in der Kreuzkirche kam es zu einem Demonstrationszug von etwa 1000 meist Jugendlichen zur Ruine der Frauenkirche. Das starke Aufgebot von Sicherheitskräften schritt nicht ein. In Jena gab es spontane „Friedenstreffen“. In Fenstern tauchen Pappschilder mit einem großen „A“ – für „Ausreisende“ – auf.

Verstärkte Kontrollen

Die gewachsene Risikobereitschaft wird auch daran erkennbar, daß Bewohner der „DDR“ die Ständige Vertretung Bonns in Ost-Berlin oder die diplomatischen Missionen westlicher *Staaten aufsuchen*, um auf diesem Wege ihre Ausreise zu erzwingen. Die „DDR“ hat in zwei Fällen zugestimmt: Sechs Personen, die in die amerikanische Botschaft und zwölf, die in die Ständige Vertretung gegangen waren, wurden in den Westen entlassen. In Wiederholungsfällen gelang es zwar, für die Betroffenen Straffreiheit zugesichert zu bekommen, aber die „DDR“ verweigerte die Ausreisegenehmigungen. *Interessant* ist, daß sie für die sechs in der US-Botschaft entgegen der üblichen Praxis kein Geld gefordert hat.

Inzwischen hat der Staatssicherheitsdienst um die Ständige Vertretung eine Art „Filtersystem“ aufgebaut. Es soll abschreckende Wirkung haben. Vor allem junge Paare mit Kindern werden schon im weiteren *Umkreis kontrolliert. Bonn muß aus* prinzipiellen Gründen, vor allem aber im Interesse der Menschen drüben, sicherstellen, daß der Zugang zur Vertretung ungehindert bleibt. Auch in der Vergangenheit hat es Fälle gegeben, in denen verzweifelte Deutsche vorstellig geworden sind, um so die Ausreise zu erzwingen. Einzelne haben sogar mit Selbstmord gedroht. Die Rechtsabteilung der Vertretung kümmert sich um sie. Notfalls übernachten sie in den Gästezimmern. Allerdings bleiben der Vertretung in der jetzigen Situation, in der die „DDR“, um ihre „Eigenständigkeit“ *zu dokumentieren, – außerhalb der* diskreten Bemühungen um „Familienzusammenführung“ – fast willkürlich über Ausreisegenehmigungen entscheidet, nicht viele Hilfemöglichkeiten.

Themen der WELT am Samstag, dem 3. März 1984

Tanz auf dem Vulkan
Eine solide wirtschaftliche Entwicklung hat die Elfenbeinküste zum wohlhabendsten Land Schwarzafrikas gemacht. Die Skyline der Hauptstadt Abidjan wirkt wie ein tropisches Manhattan. Aber im Schatten der Hochhäuser wachsen Haß und Unruhe. (GEISTIGE WELT)

Gespräch mit Alexander Solschenizyn
„Ich bin innerlich davon überzeugt, irgendwann einmal nach Rußland zurückkehren zu können“ – es sei nur ein Gefühl, sagt Solschenizyn, aber ein Gefühl, auf das er fest baue. Mehr darüber und über andere Fragen, die ihn bewegen, lesen sie in einem Interview, das er dem englischen Schriftsteller und Journalisten Malcolm Muggeridge gewährte. (GEISTIGE WELT)

Historie satirisch
Ausgangspunkt des neuen Romans von Erich Loest ist die Leipziger Völkerschlacht. Von dort aus blättert er satirisch sächsische und deutsche Geschichte bis in die sozialistische Gegenwart auf, die ihn selbst hart getroffen hat. Der Leipziger Loest wohnt seit 1981 in Osnabrück. Sein neues Buch bespricht Günter Zehm. (WELT DES BUCHES)

Augentest mit Laser-Technologie
Wissenschaftler stellten fest, daß nahezu jeder vierte erwachsene Bundesbürger nicht ausreichend gut sieht. Eine optimale Voraussetzung in puncto Vorsorge-Untersuchung schafft jetzt ein neuartiger Augen-Soforttest: Eine schwache Laser-Lichtquelle erzeugt Punktmuster, mit denen das Auge unter idealen Bedingungen geprüft werden kann. (WISSENSCHAFT)

Genfer Automobilsalon: Schaufenster der Neuheiten
Die einzige noch jährlich stattfindende Pkw-Ausstellung präsentiert sich ab 1. März wieder als „Schaufenster der Neuheiten“. Mehr als 1000 Aussteller aus 31 Ländern sind vertreten. (AUTO WELT)

„Eine Staatsbürgerschaft der DDR kann nicht respektiert werden“

BERNT CONRAD, Bonn

Die völkerrechtliche Anerkennung einer eigenständigen „DDR“-Staatsangehörigkeit ist nach Ansicht des Berliner Bundessenators Professor Rupert Scholz aufgrund der Rechtslage ebensowenig möglich wie eine „Respektierung“ einer solchen Staatsangehörigkeit, die auf eine Form faktischer Anerkennung hinauslaufen würde. Diese Schlußfolgerung zog Scholz, einer der führenden Kommentatoren des Grundgesetzes, *bei einem Vortrag in Bonn aus dem* Grundgesetz-Artikel 16 Absatz 1 und den Vorbehaltsrechten der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges.

Der Senator, der auf einer Tagung der Studiengruppe für Politik und Völkerrecht in Verbindung mit der Kulturstiftung der Deutschen Vertriebenen sprach, erteilte damit allen Forderungen eine Absage, der „DDR“ wenigstens durch eine „Respektierung“ ihrer Staatsbürgerschaft entgegenzukommen. Stimmen dieser Art waren in letzter Zeit vor allem in der SPD laut geworden.

Scholz machte klar, daß deutsche Staatsangehörige im Sinne des Grundgesetzes nicht nur die Bürger der Bundesrepublik, sondern auch die Deutschen in der „DDR“ und in den früheren deutschen Ostgebieten sind. „Nach Artikel 16 Absatz 1 Grundgesetz darf diese deutsche Staatsangehörigkeit niemandem gegen seinen Willen, also auch nicht solchen Personen entzogen werden, die nicht im Gebiet der Bundesrepublik leben.“

Anerkennung ausgeschlossen

Im Einklang mit dieser verfassungsrechtlichen *Ausgangslage* hat die Bundesrepublik nach den Worten des Senators auch deshalb an der gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit festgehalten und muß weiter daran festhalten, „weil jede Regelung der Staatsangehörigkeit notwendig ‚Deutschland als Ganzes‘ und damit die fortbestehenden alliierten Vorbehaltsrechte hinsichtlich Gesamtdeutschlands berühren würde. Wie die Bundesrepublik keine Befugnis hat, über die deutschen Grenzen in völkerrechtlicher Qualität zu disponieren, so hat sie auch keine Befugnis, über die gesamtdeutsche Staatsangehörigkeit bzw. über die Staatsan*gehörigkeit des gesamtdeutschen* Staatsvolkes Dispositionen zu treffen, die an deren gesamtdeutschen bzw. nationaleinheitlichen Kern rühren würden.“

Scholz wies darauf hin, daß die „DDR“ seit Erlaß ihres Staatsbürgerschaftsgesetzes vom 20. 2. 1967 eine eigene Staatsbürgerschaft reklamiere, die das ursprüngliche Bekenntnis zur gesamtdeutschen Staatsangehö*rigkeit im Sinne der „DDR“-Verfas*sung vom 7. 10. 1949 abzulösen suche. „Auch die DDR ist jedoch an die alliierten Vorbehaltsrechte hinsichtlich ‚Deutschlands als Ganzem‘ gebunden. Auch die DDR ist demgemäß völkerrechtlich nicht imstande, sich vollends von der ursprünglich gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit zu lösen.“

Eine Respektierung oder Anerken*nung der „DDR“-Staatsbürgerschaft* durch die Bundesrepublik schloß der Senator vor dem Hintergrund dieser Rechtslage aus. Allerdings sei die Staatsbürgerschaftsgesetzgebung der „DDR“, soweit sie sich auf das Gebiet der „DDR“ selbst beschränke, prinzipiell zu achten, weil der Grundlagenvertrag zwischen Bonn und Ost-Berlin, der keine Regelung der Staatsangehörigkeit enthalte, die gegenseitige Unabhängigkeit, gemessen am jeweiligen Staatsgebiet, wahre.

Das Staatsbürgerschaftsrecht der „DDR“ wirft jedoch nach Auffassung von *Scholz auch in diesem* Zusammenhang völkerrechtliche Fragezeichen auf. Dazu gehöre die Bestimmung, daß ein „DDR“-Bürger der Zustimmung der zuständigen *„DDR“-Staatsorgane bedürfe*, wenn er die Staatsbürgerschaft eines anderen Landes erwerben wolle. Im innerdeutschen Verhältnis sei der „DDR“-Standpunkt, daß es keinen eigenständigen Anspruch auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft oder auf Auswanderung aus der „DDR“ gebe, mit dem Fortbestand der gesamtdeutschen Staatsangehörigkeit sowie mit deren verfassungs- und völkerrechtlichen Grundlagen unvereinbar.

Der Berliner Bundessenator stellte unmißverständlich fest: „Soweit ein DDR-Einwohner vorübergehend in das Bundesgebiet kommt, kann er hier die gesamtdeutsche Staatsange*hörigkeit der Bundesrepublik mit al*len Rechten und Pflichten freiheitlich in Anspruch nehmen; letztere stellt ihm gegenüber ein freiheitliches Angebot dar. Er kann aber ebenso auf die Inanspruchnahme dieser Rechte verzichten. Ein solcher Verzicht ist erst und ausschließlich dann ausgeschlossen, wenn der betreffende DDR-Einwohner sich auf Dauer oder unbegrenzte Zeit im Bun*desgebiet aufhält.*“

Auf der gleichen Bonner Tagung wies der Würzburger Völkerrechtler Professor Dieter Blumenwitz bei einer Betrachtung der Lage der polnisch und sowjetisch *verwalteten* deutschen Ostgebiete auf das völkerrechtliche Annexionsverbot hin, das grundsätzlich auch für die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges gelte. „Daher können Deutschland be*treffende* territoriale Fragen endgültig nur durch einen Friedensvertrag mit Deutschland geregelt werden (so auch Artikel 7 Deutschlandvertrag).“

Keine endgültige Hinnahme

Die Staatenpraxis unterscheide streng zwischen der territorialen Souveränität und der Gebietshoheit, fuhr Blumenwitz fort. Werde einer gewaltsamen Annexion nicht entgegengetreten, sondern ein solcher Zustand von den übrigen Staaten geduldet, komme „eine nachträgliche Heilung des widerrechtlichen Gebietserwerbs durch Ersitzung in Betracht (ex factis ius oritur)“. Aufgrund der bestehenden Völkerrechtslage könne jedoch vorerst „noch nicht von einer Duldung polnischer bzw. sowjetischer territorialer Souveränität (im Gegensatz zur Duldung polnischer Staatsgewalt) in den deutschen Ostgebieten ausgegangen werden“.

Blumenwitz forderte: „Die Siegermächte und die Bundesrepublik Deutschland sind jedoch, um Rechtsverluste zu vermeiden, gehalten, ausdrücklich klarzustellen, daß die Anerkennung oder Duldung der Gebietshoheit nicht als endgültige Hinnahme der territorialen Souveränität der Volksrepublik Polen bzw. der Sowjetunion über die deutschen Ostgebiete mißverstanden werden darf.“

Prager Minister sprach in „DDR“ über Flüchtende

hrk, Berlin

Nach den Vorfällen in Prag, wo „DDR“-Bürger schon mehrfach versuchten, über die Bonner Botschaft die Ausreise zu erlangen, gewinnt ein Besuch des CSSR-Innenministers Vratislav Vajnar in Ost-Berlin nachträglich an Bedeutung. Obwohl Ressortminister aus dem Ostblock meist mit ihren „DDR“-Kollegen vorlieb nehmen müssen, war Vajnar am vergangenen Dienstag von SED-Generalsekretär Erich Honecker empfangen worden. Aus der Anwesenheit von Staatssicherheits-Minister Mielke und Innenminister Dickel bei Vaiginars Gespräch mit Honecker kann geschlossen werden, daß derartige Fluchtversuche via Prag besprochen wurden. Dickel ist zugleich Chef der „Volkspolizei“, die in letzter Zeit die Bewachung der westlichen Missionen verstärkt.

„Konsensfähiges“ Papier der Grünen

hey, Bonn

Die Grünen im Bundestag treten bei ihrem Parteitag am kommenden Wochenende in Karlsruhe mit einem 90seitigen Rechenschaftsbericht an. Das von Pressesprecher Georg Dick als „konsensfähig“ bezeichnete Papier war auf einer fünfstündigen Nachtsitzung vom erweiterten Fraktionsvorstand nach intensiven Beratungen verabschiedet worden. Allerdings hatten die 27 Abgeordneten und ihre Nachrücker so keine Gelegenheit, den jetzt den Parteigliederungen zugehenden Bericht mitzuberaten.

Ausweitung des Numerus clausus

p. p. Bonn

Trotz aller öffentlichen Bekundungen, die Universitäten auch in den Jahren des geburtenstarken Andrangs offenzuhalten, greift der örtliche Numerus clausus wie Metastasen weiter um sich. So hat jetzt der Senat der Technischen Universität München für die Studiengänge Chemie, Geologie und Maschinenwesen Zulassungsbeschränkungen erlassen. Zur Begründung heißt es, daß die Hochschule „entgegen ihrer innersten Überzeugung“ diese Notmaßnahme als Konsequenz aus einer „hoffnungslosen Überlastungssituation“ ziehen müsse.

„Bonn sollte Leistungen stärker herausstellen“

Parteitag der Hamburger CDU / Echternach wiedergewählt

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Regierungskoalition sollte „besser, stromlinienförmiger und verständlicher“ das nach draußen tragen, was sie bisher erreicht hat. Diese Aufforderung richtete der schleswig-holsteinische Ministerpräsident, Uwe Barschel, am Wochenende beim Landesparteitag der Hamburger CDU an die Führungsspitze der Union in Bonn. Barschel warnte davor, daß nach dem Abklingen des Skandals Wörner/Kießling nunmehr das Thema „Steuerentlastung“ öffentlich zerredet werde. „Wir müssen auf jeden Fall die Handlungsfähigkeit der Koalition bewahren“, sagte der Kieler Regierungschef, der als Ehrengast des Hamburger Parteitages sprach. Das bedeute jedoch nicht, „daß wir der Gesangverein des Bundeskanzlers“ werden. Innerparteilich sei eine intensive Diskussion über die Form einer Steuerentlastung sogar dringend notwendig.

Barschels Warnungen gingen auch noch in eine andere Richtung. In der Medienpolitik bestehe für die euphorische Annahme, die SPD sei auf CDU-Kurs eingeschwenkt, kein Grund. „Einigkeit ist für mich nicht erkennbar“, sagte Barschel. Die geänderte Einstellung der SPD beruhe nicht auf einem inneren Wandel, sondern sei vielmehr eine Folge des Drucks durch die technologische Entwicklung und des Drucks der Interessen der Bevölkerung. Der Ministerpräsident betonte, „Der Medienkrieg ist erst dann beigelegt, wenn sichergestellt wird, daß überall in der Bundesrepublik private Programme den *Bürgern zugänglich gemacht* werden“. Bei den Sozialdemokraten sei die Wende in der Medienpolitik erst halb vollzogen. Barschel schloß: „Für Rundfunk-Satelliten brauchen wir die Übereinstimmung aller elf Bundesländer. Wenn Hessen nein sagt, dann wird daraus nichts.“

Die Delegierten des Hamburger Parteitages bestätigten den Landesvorsitzenden, Jürgen Echternach, in seinem Amt, auch die drei stellvertretenden Landesvorsitzenden wurden wiedergewählt. Echternach, der seit 1974 an der Spitze der Hamburger CDU steht, erhielt 206 von 239 Stimmen; mit 86,2 Prozent schloß er deutlich besser ab als vor zwei Jahren, als 81 Prozent der Delegierten für ihn votiert hatten. Auch der Hamburger Unionspolitiker ging ausführlich auf das Problem der Steuerreform ein, die er als „das wichtigste Gesetzgebungswerk dieser Legislaturperiode“ bewertete. Echternach wandte sich mit Nachdruck gegen die Vorstellung, daß die Hälfte des Volumens der Steuerreform durch Steuererhöhungen an anderer Stelle ausgeglichen werden soll – wofür nur die Mehrwertsteuer und Verbraucher-Steuern in Frage kämen. Echternach erklärte dazu: „Lieber keine Steuerreform als eine solche Reform!“

Der Hamburger CDU-Vorsitzende erinnerte daran, daß das Lohnsteueraufkommen Jahr für Jahr doppelt so stark steige wie das Volumen der Löhne selbst. Er schloß daraus: „Deshalb brauchen wir keine Umschichtung von Steuern, sondern eine wirksame Steuerentlastung durch Rückgabe dieser heimlichen Steuereinnahmen.“ Neben der Tarifreform sei eine Entlastung kinderreicher Familien unstreitig notwendig. Denn es widerspreche dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit, wenn sich ein Ehepaar durch Kinderlosigkeit einen doppelt so hohen Lebensstandard leisten könne wie eine Familie, in der die Frau der Kinder wegen auf eine Berufstätigkeit verzichtet.

Im Mittelpunkt seines Rechenschaftsberichts stand eine Auseinandersetzung mit der Politik der in Hamburg regierenden SPD. „Noch nie hat die Hamburger SPD unserer Stadt eine so dürftige Senatsbesetzung zugemutet wie heute“, sagte Echternach. In allen Grundfragen der Hamburger Politik gebe diese Partei „zwei sich einander ausschließende Antworten“. Der CDU-Landesvorsitzende räumte ein, daß Bürgermeister Klaus von Dohnanyi die Konfrontationsstrategie gegenüber dem Nachbarland Schleswig-Holstein aufgegeben habe. Er fuhr fort: „Doch im Verhältnis zum Bund überbieten sich die Hamburger Senatoren noch in billigen Angriffen auf die neue Regierung.“ Dem SPD-Bürgermeister warf er Führungsschwäche und „Wegtauchen vor Konflikten“ vor. Die bundesweit beachtete Rede vor dem Überseeclub mit programmatischen Bemerkungen über den Zwang, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Hamburg zu verteidigen, hätte Dohnanyi lieber vor dem Landesparteitag der SPD halten sollen, meinte Echternach.

„Politik ist kein Religionsersatz“

Schulsenatorin Laurien auf dem Bundeskongreß der „Vereinigung für politische Bildung“

AXEL SCHÜTZSACK, Berlin

Jugendproteste, No-future-Parolen und eine Null-Bock-Mentalität werden derzeit häufig als Stichworte genannt, wenn versucht wird, die Situation der Jugend in der Bundesrepublik und ihre Einstellung zum Staat zu charakterisieren. Ob damit tatsächlich die Grundeinstellung der Jugend umschrieben ist, muß allerdings bezweifelt werden.

Auf dem Bundeskongreß der „Deutschen Vereinigung für Politische Bildung“ in Berlin, der sich mit dem Thema „Jugend, Politik und politische Bildung“ befaßte, warnte der Fraktionsvorsitzende der CDU im niedersächsischen Landtag, Werner Remmers, nachdrücklich vor Pauschalierungen. Die Einstellung der Jugend in der Bundesrepublik zur Politik und zu politischen „Vorgängen und Entscheidungen sei viel differenzierter als wir glauben“. In diesem Zusammenhang wurde darauf *hingewiesen, daß für weit über 90* Prozent der Jugendlichen in der Bundesrepublik nach den Ergebnissen der Schell-Studie Selbständigkeit und Geldverdienen als wichtiges Anliegen der Zukunftsgestaltung gelte.

Remmers machte allerdings aus seiner „großen Sorge“ keinen Hehl, daß die säkularisierten Gesellschaften in der Gefahr seien, Politik als Religionsersatz anzusehen. Es sei daher erforderlich, der Jugend deutlicher als bisher klarzumachen, was der Staat, die Regierung und die parlamentarische Demokratie zu leisten vermöchten und wo ihre Grenzen lägen.

Ganz anderer Auffassung war demgegenüber der Fraktionsvorsitzende der SPD im schleswig-holsteinischen Landtag, Björn Engholm. Die No-future-Mentalität Jugendlicher hat seiner Ansicht nach in der Nachrüstungsentscheidung des Bundestags ihre Bestätigung gefunden. Die Jugendlichen in der Friedensbewegung hätten erleben müssen, „wieviel aussichtsloser“ es sei, politisch etwas durchzusetzen als bisher. Die Konsequenz sei eine immer stärkere Abkehr der Jugendlichen von den etablierten Parteien, die allerdings keine grundsätzliche Ablehnung der parlamentarischen Demokratie bedeute.

Hartmut von Hentig, der zu den Vordenkern der sozialdemokratischen Bildungspolitik zählt, argumentierte auf der gleichen Linie. Die Jugend habe es heute viel schwerer, weil die „Handlungsspielräume“ im Vergleich zur Elterngeneration stark eingeschränkt sei. Daraus resultiere eine weit verbreitete Hoffnungslosigkeit und Skepsis der Jugend hinsichtlich ihrer Zukunftschancen.

Schärfer noch als Remmers wandte sich die Berliner Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien gegen Bestrebungen, Politik zum Religionsersatz hochzustilisieren. Die Schulsenatorin wies in diesem Zusammenhang auf den moralischen Rigorismus in der Friedensbewegung bei der Auseinandersetzung über die NATO-Nachrüstung und auf das neue Stichwort „Wahrheit gegen Mehrheit“ hin. Es sei unerträglich, wenn die Friedensbewegung in der Raketendiskussion den „gesamten moralischen Anspruch“ für sich allein vertrete, Andersdenkenden diesen Anspruch aber verweigere. Für das System der parlamentarischen Demokratie, das auf Mehrheitsentscheidungen basiere, sei es aber geradezu „tödlich“, wenn unter dem Stichwort „Wahrheit gegen Mehrheit“ das Mehrheitsprinzip ausgekündigt und an dessen Stelle der Wahrheitsanspruch gestellt werde. *Dies* führe auch zu einer *Pervertierung* des politischen Widerstandsrechts, auf das sich die Verkünder des Wahrheitsanspruchs beriefen. Widerstand sei in einer freiheitlichen Demokratie aber nur gegen solche Kräfte gerechtfertigt, die den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat abschaffen wollten.

Auf der Suche nach einem Dialog

Mitglieder der SPD-Grundwertekommission in Ost-Berlin / Diskussion über Arbeitslosigkeit

PETER PHILIPPS, Bonn

Im Rahmen der verstärkten Bemühungen innerhalb der SPD um eine Intensivierung des innerdeutschen Dialogs sind am Wochenende auch Mitglieder der Grundwertekommission der Partei in Ost-Berlin gewesen. Die Sozialdemokraten, an deren Spitze bei dieser Reise Erhard Eppler und Professor Richard Loewenthal standen, waren von der „Gesellschaftswissenschaftlichen Akademie des Zentralkomitees der SED“ eingeladen worden.

Bei den Gesprächen mit zwei ZK-Mitgliedern – dem Akademie-Rektor Reinhold und dem Philosophie-Professor Hahn – sowie mit anderen Wissenschaftlern habe man nicht versucht, „irgendwelche politischen Einheitsfront-Geschichten zu machen“, sondern es sei „wirklich eine Diskussion über die Probleme der Arbeit“ in der Bundesrepublik und in der „DDR“ gewesen, erklärte Loewenthal gegenüber der WELT. Die beiden Parteien seien sich nicht nähergekommen. Es gebe keine „Zusammenarbeit“, aber „die menschliche Atmosphäre zwischen ihnen ist normaler geworden“, meinte Loewenthal.

Man habe miteinander darüber gesprochen, „wo unsere Arbeitslosigkeits-Probleme herkommen“, und daß man dies nicht mit so „allgemeinen Redensarten wie der allgemeinen Krise des Kapitalismus“ erklären könne. Auch von der anderen Seite sei die „grundsätzliche Problematik“ von Arbeitsmarkts- und Wirtschaftsentwicklung angesprochen und mitdiskutiert worden. Fragen der Verstaatlichung von Schlüsselindustrien, die kürzlich vom Arbeitnehmerflügel der SPD gefordert worden war, hätten dabei „keine Rolle gespielt“.

Loewenthal wies darauf hin, daß dieses Treffen mit Vertretern der Gesellschaftswissenschaftlichen Akademie das erste Gespräch dieser Art gewesen sei. Er wollte weitere Treffen nicht ausschließen. Aber zuerst einmal müsse darüber mit der Parteiführung der SPD gesprochen werden. Man habe jedenfalls in Ost-Berlin eine Fortsetzung der Begegnung „offengelassen“.

Gegenüber der WELT faßte Loewenthal seinen Haupteindruck der Begegnung dahingehend zusammen, daß sich „die beiden Parteien nicht nähergekommen seien oder zusammenarbeiten“, aber „die menschliche Atmosphäre zwischen ihnen ist normaler geworden“.

Nach Besuch in Ost-Berlin spricht Burt mit Bonn

ms. Bonn

Nach seinem Aufenthalt in der „DDR“ wird der Leiter der Europa-Abteilung im amerikanischen Außenministerium, Richard Burt, heute politische Gespräche in Bonn führen. Unter anderem sind Begegnungen zwischen Burt und dem Abrüstungsbeauftragten, Botschafter Ruth, sowie dem Leiter der außenpolitischen Abteilung im Kanzleramt, Horst Teltschik, vorgesehen. Burt hat in Ost-Berlin mit SED-Politbüromitglied Hermann Axen und Außenminister Oskar Fischer konferiert. Washington sieht offenkundig – bei einem Andauern des Genfer Verhandlungsstillstands – in den Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin ein stabilisierendes Element, das helfen kann, Spannungen zu mildern.

EG-Gipfel: Bonn hält sich bedeckt

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Bundesregierung hält sich auch nach dem jüngsten Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Präsidenten Mitterrand mit Prognosen über die Erfolgsaussichten des EG-Gipfels am 19. und 20. März in Brüssel zurück. Mitterrand hat Kohl am Freitag in Paris einen zusammenfassenden Bericht über seine bilateralen Gespräche mit den übrigen EG-Ländern gegeben. Daraus sei zu entnehmen gewesen, daß es noch „erhebliche Probleme“ gebe, hieß es. Ein zentrales Thema in der Begegnung zwischen Kohl und *Mitterrand dürfte der* Währungsausgleich gewesen sein, der zum Schlüssel für die Reform der Agrarpolitik geworden ist. Frankreich wünscht den totalen Abbau des Grenzausgleichs. Bonn hingegen denkt allenfalls daran, diesen Währungsausgleich schrittweise abzubauen, weil sonst Ersatzzahlungen aus dem Bundeshaushalt an die Landwirte notwendig würden, die kaum zu bewältigen sind.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Walesa fordert Freilassung der Häftlinge

AP, Warschau

Der polnische Friedensnobelpreisträger Lech Walesa hat gestern seine Forderung nach Freilassung von mehr als 200 politischen Häftlingen bekräftigt. „Wir müssen die Freilassung der Häftlinge mit friedlichen Mitteln betreiben", sagte Walesa beim Verlassen der Warschauer Jakobskirche, wo er an der Taufe des Sohnes seines früheren Stellvertreters in der Führung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität", Andrzej Celinski, teilgenommen hatte. Walesa ist der Pate des kleinen Andrzej Tomasz Celinski.

Neben dem 40jährigen Betriebselektriker Walesa hatten seine engsten Mitarbeiter aus der „Solidaritäts"-Zeit und etwa 200 Freunde der Familie Celinski dem Taufgottesdienst beigewohnt. Walesa sprach nur kurz mit westlichen Korrespondenten. Er teilte mit, daß er und seine Berater gegenwärtig damit beschäftigt seien, Stellungnahmen zur Lage der polnischen Wirtschaft, besonders zu den ungenügenden Reformbemühungen der Regierung, auszuarbeiten. „Unsere Pläne und ihre Verwirklichung werden nichts Spektakuläres sein", sagte Walesa. Er sei gegen die Schaffung von Unordnung. Man solle ruhig und entschlossen weiterarbeiten. „Diejenigen, die nach Unordnung streben, werden enttäuscht sein, doch ich kann nicht anders vorgehen."

„Sympathiestreik" in Großbritannien?

wth. London

Die britischen Gewerkschaften wollen für morgen zu einem „Tag des nationalen Protestes" aufrufen. Sie haben landesweite halbtägige Arbeitsniederlegungen und schwere Störungen im Straßen-, Bahn- und Luftverkehr angekündigt. Die Aktionen sind die Antwort des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes TUC auf die Entscheidung der Regierung, den 7000 Angestellten des Geheimdienstzentrums in Cheltenham aus Gründen der nationalen Sicherheit die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu untersagen.

Der sonst gemäßigte britische Gewerkschaftschef Len Murray, der seit Monaten dafür kämpft, die bisherige Konfrontationspolitik der Gewerkschaften gegenüber der Regierung zu überwinden, fühlt sich durch dieses Gewerkschaftsverbot so provoziert, daß er die 10 Millionen britischen Gewerkschaftler zu massiven Sympathiekundgebungen aufrief. Die fünf größten Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliederzahl von vier Millionen haben ihm bereits ihre Unterstützung zugesagt. Derartige politisch motivierte Sympathiestreiks sind nach den neuen Gewerkschaftsgesetzen der Regierung Thatcher illegal. Einige Arbeitgeber haben für den Fall, daß es morgen zu schweren Arbeitsstörungen kommen sollte, bereits gerichtliche Schritte und Schadensersatzforderungen angekündigt. Die 7000 Angestellten in Cheltenham werden sich an diesen Protesten und Arbeitsniederlegungen nicht beteiligen.

Die Protestaktionen der Gewerkschaften sind nicht nur von der Regierung, sondern auch von der sozialliberalen Opposition kritisiert worden. Der liberale Parteichef Steel erklärte, daß die Gewerkschaften damit der Regierung in die Hände spielen. Tatsächlich müssen die Gewerkschaften befürchten, hier in eine selbstverschuldete Niederlage zu laufen. Die Zeit bis morgen wird zu kurz sein, um alle ihre Mitglieder zu mobilisieren. Ein nur bruchstückhafter „nationaler Protest" kann deshalb leicht zu einer Demonstration mangelnder Gewerkschafts-Solidarität werden und die Position der Gewerkschaftsführung in ihrer Auseinandersetzung mit der Regierung schwächen. Die Cheltenham-Affäre ist heutiger Gegenstand einer voraussichtlich stürmischen Unterhausdebatte.

China: „Monat der Moral"

AP, Peking

Der chinesische Präsident Li Xiannian hat am Wochenende in einer Fernsehansprache seine Landsleute dazu aufgefordert, sich an dem zum dritten Mal jährlich stattfindenden „Monat der gesellschaftlichen Moral" zu beteiligen. Diese staatliche Kampagne, die den ganzen März dauern soll, richtet sich gegen schlechtes Benehmen, nachlässige Dienstleistungen, Ausspucken auf der Straße und andere schlechte Gewohnheiten.

Reagan: Recht auf Schulgebet

AP, Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat Darstellungen als Unsinn bezeichnet, daß Kindern das Recht verwehrt sei, an öffentlichen Schulen zu beten. In einer von seinem Wahlkampfkomitee bezahlten Rundfunksendung sagte Reagan: „Das Pendel ist zu weit hin zu Unduldsamkeit gegenüber echter Religionsfreiheit ausgeschlagen. Es ist an der Zeit, das Gleichgewicht wieder herzustellen." 1962 hatte der Oberste Gerichtshof der USA entschieden, daß Gebete in öffentlichen Schulen gegen die Trennung von Staat und Kirche verstießen.

Genscher will Ankara ermutigen

Der Minister besucht die Türkei / Bonn beurteilt Bemühungen um Demokratisierung positiv

BERNT CONRAD, Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher will mit seinem Besuch in Ankara am 6. und 7. März die Zuversicht demonstrieren, daß die Türkei ihre Rückkehr zur Demokratie mit Nachdruck fortsetzen wird. Zu den Gesprächspartnern Genschers werden neben seinem Amtskollegen Vahit Halefoglu auch Staatspräsident Kenan Evren und Ministerpräsident Torgut Özal gehören.

Der letzte Türkei-Besuch des Bundesaußenministers liegt schon fast eineinhalb Jahre zurück. In der Zwischenzeit hat es jedoch einen kontinuierlichen Meinungsaustausch zwischen beiden Ländern, vor allem am Rande von NATO-Konferenzen und UNO-Sitzungen, gegeben. Den neuen türkischen Außenminister Halefoglu, der lange Jahre Botschafter in Bonn war, hat Genscher im Januar bei der Eröffnung der Stockholmer Konferenz zur Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) getroffen.

Bei seinen bevorstehenden Gesprächen in Ankara will sich Genscher – neben der Erörterung heikler bilateraler und europäischer Fragen, wie der Freizügigkeit für Arbeitnehmer – vor allem auf den politischen Dialog und die Einschätzung der Lage nach der Bildung einer türkischen Zivilregierung konzentrieren. Nach dem Urteil deutscher Diplomaten steht die Regierung Özal zwar noch vor ihrer Bewährungsprobe,hat es aber verstanden, sich wirkungsvoll zu etablieren. Ihr sei es gelungen, vorhandene Skepsis der Militärs abzufangen und die Hoffnungen des Volkes bisher nicht zu enttäuschen.

Die Bundesregierung hat schon vor drei Wochen in einem Bericht an den Bundestag die Entwicklung in der Türkei als ermutigend bezeichnet. Die vom Bundestag in der Resolution vom 5. Juni 1981 geäußerten Erwartungen seien noch nicht in allen Teilen erfüllt. Doch der Freiraum für die demokratischen Kräfte sei erweitert worden; das gewählte Parlament könne dem demokratischen Leben wichtige Impulse geben. Die Bundesregierung bejahte angesichts dieses Urteils eine Fortsetzung der entwicklungs- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit.

Diese von der SPD und den Grünen kritisierte Linie will Genscher auch bei seinem Türkei-Besuch vertreten. Ihm geht es darum, die neue Regierung durch eine Politik der ausgestreckten Hand zu ermutigen und gleichzeitig auf eine konsequente Fortführung des Demokratisierungsprozesses zu dringen. Dabei betrachtet sich der Bundesaußenminister als Verfechter der NATO-Interessen und als Fürsprecher der Türkei innerhalb der EG. Halefoglu und Özal haben ihrerseits mehrfach den Wunsch nach guten Beziehungen zur Bundesrepublik betont.

De Mita verspricht Koalitionstreue

Unterstützung im Bewußtsein eigener Stärke / Rede auf Parteitag der Christdemokraten

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die Fortsetzung der Koalition mit den Sozialisten und den kleinen Parteien der Mitte und die eigene parteiinterne Erneuerung bilden die beiden Hauptthemen des 16. Nationalkongresses der italienischen Christdemokraten. Sie wurden von Parteisekretär Ciriaco De Mita in den Mittelpunkt seines Einführungsreferats gestellt.

Unter dem Parteisymbol des Kreuzfahrerschildes mit der Losung „Libertas", das im Blick auf die anstehenden Europawahlen im rechten oberen Winkel des roten Kreuzes ein grünes „E" trägt, bezeichnete De Mita die vom sozialistischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi geführte Fünf-Parteien-Allianz als Ausdruck eines „strategischen Konzeptes", das mehr als Augenblickswert habe. Es sei darauf angelegt, den „demokratischen Wachstumsprozeß" des Landes zu steuern. Durch politische und institutionelle Reformen solle es dazu beitragen, „die Bedingungen für eine verwirklichte Demokratie zu schaffen".

„Nicht leicht" für die DC

Es sei für die DC „nicht leicht" gewesen, fuhr De Mita fort, nach den letzten Wahlen Craxi als Ministerpräsidenten zu akzeptieren. Im Interesse des Landes habe man sich der „Logik der Alternanz bei der Führung der Koalition" gebeugt. „Eine Abdankung war das nicht." Die DC sei „kein Unfall der Geschichte", sondern eine nach wie vor tief im Volk verwurzelte Partei. Im Bewußtsein dieser ihrer Stärke werde sie „diese Regierung voll unterstützen".

Eine Wiederaufnahme der politischen Zusammenarbeit mit den Kommunisten, die Ende der siebziger Jahre unter Ministerpräsident Andreotti zur Bildung einer, die KPI einschließenden, großen Parlamentskoalition geführt hatte, lehnte De Mita ab. „Die Linie der nationalen Solidarität ist ausgelaufen", sagte er, „auch wegen des erklärten Willens der KPI. Sie ist unwiederholbar." Den Kommunisten fehle es an „Regierungskultur", und ihren außenpolitischen Orientierungen ermangele oft der nationale Sinn. Nach seiner Meinung kann die DC im Augenblick nur in einem Punkt mit den Kommunisten zusammenarbeiten: bei der Vorbereitung institutioneller Reformen, die den demokratischen Staat handlungs- und widerstandsfähiger machen sollen.

Die augenblickliche Lage in Italien umriß De Mita mit dem Begriff „Bi-Polarismus". Es gebe nur die Wahl zwischen einem von den Christdemokraten und einem von den Kommunisten dominierten Lager. Die zwischen den beiden Großparteien stehenden Sozialisten und kleinen laizistischen Parteien seien auf die Zusammenarbeit mit der DC angewiesen, „es sei denn, sie geben vor den Wählern laut und deutlich kund, daß sie die Regierungsalternative mit der KP wollen".

Zur Überwindung der Krise, in die die Christdemokraten durch ihre starken Stimmenverluste bei den Parlamentsneuwahlen des vergangenen Jahres geraten sind, forderte De Mita für sich umfassende Entscheidungsbefugnisse. Er sagte: „Der Parteisekretär muß vom Kongreß mit einem Vertrauensmandat ausgestattet werden, auf das ich persönlich meine Kandidatur als Sekretär stelle."

Auch Zustimmung

De Mitas Thesen fanden in der Diskussion bisher vordergründig viel Zustimmung, stießen jedoch bei einigen Notabeln auch auf vorsichtig geäußerte Reserven. Der ehemalige Parteisekretär Zaccagnini als Repräsentant der Parteilinken forderte die Wiederaufnahme des Dialogs mit der KPI auch außerhalb des Rahmens der institutionellen Reformen. Er bekannte sich – im Gegensatz zu der von De Mita verfochtenen Politik im Verteidigungsbereich – zur Friedensbewegung und fragte: „Ich weiß, daß ich in eine Utopie stolpern kann, aber ist es wirklich so risikoreich, eine Position der Mäßigung auch gegenüber einem unmäßigen Gegner zu beziehen?"

Parteisekretär Piccoli, der die Parteimitte vertritt, ließ – ebenso wie Ex-Außenminister Colombo von der rechten Mitte – durchblicken, daß er mit der Forderung De Mitas nach umfassenden Vollmachten für die „Neugründung der Partei" nicht ganz einverstanden ist.

Die Wiederwahl De Mitas gilt als sicher. Für seinen bisher einzigen offenen Gegenkandidaten, den Zivilschutzminister Scotti, wäre es wohl schon ein Erfolg, wenn er zehn Prozent der Delegiertenstimmen erhielte.

In Libanon formiert sich Internationale des Terrors

Prowestliche arabische Staaten als Zielgruppe

ROLF TOPHOVEN, Bonn

In aller Stille formiert sich im Norden des libanesischen Bekaa-Tals und in der Region um die Hafenstadt Tripolis mit Billigung des syrischen Geheimdienstes eine neue Internationale des Terrors und des linken Untergrunds.

Beim Aufbau einer neuen Infrastruktur von Ausbildungslagern helfen, so ermittelte Israels Nachrichtendienst, auch Kubaner und Experten aus der „DDR" mit. Maßgeblich beteiligt an der Bildung dieser neuen Kader sind die PLO-Rebellen um Abu Mussa und die beiden marxistisch orientierten palästinensischen „Volksfronten" von Georges Habasch und Nayef Hawatmeh.

Erklärtes Ziel der Kommandos soll langfristig die Schaffung eines „terroristischen Armes" sein, der, mit sowjetischen Waffen ausgerüstet, jeden Winkel der Erde erreichen kann, um die Interessen des Kreml zu fördern. Vorrangiges Ziel des geplanten Terrors: die Schwächung prowestlicher, vor allem arabischer Regierungen.

Viele der internationalen Terror-Kader waren während der Belagerung Beiruts durch die Israelis im Sommmer 1982 in Syrien, Libyen oder Südjemen untergetaucht. Inzwischen sind sie in die von Syrien kontrollierten Zonen Libanons zurückgekehrt. So wurde erst kürzlich bekannt, daß der etwa 30 Mann starke Kern der japanischen „Roten Armee Fraktion" aus seinen Schlupfwinkeln bei der PLO in Südjemen in kleinen Trupps wieder in die Bekaa-Hochebene eingesickert ist. Dort bauen sie, unter der Observation der Syrer und mit Hilfe der Fatah-Rebellen ein eigenes Lager zur „Rekrutenausbildung" auf. Nach den Plänen der ostasiatischen Kommmandos soll das Camp als Absprungbasis für Terroraktionen in der ganzen Welt dienen.

Auch die gefürchtete Asala (Geheimarmee zur Befreiung Armeniens) soll sich im Bekaa-Tal mit syrischer Hilfe für neue weltweite Anschläge gegen türkische Ziele vorbereiten.

Iran zahlt angeblich 100 Millionen US-Dollar für iranische Kämpfer und ihre Ausrüstung. Die Iraner unterstützen derzeit die Drusen beim Kampf gegen die Regierung Gemayel in Beirut.

In Jordanien, Ägypten und den Golfstaaten grassiert die Furcht vor der palästinensischen Terror-Gruppe um Abu Nidal (Sabri al Bana). Nach dem Abzug Arafats aus Tripolis übergaben die Syrer großzügig Abu Nidal das frühere Arafat-Hauptquartier in der nordlibanesischen Hafenstadt. Das Lager liegt in der Nähe der Palästinenser-Hochburgen Nahr al-Bard und al-Badawi.

Die zahlenmäßig weitaus größte Terror-Organisation im Bekaa-Tal ist die islamische Amal-Gruppe, die von Hussein Mussawi geführt wird. Westliche diplomatische Kreise und libanesische Fachleute in Beirut berichten von einem Trainingscamp nördlich der heiligen Stadt Gom in Iran unter Leitung von Ayatollah Hussein Montazari. Dort sollen bis heute bereits 300 bis 350 schiitische Freiwillige aus Libanon ausgebildet worden sein. Neben der Indoktrination mit den Lehren Khomeinis lernen die „Schüler" vor allem die Taktik des Terrors, wie die Durchführung von Sabotageakten mittels Sprengstoff.

Nach Erkenntnissen verschiedener Geheimdienste soll jedoch die Hauptbasis zur Planung terroristischer Aktivitäten in Zabadani, nordwestlich von Damaskus liegen. Dort sind 1000 bis 1500 iranische Revolutionsgardisten stationiert. Der syrische Verbindungsoffizier zu den iranischen und libanesischen Schiiten-Milizen ist Mohammed Nasif, Chef der Nachrichtenabteilung beim syrischen Innenministerium in Damaskus. Von der Zabadani-Basis, so Israels Geheimdienstquellen, laufen die Pfade über die libanesische Grenze nach Nabi Sheet, dem Heimatdorf von Hussein Mussawi. In der Nähe von Nabi Sheet befinden sich in Yanta und Shaara zwei weitere Trainingscamps für Terror-Kommandos.

Der schiitische Islamische Rat in Teheran hat, wie zu erfahren ist, bisher 500 Millionen US-Dollar als jährliches Budget für die schiitischen Terror-Trupps in Libanon sowie für die um Baalbek stationierten Revolutionsgardisten freigegeben. Zweimal wöchentlich landet eine Frachtmaschine aus Teheran mit Waffen, Kleidung und Lebensmitteln in Damaskus. Mit Genehmigung der syrischen Behörden findet die Ladung stets ihre Empfänger. Für seine Hilfestellung erhält Syrien von Iran zwei Millionen Tonnen Rohöl zu einem Preis, der zehn Dollar unter dem offiziellen Opec-Preis pro Barrel liegt.

Romanow will weitere Reform der Wirtschaft

rtr, Moskau

Das sowjetische Politbüromitglied Grigori Romanow hat sich für weitere Reformen zur Stärkung der Volkswirtschaft ausgesprochen. Auf einer Wahlveranstaltung in Leningrad machte der 61jährige Romanow deutlich, daß der vom verstorbenen Staats- und Parteichef Juri Andropow eingeleitete Wirtschaftskurs fortgesetzt werden müsse. Priorität müsse der Steigerung der Arbeitsproduktivität und Modernisierung der Industrie eingeräumt werden, sagte Romanow nach der von der Nachrichtenagentur Tass verbreiteten Rede. Romanow bewirbt sich in Leningrad um einen Sitz im Obersten Sowjet, der am 4. März gewählt wird.

Der neue Parteichef Konstantin Tschernenko wird am Freitag vor einer Wahlversammlung sprechen. Westliche Diplomaten erklärten, von seiner Rede würden weitere Aufschlüsse über den künftigen Wirtschaftskurs erwartet. Neben Romanow hatte sich bereits das Politbüromitglied Witali Worotnikow bei Wahlveranstaltungen eindeutig für Wirtschaftsreformen ausgesprochen; während sich der Chef der Moskauer Parteiorganisation, Viktor Grischin, zurückhaltender geäußert hatte. Auch er gehört dem höchsten Parteigremium an.

Kohl warnt vor neuem „EG-Debakel"

p. p. Bonn

In der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" hat Bundeskanzler Kohl gestern abend eine „Neuauflage des Debakels von Athen undenkbar" genannt. Es gebe zwar einige, „die denken, die Europäische Gemeinschaft sei die Filiale einer Bank, in die man möglichst wenig einzahlt und möglichst viel herausbekommt", aber um einen Erfolg auf dem Gipfel in Brüssel zu erreichen, „müssen sich alle bewegen". Die Deutschen seien die größten Nettozahler der Gemeinschaft und es könne nicht sein, „daß wir im nationalen Bereich unseren Bürgern Sparmaßnahmen auferlegen müssen, um das Staatsschiff wieder flott zu machen, und in Europa tun wir so, als sei das nicht nötig".

Liebe, Loks und Leidenschaften – Die Abenteuer des „Glücksritters" Curwich

Mit Volldampf in die Zukunft

Man schreibt das Jahr 1842. Ein dampfschnaubendes Ungetüm steht mit seinen gewaltigen rotlakkierten Rädern aus Gußeisen auf zwei neuverlegten Eisenbahnschienen. Eine furchtsam blickende Menschenmenge in biedermeierlicher Kleidung staunt das messingbeschlagene Dampfroß als Fortschritt der technischen Entwicklung an. Das ohrenbetäubende Zischen der Dampfpfeife läßt sie erschrecken, während der Lokomotivführer zwei langstielige Hebel nach oben drückt. Das Stahlroß kommt fauchend in Bewegung und verschwindet hinter einer gewaltigen Dampfwolke.

Robert Curwich, ein genialer Erfinder, ein Freund des Glücksspiels und ein Liebhaber schöner Frauen, steht im Mittelpunkt der achtteiligen Serie „Der Glücksritter". In England, dem Land George Stevensons, des Erfinders der Eisenbahn, rollen bereits um 1830 Wirtschaftsgüter wie Kohle und Erz auf Schienen; die Börse spielt eine wichtige Rolle und das Schicksal mit den Spekulanten. Robert Curwich verliert bei einer Fehlinvestition sein Vermögen, und er muß London fluchtartig verlassen. Er geht nach Deutschland, um hier in einem technisch noch unterentwickelten Kleinstaat den Bau einer Eisenbahn zu fördern.

Lokomotiven – ein beliebtes Thema, das Kinder, aber auch gestandene Männer in romantischer Liebe zur Technik an die Modelleisenbahn zwingt. Für die Serie, die Heinz Oskar Wuttig („Forellenhof", „Salto Mortale", „MS Franziska") geschrieben hat, wurde das dampfschnaubende Ungetüm nach historischen Plänen in Originalgröße nachgebaut. Die Story forderte insgesamt drei verschiedene

Der Glücksritter (1) – ARD, 20.15 Uhr

Loktypen, von denen eine auf Schienen fährt. In einer englischen und in einer französischen Werkstatt wurden den Lokomotiven nachgebaut; in einer deutschen Werkstatt war der Zusammenbau eines Typs der nächsten Generation darzustellen. Durch umfangreiche Recherchen in Archiven und Museen fand man zwar eine zeitgemäße Lokomotive (und sogar eine, die noch fahrbereit ist - ein 1935 entstandener Nachbau nach dem Original von 1853), aber für die Darstellung der maschinellen Montagen und des Zusammenbaus waren keine Einzelteile aufzutreiben. Man entschloß sich, das fahrende Museumsstück für die Werkstattszene nachzubauen.



Christian Kohlund als „Glücksritter" Robert Curwich FOTO: TELEFUNK

Besichtigungen des Originals im Museum brachten die Entscheidung: Die preiswerteste Herstellungsart ist der Nachbau in Holz. Auf großen Holzplatten entstand nun nach alten Plänen der sogenannte Aufriß in Originalgröße. Für die Kameras optisch unwichtige Details wurden weggelassen. Dennoch war es gar nicht leicht, Gußeisen, Stahl und Blech in Holz vorzutäuschen. Gebrochene und abgerundete Kanten, wie sie beim Gußeisen typisch sind, erforderten Nachbearbeitung nach dem Sägeschnitt.

Nicht mit eigener Kraft, sondern auf kleinen Transportwägelchen rollten die Lokomotiven in den Malsaal. Spachtelkitt glättete die Holzstruktur. Inzwischen fuhr ein Maler in das Museum und nahm Farbproben von der Originallok. Grün, Rot, Schwarz und Messing waren die Hauptfarben. Zwei Grundanstriche deckten die Holzoberfläche, und ein leicht getönter Lack ließ den Metallcharakter entstehen.

DW

KRITIK

Lauter nette Menschen

Das ZDF, man weiß es, hat seinerzeit gezögert, als die „Dallas"-Serie auf dem Markt war. Nun, da die ARD-Konkurrenz damit noch immer vor dem Mainzer „Denver-Clan" im Rennen liegt, wollte man offenbar unbedingt einen eigenen „J. R." Larry Hagman präsentieren. Denn anders läßt sich kaum erklären, daß diese doch recht überflüssige Ausgrabung gezeigt wurde. **O'Malley, bitte melden!** war zwar streckenweise ganz amüsant, im Ganzen aber erinnerte der Film immer wieder an Machart und Moral von Vorabendserien. Am komischsten wurde es eigentlich, wenn Hagman tragisch dreinblickte und sich dabei in den Hinterkopf die Erinnerung an „Dallas" einschlich.

Aber wer ansonsten amerikanische Polizeifilme kennt, der konnte von der süßen Klebrigkeit dieses Films schnell genug kriegen. Eine Welt voller guter Menschen, eine Polizeitruppe – sorgsam zusammengesetzt aus allen ethnischen Minderheiten Amerikas –, die selbst die Ausgeflippten liebt, Kollegen, die in jeder Situation, sei sie noch so riskant für das eigene Leben, füreinander einstehen.

Selbst der sture Sergeant entpuppt sich am Ende als Mensch, der nur ein bißchen Liebe braucht. Und gegen seine beherzigenswerten Worte über das Erwachsenwerden, wer wollte da etwas einwenden? Friede, Freude, Eierkuchen in großen Portionen.

SVEN HANSEN

STUDIO

Mit der Einweihung des 500. Füllsenders im Eifeldorf Eisenschmitt hat der Südwestfunk ein umfangreiches Investitionsprogramm zur Verbesserung des Fernseh- und Hörfunkempfangs in kleineren Gemeinden begonnen. In den nächsten vier Jahren sollen weitere 30 Millionen Mark investiert werden, um die Versorgung von Gemeinden mit 200 bis 800 Einwohnern in schwieriger topographischer Lage zu verbessern. Auf dem Gebiet des Füllsender-Baus ist der SWF führend in der ARD. 110 Millionen Mark wurden bisher dafür aufgewendet. SWF-Intendant Hilf betonte, die letzte Gebührenerhöhung habe die rasche Restversorgung kleiner Gemeinden ermöglicht.

DW





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Zum Blauen Bock
Fastnacht, Fasching, Karneval
11.55 Umschau
12.15 Gott und die Welt
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Unglaublich – aber wahr?
17.20 Die Besucher
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Glücksritter
Die Abenteuer des Robert Curwich
Mit Christian Kohlund, Claudia Rieschel, Wolfgang Wahl u. a.
Anschließend: Ein Platz an der Sonne
21.15 Kontraste
Die Macht der alten Männer – Wie stabil ist die Politbürokratie im Kreml? / Neue Heimat oder Fremde? – Berliner Treffen ehemaliger „DDR"-Autoren / „Solidarnosc" ist noch nicht vergessen – Polens neue Gewerkschaften und ihre Probleme mit dem Regime / „Trabi" mit VW-Motor? – Volkswagen will Viertakter für die „DDR" bauen / Pop und Rock und Politik – Das Festival des politischen Liedes in der „DDR"
Moderator: Peter Schultze
22.00 Freitags Abend
Medienkunde für Anfänger, 2. Lektion
Mit Thomas Freitag u. a.
22.30 Tagesthemen
23.00 Mein Essen mit André
Amerikanischer Spielfilm von 1981
Regie: Louis Malle
Wally Shawn, ein wenig erfolgreicher Bühnenautor und Schauspieler, trifft sich in New York mit seinem alten Freund André Gregory, einem gefeierten Theaterregisseur. Bei einem Essen entwickelt sich ihr Gespräch über sich und die Kunst, Gott und die Welt zu einem pointierten Diskurs über den Sinn des Lebens.
0.50 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Erbrecht
9. Alter schützt vor Erbschaft nicht – Anfall der Erbschaft, Ausschlagung und Annahme
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Vagabund
Der verschwundene Diamantring
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Klaus Lage
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Verführerische Diebe
dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
David und Goliath
Über Widerstand gegen Schnellstrecken der Bahn berichtet Herbert Stelz
20.15 Der größte Sieg des Herkules
Italien. Spielfilm, 1964
Mit Dan Vadis, Spela Rozin u. a.
Regie: Al World
Anschl.: Ratschlag für Kinogänger „Didi – der Doppelgänger" von Reinhard Schwabenitzky
Vorgestellt von I. Bongers
21.45 heute-journal
22.05 Es war nicht die Nachtigall ...
Luftwaffenhelfer – Schülerkanoniere im Bombenkrieg
Film von Werner Hildenbrand
Bericht über ein Kapitel der Kriegsgeschichte, das bisher kaum zur Kenntnis genommen wurde: Wie Teenager – wie man heute sagen würde – rücksichtslos im Bombenkrieg eingesetzt wurden.
22.35 Drei gegen Hollywood
Filmkomödie nach dem Stück „Once in a Lifetime" von Moss Hart und George Kaufman
Mit Hans-Peter Korff, Beatrice Richter u. a.
Regie: Sigi Rothemund
0.15 heute

Andrea Rau assistiert Thomas Freitag beim 2. Teil seiner Medienkunde für Anfänger („Freitags Abend" – ARD, 22.00 Uhr). FOTO: TELEFUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Chemie (11)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Kopf um Kopf
Spiel mit Wissenschaft
21.15 Hier spricht Ihre Spülmaschine
Computer im Haushalt
Bericht von der „Domotechnika" in Köln
21.45 Privatissimo et gratis
Statt Fernsehen – Stadtfernsehen
22.15 Stunde Null
0.15 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Sehen statt Hören
19.00 Mikroelektronik
19.15 Auf den Spuren der Vergangenheit (5)
19.45 Sonnenclub
20.00 Tagesschau
20.15 Nahaufnahme: Treibjagd
Anschl.: Kurznachrichten
21.00 Das Montagsthema
22.00 Das gläserne Netz
Amerik. Spielfilm von 1954
23.20 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Die kleine Fußball-Elf und ihre Nöte (2)
18.55 Die Geschichte vom braven Schubkarren
19.00 Musik Gespräch, Information und Drei Jahre und ein Tag
20.00 Weißer Fleck
Die Höhlen des Kopfes
21.30 Drei aktuell
21.45 Task Force Police
22.35 Einführung in die zeitgenössische Musik (5)

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Chemie (11)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.15 Jenseits unserer Grenzen:
Ordnung und Sauberkeit
Schweizer sehen Schweizer
21.00 Mad Movies – oder: Als die Bilder laufen lernten
Rückblick in die Stummfilmzeit mit Bob Monkhouse
Heute: Tiere, Kinder, Badenixen
21.30 Schiffe auf dem Rhein
Wie der Strom wurde, was er ist
22.15 Jazz am Montagabend
In Concert: HR Big Band

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
Kulturberichte der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.40 Z. E. N.
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Die Wahrheit über Semmelweis
Reportage von Dieter Stengel
22.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Drei minus Eins = Null
23.30 Rundschau

HANDBALL

Frauen gleich zweimal in Cup-Endspielen

DW. Bonn

Während der VfL Gummersbach und der TV Großwallstadt in den Europapokal-Wettbewerben der Herren den Einzug ins Finale noch erkämpfen müssen, ist der Deutsche Handball-Bund (DHB) bei den Damen durch Bayer Leverkusen und den VfL Oldenburg gleich in zwei Endspielen vertreten.

Die Großwallstädter haben sich im Halbfinal-Hinspiel bei Banyasz Tatabanya (Ungarn) allerdings gute Voraussetzungen für die Finalteilnahme im IHF-Pokal geschaffen. Der deutsche Meister unterlag gegen die Ungarn nur mit 22:23. „Ich hatte mit vier Toren Rückstand gerechnet", sagte Trainer Bergsträßer mit Blick auf das Rückspiel am 4. März. Zehn Minuten vor Spielende sah es sogar noch nach einem Sieg der Großwallstädter aus, als sie in der ausverkauften Halle mit noch 20:17 in Führung lagen.

Für den VfL Gummersbach sind die Aussichten äußerst schlecht, zum elften Mal in der Vereinsgeschichte ein Europapokal-Finale zu erreichen. In der Westfalenhalle in Dortmund kam der deutsche Rekordmeister vor 7000 Zuschauern gegen Dukla Prag über ein 14:14 nicht hinaus. Dennoch haben die Gummersbacher die Verteidigung des Europapokals der Landesmeister noch nicht aufgegeben. „Wir waren in den letzten Cupspielen auswärts immer stärker, in Barcelona, in Moskau und in Madrid. Warum nicht auch in Prag", fragte Heiner Brand nach seinem 75. Europapokalspiel. Und Torwart Andreas Thiel ergänzte: „Zu Hause stehen die Prager unter Druck. Bei dieser Ausgangsposition ist alles möglich."

Vor dem Rückspiel am 4. März in Prag erhielten die Gummersbacher auch Unterstützung vom Bundestrainer. Simon Schobel befreite die Nationalspieler Thiel, Neitzel, Rauin und Hütt vom Stützpunkt-Training in Frankfurt. „Die Vereinsinteressen haben diesmal Vorrang", zeigte Schobel Verständnis für die Lage der Gummersbacher.

Erstmals in der 25jährigen Geschichte des Europapokals ist der DHB durch zwei Damen-Teams in den Endspielen vertreten: Im Meister-Wettbewerb zeigte Bayer Leverkusen eine Woche nach dem überraschenden 15:12-Erfolg über Vasas Budapest auch in Ungarn eine ansprechende Leistung und kam zu einem 17:17. Endspielgegner der Leverkusenerinnen ist Radnicki Belgrad. Für die Spielerinnen des VfL Oldenburg war beim Einzug ins Finale des IHF-Pokals die Anzahl der auswärts erzielten Tore ausschlaggebend. Nach der 16:21-Niederlage im Hinspiel bei Iskra Partizanske (CSSR) gewannen die Oldenburgerinnen das Rückspiel mit 18:13. Gegner im Finale sind die Rumäninnen von Chimistul Vilcea.

LEICHTATHLETIK / Carlo Thränhardt erreicht in Berlin mit 2,37 m Weltbestleistung – Rekorde wichtiger als Titel?

„Den perfekten Sprung schaffen – das ist das Größte"

KLAUS BLUME, Wiesbaden

Da hatte jemand Einwände: Offizielle Rekorde würden schließlich in der Hallen-Leichtathletik gar nicht geführt. Oder: Wahrscheinlich sei es unklug, eine Woche vor den Europameisterschaften in Göteborg so hoch zu springen, wie es der Kölner Carlo Thränhardt jetzt in Berlin tat – nämlich über 2,37 Meter. Damit bringe man sich unnötigerweise in Zugzwang. „Das ist mir scheißegal", sagte Thränhardt. Und dann: „Wenn ich wählen dürfte, was mir wichtiger scheint, der Weltmeistertitel oder jetzt dieser Weltrekord, dann würde ich immer sagen, der Weltrekord von Berlin."

Gesagt hatte er dies nicht in der ersten Euphorie nach dem großen Sprung, sondern 42 Stunden später in der Garderobe des ZDF-Sportstudios in Wiesbaden. Und vom Rekord gesprochen hatte er schon im letzten Sommer in Bremen, als er bei den deutschen Meisterschaften gegen seinen Freund Dietmar Mögenburg den kürzeren gezogen hatte. Damals sagte Thränhardt: „Eigentlich müßte man nun Weltrekord springen. Wenn das vor den Weltmeisterschaften geschieht, ist das völlig nebensächlich. Die, die gegen mich springen müssen, haben nämlich daran mindestens genausoviel zu kauen wie ich."

Es wurde damals nichts daraus, wenngleich Thränhardt im letzten Sommer zum beständigsten Hochspringer der Welt avancierte. Seine Serie über 2,30 Meter und höher war beeindruckend – doch eigentlich wollte er den Rekord. Er wollte der erste Mensch auf der Welt sein, der als Hochspringer eine Höhe meistert, die zuvor niemand übersprungen hat. „Den perfekten, den totalen Sprung schaffen – das ist das Allergrößte."

In Berlin war es dann soweit, und hätte es eine Lichtschrankenmessung gegeben, es wäre wohl eine Höhe von 2,39 Metern dabei herausgekommen. Die 2,40 Meter sind jedenfalls für Carlo Thränhardt mittlerweile kein Traumgebilde mehr, sie sind überspringbar. Er hatte auf diesen *Rekord hingearbeitet, spätestens*, als sich vor einer Woche die Meldungen



Kniefall vor der Rekordhöhe: Carlo Thränhardt nach seinem Sprung über 2,37 m in Berlin. FOTO: BONGARTS

von Sprüngen über 2,30 Meter häuften und aus der Schweiz obendrein die Kunde kam, der Baseler Roland Dalhäuser habe sich zwar vergebens, aber ernsthaft an der Hallenweltbestleistung von 2,37 Metern versucht. „Das hat mich genervt", sagt Thränhardt.

Solcherart Auslöser hat es bei ihm oft gegeben. Vor sechs, sieben Jahren – da war er hierzulande noch die Nummer eins. Doch dann kam der Höhenflug des Dietmar Mögenburg. 2,35 Meter hoch sprang der Leverkusener am Pfingstmontag 1980 in Rehlingen, und das war damals Weltrekord. 1982 bei den Europameisterschaften in Athen siegte Mögenburg, und Thränhardt sah es daheim in Rollesbroich in der Eifel am Fernseher. Nicht, daß er sich verletzt hatte, er hatte sich seinerzeit nicht für die Nationalmannschaft qualifiziert.

Dieser Stachel saß tief. „Danach habe ich angefangen, wie ein Bekloppter zu trainieren." Und auf einmal war er vorn: Hallen-Europameister 1983 in Budapest und ein Jahr lang beständigster Hochspringer der Welt – Carlo Thränhardt Superstar. Doch dann kamen die ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften im August letzten Jahres in Helsinki. Der Sowjetrusse Gennadi Awdejenko (Thränhardt: „Gennadi, wie?") wurde Weltmeister mit übersprungenen 2,32 Metern. Thränhardt, neben Mögenburg und dem chinesischen Freiluft-Weltkredordler Jianhua Zhu (2,38 Meter) der große Favorit, belegte den siebenten Platz (2,26 Meter). Damals, an jenem kühlen Spätsommerabend in Helsinki, sagte er: „Ich habe versagt, es gibt keine Entschuldigung. Aber es ist unglaublich: Mit 2,32 Metern kann man Weltmeister werden. Noch nie war es so billig, Gold abzuholen."

Und heute? Es ist weit nach Mitternacht, als wir in einer kleinen Wiesbadener Kneipe die Vergangenheit Revue passieren lassen. Thränhardt guckt auf die Uhr. „Noch ein Rekord", sagt er, „44 Stunden ohne Schlaf. Nicht schlecht, was?" Um das zu erklären: Am Freitag war er um sechs Uhr in der Früh' aufgestanden, um nach Berlin zu fliegen. Nach seinem Rekordsprung in der Schöneberger Sporthalle hat er durchgefeiert, um anschließend Samstag morgen um sieben gleich nach München zur *Sportartikel-Messe zu fliegen*. Am Abend ging es dann von München aus per Flugzeug nach Frankfurt, um bei Bernd Heller im „Aktuellen Sportstudio" des ZDF aufzutreten.

Was denn übrigens Mögenburg zu seinem Rekordsprung gesagt habe? Thränhardt grinst: „Der hat sich gefreut, wir haben doch immer den Rekord haben wollen, oder nicht?" Womit wir wieder beim Thema sind. Siebenter war Thränhardt also im letzten Sommer in Helsinki geworden. Heute sagt er: „Warum habe ich denn damals nur 2,29 Meter ausgelassen? Ich glaube, daran werde ich immer denken."

Was sicher wesentlich ist, denn auch der Fehlgriff von Helsinki wirkte sich bei ihm, dem Hochspringer *aus Leidenschaft, im nachhinein als* Leistungsschub erster Güte aus. Thränhardt, der Publizistikstudent, doziert: „Über 2,20 Meter, da springst du einfach nur so drüber. Bei 2,30 Meter gehst du schon ziemlich voll zur Sache. Über 2,37 Meter, da hämmerst du, was dein Körper hergibt. Da überlegst du nicht mehr, da denkst du nicht mehr über die Technik nach. Wenn du die Höhe endlich im Kopf hast, dann gehst du einfach drauflos."

Er weiß, wovon er spricht. Denn er ist zumeist sein eigener Trainer, und er kennt dieses Geschäft wie aus dem Effeff. Bundestrainer Dragan Tancic ist zwar beim Üben dabei, doch die Zusammenarbeit ist eher partnerschaftlich denn patriarchalisch. „Dragan hat für Bewegungsabläufe ein Auge, und so etwas ist beim Training wichtig", sagt er.

Thränhardt, der Selbständige, der Mann, der mittlerweile in Simmerath in der Eifel schon seine erste eigene Hochsprung-Veranstaltung geleitet hat. In Wiesbaden verabschiedet ihn ZDF-Moderator Bernd Heller mit dem Satz: „In Los Angeles wünschen wir Ihnen die Goldmedaille mit 2,40 Meter." Thränhardt grinst – wofür sollte er denn sonst trainieren?

Carl Lewis wollte nur beweisen, daß er keine Dopingmittel einnimmt

sid/dpa, New York

In Berlin stellte Carlo Thränhardt mit 2,37 m eine neue Hallenweltbestleistung im Hochsprung auf, in New York reichten dem Außenseiter Dennis Lewis (USA) 2,31 m für den Titel „Internationaler amerikanischer Hallenmeister". Der von Thränhardt entthronte Sowjetrusse Igor Paklin (2,36 m) wurde mit 2,28 m Zweiter, dessen Landsmann, Weltmeister Gennadi Awdejenko, schaffte nur 2,24 m, was den sechsten Platz bedeutete.

Dagegen übertrumpfte Weltrekordlerin Tamara Bykowa (UdSSR) als Siegerin von New York mit übersprungenen 2,00 m im Überkreuz-Vergleich klar die Berliner Konkurrenz und die Belgierin Chris Soetewey, Brigitte Holzapfel (je 1,93 m/ und Europameisterin Ulrike Meyfarth. Die Leverkusenerin war mit 1,90 m in Berlin nur Vierte geworden.

16 000 Zuschauer waren in den Madison Square Garden nach New York gekommen, um wohl vor allem den *dreimaligen Weltmeister Carl Lewis* in Aktion zu erleben. Aus einer neuen Hallen-Weltbestleistung im Weitsprung wurde jedoch nichts. Erst im letzten Versuch steigerte sich Lewis auf 8,50 m und setzte sich bei seinem dritten Titelgewinn in ununterbrochener Folge nur knapp von seinem Landsmann Larry Myricks ab, dessen Hallen-Bestmarke nun bei 8,44 m steht.

„Ich wollte eigentlich gar nicht starten. Doch dann hörte ich, daß hier Doping-Tests durchgeführt werden. Ich bin hierhergekommen, weil ich allen beweisen will, daß ich keine unerlaubten Mittel nehme", meinte Lewis, der mit 8,79 Meter die Hallenweltbestleistung hält.

Im Sprint war Lewis nach vier Niederlagen in dieser Saison gegen Ron Brown nicht am Start. Doch auch Brown fand in New York nun seinen *Meister. Der Weltmeisterschafts-Dritte* Emmit King gewann den Zweikampf über 60 Yards in 6,08 Sekunden gegenüber 6,12 Sekunden und erhielt als Sieger des amerikanischen Hallen-Grand-Prix ein Salär von 13 000 Dollar. Das Geld werde auf ein Konto seines Klubs überwiesen, so wurde verkündet . . .

FUSSBALL / 2. Liga

Schalke: Das 10. Spiel ohne Niederlage

DW. Bonn

Schalke 04 und der Karlsruher SC bauten ihren Vorsprung in der Tabelle weiter aus. In den Spielen gegen ihre ärgsten Verfolger Kassel und Aachen kamen die beiden Bundesliga-Absteiger jeweils zum Sieg. Die Schalker hatten bei ihrem 3:1 gegen Hessen Kassel mehr Mühe, als es das Ergebnis aussagt. Vor allem in der ersten Halbzeit boten die Gelsenkirchner nur mäßige Fußballkost und gerieten sogar mit 0:1 in Rückstand. Durch Täuber gelang dem Tabellenführer kurz vor der Pause aber noch der Ausgleich. Nach zwei weiteren Treffern in der zweiten Halbzeit durch Abel und nochmals Täuber sagte Schalkes Trainer Diethelm Ferner zu dem glücklichen 3:1-Erfolg: „Das Ergebnis hätte auch umgekehrt lauten können." Vor dem Viertelfinalspiel im DFB-Pokal am nächsten Samstag spricht deshalb nur die Serie für Schalke. In zehn Spielen hintereinander sind sie ungeschlagen.

Der entscheidende Treffer zum 1:0-Sieg der Karlsruher gegen Alemannia Aachen fiel bereits in der fünften Minute durch Schüler und brachte dem KSC den vierten Sieg hintereinander. Allerdings müssen Schüler, Boysen und Bühler im nächsten Spiel gegen Fortuna Köln wegen ihrer vierten gelben Karte zuschauen. Nach der Kündigung von Trainer Erhard Ahmann zu Beginn der Woche fungierte Aachens Libero Grünther als Interimscoach.

DIE ERGEBNISSE

Duisburg – Essen	1:1	(1:1)
Ulm – Saarbrücken	2:0	(0:0)
Hannover – SCC Berlin	2:1	(2:0)
Karlsruhe – Aachen	1:0	(1:0)
Hertha BSC – Stuttgart	1:0	(1:0)
Solingen – Oberhausen	3:0	(2:0)
Schalke – Kassel	3:1	(1:1)
Freiburg – Köln	0:0	(0:0)
Darmstadt – Wattenscheid	2:1	(1:0)
Osnabrück – Lüttringh.	1:0	(1:0)

DIE TABELLE

1. Schalke	25	16	7	2	62:26	39:11
2. Karlsruhe	24	15	5	4	56:32	35:13
3. Kassel	24	13	5	6	48:27	31:17
4. Aachen	24	12	7	5	32:22	31:17
5. Duisburg	24	11	8	5	42:23	30:18
6. Köln	25	11	8	6	49:40	30:20
7. Solingen	25	11	7	7	46:34	29:21
8. Freiburg	25	9	10	6	33:36	28:22
9. Saarbr.	25	9	6	10	42:43	24:26
10. Hertha	25	7	9	9	43:41	23:27
11. Darmstadt	25	8	7	10	32:49	23:27
12. Ulm 46	24	7	8	9	45:38	22:26
13. Wattensch.	24	8	6	10	36:45	22:26
14. Hannov. 96	23	6	9	8	29:39	21:25
15. Stuttgart	24	6	7	11	32:37	19:29
16. SCC Berl.	24	7	5	12	27:43	19:29
17. Essen	25	6	7	12	35:43	19:31
18. Osnabr.	25	6	4	15	27:48	16:34
19. Oberhaus.	25	4	7	14	27:46	15:35
20. Lüttringh.	25	5	4	16	21:52	14:36

DIE VORSCHAU

Nachholspiele, Samstag, 3. März, 15.00 Uhr: Stuttgart – Kassel, Ulm – SCC Berlin; 15.30 Uhr: Duisburg – Karlsruhe. – **26. Spieltag:** 9. März, 20.00 Uhr: Aachen – Wattenscheid, Schalke – Darmstadt. – Samstag, 15.30 Uhr: Kassel – Ulm, Stuttgart – Hannover, Köln – Karlsruhe, Oberhausen – Osnabrück, SCC Berlin – Duisburg. – Sonntag, 11. März, 15.00 Uhr: Essen – Freiburg, Lüttringhausen – Hertha BSC, Saarbrükken – Solingen.

FUSSBALL / Dieter Hoeneß kämpft mit einem Rekord um einen Vertrag: Fünf Tore hintereinander in nur 25 Minuten

ERGEBNISSE

München – Braunschweig	6:0 (1:0)
Frankfurt – Offenbach	3:0 (1:0)
Hamburg – Düsseldorf	5:2 (3:1)
K'lautern – Bielefeld	6:0 (1:0)
Dortmund – Leverkusen	3:0 (3:0)
Köln – Mannheim	2:0 (1:0)
Gladbach – Bochum	4:2 (1:2)
Nürnberg – Bremen	2:0 (1:0)
Stuttgart – Uerdingen	ausgef.

DIE SPIELE

München – Braunschweig 6:0 (1:0)

München: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Beierlorzer – Kraus (57. Lerby), Nachtweih, Pflügler, Dürnberger – K.-H. Rummenigge, Hoeneß, M. Rummenigge (82. Mathy). – **Braunschweig:** Franke – Hollmann – Elmerich, Worm, Geiger – Kindermann, Geyer, Lux, Studzizba (56. Partsch) – Zavisic, Keute (72. Zerr). – **Schiedsrichter:** Wahmann (Recklinghausen). – **Tore:** 1:0 K.-H. Rummenigge (15.), 2:0 Hoeneß (65.), 3:0 Hoeneß (68.), 4:0 Hoeneß (76.), 5:0 Hoeneß (79.), 6:0 Hoeneß (89.). – **Zuschauer:** 7500.

Dortmund – Leverkusen 3:0 (3:0)

Dortmund: Meyer – Zorc – Storck, Rüßmann – Koch, Konopka, Bittcher, Raducanu, Keser (80. Dreßel) – Klotz, Wegmann. – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Posner, Gelsdorf – Wojtowicz, Saborowski (57. Hermann), Winklhofer (82. Pomp), Röber, Bittorf – Zechel, Tscha. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tore:** 1:0 Keser (13.), 2:0 Klotz (20.), 3:0 Wegmann (30.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karte:** Wojtowicz (2).

Frankfurt – Offenbach 3:0 (1:0)

Frankfurt: Pahl – Sziedat – Körbel, Kraaz – Berthold, Borchers, Kroth, Falkenmayer, Trieb – Mattern, Svensson. – **Offenbach:** Reck – Kutzop – Paulus, Demuth – Franusch (6. Grünewald, 70. Sandner), Michelberger, Trapp, Bein, Martin – Krause, Hofeditz. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 1:0 Kutzop (45., Eigentor), 2:0 Svensson (75.), 3:0 Mattern (83.). – **Zuschauer:** 37 000. – **Gelbe Karten:** Kraaz, Borchers, Kutzop, Paulus. – **Rote Karte:** Sziedat.

Gladbach – Bochum 4:2 (1:2)

Gladbach: Sude – Bruns – Herlovsen, Hannes – Borowska (46. Criens), Matthäus, Rahn, Schäfer, Frontzeck – Mill, Lienen. – **Bochum:** Zumdick – Knüwe – Gothe, Zugcic – Gerber (46. Oswald), Schulz, Woelk, Lameck (74. Pater), Bönighausen – Kuntz, Schreier. – **Schiedsrichter:** Eschweiler (Euskirchen). – **Tore:** 0:1 Schreier (5.), 1:1 Bruns (28.), 1:2 Woelk (41., Foulelfmeter), 2:2 Rahn (48.), 3:2 Mill (74.), 4:2 Mill (80.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Matthäus (3), Sude, Woelk (1), Gothe (3), Schreier.

Hamburg – Düsseldorf 5:2 (3:1)

Hamburg: Stein – Jakobs – Kaltz, Schröder – Hartwig, Groh, Milewski, Magath, Wehmeyer – Wuttke, Hansen. – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Ormslev, Löhr – Bockenfeld, Bommer, Kuczinski, Fach, Dusend – Edvaldsson, Thiele. – **Schiedsrichter:** Hontheim (Trier). – **Tore:** 0:1 Dusend (21.), 1:1 Hansen (37.), 2:1 Groh (35.), 3:1 Groh (37.), 3:2 Thiele (48.), 4:2 Magath (58.), 5:2 Wuttke (75.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karte:** Kuczinski (4).

K'lautern – Bielefeld 6:0 (1:0)

K'lautern: Hellström – Dusek – Wolf (83. Loechelt), Briegel, Brehme – Melzer, Geye, Eilenfeldt, Allofs – Nilsson, Hübner. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Hupe, Geils – Schnier, Pagelsdorf (61. Ozaki), Pohl, Dronia – Rautiainen, Grillemeier, Westerwinter. – **Schiedsrichter:** Michel (Augsburg). – **Tore:** 1:0 Hübner (37.), 2:0 Hübner (52.), 3:0 Eilenfeldt (58., Foulelfmeter), 4:0 Allofs (65.), 5:0 Nilsson (80.), 6:0 Eilenfeldt (83.). – **Zuschauer:** 11 880. – **Gelbe Karte:** Schnier (4).

Köln – Mannheim 2:0 (1:0)

Köln: Schumacher – Steiner – Prestin, Hönerbach – Hartmann (76. Gielchen), Mennie, Haas, Willmer – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Schlindwein, Dimitrios Tsionanis, Quaisser – Scholz, Olaidotter (71. Makan), Hein, Schön – Walter, Edelmann (74. Linz). – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Tore:** 1:0 Fischer (17.), 2:0 Allofs (90.). – **Zuschauer:** 6000. – **Gelbe Karten:** Steiner (4/1), Quaisser (2).

Nürnberg – Bremen 2:0 (1:0)

Nürnberg: Kargus – Eder – Reinhardt, Giske – Brunner, Grahammer, Weyerich, Täuber, Burgsmüller – Abramczik, Trunk. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Siegmann (24. Reinders), Gruber, Otten – Möhlmann, Sidka, Okudera, Meier – Völler, Neubarth. – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 1:0 Trunk (9.), 2:0 Burgsmüller (55.). – **Zuschauer:** 16 000. – **Gelbe Karte:** Neubarth (2). – **Rote Karte:** Gruber.

VORSCHAU

DFB-Pokal, Viertelfinale

Samstag, 3. März, 14.30 Uhr: Bocholt – München, 15.30 Uhr: Hannover – Gladbach, Hertha BSC – Schalke, Bremen – Stuttgart.

Bundesliga, 23. Spieltag

Freitag, 9. März, 20.00 Uhr

Offenbach – Hamburg	(0:6)
Bremen – Frankfurt	(0:0)

Samstag, 10. März, 15.30 Uhr

Braunschweig – Nürnberg	(2:4)
Mannheim – München	(0:6)
Bochum – Köln	(0:3)
Leverkusen – Uerdingen	(1:2)
Bielefeld – Dortmund	(0:1)
Düsseldorf – K'lautern	(2:5)
Gladbach – Stuttgart	(0:0)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

● Zuschauerzahlen

War wirklich nur der Wetterumschwung schuld? Es werden so viele Tore geschossen wie selten zuvor; die Spannung an der Spitze und am Ende der Tabelle wächst – aber die Zuschauer bleiben lieber zu Hause. 114 500 Menschen (Schnitt: 14 312) sahen die acht Bundesliga-Spiele am Samstag. Zieht man die 38 000 Fans ab, die das Lokalderby Frankfurt – Offenbach sehen wollten, bleibt sogar nur noch ein Durchschnittsbesuch von etwa 11 000. In Köln ist das Interesse besonders gering. Nur 3300 Zuschauer zahlten Eintritt, der Rest (insgesamt 6000) kam mit Frei- oder Dauerkarten ins Stadion.

● Zwei Platzverweise

Wird in der 21. Bundesliga-Saison brutaler gespielt als jemals zuvor, oder greifen die Schiedsrichter härter durch? Der Bremer Gruber und der Frankfurter Sziedat sind die Spieler 16 und 17, die in dieser Spielzeit des Feldes verwiesen wurden. Rekord waren bisher die jeweils 14 Platzverweise in den Spielzeiten 1966/67 und 1968/69. Sziedat traf es bereits zum zweitenmal. Seine erste rote Karte sah er im Spiel Offenbach – Frankfurt. Der Bochumer Woelk sah bereits die zehnte gelbe Karte und ist zum drittenmal gesperrt.

● Torschützenliste

Wird Karl-Heinz Rummenigge zum dritten Mal Torschützenkönig der Bundesliga? Nach seinem Treffer im Spiel gegen Braunschweig führt er die Liste der erfolgreichsten Schützen mit 14 Treffern wieder alleine an. Mit einem Treffer Abstand folgt Leverkusens Flügelstürmer Herbert Waas, der am Samstag wegen einer Verletzung nicht eingesetzt werden konnte. Auf Platz drei liegen drei Spieler mit 12 Treffern: Frank Mill (Mönchengladbach) nach seinen zwei Toren gegen Bochum, Friedhelm Funkel (Uerdingen) und der Bremer Rudi Völler, der in der letzten Saison der erfolgreichste Schütze war.

● Frankfurts Hoffnung

Können sich Frankfurt und Nürnberg doch noch vor dem Abstieg retten? Für die Frankfurter endete am Samstag die böseste Serie seit Bestehen der Bundesliga. Nach 17 Spielen kamen sie beim 3:0 über Offenbach wieder zum ersten Erfolg. Zuletzt hatten die Hessen am 3. September 1983 gegen Düsseldorf 5:0 gewonnen. Nürnberg wird mit dem neuen Trainer Heinz Höher zum Favoritenschreck. Nach Düsseldorf wurde jetzt mit Bremen ein weiterer Titelaspirant gestoppt. Allein noch ohne Sieg in der Rückrunde ist Aufsteiger Waldhof Mannheim, der in diesem Jahr auch noch kein Auswärtstor erzielt hat.



Lächelnder Torschütze Dieter Hoeneß: Fünf Treffer, aber Bangen um einen neuen Vertrag bei Bayern München. FOTO: SVEN SIMON

Bielefeld: Frühstück mit Krisengesprächen Kritik an Feldkamp

BERND WEBER, Bielefeld

Arminia Bielefelds Trainer Karl-Heinz („Kalli") Feldkamp und Manager Norbert Müller haben ihrer Mannschaft für heute morgen einen ungewöhnlichen Dienstantritt verordnet: Um neun Uhr treffen sich alle zu einem ausführlichen Frühstück mit Gesprächen. Das freilich kann eigentlich deswegen nicht als „Krisensitzung" bezeichnet werden, weil es bereits Mitte vergangener Woche festgesetzt worden war. Andererseits ist selbstverständlich, daß die geplanten Themen am Frühstückstisch erst einmal vertagt werden. Es sollte erörtert werden, wie das Training und die Pflege der Spieler besser koordiniert werden könnten. Nach der deftigen 0:6-Niederlage Bielefelds beim 1. FC Kaiserslautern gibt es Wichtigeres zu diskutieren. Also doch so etwas wie ein Krisengespräch?

Zu dieser Vermutung tragen schon die Schlagzeilen nach Bielefelds sechster Saisonniederlage bei. „Bild am Sonntag" schrieb: „Armer Feldkamp bekam sechs Ohrfeigen." Der Sportinformationsdienst (sid) glaubt: „Das 0:6 vergrößert Feldkamps Probleme."

Tatsache ist, daß die zweite Amtsperiode des 49 Jahre alten Trainers in Ostwestfalen (vor sechs Jahren hatte Feldkamp völlig unproblematisch und mit großem Erfolg bei Arminia gearbeitet) von Anfang an unter keinem besonders guten Stern stand. Die Spieler warfen ihrem Trainer mehrfach mangelnde Kontaktfähigkeit vor. Außerdem besitze er überhaupt kein taktisches Konzept. Mannschaftskapitän Dirk Hupe wurde dermaßen drastisch in seinen öffentlichen Aussagen, daß er kürzlich vom Vorstand eine Geldstrafe in Höhe von 1000 Mark aufgebrummt bekam. Nach dem Debakel auf dem Betzenberg meinte Libero Horst Wohlers: „Ich hoffe, das Ergebnis *wirkt sich nicht wieder negativ auf* das Verhältnis zwischen Trainer und Mannschaft aus." Feldkamp schloß das in einem Gespräch mit der WELT aus. „Ich kann zwar nicht bestreiten, daß es zuletzt einige Reibereien gegeben hat. Aber die sind doch längst beseitigt worden."

In Kaiserslautern jedenfalls goß Hupe neues Öl ins Feuer. Der Vorstopper sprach erneut sehr offen darüber, wo für ihn die Gründe des Debakels liegen: „Wir sind untergegangen, weil wir viel zu offensiv gespielt haben. Spätestens als wir 0:3 hinten lagen, hätten wir den Laden dichtmachen müssen, um wenigstens einer Katastrope zu entgehen. Ich muß uns Spielern allerdings selbst den Vorwurf machen, daß wir nicht richtig reagiert haben. Von der Bank her kann man ja nichts erwarten ..."

Auf der Bank saß selbstverständlich Feldkamp. Der nahm die Niederlage, zumindest nach außen hin, relativ gelassen. Auf dem Betzenberg seien schon ganz andere Mannschaften verprügelt worden.

Da stellt sich die Frage, ob sich Bielefelds Vorstand und auch die Anhänger mit solchen Erklärungen weiter zufrieden geben werden. Denn, wie gesagt, der Name Feldkamp ist für viele bereits ein kräftiges Reizwort geworden. So sieht es mit einiger Sicherheit auch Manager Müller, der seinen Trainer nach außen hin zwar geflissentlich deckt (bisher jedenfalls), der aber von dessen Qualitäten längst nicht mehr so recht überzeugt zu sein scheint. Vor kurzem sprach Müller Mönchengladbachs Trainer-Assistenten Wolf Werner an, ob der nicht Lust habe, die Bielefelder mit Beginn der neuen Saison zu übernehmen.

Dazu *muß man* wissen, daß Feldkamps Vertrag erst Juni 1985 ausläuft. Als sich alle Bundesliga-Trainer und Manager vor zehn Tagen in Frankfurt trafen, machte anschließend diese Geschichte die Runde: Da soll sich Müller mit der Bitte an einen Kollegen gewandt haben, Karl-Heinz Feldkamp doch den Uerdingern wärmstens ans Herz zu legen. Uerdingen braucht einen neuen Mann, weil Timo Konietzka zu Borussia Dortmund gehen wird und der Klub bei Willibert Kremer bereits abgeblitzt ist.

Solche Geschichten tragen gewiß nicht gerade dazu bei, Feldkamps leicht angekratzten Ruf mit neuem Glanz aufzupolieren. Eigentlich schade drum, denn vom Ansatz her gilt der Trainer zwar als manchmal etwas eigenbrötlerischer, aber als durchaus guter Kumpel. Nur praktiziert er wohl zuweilen etwas sehr eigenwillige Methoden.

In Dortmund beispielswiese, wo er schließlich trotz passabler sportlicher Ausbeute entlassen wurde, erinnert man sich daran, wie er es mit der Vorbereitung für ein wichtiges Spiel gegen Bayern München hielt, das an einem Samstag stattfand. Montag war er nicht anwesend, weil er an einer Diskussion in Nürnberg teilnahm, die von einer Zeitung veranstaltet wurde. Dienstag hatte er geschäftliche Dinge in Kaiserslautern zu regeln. Und Mittwoch ließ er das Nachmittags-Training ausfallen, weil es *ihm wichtiger erschien, daß der* heutige Freiburger Trainer Fritz Fuchs vor den Dortmunder Spielern über Anlageberatung referierte. Feldkamp sieht manche Dinge eben sehr locker. Und deswegen glauben viele, daß er dem harten Geschäft der Bundesliga schon sehr bald und freiwillig den Rücken kehren wird. Ein Indiz dafür gibt es: Feldkamp hat sich ein Haus in Spanien gekauft. Und er *nimmt derzeit fleißig* Spanisch-Unterricht bei einem Privatlehrer ...

DIE TABELLE

							Heim		Auswärts	
1. Stuttgart	21	12	6	3	46:20	30:12	29:6	18:2	17:14	12:10
2. München	21	13	4	4	45:21	30:12	28:5	18:2	17:16	12:10
3. Hamburg	22	13	4	5	48:26	30:14	39:13	20:4	9:13	10:10
4. Bremen	22	12	5	5	48:23	29:15	34:4	21:1	14:19	8:14
5. M'gladbach	22	12	5	5	50:33	29:15	35:12	21:1	15:21	8:14
6. Düsseldorf	22	10	5	7	50:32	25:19	36:9	18:4	14:23	7:15
7. Köln	22	10	3	9	39:32	23:21	25:12	16:6	14:20	7:15
8. Leverkusen	22	9	5	8	37:37	23:21	24:12	17:5	13:22	6:16
9. Uerdingen	21	8	6	7	39:41	22:20	21:16	15:7	18:25	7:13
10. Bielefeld	22	7	6	9	27:38	20:24	17:15	13:9	10:23	7:15
11. K'lautern	22	8	3	11	46:46	19:25	29:16	15:9	17:30	4:16
12. Bochum	22	6	6	10	39:50	18:26	23:16	14:6	16:34	4:20
13. Mannheim	22	5	8	9	26:40	18:26	17:15	11:9	9:25	7:17
14. Dortmund	22	7	4	11	30:45	18:26	18:11	16:8	12:34	2:18
15. Braunschw.	22	8	2	12	36:55	18:26	26:15	15:5	10:40	3:21
16. Frankfurt	22	2	10	10	26:43	14:30	16:14	12:12	10:29	2:18
17. Offenbach	21	5	3	13	30:61	13:29	21:19	17:8	7:42	1:21
18. Nürnberg	22	6	1	15	29:48	13:31	25:18	13:9	4:30	0:22

„Schlappi" Schlappner stand im leeren Stadion wie Rumpelstilzchen und sprach vom „Winzling Toni Schumacher"

Von ULRICH DOST

Es war beim Lehrgang der deutschen Nationalmannschaft in der vergangenen Woche in Frankfurt. Bundestrainer **Jupp Derwall** (56) hatte sich einmal viel Zeit genommen, um in einem persönlichen Gespräch mit **Pierre Littbarski** (22) Ursachenforschung zu betreiben. Die Formkrise des kleinen Rechtsaußen, die nun schon verdächtig lange anhält, war es, die Spieler und Trainer ergründen wollten.

An der Brust des Bundestrainers weinte sich der Kölner Nationalspieler dann aus. Er sei komplett verunsichert, jegliches Selbstbewußtsein fehle ihm, gestand Littbarski dem Bundestrainer. Inzwischen sei es sogar so schlimm, daß er sich nicht mehr traue, das Haus zu verlassen. Jedermann würde ihn nur auf seine Formkrise ansprechen, die er auch nicht erklären könne. Den einzigen Schutz bieten ihm lediglich die eigenen vier Wände. Derwall zeigte Verständnis für Littbarski, der – wie kaum ein anderer zuvor – so schnell den Sprung ins Rampenlicht schaffte. Derwall: „Doch den Preis dafür muß er heute bezahlen." Der Bundestrainer glaubt, er würde Littbarski keinen Gefallen tun, wenn er ihn weiter in die Nationalmannschaft beriefe. Die Reise zum Länderspiel nach Belgien wird der kleine Rechtsaußen, *der seit seinem Einstand beim 3:1 in* Wien über Österreich (zwei Tore) im Jahre 1981 nicht mehr fehlte, deshalb auch nicht mitmachen. Derwall: „Erst wenn er im Verein wieder gute Spiele macht, kann er auch bei uns Leistungen bringen."

Die Kölner selbst sind ebenso ratlos wie der Spieler und der Bundestrainer. „Der Litti", sagt Trainer **Hannes Löhr** (41), „kann bei mir bis zum Saisonende spielen, was er will." Worauf Löhr hofft, ist dies: Stürmer vom Format eines Pierre Littbarski *kommen schon alleine aus* dem Dilemma wieder heraus. Fragwürdig ist auch der Weg, den Littbarskis Manager **Rüdiger Schmitz** (42) beschreiten will: Das Amt des Mannschaftsführers sei für Littbarski eine zu schwere Bürde. Da er die Verantwortung nicht tragen könne, soll er die Kapitänsbinde wieder abgeben. Mag ja vielleicht richtig sein, doch wichtiger wäre es, Littbarski beizubringen, daß durch Versteckspiele noch nie Probleme gelöst wurden.

Littbarski erhält also vom Bundestrainer eine Denkpause verordnet, Uerdingens Libero **Mathias Herget** (28), **Andreas Brehme** (23) vom 1. FC Kaiserslautern und **Rudi Bommer** (26) von Fortuna Düsseldorf aber dürfen am Mittwoch in Brüssel zeigen, daß sie zu Recht das Vertrauen von Jupp Derwall besitzen. Im Tor steht wieder **Harald Schumacher** (29). Rechter Verteidiger spielt der Münchner **Wolfgang Dremmler** (29) für den Düsseldorfer **Manfred Bockenfeld** (23), der mit seinem Verein eine Woche nach Südkorea fliegt. Ansonsten spielt die Elf, die am 15. Februar in Varna 3:2 über Bulgarien gewann: Schumacher (Köln) – Herget (Uerdingen) – Dremmler (München), K. H. Förster (Stuttgart), Brehme (Kaiserslautern) – Bommer (Düsseldorf), Stielike (Madrid), Schuster (Barcelona), Meier (Bremen) – K. H. Rummenigge (München), Völler (Bremen). Auswechselspieler sind Burdenski (Bremen), Roleder (Stuttgart), B. Förster (Stuttgart), Augenthaler (München), Bruns, Matthäus (beide Gladbach), Allofs (Köln).

Das Spiel wird im Zweiten Deutschen Fernsehen zeitversetzt (Beginn 22.10 Uhr oder 22.30 Uhr) in voller Länge übertragen. Gestern waren erst 5000 der 60 000 Karten für das Heysel-Stadion verkauft.

Fußball-Kulisse



Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga

Das Müngersdorfer Stadion in Köln war längst menschenleer, was ziemlich schnell vonstatten ging, denn das Spiel gegen Waldhof Mannheim (2:0) wollten zuvor lediglich *rund 6000 Besucher sehen. Erst jetzt* hob sich der Vorhang für **Klaus Schlappner** (43), Trainer der Mannheimer. Theatralisch stand er in dem riesigen Stadion auf der Tartanbahn, breitete beide Arme aus und setzte zum Monolog an: „So groß ist das Tor. Aber meinst du, einer von meinen Leuten trifft es. So groß ist der Schumacher auch nicht, als daß der Ball nicht an ihm vorbeiginge. Aber nein, meine Leute schießen den Winzling Schumacher an."

Wenn „Schlappi", wie ihn jedermann nennt, Niederlagen wegstekken muß, dann fühlt er sich in seiner ganzen Redekunst gefordert, dann ist er Rumpelstilzchen und Hans Dampf zugleich. Tief vergräbt er seine Hände in der Trainingshose, nachdem er seinen Hut noch tiefer in die Stirn gezogen hat. Nun ist er entschlossen, jetzt handelt er: „So ein Mist ist das, jetzt hängst du drei Stunden auf der Autobahn und hast 0:2 verloren. Nun gut, dann werde ich meine Buben wieder aufrichten. Ich werde jedem eine Kerze hinstellen und ihm erklären, warum sie gerade steht." Schlappi kann alles, Schlappi weiß alles, Schlappi macht immer das Richtige.

Ob denn sein Torjäger **Fritz Walter** (23) die Kritik vertragen könne, die er sich anhören muß, weil er den „Winzling" Schumacher angeschossen *hat*. Schlappner: „Na klar, wenn er schräg guckt, lade ich ihn zum Essen ein."

Schlappi kann sich alles erlauben, sagen seine Kollegen, doch sie fügen schon das Wörtchen „noch" an. Seine Sprüche kommen „noch" an, in der Tat, sie haben „noch" Wirkung. Weiter dürfen die Mannheimer jedoch nicht mehr abrutschen. Wer weiß, ob bei den Spielern im Abstiegskampf jeder Spruch nicht doch als Phrase ankommt.

Mit dem Pierre Littbarski, meinte Schlappi noch, bevor er sich verabschiedet, müsse er unbeding mal reden: „Der bringt doch alles mit, was ein Rechtsaußen braucht, er spielt aber nur Mist. Solche Leute aber braucht die Bundesliga." Die Kölner haben nichts zu der Einmischung gesagt, sie haben sich nur gewundert. Aber Schlappi darf ja „noch" alles tun und sagen.



Halb Rumpelstilzchen, halb Hans Dampf: Mannheims Trainer Klaus Schlappner läßt seine Wut an einem Stuhl aus. FOTO: LP

Hannes Löhr, Trainer des 1. FC Köln, hat in der letzten Woche eine schöne Ente aufs Wasser gesetzt. Ob er sich verstellen könne, daß **Hansi Müller** (27) beim 1. FC Köln spielen könne, wurde Löhr gefragt. Der Trainer *hatte geantwortet*: „Wenn der Hansi körperlich fit ist, kann er eine Bereicherung für uns sein." Die *Lokalzeitungen taten* sogleich so, als sei der Transfer des Schwaben Hansi Müller von Inter Mailand nur noch reine Formsache. Hätte aber jemand nach **Karl-Heinz Rummenigge** (28) gefragt, Löhr hätte wohl die gleiche Antwort gegeben. Vorstellen kann man sich schließlich viel.

Nur das nicht: Daß nämlich der 1. FC Köln in der Lage ist, Hansi Müller überhaupt bezahlen zu können. Rund *800 000 Mark soll Müller* bei Inter verdienen, netto selbstverständlich und in einem Jahr. Außerdem wollen die Müllers gar nicht weg. Einen Wechsel nach Deutschland hält Hansi Müller in diesem Jahr für ausgeschlossen. Wenn ihn die Mailänder los werden wollten, dann sei höchstens ein Wechsel in Italien möglich.

Derzeit plagen Müller ohnehin andere Sorgen. Wie schaffe ich es, möglichst schnell wieder in die Nationalmannschaft zu kommen, so lautet seine Devise. Im März, so hat es Müller *vereinbart, wenn das Lokalderby Inter gegen AC Mailand* ansteht, soll Jupp Derwall als Beobachter nach *Mailand kommen* und sich selbst von der Form überzeugen können. Bange ist ihm nicht vor der Rückkehr in die *Nationalelf*, nachdem er vor kurzem ein Spiel von **Bernd Schuster** (24) mit dem FC Barcelona im Fernsehen gesehen hatte. Da hat er sich zufrieden zurückgelehnt und gedacht: „Das schaffst du auch noch."

Aber gewiß doch, Selbstüberschätzung wurde dem früheren Stuttgarter *schon immer nachgesagt*, daran wird sich auch wohl nichts mehr ändern.

Auf **Jürgen Groh** (27) passen so ziemlich alle gängigen Klischees, die der Fußball so kennt. „Dauerrenner" oder „Wasserträger" nennen sie ihn, weil er 90 Minuten lang kämpft und für die Stars die Drecksarbeit erledigt. Oder auch „Lückenbüßer", weil er in Hamburg schon auf jeder Position gespielt hat, nur im Tor stand er noch nicht. Er sagt: „Es tut mir manchmal weh, wenn ich so abqualifiziert werde." Und er hat sich immer gewünscht: „Mir müßte mal ein Ball so vom Fuß abspringen, daß er im Tor landet." Nun ist ihm das am Samstag gegen Düsseldorf gleich zweimal passiert. Erst fünf Tore erzielte er in seinen 235 Bundesligaspielen, gegen Düsseldorf hatte er *in der 35. und 37. Minute* gleich zweimal ein Erfolgserlebnis. Groh: „Ein Torjäger werde ich wohl nicht mehr, aber ein reiner Marathonläufer bin ich auch nicht."

„Bälle fielen mir vor die Füße wie die reifen Früchte"

DIETER SCHULTZ, München

Einer wie er war auch noch am Morgen danach Zielscheibe milden Spotts. Auf einer Talkshow der Münchner Sportartikel-Messe sagte Karl-Heinz Rummenigge über seinen Mannschaftskollegen Dieter Hoeneß: „Übrigens hat der Dieter gestern auch noch sechs Richtige im Lotto gehabt und selbstverständlich noch das Spiel 77 gewonnen. Denn einen *solchen Glückstag kann man nur einmal im Leben haben.*" Ursache solcher Aussagen waren beim 6:0-Sieg des FC Bayern über Eintracht Braunschweig fünf Tore, die allesamt Dieter Hoeneß zwischen der 65. und 89. Minute erzielt hatte. Noch nie seit Bestehen der Fußball-Bundesliga gelangen einem Spieler innerhalb von 25 Minuten fünf Treffer.

So gesehen wäre eigentlich Hochachtung *statt Hohngelächter* angebracht. Doch im Falle Dieter Hoeneß sah die Sache so aus: In der 65., 68., 76., 79. und 89. Minute *stolperte er*, ausgenommen Tor Nummer fünf, den Ball glücklich über die Linie. Braunschweigs Trainer Alexander Ristic: „Wäre der Platz zwei Meter kürzer gewesen, hätten wir einen Punkt mitgenommen." Paul Breitner, Berater der Braunschweiger, stichelte: „Vier der fünf Tore hat der Dieter doch von einem halben bis dreiviertel Meter Abstand erzielt." Und auch Bayern-Trainer Udo Lattek unterstellte: „Er hätte nur den dicken Zeh rausstrecken können, auch *davon wäre der Ball ins Tor gesprungen.*"

Und Dieter Hoeneß? Dem waren die Jubelgesänge auf den Rängen ebenso peinlich wie die schulterklopfenden Journalisten. Deshalb sagte er: „Die Bälle fielen mir heute vor die Füße wie reife Früchte. Das Glück lief mir nach. *Eigentlich müßte ich in* die Spielbank gehen."

Aber Dieter Hoeneß, der auch die Räume freimachen muß für seine Mitspieler, vor allem für Karl-Heinz Rummenigge, und der deshalb schon mal gesagt hat: „Das sieht bloß keiner", der sagt auch: „Sicher war es ein glücklicher *Umstand*, auf diese Weise Tore zu erzielen. Doch dasein mußt du halt trotzdem."

Das ist aber der wohl vergebliche Versuch, einem mutmaßlichem Pyrrhussieg doch noch zwei Seiten abgewinnen zu wollen. Schließlich geht es für den 31jährigen Mittelstürmer derzeit um einen neuen Vertrag beim FC Bayern München. Mit seinem Bruder Uli, dem Manager, war er aber schon bei den letzten Verhandlungen vor zwei Jahren über Kreuz geraten. Nach dem Torreigen am Samstag sagte Uli Hoeneß nur kühl: „Der Dieter wird für seine Tore bezahlt. Daran, daß im April verhandelt wird, ändert dieses Spiel nichts." Bayern-Präsident Willi O. Hoffmann hieb in dieselbe Kerbe: „Ein Spiel allein genügt nicht."

Dieter Hoeneß weiß das freilich, aber er traut sich doch drei, vier gute Spiele zu. Somit hofft er, im Konkurrenzkampf mit den Talenten Reinhold Mathy und Michael Rummenigge eine vernünftige Ausgangsposition zu erlangen. Doch die *muß wohl* dem entsprechen, was er sich als Fußball-Profi zur Maxime gemacht hat: „Ich bin einer, dessen gesamte Grundhaltung darauf hinausläuft, daß ich mich weder anbiedern noch anbieten kann, noch will."

Er möchte zwar in München bleiben, wegen der Familie, wegen der Freunde, wegen seiner Boutique. Doch wenn sich beim FC Bayern kein neuer Vertrag ergeben würde, dann würde er schon ins Ausland wechseln. Und daß er dann nur noch den großen Zeh oder seinen Kopf hinhalten müßte, um Tore zu erzielen, das sei ohnehin eher eine sich hartnäckig haltende Mär. „So wenig Ballgefühl, wie viele Leute glauben, habe ich nun auch wieder nicht."

Was sicher stimmt, nur ist Dieter Hoeneß, der stacksige Bayern-Mittelstürmer aus Ulm, alles andere als ein heißgeliebter Held der Fans. Innerhalb von Sekunden verwandelt er sich zwar vom bedauernswerten Clown, dem alles mißlingt, zum Publikumsliebling, doch nur für wenige Minuten.

Daß er sich aufopfert, hat er am Samstag wieder in München gezeigt, als er sich nach einem Zweikampf in der ersten Halbzeit eine starke Prellung und einen Bluterguß zugezogen hatte. Er hat erst einmal weitergekämpft und dann in der Halbzeit Reinhold Mathy aufgefordert, sich warmzulaufen, damit dieser für ihn spiele. Ausgerechnet jener Reinhold Mathy, über den Dieter Hoeneß schon gesagt hat: „Reinhold Mathy wird immer wieder von einem Münchner Reporter ins Spiel gebracht, dessen Sohn mit Mathy befreundet ist. Man weiß also, woher der Wind weht."

Dieter Hoeneß und *fünf glückliche* Tore. Peinliche Tore? Oder am Ende doch nicht? „Wie auch immer: Ich glaube *schon, daß mir das Auftrieb* geben könnte", sagt Dieter Hoeneß dazu.

SPORT-NACHRICHTEN

Sibson Europameister

Paris (dpa/UPI) – Der Engländer Tony Sibson, von 1980 bis 1982 bereits Europameister der Berufsboxer im Mittelgewicht, holte sich den Titel zurück. In Paris bezwang er den französischen Titelverteidiger Louis Acaries nach Punkten.

Emmerich hört auf

Hamburg (sid)–Jean-André Emmerich, seit 1978 Deutscher Profimeister im Super-Weltergewicht, beendet seine Laufbahn. Der 34jährige gab diese Entscheidung nach seiner Punktniederlage im Titelkampf gegen den neuen Meister Erwin Heiber (Hamburg) bekannt. Aus Verärgerung über das Kampfgericht, von dem er sich benachteiligt fühlte, schlug Emmerich auch einen Revanchekampf aus.

Buchprüfung

Frankfurt (dpa) – Der Deutsche Handball-Bund (DHB) will von seinem Recht, Einsicht in die Bücher der Vereine zu nehmen, Gebrauch machen. Im Fall des Bundesligaklubs Frischauf Göppingen, dem Steuerhinterziehung und unerlaubte Zahlungen in Höhe von 100 000 Mark an den polnischen Nationalspieler Jerzy Klempel vorgeworfen werden, will der DHB durch Überprüfung der Bücher die Haltbarkeit der Vorwürfe klären.

Lebenslange Sperre

Ludwigshafen (sid) – Wegen einer Südafrika-Reise wurden die drei Ringer Walter Seitz (KSV Malsch), Gerhard Stein (KSV Kirrlach) und Mustafa Tor (ASV Reilingen) von allen sportlichen Aktivitäten unter der Kontrolle des Deutschen Ringer Bundes (DRB) ausgeschlossen. Nachdem die drei bereits nach ihrer ersten Wettkampf-Reise nach Südafrika für ein Jahr gesperrt worden waren, erfolgte die neue Sperre nach der zweiten Reise ohne zeitliche Begrenzung.

Woelfle wieder Meisterin

Dortmund (dpa) – Nach ihrem Weltrekord über die 25-m-Distanz verbesserte Erika Woelfle (Eggenfelden) auch den Rekord über 18 m um sieben Ringe und verteidigte damit bei den Deutschen Hallenmeisterschaften im Bogenschießen überlegen ihren Titel im Einzel-Wettbewerb der Damen.

Auch Dörhöfer verletzt

München (sid) – Einen Bänderriß im rechten Sprunggelenk erlitt Handball-Nationalspieler Andreas Dörhöfer (MTSV Schwabing). Damit fällt neben Dirk Sommerfeld (THW Kiel) der zweite Rückraumspieler für die Länderspiele gegen die Schweiz (7. und 8. März) aus.

Mis erreicht Milser-Rekord

Frankfurt (sid) – Der Wuppertaler Frederik Mis stellte im Spitzenkampf der Ringer-Bundesliga zwischen Wuppertal und Wolfsburg mit 170,0 kg im Reißen des ersten Schwergewichts den deutschen Rekord von Rolf Milser ein.

Gefährlicher Marathon

Los Angeles (sid) – Gesundheitliche Schäden befürchtet Weltmeister Robert de Castella, wenn der olympische Marathon-Wettbewerb tatsächlich um 17.30 Uhr gestartet werden sollte. Smog und Hitze würden das Laufen zu diesem Zeitpunkt in Los Angeles unerträglich machen, kritisierte der Australier, der für einen Start in den frühen Morgenstunden plädiert.

TENNIS / Erwartungsgemäße Niederlage gegen Argentinien im Daviscup

Für Vilas und Clerc war es nicht mehr als eine lästige Pflichtübung

H.-J. POHMANN, Stuttgart

Die Stuttgarter Zuschauer waren in der zwar modernen, aber mit der Atmosphäre einer Maschinenhalle ausgestatteten Hans-Martin-Schleyer-Halle, zufrieden. Sie erlebten für ihr Eintrittsgeld zwei Weltklassespieler, die ihnen den Hauch der großen Tennis-Welt vermittelten. Dazu gab es als Beilage die deutschen Davis-Pokal-Spieler, die sich redlich bemühten. Doch für Statistiker sieht die Bilanz der Partie gegen Argentinien erst einmal nüchtern aus. Da lag das deutsche Team bereits nach dem zweiten Tag gegen zwei Argentinier mit 0:3 im Rückstand, die lediglich andeutungsweise Spitzentennis demonstrierten. Danach unterlag Beutel (6:7, 6:7 gegen Clerc) zum 0:4.

Nicht wiederzuerkennen nach seiner langen Zwangspause war der 31jährige Guillermo Vilas. Leicht übergewichtig vermied er jede überflüssige Bewegung. Von seiner früheren Dynamik war überhaupt nichts zu erkennen, ganz zu schweigen von seinen Reflexen. Vielleicht steckten ihm die 65 Stunden, die er in den vergangenen zehn Tagen im Flugzeug verbrachte, noch in den Gliedern. Da flog er von New York zu Schau-Kämpfen nach Sydney und Oakland, bevor es am Dienstag über London nach Stuttgart ging. Am Donnerstag unternahm er dann noch einmal einen Abstecher auf die Münchener Sportartikelmesse ISPO. Fast apathisch spielte er so gegen Hans-Dieter Beutel sein Pensum herunter und demonstrierte zum Bedauern seines Gegners lediglich genau in den kritischen Phasen sein bestes Tennis, als er plötzlich offensiv beim Aufschlag des Deutschen returnierte.

Wie ein Dressman aus dem Mode-Journal stolzierte dann der ebenfalls kurzfristig aus Chile angereiste José Louis Clerc im zweiten Einzel über den lindgrünen Teppichboden. Mit einer feinen Cartier-Uhr am Handgelenk ausgerüstet, schüchterte er den 19jährigen Michael Westphal im ersten Satz mit einigen Vorhand-Gewaltschüssen sichtlich ein. Doch recht bald merkte der Pinneberger, daß auch er eine Chance besaß, denn Clerc ist nun der Prototyp eines Anti-Hallenspielers. Trotzdem bewies auch Clerc in den entscheidenden Situationen, wieviel Erfahrung ausmacht. Auf einmal servierte er im fünften Satz etliche Asse und griff den Ranglisten-Ersten des DTB mit überraschenden Slice-Bällen an. Eine Offenbarung war das Spiel von Clerc deshalb aber immer noch nicht, ganz zu schweigen vom gemeinsamen Auftritt der beiden argentinischen Individualisten im Doppel. Da standen zwei Einzelspieler nebeneinander auf dem Platz und bildeten notgedrungenermaßen eine Interessengemeinschaft.

Von Spielfreude war bei ihnen so gut wie gar nichts zu erkennen. Es galt eine lästige Pflichtübung zu erfüllen. Denn in den Doppelkonkurrenzen auf Grand-Prix-Turnieren treten Vilas und Clerc schon alleine wegen der schlechteren Preisgelder nie mehr an.

So standen die deutschen Davis-Cup-Spieler am Samstagnachmittag mit leeren Händen da und dennoch wurden zumindest die Einzelspieler Beutel und Westphal von den Medien, Offiziellen und Zuschauern gefeiert. Eine Situation, die schon häufig dagewesen und deswegen besonders gefährlich ist. Hierzulande ist man schon mit Achtungserfolgen zufrieden. Das aber reicht nicht aus, gefragt ist Kontinuität. Enttäuscht haben Hans-Dieter Beutel und Michael Westphal nicht.

Nach wie vor gibt es nur einen Weg, den internationalen Durchbruch zu schaffen. Und der wird schon seit Jahren aufgezeigt. Es gilt nun endlich einmal mindestens über zwölf Monate hinweg Turniere zu spielen, und die mit vollem Einsatz. Es nützt überhaupt nichts, hin und wieder einen besseren Gegner zu schlagen und sich dafür dann in den nachfolgenden Wochen auszuruhen. Das wird dann auch die vordringlichste Aufgabe vom noch amtierenden Damen-Bundestrainer Klaus Hofsäß sein, der ab 1. April mit Westphal, Beutel, Jelen, Zipf und Gehring als Team durch die Welt reisen will. Pläne für Turnierreisen und Trainingswochen sind in der Vergangenheit genügend gemacht worden, nur hat sich keiner an die Vorschläge des DTB gehalten.

Fortan sollte es deshalb im Interesse aller eine klare Trennung zwischen Hofsäß mit den Spielern einerseits und Coach Pilic mit dem DTB andererseits geben. Als sogenannte „fertige Spieler" können sie eine Leistungssteigerung nur allein schaffen und müssen sich demzufolge auch alleine durchbeißen. Ruft jedoch der DTB zu offiziellen Cup-Wettbewerben wie Kings- und Daviscup, haben sich die Aktiven, sofern sie starten wollen, den Vorstellungen des Verbandes anzupassen.

Sport in Zahlen ... Sport in Zahlen ...

FUSSBALL

„DDR"-Oberliga, 15. Spieltag: Erfurt – Magdeburg 3:1, Jena – Union Berlin 4:1, Karl-Marx-Stadt – Dresden 1:1, Chemie Leipzig – Halle 2:0, Frankfurt – Lok Leipzig 3:2, Dynamo Berlin – Rostock 3:1, Riesa – Aue 0:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 40:19/22:8, 2. Dresden 30:14/20:10, 3. Magdeburg 34:20/19:11.

Erste englische Division: Aston – Wolverhampton 4:0, Leicester – Ipswich 2:0, Liverpool – Queens Park 2:0, Manchester United – Sunderland 2:1, Norwich – West Ham 1:0, Nottingham – Arsenal 0:1, Southampton – Luton 2:1, Stoke – Notts 1:0, Tottenham – Birmingham 0:1, Watford – Everton 4:4, Bromwich – Coventry 1:1. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 59 Punkte, 2. Manchester United 55, 3. Nottingham 53.

BASKETBALL

Bundesliga, Qualifikation, Herren, 10. Spieltag, Gruppe A: Wolfenbüttel – Hagen 90:98, Göttingen – Leverkusen 85:73. – Gruppe B: Bayreuth – Osnabrück 85:99, Köln – Charlottenburg 109:99.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 19. Spieltag: Kiel – Lemgo 28:23, Dankersen – Reinickendorf Berlin 19:18, Göppingen – Hofweier 29:26.

Europapokal, Pokal der Landesmeister, Männer, Halbfinale-Hinspiel: Gummersbach – Dukla Prag 14:14. – Frauen: Vasas Budapest – Leverkusen 17:17. – IHF-Pokal, Frauen: Oldenburg – Iskra Partizanske/CSSR 18:13.

HOCKEY

Bundesliga, Endrunde, Herren, Halbfinale: RW Köln – Limburg 6:7, Frankenthal – Leverkusen 13:13 n.V., 3:2 nach Siebenmeterschießen.

KUNSTTURNEN

Bundesliga, 3. Wettkampftag, Staffel Nord: Saar – Hannover 225,90:225,45, Leverkusen – Bergisch Gladbach 218,25:220,05. – Süd: Heilbronn/Neckarsulm – Monheim 230,35:215,80, Herbolzheim – München 225,85:227,15.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 15. Spieltag: Grenzau – Herbornseelbach 9:0, Heusenstamm – Bremen 7:9, Jülich – Bad Hamm 8:8, Reutlingen – Düsseldorf 8:8, Altena – Saarbrücken 4:9. – Bundesliga, Damen, 14. Spieltag: Donauwörth – Kiel 6:9, Kaiserberg – Kronshagen 9:4, Kleve – Ahlem 9:2.

VOLLEYBALL

Europacup-Endrunde, Damen, Landesmeister: Sofia – Ravenna 3:0, Lohhof – Istanbul 3:1, Sofia – Istanbul 3:1 Lohhof – Ravenna 0:3.

Bundesliga, Herren, 18. und letzter Spieltag: Passau – Leverkusen 2:3, Fort. Bonn – Norderstedt 3:2, Hamburg – Paderborn 3:1, Frankfurt – SSF Bonn 1:3. – Bundesliga, Damen: Oythe – Augsburg 3:1, Feuerbach – Darmstadt 3:1, Vilsbiburg – Stuttgart 2:3, Berlin – Godesberg 3:1. – Nachholspiel vom 1. Spieltag: Münster – Darmstadt 3:0.

LEICHTATHLETIK

Deutsche Cross-Meisterschaften in Waiblingen, Männer: Langstrecke (10 200 m): 1. Orthmann (Wehbach) 28:28,1 Min., 2. Herle (Fürth) 28:41,5, 3. Scheytt (Sindelfingen) 28:45,7. – Mittelstrecke (3400 m): 1. Mönkemeyer (Wattenscheid) 9:05,6 Min. 2. Aechtle (Emmendingen) 9:07,1, 3. Welzel (Menden) 9:08,0. – Frauen, Langstrecke (6800 m): 1. Lövenich (Huchem-Stammeln) 21:32,4 Min., 2. Kieninger (Sindelfingen) 22:07,0, 3. Schäfer (Fürth) 22:27,2. – Mittelstrecke (2700 m): 1. Kraus 8:02,2 Min., 2. Petersen (beide Köln) 8:04,6, 3. Finke (Göttingen) 8:09,0.

Hochsprung in Berlin: 1. Thränhardt 2,37 m (Hallenweltbestleistung), 2. Mögenburg (beide Köln) 2,32, 3. Sjöberg (Schweden) 2,27. – Frauen 1. Soetewey (Belgien) 1,93, 2. Holzapfel (Wattenscheid) 1,93, 4. Bulkowska (Polen) 1,93, 4. Meyfarth (Leverkusen) 1,90.

Offene US-Hallenmeisterschaften in New York: Männer: 60 Yards: 1. King 6,08 Sek., 2. Brown 6,12. – 1000 Yards: 1. Paige 2:08,20 Min., 2. Brown 2:09,22. – Meile: 1. Scott 4:00,06 Min., 2. Byers 4:00,17, 3. Flynn (Irland) 4:00,28. – Drei Meilen: 1. Padilla 13:09,01 Min., 2. Ryffel (Schweiz) 13:09,50. – 60 Yards Hürden: 1. Foster 6,95. – Hochsprung: 1. Lewis 2,31 m, 2. Paklin (UdSSR) und Howard beide 2,28. – Stabhoch: 1. Bubka 5,64, 2. Wolkow (beide UdSSR) 5,64. – Weitsprung: 1. Lewis 8,50, 2. Myricks 8,44. – Dreisprung: 1. Agbebaku (Nigeria) 16,94 m. – Frauen: 60 Yards: 1. Brown 6,62, 2. Cheeseborough 6,71. – 60 Yards Hürden: 1. Hightower 7,43. – Hochsprung: 1. Bykowa (UdSSR) 2,00. – Weitsprung: 1. Lewis 6,60 m.

BOXEN

Berufsbox-Veranstaltung in Hamburg: Mittelgewicht (über sechs Runden): G. Rocchigiani (Berlin) PS – Morris (England). – Superweltergewicht: Heiber (Hamburg) PS über Emmerich (Frankfurt). – Superweltergewicht: Munduga (Köln) Abbruchsieger 6. Rd. über Christie (England). – Varela (Rüsselsheim) Abbruchsieger 3. Rd. über Waith (England). – Halbschwer: Jassmann (Korbach) PS über Kabassu (Zaire), R. Rocchigiani (Berlin) PS über Ulka (Hamburg).

SKI ALPIN

Deutsche Meisterschaften, Slalom, Damen: 1. Gerg (Lenggries) 1:51,89, 2. Mösenlechner (Inzell) 1:52,17, 3. M. Epple (Seeg) 1:52,62.

Eisschnellauf

WM im Großen Vierkampf, Männer, in Göteborg: Gesamtklassement nach dem ersten Tag: 1. van der Duim (Holland) 83,117 Punkte, 2. Falk-Larssen (Norwegen) 83,449, 3. Ehrig („DDR") 83,621.

BIATHLON

Deutsche Meisterschaften über 10 km in Mittenwald: 1. Fischer (Ruhpolding) 32:04,4/0 Schießfehler, 2. Angerer (Hammer) 33:08,0/2, 3. Haugg (Hausham) 33,34,4/1.

SKI NORDISCH

Nordische Kombination bei den schwedischen Skispielen in Falun: 1. Miettinen (Finnland) 411,935 Punkte, 2. Sandberg (Norwegen) 409,5, 3. Andersen (Norwegen) 406,86, ... 14. Wucher 383,995, ... 23. Fleig (beide Deutschland) 343,765. – Stand im Weltcup: 1. Dotzauer („DDR") 49 Punkte, 2. Proswirnin 48,3. Sandberg 46,4. Müller (Deutschland) 45. – 10 km Langlauf-Weltcup der Damen: 1. Smetanina (UdSSR) 30:41,9 Min., 2. Risby (Schweden) 31:13,4, 3. Hämäläinen (Finnland) 31:13,4, 3. – Stand im Weltcup: 1. Hämäläinen 93, 2. Jeriova (CSSR) und Smetanina je 70, 4. Jahren (Norwegen) 69, 5. Risby 63, ... 20. Jäger (Deutschland) 27. – 30 km Herren: 1. Swan 1:24,37,0 Std., 2. Wassberg (beide Schweden) 1:25,38,7, 3. Landvall (Norwegen) 1:26,03,1, ... 26. Dotzler 1:29,50,9, ... 32. Behle 1:30,48, 1. – Zipfel (alle Deutschland) gab nach 24 km auf. – Stand im Weltcup: 1. Kirvesniem (Finnland) 73, 2. Smimiatow (UdSSR) 67, 3. Wassberg 64, 4. Sachnow 53, Ottosson 46, ... 15. Behle 33, ... 36. Dotzler, 10.

TENNIS

Daviscup, 1. Hauptrunde in Perth: Australien – Jugoslawien Endstand 5:0. – in Christchurch: Neuseeland – Pargaguay Endstand 2:3.

GALOPP

Rennen in Dortmund: 1. R.: 1. Haldi (G. Catrini), 2. Marimba, 3. Vene, Toto: 64/22, 26, 42, ZW: 272, DW: 3504, 2. R.: 1. Felgenträger (Frau H. Zahn), 2. Elbrus, 3. Nauthi, Toto: 84/22, 13, 15, ZW: 368, DW: 1704, 3. R.: 1. Finsbury (P. Faulstich), 2. Ormelino, 3. Backfire, Toto: 232/34, 13, 26, ZW: 788, DW: 5016, 4. R.: 1. Gwendy (L. Mäder), 2. Naseweis, 3. Fitness, Toto: 72/30, 38, 66, ZW: 844, DW: 15 656, 5. R.: 1. Freyja (D. K. Richardson), 2. Royal sea, 3. Manet, Toto: 160/46, 22, 20, ZW: 532, DW: 5676, 6. R.: 1. Regenbogen (D. Ehlen), 2. Atout Noir, 3. Troubadour, Toto: 128/38, 34, 22, ZW: 872, DW: 11 000, 7. R.: 1. Gran Chaco (Frl. v. Furler), 2. Wariana, 3. Marli, Toto: 48/19, 19, 26, ZW: 332, DW: 2804, 8. R.: 1. Viteur (O. Schick), 2. Ensor, 3. Lake Success, Toto: 52/26, 46, 46, ZW: 1272, DW: 32 896.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 6, 22, 30, 31, 36, Zusatzzahl: 14. – Spiel 77: 7 0 5 2 0 2 6. – **Toto:** Elferwette: 1, 1, 1, 1, 1, 0, 1, 1, 1, 1, 1. – **Rennquintett:** Rennen A: 11, 13, 1. – Rennen B: 21, 31, 26. – (Ohne Gewähr).

SKI ALPIN

Keine neuen Talente

sid, Bergen

Die deutschen alpinen Ski-Meisterschaften haben den Anspruch einer Talentschau nicht erfüllen können. In Bergen setzten sich vor allem jene Aktiven in Szene, die dies bisher auch im Weltcup taten. Zum Abschluß gewannen Michaela Gerg (Lenggries) und Florian Beck (Gunzesried) die Meistertitel im Spezialslalom.

Schon nach dem Abfahrtsieg von Regine Mösenlechner (Inzell) hatte Bundestrainer Lesch gemutmaßt: „Die Plätze für den Nachwuchs stimmen, aber zeitlich liegen sie viel zu weit hinter der Siegerin." Den erfreulichsten Aspekt lieferte der Sieg von Michaela Gerg, herausgefahren in ihrer vermeintlich schwächsten Disziplin, dem Slalom. Die Karriere der Junioren-Weltmeisterin hatte einen Knick erfahren, als sie sich in Sarajevo nicht für die Abfahrt qualifizieren konnte.

FECHTEN

Pokal für Becks Team

sid/dpa, Paris

Beruflich und privat kann Fecht-Bundestrainer Emil Beck auf ein erfolgreiches Wochenende zurückblikken. Zuerst gewann seine Mannschaft, der FC Tauberbischofsheim, zum drittenmal nach 1978 und 1979 den Europacup der Florettfechter, dann bestätigte Sohn Frank seine gute Form mit dem 12. Platz, dem besten deutschen Ergebnis, im dritten Weltcup-Turnier der Saison, dem „Challenge Rommel". Er scheiterte erst unmittelbar vor dem Finale an Weltcup-Verteidiger Mauro Numa (Italien), der übrigens der einzige der am Europacup beteiligten Fechter war, der auch im anschließenden Weltcup-Turnier (ebenfalls in Paris) noch Spitzenleistungen zeigte. Harald Hein, der Weltranglistenerste, schied schon in der zweiten Runde aus. Nach den kräftezehrenden Gefechten im Europapokal hatte Emil Beck diese Ergebnisse erwartet.

RALLYE

Marc Surers Überschläge

sid, Bad Harzburg

Der Münchner Harald Demuth und sein belgischer Co-Pilot Willy Lux fuhren auf Audi Quattro bei der Sachs-Winter-Rallye (Start und Ziel Bad Harzburg) einen überlegenen Sieg heraus. Der frühere Deutsche Meister gewann von den 29 Wertungsprüfungen 21 und hatte im Ziel des ersten Laufs zur Deutschen Rallye-Meisterschaft 5:39 Minuten Vorsprung vor Manfred Hero und Dietmar Müller (Schmelz/Honzrat) auf Porsche Turbo.

Die Titelverteidiger Erwin Weber/Gunter Wanger (Neufahrn/Ludwigshafen) kamen nur auf den 17. Platz. In der fünften Wertungsprüfung setzen sie ihren Opel Manta in einen Graben, wo er erst 17 Minuten später von einem Jeep wieder herausgezogen werden konnte. Pech hatte auch der Schweizer Formel-1-Rennfahrer Marc Surer. Nachdem er sich auf der 21. Wertungsprüfung mehrmals überschlagen hatte, mußte er ausscheiden.

BIATHLON

Angerer besiegt

sid/dpa, Krün

Fritz Fischer wurde mit dem „Goldenen Ski" ausgezeichnet, und Franz Bernreiter gewann zum Abschluß seiner Karriere seinen ersten deutschen Einzeltitel. Umjubelter Liebling der internationalen Deutschen Biathlon-Meisterschaften im bayerischen Krün aber war Peter Angerer. Er lebt noch vom Glanz des olympischen Goldes, obwohl er am Wochenende den Beweis seiner Überlegenheit schuldig blieb: Über zwanzig Kilometer trat er erst gar nicht an, über 10 km wurde er von Fritz Fischer auf den zweiten Platz verwiesen, und der Staffelsieg mit dem favorisierten Bayern-I-Quartett wäre nur durch eine Disqualifikation zu gefährden gewesen. Doch die drei Medaillen trübten sogar den Blick von Bundestrainer Jürgen Seifert, der Angerers Abschneiden nach dessen „Vorzeige-Tour" so kommentierte: „Er hat gegen einen guten Gegner verloren.

FUSSBALL

„Ein Derby zum Vergessen"

DW./sid/dpa, Madrid

Der FC Barcelona hat immer noch kein Mittel im Kampf um die spanische Meisterschaft gefunden. Der Klub, der seit einem Jahrzehnt erfolglos Jagd auf den Titel macht, sieht sich erneut um die Rendite seiner – mobilen – Anlagen (Menotti, Maradona, Schuster) gebracht: Weil die Mannschaft vom vorgeschriebenen Weg Richtung Titelgewinn abwich und das Spitzenspiel bei Real Madrid mit 1:2 verlor, haben die Katalanen jetzt nicht nur sechs Punkte Rückstand auf Tabellenführer Real, sondern auch einigen Kredit im öffentlichen Ansehen verspielt. Als „Ein Derby zum Vergessen" (so die Zeitung „Mundo Deportivo") behielten die 95 000 Zuschauer dieses Spitzenspiel in Erinnerung. Das Ergebnis paßte sich dabei dem Spielverlauf an: Nationalstürmer Carlos Santillana wurde bei seinem Siegtreffer angeschossen.

Carl Günther Korte

* 23. 12. 1907 † 24. 2. 1984

Mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater und Bruder ist heute von uns gegangen.

In stiller Trauer:
Hildegard Korte, geb. Kleemann
Harald Korte und Frau Agnes
Manfred Korte und Frau Rotraud
Carl-Dietrich, Rüdiger und Birgit
Ada Sternberg, geb. Korte

6200 Wiesbaden, Juliusstraße 6

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 29. Februar 1984, um 11.15 Uhr auf dem Südfriedhof in Wiesbaden statt.

Wir erfüllen die traurige Pflicht mitzuteilen, daß am 24. Februar 1984 unser Mitinhaber und ehemaliger Geschäftsführer, Herr

Carl Günther Korte

im Alter von 76 Jahren verstorben ist.

Durch sein menschliches und verbindendes Wesen hat der Verstorbene in den Jahren seiner aktiven Tätigkeit viele Freunde für unser Unternehmen gewonnen.

Die Wertschätzung seiner Mitarbeiter erwarb er durch sein soziales Engagement.

In besonderem Maße hat sich der Verstorbene um unser Unternehmen verdient gemacht, als er nach dem zweiten Weltkrieg unser schwierigsten Bedingungen für die Wiederaufnahme der Produktion sorgte.

Wir trauern um einen hochgebildeten Menschen, der bis zuletzt regen Anteil an der Entwicklung unserer Firma nahm.

Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Firma Schöneweiss & Co. GmbH
5800 Hagen

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 29. Februar 1984, um 11.15 Uhr auf dem Südfriedhof in Wiesbaden statt.

Bestürzt und in tiefer Trauer geben wir bekannt, daß am 23. Februar 1984 unser Prokurist und stellvertretender Geschäftsführer, Herr

Gerhard Claßen

im 60. Lebensjahr gestorben ist.

Durch sein hervorragendes Fachwissen, seine langjährige Erfahrung und seinen großen Ideenreichtum hat er die Entwicklung unseres Unternehmens in den vergangenen zehn Jahren voller Tatkraft und mit unermüdlichem Fleiß entscheidend mitbestimmt.

Wir werden seiner, dessen geradliniges Leben ein so schnelles Ende gefunden hat, stets in Dankbarkeit gedenken.

ELCETEX GMBH
Geschäftsleitung und Mitarbeiter

Die Trauerfeier ist am Dienstag, dem 28. Februar 1984, um 12.30 Uhr in der St.-Dionysius-Kirche in Kelkheim-Münster.

Die Beisetzung findet um 13.30 Uhr auf dem Kelkheimer Hauptfriedhof statt.

Wir trauern um unseren Mitarbeiter, Herrn

Gerhard Claßen

der am 23. Februar 1984 für uns alle unerwartet im Alter von 59 Jahren gestorben ist.

Über Jahrzehnte hat Herr Claßen mit großem Einsatz und Erfolg an leitender Stelle unsere Lederkundschaft betreut.

Sein großes Fachwissen und sein aufgeschlossenes Wesen sicherten ihm Anerkennung und Freundschaft bei Kunden und Mitarbeitern.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Bayer AG

Leverkusen, den 24. Februar 1984

Brandt warnt die SPD

■ Fortsetzung von Seite 1

verfestigt" habe, oder ob „sich das eher auseinanderentwickeln wird zwischen den heute überall erkennbaren Strömungen". Der SPD-Vorsitzende sei jedenfalls „dazu da, den eigenen Verein wieder stärken zu helfen und kein Terrain freizugeben".

Zur Zeit suche die SPD „verständlicherweise" vor allem den Schulterschluß mit den Gewerkschaften. Dies sei noch durch den Bundeskanzler verstärkt worden, der die Gewerkschaften „so sehr von oben herab behandelt" habe, daß sich Kohl auch – „was mir sehr leid tut", sagte Brandt – um die „Möglichkeit gebracht hat, hier vermitteln zu können". Schon aus dieser „Einseitigkeit heraus ist die SPD noch deutlicher geworden, als sie es sonst vielleicht gewesen wäre".

Der SPD-Vorsitzende bekräftigte die Position seiner Partei, „daß Arbeitszeitverkürzungen in den vor uns liegenden Jahren eine Rolle mit zu spielen habe, zusammen mit anderen Elementen einer aktiven Wirtschaftspolitik". Und er unterstrich auch, daß „wir uns nicht versteift haben auf das eine oder andere Modell" einer möglichen Arbeitszeitverkürzung, wobei allerdings der „ungenügende" Entwurf zur Vorruhestandsregelung durch die Bundesregierung sicher dazu beigetragen habe, in den Gewerkschaften die Präferenz für die 35-Stunden-Woche zu verstärken.

Beim Gespräch mit der WELT über den wirtschaftspolitischen Teil eines neuen SPD-Grundsatzprogramms betonte Brandt, die „Marktorientierung bleibt wichtig, bleibt von zentraler Bedeutung". Und in der aktuellen Situation sei zur Lösung der Absatz- und Strukturfragen eine „wirkliche Industriepolitik wichtiger als die Frage von Besitztiteln".

Ihm werde „vielleicht nichts anderes übrig bleiben", sagte Brandt, als selbst den Vorsitz der Programmkommission zu übernehmen, die nach dem Essener Parteitag sich zur Ausarbeitung des neuen Grundsatzprogramms konstituieren wird. Aber Brandt sagte auch: „Eigentlich müßte der Parteivorsitzende, wer immer das dann (bei der Verabschiedung des Programms 1988) ist, sich voll mit dem Entwurf identifizieren, der dem Parteitag unterbreitet wird."

Mord an ETA-Mitglied überschattet Wahlen

Illegale Gruppe rächt Attentat auf PSOE-Politiker

DW. Bilbao/Madrid

Vor dem Hintergrund von Terror und Gegenterror waren gestern 1,5 Millionen Wahlberechtigte im spanischen Baskenland zur Teilnahme an den Regionalwahlen aufgerufen. Fast 4000 Polizisten waren eingesetzt, um die Wahllokale und andere wichtige Plätze in den drei baskischen Provinzen zu bewachen. Die Abstimmung über die Verteilung der von 60 auf 75 erhöhten Mandate im Regionalparlament war durch einen neuen Mordfall im Untergrundkampf der baskischen Separatistenorganisation ETA überschattet.

Eine unter dem Namen „Antiterroristische Befreiungsgruppe" (GAL) bekannte Organisation, die einen Rachefeldzug gegen die baskische Terrororganisation ETA führt, übernahm die Verantwortung für die Erschießung des 30jährigen ETA-Mitglieds Gutierrez Salazar in dem französisch-baskischen Grenzdorf Ibaux-Mendy.

Der GAL-Mord an dem ETA-Mitglied wurde als Racheakt für den Tod des spanischen sozialistischen Senators und entschiedenen ETA-Gegners Enrique Casas bezeichnet, der am Donnerstag in der spanischen Baskenstadt San Sebastian von einem vermummten Attentäter auf offener Straße erschossen worden war. Dieser Mord, für den sich die von der ETA abgespaltene Organisation „Autonome Antikapitalistische Gruppen" (GAA) verantwortlich erklärte, hatte zu dem vorzeitigen Abbruch des Regionalwahlkampfes geführt.

Die in dem nach der spanischen Verfassung autonomen Baskenland regierende „Baskische Nationalistische Partei" (PNV) hatte zu den Morden erklärt: „Der Kreislauf von Tod und Gewalt führt uns ins Aus und gibt den Feinden der Freiheit recht, die dieses Land an den Rand des Abgrundes führen wollen." Der PNV wurden die besten Chancen gegeben, erneut für eine vierjährige Legislaturperiode als Sieger hervorzugehen.

Es war bereits der zweite Urnengang seit der Wiederherstellung der Autonomie im Jahre 1979. Bei den letzten Wahlen im März 1980 hatte die PNV in dem damals noch 60 Sitze umfassenden Parlament 25 Mandate erhalten, auf die heute in Madrid regierenden Sozialisten fielen nur 9 Sitze. Die 11 Sitze, die der politischen Organisation der ETA, der Herri Batasuna, zufielen, nahm diese nie in Besitz.

Der Handelsflotte Hilfe zugesagt

hs. Hamburg

Die Bundesregierung will internationale Verhandlungen aufnehmen, um Dumping-Praktiken und Flaggendiskriminierung zu Lasten der deutschen Seeschiffahrt zu beseitigen. Das kündigte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in Hamburg an. Sollten diese Verhandlungen keinen Erfolg haben, dann müsse unter Umständen das Außenwirtschaftsgesetz novelliert werden, um konsequenter vorgehen zu können. Stoltenberg betonte: „Die Bundesrepublik kann auf eine starke und leistungsfähige Seeschiffahrt nicht verzichten." Bonn werde nachhaltiger dazu beitragen, dem Schiffbau – vor allem in den Bereichen moderner, anspruchsvoller Fertigung – eine Zukunft zu sichern.

Atombunker für Kreml-Führung

SAD, London

Ein ausgedehntes Netz von geheimen Tiefbunkern, wo die sowjetische Führung bei einem Atomkrieg Zuflucht suchen könnte, ist in der Sowjetunion im Bau, meldet die britische „Sunday Times" unter Berufung auf amerikanische Geheimdienstquellen. Einige der Bunkersysteme liegen offenbar bis zu hundert Metern tief unter mehreren Schichten von Stahlbeton – zwei im Umkreis von 150 Kilometern von Moskau und eines in der Ukraine. In den USA, so die „Sunday Times", werden die Bunker als weiterer Beweis dafür angesehen, daß „einige Elemente der Sowjetführung glauben, sie könnten einen Atomkrieg führen und gewinnen".

Unternehmer wagen wieder das Risiko

● Fortsetzung von Seite 1

ketinggrenzen kapituliert. Seine Marktorientierung, seine Fähigkeit, ein Produkt im Wettbewerb zu verankern, zählten. An das Führungstalent „einschließlich des Arbeitsdirektors" würden höhere Anforderungen als noch vor fünf oder acht Jahren gestellt.

„Natürlich tut sich in einer Firma nichts, wenn nur das Mittelmanagement einen neuen Drive verspürt". Entscheidend sei, daß der Chef Feuer fange. „Deswegen steht die Chef-Beratung an erster Stelle". Nach einer Phase der Konsolidierung „in feindlicher Umwelt" – früher die Aufgabe Nummer eins – wurden jetzt verstärkt „neue Ufer" ins Visier genommen.

Mit Sorge sehen Unternehmensberater, daß jungen Ideenträgern der Kapitalmarkt „praktisch versperrt ist". Bei größeren Plazierungen an der Börse zeigten sich zwar Fortschritte, aber „leider erklären sich Banken, bis in die höchsten Spitzen hinein, für unfähig", Risikokapital zu eröffnen. In den USA dagegen würde auch in hochriskanten Branchen „einmal Spielkapital" gewagt.

Indes sieht Kienbaum kein grundsätzliches Motivationsgefälle zu den USA. „In Deutschland krempeln genausoviel Unternehmer die Ärmel auf wie in den Staaten". Allerdings sei den Deutschen aufgrund einer recht starren Ausbildung die „beinahe sportliche" Unternehmerqualität fremd.

Warum sprechen sich optimistische Zukunftseinschätzungen wie die eines Unternehmensberaters in der Öffentlichkeit nicht herum? Sind die Deutschen mit der Düsternis verheiratet? Kienbaum schlicht und medial: „Gute Nachrichten sind für die Medien eben nicht so interessant".

Welchen Tip gibt er dem Nachwuchs, der in die Wirtschaft will? Seine Antwort: „Startpositionen mit Vorrang suchen – aber unabhängig von der Vergütung". Das Hauptziel eines Absolventen der Bildungseinrichtungen müsse es sein, möglichst fundiert in die berufliche Praxis eingeführt zu werden. Frage: Wie vermag er dies zu erkennen? Antwort des Unternehmens- und Personalberaters: „Wer diese Urteilskraft nicht besitzt, dem ist kaum zu helfen".

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gedanken zur 35-Stunden-Woche

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin Rentner und Leseratte, beziehe Angestelltenrente und eine Privatrente. Die erstgenannte Rente wird in diesem Jahr um ca. 1,2 Prozent, die letztgenannte überhaupt nicht erhöht. Sollte sich die IG Druck und Papier mit ihren Forderungen – 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Verbot der Rationalisierung – oder einem beachtlichen Teil davon durchsetzen, so erwarte ich eine für mich nicht tragbare Kostensteigerung für alle Druckerzeugnisse. (Sie haben ja zusätzlich noch Kostensteigerungen bei Versand – die Post fordert ja auch noch einiges – Zulieferern, Energie etc. was „man" anscheinend nicht weiß!)

Es wird mir also in diesem Falle nichts übrigbleiben, als die Regionalzeitung weiterzubeziehen und die Überregionalzeitung – also Ihre – abzubestellen, was mir gar nicht paßt. Das gleiche werden einige Wochenschriften erfahren. Bücher werde ich nicht mehr kaufen, sondern ausleihen.

Sollte ein engagierter Gewerkschafter diesen Brief lesen, so wäre ich ihm ehrlich dankbar für die Beantwortung der folgenden „Behauptungsfragen":

- Hätten die Gewerkschaften nicht den Einstieg in die 40-Stunden-Woche bei Höchstkonjunktur gefordert, so hätten wir jetzt nicht das Gastarbeiterproblem, und der Einstieg in die 35-Stunden-Woche wäre möglich!
- Warum sind die Auftragsbücher unserer Werften (und anderer Betriebe) leer und im Fernen Osten voll?
- Wer soll die ungeheuren Kosten tragen, die im öffentlichen Dienst und bei defizitären Großunternehmen nach Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen anfallen werden!? Natürlich die Arbeitgeber bzw. der Staat!

Mit freundlichem Gruß
F.W. Ossenbrink,
Erbach

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

die von mehreren Gewerkschaften geforderte Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, auf 35 Stunden, bei vollem Lohnausgleich, kann unter folgendem Kompromiß erreicht werden.

a) Der Anspruch auf Tarifurlaub muß von 30 auf 21 Tage gekürzt werden.

b) Die zusätzliche Urlaubsvergütung muß ganz entfallen.

c) Der Anspruch auf die Einmalzahlung (Weihnachtsgeld) muß von 50 Prozent auf 30 Prozent herabgesetzt werden.

Durch diese Maßnahmen erreicht man rechnerisch, bei Zugrundlegung eines Stundenlohnes von 17,00DM, folgendes Ergebnis:

1.) 9 Tage Urlaub kosten, 9 Tage x 8 Stunden x 17,- DM = DM 1.224,00 p. A.

2.) Die zusätzliche Urlaubsvergütung kostet, 30 Tage x 8 Stunden x 17,00 DM = 4080,00, davon 50 Prozent = DM 2040,00 p. A.

3.) 20 Prozent weniger Weihnachtsgeld kosten 173 Stunden x 17,00 DM x 0,2 = DM 588,20 p. A.

4.) Gesamtverlust für den Mitarbeiter = DM 3852,20 p. A.

Mehrkosten für die Firma: 5 Stunden x 17,00 DM x 52 Wochen = DM 4420,00 p. A.

Der Mitarbeiter hat im Jahr einen Vorteil von 4420,00 minus 3852,20 = 567,80.

Wie man sieht, geht diese Rechnung zu Gunsten des Arbeitnehmers auf und bleibt für den Unternehmer tragbar.

Wenn im Einzelfall 21 Tage Urlaub nicht ausreichen, kann man bis 9 Tage unbezahlten Urlaub von der Firma verlangen.

Solche Regelung wäre meiner Meinung nach gerecht für alle Mitbürger unseres Landes. Nachdem es uns wieder besser geht, können allmählich Verbesserungen durchgeführt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und Glück auf!
Dipl. Ing. W. Schreitel,
Salzgitter

Mißdeutete Bibel

„Leserbrief: Reinkarnation und Karma"; WELT vom 18. Februar

Der Versuch, die Weltreligionen zu synkretisieren, mag löblich sein, und das ist ja auch philosophisch nichts Neues. Aus christlicher Sicht ist dem aber zu widersprechen. Ich würde mich sehr wundern, wenn die evangelischen und katholischen Lehrämter diese „Denkfehler" nicht als Häresie einordneten.

Auch die Bibel wird mißdeutet: Der „wiedergekehrte Elias" war nach dem Verständnis der Juden (körperlich) „gen Himmel gefahren" und wurde von diesen als Vorläufer des Messias (körperlich) wiedererwartet. Jesus spricht jedoch auf Fragen seiner Jünger nur „bildhaft" von ihm im Zusammenhang mit Johannes dem Täufer (Matth. 17,13). Und daß der Blindgeborene vor seiner Geburt gesündigt habe, erweist sich bei näherer Betrachtung als eine hypothetische Frage der (jüdisch geprägten) Jünger Jesu, die dieser klärend beantwortet: „weder … noch …, sondern (er ist blind geboren) damit die Werke Gottes an ihm geoffenbart werden"!

Aber ich möchte dem Prinzen beispringen, wenn es um das Versöhnliche zwischen den Rassen geht, denn das höchste christliche Gebot ist, „Gott zu lieben und seinen Nächsten wie sich selbst". Im relevanten Gleichnis war dieser Nächste ein Samariter, ein Andersgläubiger.

Johannes Thomas,
Hamburg 13

Kein Thüringer

„Von Meyer das Wissen, von Duden die Orthographie"; GEISTIGE WELT vom 4. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großem Interesse habe ich den sehr instruktiven Aufsatz von Hellmut Jaesrich über das Bibliographische Institut in Mannheim gelesen. Als Enkel des Orthographen Konrad Duden muß ich jedoch eine kleine Korrektur anbringen: Mein Großvater war kein Thüringer, sondern nur kurze Zeit, von 1869 bis 1876, als Gymnasialdirektor in Schleiz in Thüringen tätig, ehe er in gleicher Eigenschaft nach Hersfeld in Hessen ging, wo er noch bis 1905 in sehr hohes Alter hinein amtierte. Geboren war er in Wesel am Niederrhein, alle seine Vorfahren stammten aus dieser Stadt oder aus der Umgebung.

Dr. Wilhelm Duden,
Monheim

Zum Anfassen

„Einmal ist keinmal"; WELT vom [illegible] Februar

Zu der Hauptfrage, ob man Thomas Gottschalk einmal das „Wort zum Sonntag" sprechen läßt oder nicht, will ich nicht Stellung nehmen. Aber manches in Ihrem Artikel darf nicht unwidersprochen bleiben.

Wie kommen Sie darauf, daß der Platz vor dem Bildschirm beim „Wort zum Sonntag" leer ist? Das Gegenteil ist der Fall! Für viele – und so auch für mich – ist das Wort zum Sonntag ein guter Start ins Wochenende. Ich stelle mir den Wecker, damit ich die 3-Minuten-Sendung nicht verpasse.

Langweilig, sagen Sie, wäre die Sendung. Das kann man wohl eher von mancher sogenannten Unterhaltungssendung sagen, wo man sich bemüht, Abgeschlafften die Zeit zu vertreiben. Ich will nicht berieselt werden, ich will angesprochen werden, ich will mich betroffen fühlen, kurz, ich suche Christentum zum Anfassen. Und das finde ich im „Wort zum Sonntag".

Ursula Pfeiffer,
Hamburg 26

Wort des Tages

„Die Menschen machen immer die Umstände für das verantwortlich, was sie geworden sind. Ich glaube nicht an Umstände. Die Leute, die in dieser Welt vorwärts kommen, das sind jene Aufrechten, die überall die Umstände zu finden suchen, die sie brauchen, und wenn sie sie nicht finden können, so schaffen sie sie sich."

George Bernard Shaw, brit. Autor (1856–1950)

Personalien

VERANSTALTUNG

Ball der Südlichter: Bayerns „Botschafter" **Peter Schmidhuber** in Bonn ließ die „tollen Tage" der Regierung anbrechen. Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** kam als „Kiepenkerl" im blauen Arbeitsdrillich samt Prinz-Heinrich-Mütze. Professor **Kurt Biedenkopf** trug „Partnerlook". Beide Herren gehören der gleichen Karnevalsgesellschaft in Münster an. Postminister **Christian Schwarz-Schilling** trug ein Originalgewand aus dem Oman, samt Burnus und silbernem Krummdolch und präsentierte sich als „Medien-Scheich". **Ulrich K. Wegener**, Kommandeur des Grenzschutzkommandos West und oberster Dienstherr der GSG 9, schmückte sich mit einem roten Tuch der Palästinenser, erstanden in Saudi-Arabien. Regierungssprecher **Jürgen Sudhoff** erschien im Look der Jahrhundertwende als Bohemien.

Der Gastgeber selbst, Minister Schmidhuber, hatte sich für die Südlichter-Nacht das Kostüm eines Alchimisten besorgt. Der „Nostradamus der Bayern" in Bonn feierte mit Politikern, Ministerialbeamten und Journalisten bis in den frühen Morgen. Und dies, obwohl es nur Erbsensuppe, Bier, Sprudel und Saft gab.

Regierungssprecher Jürgen Sudhoff FOTOS: KEIL



Postminister Christian Schwarz-Schilling



Genscher und Frau Barbara, rechts, und Marga Glötzel



Kurt Biedenkopf und Frau Ingrid



Kommandeur Ulrich Wegener



Staatsminister P. Schmidhuber

Anreize gefragt

fu (London) – In seiner jüngsten Beurteilung der konjunkturellen Lage in Großbritannien liegt das angesehene National-Institut für Wirtschafts- und Sozialforschung genau richtig. In dessen Studie heißt es, daß die bisherige Wirtschaftsbelebung mit *einer gravierenden* Schwäche belastet sei, nämlich der immer noch erschreckend geringen Investitionsneigung. In der Tat: Während der Verbraucher-Boom anzuhalten scheint und die britischen Exporte inzwischen über das *Niveau gestiegen sind*, auf dem sie 1979 vor Beginn der schweren Rezession lagen, sind die Investitionen gegenüber 1979 stark gefallen.

Das Ministerium für Handel und Industrie mußte diese Misere jetzt mit Statistiken belegen. Danach lag *das* Investitions-Volumen in der verarbeitenden Industrie im vergangenen Jahr um 6,8 Prozent unter dem Niveau von 1982.

Schatzkanzler Lawson hat die Chance, ins kommende Budget Investitions-Anreize einzubauen. Auf die Stärkung der Verbraucher-Nachfrage kann er dieses Mal verzichten. Zu seinen Möglichkeiten zählt nicht zuletzt die Abschaffung des von der Wirtschaft als unzumutbar getadelten Aufschlags auf den Arbeitgeber-Anteil an der Sozialversicherung in Höhe von einem Prozent der Lohnsumme.

Der Regierung ist hoch anzurechnen, daß sie alles daran setzt, die Staatsausgaben unter Kontrolle zu halten. Doch mit Investitionen in die Infrastruktur des Landes kann ebenfalls ein wichtiger Beitrag geleistet werden, die Gefahr einer frühen Abschwächung der Erholung zu bannen.

Gegengeschäft?

Rei. – Nach der Entscheidung des Bundesrates ist es nun möglich, die Betriebskosten für die Kabel-Fernseh-Anlage auf die Sozialmieter umzulegen, egal, ob sie angeschlossen sind, es sein wollen oder es strikt ablehnen. Strom und Wartungskosten müssen von allen Mietern zu gleichen Teilen berappt werden. Die Grundgebühren jedoch in Höhe von erst sechs, später, bei mehr Programmauswahl neun Mark, muß nur der zahlen, der angeschlossen ist. Und zwar soll er die Gebühren an den Vermieter zahlen, dieser leitet sie weiter an die Post. Hier stellt sich die Frage, ob es Aufgabe *einer* Wohnungsbaugesellschaft sein kann, Gebühren für ein bundesunmittelbares Unternehmen einzusammeln. – Der Haus- und Grundeigentümerverband zeigt sich nicht abgeneigt, diesen Dienst zu erweisen. Er erhofft sich allerdings etwas davon. Er braucht eine Entscheidung darüber, daß ein Kabelanschluß eine Modernisierung und deshalb auf die Mieter umlagefähig ist. Die Gerichte haben dies nicht bestätigt, aber man hofft nun sicher, den Fuß in der richtigen Tür zu haben.

FRANKFURTER FRÜHJAHRSMESSE / *Minister Blüm warnt vor Arbeitskämpfen*

Unternehmer sollen die Gunst der Stunde nutzen und jetzt investieren

JOACHIM WEBER, **Frankfurt**

Mit klaren Worten an die Adresse sowohl der Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber hat Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm am Samstagmorgen die Frankfurter Frühjahrsmesse eröffnet. Als Leitthema zogen sich durch seine Ausführungen die wiederholten Aufforderungen zu mehr Optimismus und Eigeninitiative, mit denen er der Messe auch sein Motto gab: „Wir brauchen weniger Miesmacher und mehr Mutmacher."

Wesentlichen Raum nahmen Blüms Überlegungen zur Diskussion um die 35-Stunden-Woche ein. Die Bundesrepublik sei auf einem Niveau des sozialen Standards angekommen, wo individuelle und flexible Alternativen gefragt seien: „Differenzierung ist die neue Formel für Freiheit und Fortschritt. Wer nur auf die 35-Stunden-Woche setzt, sie auf einen Schlag und flächendeckend durch*setzen will, wirkt wie eine Dampfwalze* auf Schneeglöckchen," meinte das Gewerkschaftsmitglied Blüm.

Es gehe nicht darum, irgendeine Form der Arbeitszeitverkürzung zu verteufeln, sondern um eine Politik, die „die Suche nach Patentrezepten aufgibt und sich die Mühe macht, nach Lösungen zu suchen, die der Sache angepaßt sind". Den Gewerkschaften, die gewohnt seien, in kollektiven Kategorien zu denken, verlange diese Freiheit durch Differenzierung viel ab.

Sie bräuchten daher „Freunde, die ihnen aus der Verlegenheit helfen, und nicht die Schadenfreude jener, die sich schon immer nach schwachen Gewerkschaften gesehnt haben". Doch: „Wenn die Gewerkschaften sich nicht auf veränderte Lebensgewohnheiten der nachwachsenden Arbeitnehmergenerationen einstellen, geht die Entwicklung an ihnen vorbei. Das Denken in Kolonnen, das Handeln im Kollektiv verliert seine Zugkraft."

Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Vorruhestandsregelung böte nur eine Hilfestellung. Die Tarifpartner könnten sowohl ein höheres Vorruhestandsgeld als auch andere Lebensarbeitszeit beschließen, stellte Blüm *fest. Auf jeden Fall könne* die Regelung „die Hebamme für einen Beschäftigungspakt zwischen Gewerkschaft, Arbeitgeber und Staat" werden.

Nachdrücklich warnte der Arbeitsminister davor, den Aufschwung durch Arbeitskämpfe zu ramponieren. Zwar gehöre der Streik zur Tarifautonomie, „aber das Streikrecht ist keine Streikpflicht. Mehr als jede Arbeitszeitverkürzung Arbeit schaffen kann, wird ein Arbeitskampf in der Aufschwungphase der Konjunktur Arbeitsplätze gefährden", unterstrich er.

Dieser Appell an die Friedensfähigkeit sei ein Aufruf im Interesse der Arbeitslosen und kein Alibi für die Unternehmer zum Nichtstun: „Von nichts kommt nichts, auch nicht der soziale Frieden." Die Bereitschaft zum Kompromiß müsse immer von zwei Seiten kommen.

An die Adresse der Unternehmer ging auch die Warnung, nicht die *Gunst der Stunde zu verpassen* und durch Abwarten und Zurückhaltung bei Neueinstellungen und Investitionen die Chancen zu vertun. Wer sich so verhalte, gleiche einem „Anhalter, der an einer einsamen Wegstrecke die Mitfahrt in einem Lieferwagen ablehnt, weil er hofft, irgendwann einmal mit einem Sportwagen weiterfahren zu können".

Ein weiterer Eisheiliger des Wirtschaftsfrühlings sei – neben der „Feigheit vorm Aufschwung" und dem Arbeitskampf – das „Untergangssyndrom", die Liebe zum Pessimismus. Blüm zu solcher „Untergangssehnsucht, die sich neuerdings grün kleidet": „Wer heute noch glaubt, Depression sei ein Ausweis intelligenter Sensibilität, der täuscht sich."

Wiederholt kam der Minister auf das Problem staatlicher Überreglementierung zu sprechen. Gesetzgeberischer Perfektionismus vergewaltige die Wirklichkeit oder müsse „mit tausend Ausnahmen arbeiten". Die „unbürokratische Gesellschaft mit Freiheit und Fairneß" stelle allerdings besondere Anforderungen: „Wer alles für erlaubt hält, was nicht verboten ist, provoziert Bürokratie", meinte er auch mit Blick auf die vorgezogenen Weihnachtsgeldzahlungen bei einigen Unternehmen.

US-AKTIENMÄRKTE

Nach sieben Baisse-Wochen kam Stimmungsumschwung

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Es war wie ein Befreiungsschlag: Nach nahezu sieben düsteren Wochen, in denen der populäre Dow-Jones-Industrie-Index 152 Punkte verlor, stürmte am Freitag an den US-Aktienmärkten der Bulle, Symbol für die Hausse, wieder nach vorn. In nur wenigen hektischen Börsenstunden schoß das Barometer, das 30 hochkarätige Wachstumswerte erfaßt, um 30,47 auf 1165,10, der breitere Nyse-Index um 1,80 auf 90,49 Punkte in die Höhe. Erstmals war das Wochenergebnis mit 16,23 und 0,90 Punkte wieder positiv; seit der Wende am 6. Januar beträgt das Minus nur noch 9,5 und 7,4 Prozent.

Vor einer Euphorie wird dennoch gewarnt. Beinahe einhellig vertreten Wall-Street-Analysten die Ansicht, daß der Spurt in der Hauptsache technisch bedingt war. Sogenannte Bargain-Hunters machten Jagd auf Aktien, die sich während des Kursrutsches stark verbilligt haben. Als unterbewertet gelten in Manhattan Versorgungsunternehmen, Ölwerte (zum Beispiel Exxon, Mobil, Chevron, Texaco), Pharmazeutika (Pfizer, Upjohn, Sterling), Großbanken (Band of America, Chase, Manufacturers Hanover und First Boston), Versicherungsgesellschaften sowie Coca Cola, Kellogg's, Xerox und Procter & Gamble.

Für möglich gehalten wird deshalb, daß sich die Kaufstimmung noch einige Tage fortsetzt. Mit einem neuen Hoch ist aber erst dann zu rechnen, wenn sich die großartigen für 1984 vorausgesagten Gewinnzunahmen der Unternehmen realisieren, was viele nüchterne Beobachter bezweifeln, und die Zinsen wirklich sinken. Gegen billigeres Geld sprechen das hohe wirtschaftliche Wachstumstempo und die in den letzten drei Monaten um 13 Prozent (Jahresrate) gestiegene Nachfrage nach Geschäftskrediten.

Positiv ist, daß die Börse Henry *Kaufmans neueste negative Zinsprognose* schnell beiseite schob. Die kurze panikartige Reaktion am Donnerstag bestätigte jedoch die umgehende Nervosität. Als erfreulich werten die Investoren zweifellos die Führungsrolle, die der Kongress im Kampf gegen die Haushaltsdefizite übernommen hat. Endlich sprechen Demokraten und Republikaner miteinander; die Verhandlungen im Senat lassen auf einige, wenn auch bescheidene Korrekturen hoffen. Im Wahljahr wäre das schon ein Fortschritt. Ferner sieht es so aus, daß die US-Notenbank die Geldversorgung fest im Griff hat.

Während die Auftragslage der US-Industrie (Gebrauchsgüter plus 1,1 Prozent im Januar nach 1,7 und 3,4 Prozent im Dezember und November) *einen weiterhin kräftigen Konjunkturaufschwung* garantiert, wächst in den USA andererseits die Inflationsfurcht. Im Januar erhöhten sich die Verbraucherpreise um 0,6 (Vormonat: 0,2; Gesamtjahr 1983: 3,8) Prozent.

Fernwärme im Gerede

Von HANS BAUMANN

Sie ist wieder ins Gerede gekommen, die Fernwärme, die – wo es sich rechnete – schon in den zwanzi*ger Jahren zur Wärmelieferung* an Haushalte und öffentliche Gebäude genutzt wurde. Inzwischen gibt es in der Bundesrepublik rund 200 Fernwärmeinseln, die rund 1,7 Millionen der 23 Millionen Haushalte insgesamt mit Wärme bedienen. Das sind, bezieht man diesen Anteil auf den Markt der Niedertemperatur, geschätzte sieben bis acht Prozent.

Eine weitere Zahl mag den relativ geringen Stellenwert der Fernwärme kennzeichnen: Ihr Anteil an der Stromenergiedarbietung beträgt drei Prozent. Selbst wenn sie hier 25 Prozent erreichen sollte – eine utopische Annahme – dann betrüge ihr Anteil am Heizkraftpotential der Bundesrepublik ganze zehn Prozent.

So war es denn in diesen Tagen der *Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft* Fernwärme, Gerhard Deuster, der gleichzeitig Vorsitzender der Energieversorgung Oberhausen AG ist, der den Finger *auf die Wunde* legte und ohne Umschweife erklärte, daß der Stellenwert der Fernwärme in der öffentlichen Diskussion „uns schon beinahe unangenehm ist". Und daß es Deuster ist, der die Fernwärme einmal so wohltuend aus der Nähe betrachtet, verwundert nicht, denn er muß in seinem hauptamtlichen Beruf nicht nur Fernwärme verkaufen, sondern auch Elektrizität und Gas, und alle drei schließlich liegen sich am größten Markt für Energie, am Wärmemarkt, in den Haaren. Die Formel, unter der Deuster die Fernwärme betrachtet, heißt daher schlicht: Sie muß sich rechnen.

Und genau dies ist der Punkt, an dem man die Fernwärme mit kritischen Augen betrachten muß. Fügt sie sich *betriebswirtschaftlich* in den *Markt ein*, bietet sie also mit Kosten und Preisen dem Heizstrom, dem Gas und dem Öl Paroli, so hat sie sicherlich ihren Sinn. Führt aber die bisher gewährte Startsubvention über die beiden bisherigen Programme für Zukunftsinvestitionen Zip I (35 Prozent Zuschüsse zu den Investitionen) und Zip II (17 Prozent Subvention) immer noch nicht zu einem marktgerechten Wärmepreis, so wird eines Tages die öffentliche Hand einen Subventionsmoloch am Halse haben, wie sie ihn sich mit den Schwimmbädern und den Straßenbahnen schon herangezüchtet hat.

Es wird zu leicht vergessen, daß Fernwärme in der Vergangenheit fast ausnahmslos stromwirtschaftlich orientiert war. Wo man sinnvoll aus den Kraftwerken Wörme auskoppeln konnte, ist das längst geschehen, wo neue Kraftwerke nahe genug beim Verbraucher errichtet werden (Fernwärme verträgt keine großen Entfernungen und müßte daher eigentlich Nahwärme heißen), wird auch Fernwärme zur Verfügung gestellt werden.

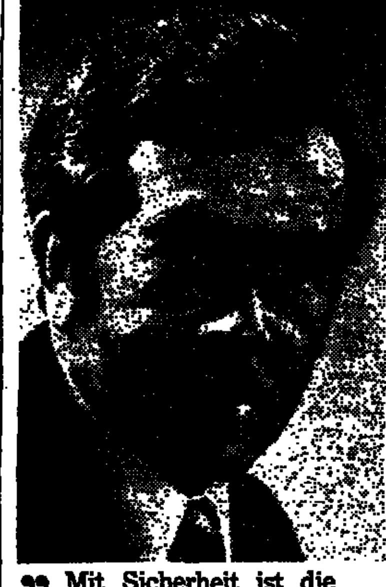
Volkswirtschaftliche Aspekte hat die Fernwärme erst mit den beiden Ölschocks bekommen. Die Politiker nahmen sich dieser völlig unzureichenden Möglichkeit der Deckung des Wärmebedarfs an, propagierten sie und pumpten öffentliche Mittel in Rohrleitungen für heißes Wasser. Das Ergebnis faßt Michael Jonas von den Stadtwerken Düsseldorf in der nüchternen Feststellung zusammen: „Der weitere Ausbau der Fernwärmenetze hängt von den öffentlichen Mitteln ab." Und da diese verloren sind, tauchen sie nie in den Kalkulationen der *Fernwärme auf, mit denen sie nach*zuweisen sucht, daß sie wettbewerbsfähig ist.

Da nun auch noch das Ifo-Institut zu solchen Erkenntnissen gelangt und zudem feststellt, daß diese Art der Wärmedarbietung keinen zusätzlichen *Umweltschutz* bietet und auch die Importabhängigkeit von Energie kaum vermindert, sind die Fernwärmeprofis unter den Politikern verunsichert.

Nur Reimut Jochimsen nicht, der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen. Der hat erst zu Jahresbeginn durchgesetzt, daß die Gemeinden den Anschluß- und Benutzungszwang für Fernwärme einsetzen dürfen, wogegen nicht nur zahlreiche Kommunen Einspruch erhoben haben, sondern auch die Arbeitsgemeinschaft Fernwärme. *Sie sehen die* Freiheit des Wärmemarktes bedroht, die Konsumwahl.

Das bestätigt Jochimsen in einem Interview, in dem er wörtlich sagte: „Das Drama ist doch, daß alle Energieträger nebeneinander vorhanden sind – Gas, Kohle, Öl, Strom und Fernwärme." Wie sonst wohl soll Marktwirtschaft funktionieren – vorausgesetzt man will sie!

AUF EIN WORT



„Mit Sicherheit ist die Bereitstellung von Risikokapital nicht ein Thema, das nur die Kreditwirtschaft angeht."

Bruno Rühl, Präsident des württembergischen Sparkassen- und Giroverbends FOTO: DIE WELT

Ein Drittel ist eingefahren

dpa/VWD, **Frankfurt**

Der Bund hat nach Auffassung der Rentenhändler der Bayerischen Landesbank bis Mitte Februar bereits über 20 Mrd. Mark an den Kapitalmärkten aufgenommen und damit annähernd ein Drittel des Bruttokreditbedarfs für 1984 eingefahren. Die Nettoverschuldung des Bundes veranschlagen die Münchner Kapitalmarktexperten mit 30 Mrd. Mark, nach knapp 32 Mrd. Mark im Vorjahr. Bei einem günstigen Verlauf der Kon*junktur könnte die Neuverschuldung* sogar noch um zwei bis drei Mrd. Mark geringer ausfallen. Noch mehr Zurückhaltung als der Bund werden in diesem Jahr die Länder und Gemeinden nach dieser Prognose bei der Neuverschuldung demonstrieren: *Nach knapp 30 Mrd. Mark in 1983* wird der Netto-Finanzierungsbedarf 1984 wohl knapp unter 25 Mrd. Mark bleiben.

IFO-KONJUNKTUR-TEST

Verbesserte Geschäftslage im verarbeitenden Gewerbe

AP, **München**

Die Geschäftslage im verarbeitenden Gewerbe hat sich im Januar dieses Jahres nach Angaben des Münchner Ifo-Instituts abermals verbessert. In dem am Sonntag veröffentlichten Konjunkturbericht des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung hieß es, daß sich die Firmen auch über die Entwicklungsaussichten im nächsten Halbjahr optimistisch geäußert hätten. Als günstig würden nach wie vor die Exportchancen eingeschätzt. Die Bestellungen im Berichtsmonat hätten weiter zugenommen, und es sei trotz verstärkter Produktionstätigkeit zu einer neuerlichen Anreicherung der Auftragsbestände gekommen. Diese würden zwar immer noch als zu klein gelten, jedoch hätten sie sich nach dem Urteil der Firmen dem Normalmaß weiter angenähert.

Auch im Großhandel setzte sich im Januar nach dem Ifo-Bericht der konjunkturelle Erholungsprozeß fort. Der entsprechende Vorjahresumsatz dürfte leicht übertroffen werden. Der Lagerdruck habe etwas nachgelassen. Die Verkaufspreise seien spürbar angehoben worden. Die Firmen rechneten mit einem weiteren Anstieg der Verkaufspreise.

Im Bauhauptgewerbe hat sich das Geschäftsklima nach dem Ifo-Bericht am Jahresbeginn 1984 etwas verschlechtert. Die Bautätigkeit, die bei knapp 70 Prozent der Unternehmen durch das Wetter behindert wurde, sei zurückgegangen. Die Geräte seien mit 58 Prozent saisonbereinigt ungefähr im gleichen Maße ausgelastet gewesen wie im Januar 1983.

Im Einzelhandel in der Bundesrepublik ist das Geschäftsklima im Januar 1984 nach dem Ifo-Bericht unverändert geblieben.

INTERNATIONALISIERUNG DES YEN

Keine Fortschritte bei den Gesprächen USA–Japan

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Nicht vorangekommen sind die monetären Verhandlungen zwischen den USA und Japan, die auf die Internationalisierung des Yen und eine Öffnung des japanischen Kapitalmarktes für Ausländer zielten. Wie in Washington durchsickerte, kam es in Tokio zu heftigen Auseinandersetzungen. Die amerikanische Delegation leitete Beryl Sprinkel, Staatssekretär im Finanzministerium. Fortgesetzt werden die Gespräche am 23. und 24. März, und zwar ebenfalls in Tokio.

Sprinkel warf der japanischen Regierung vor, die im November gegenüber Präsident Reagan bei seinem Staatsbesuch abgegebenen Versprechen nicht erfüllt zu haben. Dazu gehörten diese sieben Maßnahmen:

1. Eliminierung der Vorschrift, wonach den Banken konkrete Aufträge vorliegen müssen, bevor sie japanische Yen auf Termin kaufen und verkaufen dürfen.
2. Abschaffung der Beschränkungen für den Besitz von Aktien bestimmter japanischer Unternehmen durch Ausländer.
3. Herabsetzung der Stückelung sogenannter Certificates of Deposits (CDs) und Anhebung der Obergrenzen.
4. Ausgabe von japanischen Regierungsanleihen in Übersee in fremden Währungen.
5. Beschleunigte Studie über die Schaffung eines Marktes für Bankakzepte.
6. Erleichterte Emission von Euroyen-Anleihen durch japanische Firmen, also von Yen-Papieren, die außerhalb Japans gehalten werden.
7. Überprüfung der Quellensteuer auf Zinsen von Euroyen-Anleihen, die von Personen gehalten werden, die nicht in Japan leben.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Konzept für Arbed Saarstahl entwickelt

Bonn (dpa/VWD) – Die Regierungen in Bonn, des Saarlandes und von Luxemburg haben ein Konzept für die Restrukturierung des krisengeschüttelten saarländischen Stahl-*Konzerns* Arbed Saarstahl entwickelt. Das teilte das Bundeswirtschaftsministerium nach sechsstündigen Gesprächen in Bonn am Freitag abend mit. Einzelheiten des Konzepts wurden nicht bekanntgegeben. Der Mitteilung zufolge soll das Kon*zept jetzt den Regierungen in Bonn*, Saarbrücken und Luxemburg zur Bewilligung vorgelegt werden. Bei einer Zustimmung in den Hauptstädten könne es bis Mitte März unter Dach und Fach sein, hieß es.

Kredite für Brasilien

New York (AP) – Ein internationales Bankenkonsortium wird Brasilien zur Refinanzierung seiner Auslandsschulden eine Anleihe von 6,5 Milliarden Dollar gewähren. Das teilte der Vizepräsident der New Yorker Citicorp William Rhodes mit. Nach seinen Angaben soll ein erster Teilbetrag in Höhe von drei Milliarden Dollar in drei gleich große Tranchen aufgeteilt werden, die im wöchentlichen Abstand ab 9. März zur Auszahlung gelangen sollen.

Umschuldung nötig

Belgrad (AP) – Die jugoslawische Regierung kann nach den Worten des stellvertretenden Ministerpräsidenten Zvone Dragan ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber ausländischen Gläubigern nicht nachkommen und wird um eine Umschuldung ersuchen, wenn die gegenwärtigen Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) scheitern sollten. Die Nachrichtenagentur Tanjug meldete, *daß Jugoslawien 1984* Verpflichtungen in Höhe von 5,1 Mrd. Dollar erfüllen müsse.

Firmengeld kassiert

Hanau (dpa/VWD) – Der ehemalige Vorstandsvorsitzende Roland Spicka der in Konkurs geratenen Wibau AG in Gründau-Rotenbergen (Main-Kinzig-Kreis), der seit dem 31. Januar in Untersuchungshaft sitzt, soll sich an Firmengeldern persönlich bereichert haben. Wie der Konkursverwalter des zum Baumaschinenkonzern IBH gehörenden Unternehmens auf Anfrage in Hanau mitteilte, soll ein auf einen Dritten in Kanada ausgestellter Scheck in Höhe von 250 000 DM nie diesen Unternehmer erreicht haben, sondern auf ein schweizerisches Bankkonto, das Roland Spikka gehört, gutgeschrieben worden sein.

Londoner Kassapreise

	24.2.	17.2.
Kupfer(£/t)	976	999
Blei(£/t)	275,5	284
Zink(£/t)	675	671
Zinn(£/t)	8397,5	8612,5
Gold($/Unze)	396,375	383,25
Silber(p/Unze)	655,60	625,45
Kakao[1](£/t)	1631,5	1731,5
Kaffee[2](£/t)	1928,5	1948,5
Zucker(£/t)	114	115,5
Kautschuk(p/kg)	82	83
Wolle(p/kg)	474	474
Baumwolle[3](cts/lb)	82,55	86,55

[1])Abladung Mai; [2])Abladung Mai; [3])A-Index-Preis Liverpool

Japanische Optionsanleihe

München (sz.) – Eine Optionsanleihe über 30 Mill. DM will die Nippon-Flour Mills Co. Ltd. (NFM), Tokio, unter Führung der Bayerischen Vereinsbank AG, München, am interna*tionalen Kapitalmarkt auflegen. Vor*gesehen sind ein Nominalzins von 3,5 Prozent bei einer Laufzeit von fünf Jahren und ein Ausgabekurs von 100 Prozent. Jeder Schuldverschreibung im Nominalbetrag von 5000 DM soll ein Optionsschein beigefügt werden. Die endgültigen Konditionen für die Anleihe und den Optionsschein werden am 1. März festgesetzt. NFM ist die älteste japanische Mühlengesellschaft und gehört zur Mitsui-Gruppe.

Weg der Kurse

	24.2.	17.2.
Boeing	43,875	43
Chrysler	28	27,875
Citicorp	34,25	36,75
Coca-Cola	52,50	50
Exxon	38,25	37,25
Ford Motors	38	37,625
IBM	111,25	109,75
PanAm	7	7
US Steel	27,875	28,375
Woolworth	31,75	31,50

WHISKY / Große Sorgen bei Herstellern und Abfüllern

Exporte gehen stark zurück

WILHELM FURLER, London

Die Probleme, denen sich die schottischen Hersteller und Abfüller von Whisky seit Ende der siebziger Jahre gegenübersehen, haben sich im vergangenen Jahr noch verschlimmert. Praktisch auf allen wichtigen Auslandsmärkten ging die Nachfrage nach „Scotch" zum Teil erheblich zurück. Dies hatte einen Einbruch der Gesamtexporte von Scotch Whisky dem Volumen nach um neun Prozent zur Folge. Dennoch wollen die Hersteller ihre Exportpreise in den nächsten Wochen um fünf bis sechs Prozent anheben.

Während 1982 noch 251 Millionen Liter reinen Alkohols (dies ist die EG-weite Standard-Maßeinheit) von der schottischen Whisky-Industrie im Wert von 871 Millionen Pfund (etwa 3,5 Milliarden Mark) ausgeführt wurden, waren es im vergangenen Jahr nur 227,8 Millionen Liter im Wert von 858 Millionen Pfund. In den Export gehen etwa 85 Prozent der Gesamtproduktion von schottischem Whisky.

Dabei sahen die Exportaussichten bei Scotch noch vor wenigen Jahren ausgesprochen gut aus. Die Export-Statistiken sind denn auch beeindruckend: Wurden 1953 erst 34 Millionen Liter der Standard-Maßeinheit an Whisky exportiert, waren es zehn Jahre später bereits 82 Millionen und 1973 204 Millionen Liter. Dieses starke Export-Wachstum führte zu einer Euphorie in den siebziger Jahren und *damit zwangsläufig zu dem gegenwärtig* erheblich zu hohen Lagerbestand. Heute arbeiten die Distillerien nur mit durchschnittlich 40 Prozent ihrer Kapazitäten, die Abfüll-Anlagen dürften nur zu etwa 70 Prozent ausgelastet sein.

Allerdings sind durch die gegenwärtige Situation keine weiteren Arbeitsplatzverluste in der schottischen Whisky-Industrie zu befürchten, erklären Verantwortliche der Scotch Whisky Association. Bereits im Verlauf der letzten zwei Jahre hat man sich mit der Stillegung unrentabler Distillerien dem Verkaufsrückgang angepaßt. Die rund hundert Distillerien in Schottland für „Malt"-Whisky und das Dutzend für „Grain"-Whisky sind vergleichsweise kleine Betriebe, die häufig weniger als 20 Mitarbeiter beschäftigen. Die großen Arbeitgeber sind die Abfüllwerke mit den bekannten Markennamen, wo die verschiedenen „Malts" und „Grains" zu einer ganz bestimmten Geschmacksnote verblendet werden.

Der Rückgang der für die schottische Whisky-Industrie so wichtigen Exporte wird vor allem auf restriktive Maßnahmen von Regierungen in lateinamerikanischen und afrikanischen Ländern zurückgeführt. Allerdings ist auch der Verkaufsrückgang auf den beiden wichtigsten Exportmärkten, USA (30 Prozent der Whisky-Exporte) und Japan, ausgesprochen enttäuschend.

Allein die Exporte nach Venezuela gingen im vergangenen Jahr um etwa 7,5 Millionen Flaschen oder 45 Prozent zurück. Die Regierung des wichtigsten Whisky-Marktes in Lateinamerika hatte nicht nur Importquoten eingeführt, sondern auch noch durch eine Währungs-Abwertung zur Verdoppelung des Whisky-Preises beigetragen.

DEUTSCHER OSTASIENHANDEL / Hongkong verliert langsam an Bedeutung

Starke Dynamik in beide Richtungen

J. BRECH, Hamburg

Der deutsche Außenhandel mit Ostasien hat sich 1983 in beiden Richtungen überaus dynamisch entwickelt und die relative Schwäche *des Vorjahres mehr als ausgeglichen.* Nach Angaben des Ostasiatischen Vereins in Hamburg erhöhte sich der Außenhandelsumsatz um 9,9 Prozent auf 55 Milliarden Mark und wuchs damit wesentlich stärker als das gesamte Außenhandelsvolumen der Bundesrepublik (plus 2,3 Prozent). Am deutschen Außenhandel ist der Anteil des Ostasiengeschäfts von 6,2 auf 6,7 Prozent gestiegen.

Durch ein überproportionales Wachstum der Einfuhren hat sich das Defizit im Ostasienhandel von 8,5 auf 10,9 Milliarden Mark erhöht. Den um 12,4 Prozent auf 32,9 Milliarden Mark gestiegenen Importen steht ein um 6,2 Prozent höherer Export von 22,1 Milliarden Mark gegenüber.

In der starken Ausweitung der Importe schlagen sich wesentlich stärkere Lieferungen von Fertigwaren nieder, wobei fast 60 Prozent des Zuwachses auf Japan entfielen. Die Japaner steigerten vor allem den Export von Autos und Büromaschinen. Mit 274 436 eingeführten Automobilen (plus 37,6 Prozent) avancierte die Bundesrepublik hinter den USA und Saudi-Arabien zum drittwichtigsten Absatzmarkt der japanischen Autoindustrie. Insgesamt importierte die Bundesrepublik Waren im Wert von 14,8 Milliarden Mark aus Japan (plus 17 Prozent).

Der bislang zweitwichtigste Lieferant der Bundesrepublik in Ostasien, die Kronkolonie Hongkong, verliert dagegen langsam an Bedeutung. Die politischen Unsicherheiten haben zu einem starken Rückgang der Investitionen und zu einer Überalterung der Maschinenparks geführt. Die Einbußen an Wettbewerbsfähigkeit schlagen sich in einem enttäuschend geringen Zuwachs von 4,6 Prozent auf 3,5 Milliarden Mark nieder.

Von Hongkongs Schwäche profitierte am meisten Taiwan. In bestimmten Bereichen, so heißt es beim Ostasiatischen Verein, habe Taiwan das Qualitätsniveau der Hongkonger Industrie bereits übertroffen. Deutliche Ausfuhrsteigerungen erzielte Taiwan bei Textilien und Bekleidung, elektronischen Erzeugnissen und Sportartikeln.

Den prozentual größten Schritt nach vorn machte 1983 Malaysia, das dank höherer *Preise bei Rohstoffen* wie Palmöl, Kautschuk und Zinn die Ausfuhren um 25,3 Prozent auf 1,6 Milliarden Mark ausweitete.

Die positive Entwicklung der deutschen *Exporte nach Ostasien* spiegelt die Tatsache wider, daß die fernöstliche Region die weltwirtschaftliche Rezession besser als andere überstanden hat. Kräftig angestiegen sind vor allem die Ausfuhren nach Malaysia, die sich um fast 50 Prozent auf 1,5 Milliarden Mark erhöhten, und nach China mit einem Plus von 33 Prozent auf 2,7 Milliarden Mark. Überdurchschnittliche Wachstumsraten wurden ferner beim *Export nach Japan*, Südkorea und Thailand erzielt. Die Ausweitung des Handels mit Japan, das 1983 deutsche Waren im Wert von 5,6 Milliarden Mark bezog, erwartet der Ostasiatische Verein aufgrund zusätzlicher Impulse von der deutschen Leistungsshow in Tokio.

Generell sieht der Ostasiatische Verein für dieses Jahr günstige Voraussetzungen im Außenhandel mit Fernost. Alle wichtigen Absatzmärkte wie Japan, China, Singapur, Malaysia, Hongkong, Südkorea und Taiwan dürften 1984 kräftiges Wachstum erzielen.

WEINPANSCHER / Mit Ehrenpreis ausgezeichnet

Zu Haftstrafe verurteilt

rtr. Würzburg

In einem der bislang größten Weinpanscherprozesse in Franken ist am Freitag der prominente Nordheimer Winzer Ludwig Müller wegen Betrugs und Vergehen gegen das Weingesetz zu drei Jahren *Freiheitsstrafe* verurteilt worden. Das Würzburger Landgericht befand den Inhaber eines bislang renommierten Weingutes nach über 15monatigem Prozeß für *schuldig*, in den Jahren von 1977 bis 1981 mindestens 98 000 Liter Wein mit etwa 9800 Liter Wasser aus dem Hausbrunnen gestreckt und damit einen zusätzlichen Profit von 266 594 DM gemacht zu haben.

Das Gericht ordnete zugleich die Vernichtung von weit mehr als 10 000 Litern des gepanschten Weines an. Als „besonders dreisten Betrug" bezeichnete es die Kammer, daß der Winzer auch *mit einem* besonders guten Tropfen mit 125 Öchsle-Grad Mostgewicht manipuliert habe.

Um den Ruf des durch andere kleinere Weinpanscherskandale in Mitleidenschaft gezogenen Weinortes Nordheim wiederherzustellen, habe man 1979 diesem Wein die Frankenweinmedaille in Gold und den Ehrenpreis des bayerischen Landwirtschaftsministeriums verliehen. Im Herbst 1980 habe Müller aber dann 300 Bocksbeutel Wein geringerer Qualität mit diesen Auszeichnungen geschmückt und in den Verkehr gebracht.

Jahrelang, so das Gericht, seien die Weine Müllers bei den amtlichen Prüfungen unbeanstandet durchgegangen. Erst der 6. Oktober 1981 sei für ihn zum „schwarzen Tag" geworden, als bei einer Prüfung einem der fünf Koster zwei Müller-Weine durch „unsauberen Geruch und Geschmack" sowie durch einen „dünnen Körper" aufgefallen seien.

Die Richter stützten sich bei ihrem Urteil auf Analysen der Landesuntersuchungsanstalt, die durch das Bundesgesundheitsamt bestätigt wurden. Die Indizien für eine Streckung – unter anderem ein hoher Nitratgehalt – seien eindeutig *gewesen*. Als Schuldeingeständnis sei auch zu werten, daß Müller Vertretern einer Miltenberger Kellerei und einer Lebensmittelkette mehr als 62 000 DM Kaufpreis für zahlreiche Bocksbeutel zurückerstattet habe, nachdem die *Zeitungen* über den Skandal berichtet hatten. Der Winzer beteuerte jedoch bis zum Schluß seine Unschuld.

RENTENMARKT / Profitiert von Mark-Attraktivität

Die Ausländer steigen ein

Der deutsche Rentenmarkt profitierte eindeutig von dem Kursanstieg der D-Mark. Die zunehmende Attraktivität der deutschen Währung hat viele Ausländer zum Kauf deutscher Rentenwerte ermutigt. Es wird *nun* allgemein erwartet, daß nach dem Erfolg der Postanleihe, die noch einen Nominalzins von 8,25 Prozent aufwies, die neue Bundesanleihe, deren Konditionen am Dienstag festgesetzt werden, mit einem Nominalzins von acht Prozent emittiert wird. Die Rendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post ist nach Berechnungen der Börsen-Daten-Zentrale von 7,54 Prozent auf 7,49 Prozent zurückgegangen. Die Rendite aller inländischen Emissionen sank von 7,66 auf 7,60 Prozent. (lf)

Emissionen	24.2. 84	17.2. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,49	7,54	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,57	7,63	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,70	7,71	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	8,09	8,13	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,58	7,65	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,31	7,38	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,09	8,13	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,60	7,66	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,71	7,79	8,08	8,45	10,32

NAMEN

Dr. Wilfried Kaiser, bisher in der Geschäftsführung der Hanomag GmbH, Hannover, wurde per 1. März in den Vorstand der MWM Motoren-Werke Mannheim AG berufen.

Eugen Wiest, Ehrenmitglied des Präsidiums des Bundesverbandes der deutschen Ziegelindustrie e. V., wird am 28. Februar 70 Jahre.

Nicolaus von Morozowicz ist als Partner in die H. Neumann International sowie als geschäftsführender Gesellschafter in die Dr. Helmut Neumann Management-Beratung GmbH, München, eingetreten.

Peter Groos wurde zum Leiter des neu geschaffenen Produktionsbereichs Omnibus im Unternehmensbereich Nutzfahrzeuge der M.A.N., Salzgitter, ernannt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Montagebau Lenze GmbH; **Augsburg:** CONTACT Schuh-Handels-, Design- u. Marketing-Ges. mbH, Aichach; **Berlin-Charlottenburg:** Leitersdorfer Mühlen-Brot GmbH; TeKaFo Kabelformerei GmbH; **Bitburg:** Nikolaus Carcon & Söhne KG; Norbert Carcon, Kaufmann; **Braunschweig:** KG in Fa. Hermann Nilewsky GmbH & Co. Brunnen- u. Tiefbohr-Unternehmen, Wasserwerksbau, Grundwasserabsenkungen, Betonpfähle, Braunschweig (Rüningen); **Coburg:** Leonhard Henning GmbH & Co. KG, Weidhausen; **Dannenberg:** 1. Waltraud Buttnop, Landwirtin, 2. Wilhelm Buttnop, Landwirt, Groß Gusborn; **Düsseldorf:** Kurt Leyendecker, Kaufmann, Inh. d. Fa. Kurt Leyendecker (Werkzeug-Maschinen), Langenfeld; MSZ Datenverarbeitungsges. mbH & Co. KG; **Gummersbach:** Büromaschinen Halstenbach GmbH, Wiehl-Morkepütz; **Hameln:** Renate Finger; **Hamburg:** Nachl. d. Käthe Henriette Elisabeth Dalberg geb. Marks, Inh. d. Fa. Bruno Dalberg; **Hamm:** Nachl. d. Anna Schwarte geb. Hinkelmann; **Itzehoe:** Dierk Kröger, Bauingenieur, Inh. d. Fa. Dierk Kröger, Tiefbauunternehmen, Aukrug; **Kassel:** Stoff-Paradies am Stern GmbH; **Neu-Ulm:** Erich Untiedt GmbH + Co., Jettingen-Scheppach; Erich Untiedt Beteiligungen GmbH, Jettingen-Scheppach; **Northeim:** Erich Tegeler, *Kaufmann*, Inh. d. Fa. Apotheken-Verrechnungs-Dienst; **Siegburg:** Karl-Heinz Petri, Hennef; **Westerstede:** Gerd Klockgether, Tischlermeister, Rastede-Berghorn; **Wetzlar-Braunfels:** Nachl. d. Karl-Heinz Franz Lotz, Gärtnermeister.

Anschlußkonkurs eröffnet: Alfeld (Leine): Oskar Ost, Inh. d. Fa. Küchen Ost, Groß- u. Einzelhandel f. Küchen- u. Elektrogeräte; **Mühldorf a. Inn:** Siglinde Obermeyer, Bürokraft, Altötting.

Vergleich beantragt: Kempten: Nachl. d. Irmgard Kirsten, Lindau.

VEREINIGTE KUNSTMÜHLEN / *5 Prozent in Sicht*

Kampffmeyer wird saniert

JAN BRECH, Hamburg

Die Vereinigten Kunstmühlen AG, Ergolding, (VK AG) stellt für das im September 1983 von 1,8 auf 19,8 Mill. DM erhöhte Grundkapital eine Dividende von 5 Prozent in Aussicht. Die jungen Aktien, die im vergangenen Herbst im Zusammenhang mit der Übernahme der Kampffmeyer Mühlen GmbH begeben worden waren, sind für das volle Geschäftsjahr dividendenberechtigt. Wie es in einer Mit*teilung heißt, hat die VK trotz* erheblicher Belastungen aus dem Vergleich der Kampffmeyer-Gruppe ein befriedigendes Ergebnis erzielt.

Die Vereinigte Kunstmühlen AG hatte Mitte 1983 von der Hamburger Kampffmeyer-Gruppe deren Anteile an der Kampffmeyer Mühlen GmbH zu 100 Prozent übernommen. Zu diesem Zweck wurde ihr Grundkapital auf 19,8 Mill. DM erhöht. Der damalige Großaktionär, die Deutsche Genossenschaftsbank, hat das von ihr gehaltene Aktienkapital inzwischen breit in der Ernährungswirtschaft gestreut. An der VK AG sind unter anderem die Raiffeisen-Hauptgenossenschaften, das Getreidehandelshaus Alfred C. Toepfer International sowie die Agab, eine Beteiligungsgesellschaft der DG Bank und der Landwirtschaftlichen Rentenbank, beteiligt.

Wie die VK weiter mitteilt, habe die Kampffmeyer Mühlen GmbH ebenfalls ein positives Ergebnis erzielt. Es werde zusammen mit der von der VK geleisteten erheblichen Einlage bei der Kampffmeyer Mühlen GmbH thesauriert und zur Mitfinanzierung eines umfangreichen Sonderprogramms verwendet.

Mit diesem Investitionsprogramm soll die Ertragslage der Kampffmeyer Mühlen, die vor dem Vergleich rund 20 Prozent Marktanteil in Deutschland hielten, *stabilisiert* werden. *Es* sei zudem als Reaktion der Gruppe auf den in der Mühlenbranche entstandenen ruinösen Wettbewerb zu verstehen. Nach Angaben der VK wird die Kapazität der Gruppe neu geordnet, ohne daß es zu einer Erweiterung der inländischen Kapazitäten kommt. Vorgesehen ist die Errichtung von zwei neue Mühleneinheiten, um in zwei Regionen zu einer Kostenoptimierung zu kommen.

TEXTIL-INDUSTRIE / Internationaler Lohnvergleich

Hongkong ist am billigsten

GISELA REINERS, Bonn

Keiner kann es so billig machen wie die Chinesen in Hongkong. Die Textilproduzenten in der britischen Kronkolonie zahlen ihren Arbeitern nur ein Fünftel des Lohnes, der in der Bundesrepublik pro Stunde gezahlt werden muß.

Dabei sei Hongkong „keinesfalls ein Extremfall eines Niedriglohnlandes", heißt es in einem internationalen Vergleich des Gesamtverbandes der deutschen Textilindustrie (Gesamttextil).

Ebenso hoch wie in der Bundesrepublik ist der Preis einer Arbeitsstunde in Belgien; *fast* so hoch ist er in Italien und Dänemark. In Frankreich sind die Gesamtkosten pro Stunde um 22 Prozent, in *Japan* um 32, in Großbritannien sogar um 39 Prozent niedriger als in der Bundesrepublik. Hier kostet eine Arbeitsstunde 19,53 Mark einschließlich aller Lohnnebenkosten, aber ohne Lohngemeinkosten (Aufwendungen für Kantinen oder Ausbildung etc.)

Obwohl Italien ein fast gleich hohes Lohnniveau aufweist wie die Bundesrepublik, ist es der größte Textillieferant, gefolgt vom billigen Hongkong und von Frankreich. Als Erklärung nennt Gesamttextil die Subventionen des Textilsektors, *auch* in Belgien und Frankreich. Sie entstehe durch den Verzicht des Staates auf die Abführung von Sozialbeiträgen – ganz oder teilweise. Gegen diese Subvention protestiert Gesamttextil „scharf" und rechnet aus, daß *ohne* sie in Belgien die Arbeitskosten um drei, in Italien sogar um acht Prozent höher lägen.

Nach dem internationalen Vergleich *kostet* die Arbeitsstunde in den Niederlanden 13, in der Schweiz 18 und in den USA 11 Prozent mehr als in der Bundesrepublik. Hier schlage allerdings der hohe Kurs des Franken und des Dollar durch.



ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Filter zur Wasseraufbereitung von Evers

Vier-Mann-Betrieb als Monopolist

HEINZ STÜWE, Hopsten

Ein weltweit konkurrenzloses Produkt, das sich weitgehend von selbst verkauft, dessen Absatz auf Jahre hinaus gesichert ist, hergestellt in einer überschaubaren, kostengünstigen Fertigung – welcher Unternehmer hätte nicht schon einmal davon geträumt? Für Karl Evers in Hopsten ist dies Wirklichkeit geworden: Ermöglicht haben es glänzend schwarze, staubfreie Körner mit einer auf Zehntelmillimeter gleichbleibenden Größe von 1,4 bis 2,5 Millimetern. Das Besondere an diesen unscheinbaren Körnchen aus Anthrazit-Kohle ist ihre rauhe Oberfläche. Eingesetzt werden sie als Filter für Trinkwasseraufbereitungsanlagen. Dabei wird das Wasser nicht wie bei herkömmlichen Anlagen nur durch Quarzsand geleitet, sondern zunächst mit Hilfe des Anthrazit-Granulats vorgefiltert.

Gleich zwei Schwachstellen der bisherigen Filtertechnik können so behoben werden: Die Leistung von Wasseraufbereitungsanlagen erhöht sich beträchtlich, da das Filtermedium erst nach vier bis sechs Jahren ersetzt werden muß. Bei dem alten System war schon nach der Hälfte der Zeit ein Wechsel fällig, da der feine Quarzsand recht schnell verbackte. Zudem ist das Filtrat erheblich besser gereinigt. Ein weiteres Plus: Die Umrüstung alter Anlagen ist problemlos und ohne großen Investitionsaufwand möglich.

Evers hatte sich bereits bei VFW in Bremen mit der Wasseraufbereitung befaßt. Nach fünf Jahren am Reißbrett gründete der junge Ingenieur 1969 in seinem Geburtsort Hopsten, im nördlichsten Zipfel Nordrhein-Westfalens, ein *Konstruktionsbüro*. Seinem Spezialgebiet aber blieb er treu. Vor 10 Jahren begann er dann, nach neuen Filtermedien zu suchen.

Dabei schlug der Zufall schon recht merkwürdige Kapriolen: Experimentiert hatte Evers noch mit Anthrazit aus Wales. Später erst erfuhr er, daß nur 10 km von Hopsten, im Ibbenbürener Kohlenrevier, aus einem damals gerade neu erschlossenen Feld ebenfalls Anthrazit *gefördert* wird, in zudem noch besserer Qualität. Weltweit gibt es nur vier entsprechende Vorkommen.

Nach erfolgreichen Einsätzen der Filterkohle bei den Wasserwerken in Hamburg und Mainz „kamen schlagartig die Aufträge, erzählt Evers. Die Fertigungsanlage konnte er somit bereits mit dem Gefühl eines gesicherten Absatzes bauen. Und schon bald reichte die Produktionskapazität nicht mehr aus; ein Problem, das den kleinen Betrieb bis heute begleitet. 15 000 Tonnen hat Evers mit seinen vier Mitarbeitern 1983 produziert – im Drei-Schicht-Betrieb. Für dieses Jahr ist der Betrieb bereits wieder „voll ausgebucht". Kein Wunder, daß die Erweiterung auf 40 000 bis 60 000 Jahrestonnen bereits beschlossene Sache ist. Diese Größe entspricht etwa dem weltweiten Absatzpotential in den nächsten Jahren, der sich wegen des absehbaren Ersatzbedarfs recht genau schätzen läßt. Marketing muß Evers bis heute nicht betreiben. Er verläßt sich da ganz auf die Qualität seines Produkts.

Die einzigartige Marktstellung als weltweiter Monopolist will der Firmenchef in der Preispolitik bewußt nicht voll ausreizen. Bei einem Einstandspreis von etwa 300 DM je Tonne verkauft er das Filtergranulat für 560 bis 600 DM. Angst vor Nachahmern kennt Evers aber ohnehin nicht. „Wir müssen eben immer eine Nasenlänge voraus sein," gibt er sich recht selbstsicher. Ein neues, vom Institut für Mikrobiologie an der Kernforschungsanlage Jülich entwickeltes Filtermedium für organisch hoch belastete Abwässer soll dies unter Beweis stellen. Die ersten Erprobungen waren bereits erfolgreich.

BAYER / Optionsanleihe für 500 Millionen Mark

Wachstum gewinnt an Fahrt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Um etwa 6,5 Prozent auf 37 Mrd. DM hat die Bayer AG, Leverkusen, 1983 ihren Weltumsatz gesteigert, darin den AG-Umsatz um rund 10 Prozent auf 14,6 Mrd. DM mit 63,1 (62,6) Prozent Exportanteil. Gegenüber dem Umsatzplus der ersten drei Quartale (weltweit *plus* 4,7 Prozent, AG plus 7,1 Prozent) hat somit das Wachstum des Chemiegeschäfts noch an Fahrt gewonnen. Für 1984, das „erfreulich angelaufen" sei, könne man mit einer weiteren Verbesserung rechnen.

Der Vorstand der mit 2,53 Mrd. DM Aktienkapital größten deutschen Publikumsgesellschaft bietet diesen ersten Rückblick auf 1983, weil nun die schon Mitte 1982 von den Aktionären gegebene Ermächtigung zur Emission einer neuen Optionsanleihe ausgenutzt wird. Zur Ertragsentwicklung in 1983 wird nur mitgeteilt, daß das Umsatzwachstum fast allein aus Mengensteigerungen stammte, die gute Kapazitätsauslastung, Kostendegression und „erhebliche" Gewinnbesserung brachten. Dies sei die Basis für „substantielle" Rücklagenstärkung und Erhöhung der Dividende – die das Börsenpublikum als Wiedergutmachung des 1982er Dividendensturzes auf 4 (7) DM erwartet.

Mit Genehmigung des Bundesfinanzministeriums begibt Bayer nun eine Optionsanleihe über 500 Mill. DM mit 3,25 Prozent Zins, 10 Jahren Laufzeit und Optionsrecht (ab 2. Juli 1984) pro 1000-DM-Anleihestück auf 7 Bayer-Aktien zum Preis von 149 DM. Das Mitte 1982 geschaffene bedingte Kapital von 200 Mill. DM wird mit dieser Optionsanleihe über 175 Mill. DM ausgenutzt. Der Anleihenerlös dient vornehmlich der Einlösung der 1969er Wandelanleihe über 321 Mill. DM, die Mitte 1984 zur Rückzahlung fällig ist, und mit dem Rest künftigem Finanzbedarf des Konzerns.

DG HYP / Zwangsversteigerungs-Verfahren um ein Drittel angestiegen

Im zweiten Halbjahr flaues Geschäft

JAN BRECH, Hamburg

Bei der Deutschen Genossenschafts-Hypothekenbank (DG Hyp), Hamburg, werden die Chancen für ein zumindest vorübergehendes Sinken der Kapitalmarktzinsen als günstig beurteilt. Allerdings, so betont der Vorstandsvorsitzende Karlheinz Soesters, seien noch große Anstrengungen nötig, um die binnenwirtschaftlich erreichten Erfolge zu verstetigen und damit die Abhängigkeit vom Dollarkurs und den amerikanischen Zinsen abzubauen.

Unter günstigeren Voraussetzungen erwartet Soesters im Hypothekengeschäft, daß vor allem der Wohnungsbau mit einem Überhang von fast 600 000 genehmigten Wohnungen und angenommenen Fertigstellungen von 400 000 Einheiten das Neugeschäft weiter beleben könnte. Abgeschwächt gelte dies auch für den Wirtschaftsbau, für den Soesters eine Steigerung um fünf Prozent erwartet.

Im Jahr 1983 hat das Neugeschäft der DG Hyp das hohe Niveau des Vorjahres fast wieder erreicht. Die Zusagen für Hypothekendarlehen blieben mit 2,9 Mrd. DM unverändert, während sich die Zusagen für reine Kommunaldarlehen um 0,4 auf 1,7 Mrd. DM ermäßigten. Dieser Rückgang sei wegen oftmals unzureichender Margen gewollt gewesen. An Darlehen ausgezahlt wurden unverändert 4,5 Mrd. DM. Der Darlehensbestand stieg um 7,4 Prozent auf 25,2 Mrd. DM.

Fast Dreiviertel des Neugeschäfts bei Hypothekendarlehen entfiel 1983 in das erste Halbjahr. Ab Juli 1983, so Soesters, sei bei erneuten Zinssteigerungen der Auftragseingang stark abgeflaut. Weiter zugenommen habe die Tendenz, sich zinsmäßig längerfristig zu binden. Die Quote der Zinsvereinbarungen über fünf Jahre und länger stieg von 64 auf 87 Prozent. Allein der Anteil der Zinsbindungsfristen von zehn Jahren und darüber verdoppelte sich auf 57 Prozent.

Zugenommen hat bei der DG Hyp wie auch bei allen anderen Instituten des Realkredits die Anzahl „leistungsgestörter" Darlehen und Zwangsmaßnahmen. Die Zahl der Zwangsversteigerungsverfahren erhöhte sich um ein Drittel, mit dem Schwerpunkt in den norddeutschen Küstenländern und im Saarland. Die Ausfälle der Bank bezifferte Soesters auf 2,8 Mrd. DM.

Bei einer Ausweitung der Bilanzsumme um 7,3 Prozent auf 26,6 Mrd. DM, wobei die Zunahme der Tilgungen um 45 Prozent auf 2,7 Mrd. DM einer noch höheren Zuwachsrate entgegenstand, zeigt sich Soesters mit der Ertragsentwicklung zufrieden. Die Bank habe das ertragsorientierte Wachstum auch 1983 fortgesetzt. Der Zinsüberschuß, der Saldo im Einmalgeschäft sowie die sonstigen Erträge ergeben einen Rohertrag von 193 Mill. DM, der um fast 27 Prozent über dem des Vorjahres liegt. Bei einer Steigerung des Verwaltungsaufwands um gut zehn Prozent verbleibt ein Betriebsergebnis von 118 Mill. DM (plus 40,3 Prozent). Als Jahresüberschuß weist die DG Hyp unverändert 51 Mill. DM aus. Daraus sollen der freien Rücklage 40 Mill. DM zugeführt werden, so daß die Eigenmittel des Instituts auf 505 Mill. DM oder 1,91 Prozent der Bilanzsumme steigen.

BREMER VULKAN / Fusion mit Hapag-Lloyd-Werft

Grundkapital wird erhöht

JAN BRECH, Hamburg

Die Zusammenlegung der Bremer Vulkan AG, Bremen, und der Hapag-Lloyd-Werft GmbH, Bremerhaven, ist jetzt beschlossene Sache. Wie in einem Aktionärsbrief der Bremer Großwerft mitgeteilt wird, erwirbt der Vulkan rückwirkend zum 1. Januar 1984 die Geschäftsanteile der Hapag-Lloyd-Werft zu einem symbolischen Preis von einer Mark. Gleichzeitig wird das Grundkapital des Vulkan um 10 Mill. DM auf 88 Mill. DM erhöht und 15 Mill. DM der Rücklage zugeführt. Sie erhöht sich damit auf 20,5 Mill. DM.

Eine außerordentliche Hauptversammlung am 28. März soll die Kapitalmaßnahmen beschließen. Die neuen Aktien mit Gewinnberechtigung ab 1. Januar 1984 werden zu einem Preis von 125 DM je 50-DM-Aktie ausgegeben. Die von einem Bankenkonsortium zunächst übernommenen Aktien werden den Aktionären im *Verhältnis 39 zu 5 zum Ausgabepreis* zum Bezug angeboten. Soweit sich die Altaktionäre an der Kapitalerhöhung nicht beteiligen wollen, werden die Aktien von dritter Seite übernommen. Großaktionäre beim Vulkan sind zur Zeit das Land Bremen und die Thyssen-Bornemisza-Gruppe.

Darüber hinaus werden dem neuen Unternehmensverbund aus Gesellschaftermitteln zusätzliche 25 Mill. DM als Darlehen mit Eigenkapitalcharakter zur Verfügung gestellt. Diese wirtschaftliche und rechtliche Neuordnung ermögliche es der Werftgruppe, weitere Rationalisierungen und Investitionen durchzuführen. Die finanzielle Stärkung lasse zudem erwarten, daß die Geschäftspartner der Werft ihre Zurückhaltung aufgeben werden.

Zum Geschäftsverlauf im Jahr 1983 erklärt der Vulkan-Vorstand, daß trotz aller Schwierigkeiten ein mindestens ausgeglichenes Bilanzergebnis ausgewiesen und auch der Verlustvortrag von 7,1 Mill. DM beseitigt werden kann. Abgeliefert hat die Werft vier Mehrzweckfrachter, einen *Container-Mehrzweckfrachter und zwei Fregatten*. Per Ende 1983 wurden noch 3565 (minus 730) Mitarbeiter beschäftigt.

KINDERKLEIDUNG / Modisches stärker gefragt

Mehr Geld für die Mädchen

HARALD POSNY, Köln

Die innerhalb von weniger als zehn Jahren von 14,1 auf unter 10,6 Millionen gesunkene Zahl von Kindern bis zu 15 Jahre lehrt den Handel und die Hersteller von Kinderbekleidung in der nächsten Zukunft wieder das Fürchten.

Der Textileinzelhandel wies anläßlich der bevorstehenden „Internationalen Messe Kind + Jugend" (16. bis 18. März in Köln) darauf hin, daß schon das Jahr 1983 für den Bekleidungshandel mit textiler Baby- und Kinderausstattung schwierig war. Zwar wurde ein Umsatzplus von zwei Prozent erzielt, doch konnte der Umsatzverlauf nur im März und September, hier aber mit Zuwachsraten von 10 und 27 Prozent, zufriedenstellen. Der Gesamtmarkt für diesen Bekleidungsbereich wird zurzeit auf annähernd 4 Mrd. DM geschätzt. Insgesamt war die Umsatzsituation für Mädchenkleidung – wie gewohnt – besser als bei Jungen (47 Prozent des Umsatzes).

Bei einem geschätzten Umsatz der *deutschen Hersteller* von Kinder- und Baby-Oberbekleidung von 729 Mill. DM (davon 53 Prozent Maschenware) und von 292 Mill. DM an Unterkleidung (Maschenanteil 89 Prozent), zeigte sich die Industrie für 1984 zuversichtlich. Dabei wird hervorgehoben, daß die Nachfrageverlagerung von Standard- zu modischer Ware und die kurzfristigere Dispositionsweise des Handels deutsche Hersteller begünstigten. Die deutlich besseren Auftragseingänge zumindest der Maschenindustrie sicherten eine Kapazitätsauslastung bis weit in das Frühjahr hinein.

In der zweiten Jahreshälfte 1983 haben die noch im Markt befindlichen zehn Hersteller von Knabenoberbekleidung mit 1000 Beschäftigten eine kaum erwartete Nachfragebelebung erlebt. Die Produktion erreichte rund 130 Mill. DM. Zur „Messe Kind + Jugend" werden 421 Aussteller, darunter 168 aus dem Ausland, erwartet.

Teilrettung für Mönninghoff?

dpa/VWD, Düsseldorf

Für das Metallwarenunternehmen Mönninghoff mit Produktionsstätten in Hattingen und Bochum ist nach Eröffnung des Konkursverfahrens eine Teilrettung in Sicht. 300 der 800 Arbeitsplätze können möglicherweise auf Dauer mit Hilfe der Banken und des Landes Nordrhein-Westfalen gehalten werden. Das ist das wesentlichste Ergebnis der Verhandlungen des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministers Reimut Jochimsen mit Vertretern der beteiligten Banken, des Mönninghoff-Betriebsrates, *der IG Metall* und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuarbeit. Danach würden „Teile der Produktion" der Mönninghoff GmbH an den Standorten Hattingen und Bochum „mit sofortiger Wirkung" wieder aufgenommen. Damit solle das noch vorhandene Auftragsvolumen unverzüglich abgewickelt werden.

Konkurrenz für VW in China

dpa/VWD, Paris/Wolfsburg

Der französiche Autohersteller Citroën verhandelt derzeit mit China über zwei Projekte. In Konkurrenz zur Volkswagenwerk AG offeriert Citroën die Lizenz zum Bau des Modells BX im Werk Shanghai, an das VW die Lizenz zum Bau des Santana geben will. Außerdem verhandelt der Hersteller über ein gemeinsames Motorenprojekt in Nanking, verlautete aus der Citroën-Hauptverwaltung in Paris. Dagegen betonte VW in Wolfsburg, daß man noch im Sommer mit China das seit langem vorbereitete *Geschäft über die Lizenzfertigung* von Autos und Motoren abschließen werde. Die entsprechenden Verhandlungen würden im März in eine neue Runde gehen. Nach den VW-Planungen soll China in Shanghai von 1988 an jährlich in Lizenz 20 000 VW-Santana für den Inlandsmarkt produzieren sowie 100 000 Rumpfmotoren.

Fünf Prozent mehr Umsatz bei Altana

dpa/VWD, Bad Homburg

Die Altana Industrie-Aktien und Anlagen AG, Bad Homburg, tätig im Pharmazie- und Diätetik-Bereich, konnte im Geschäftsjahr 1983 ihren Weltumsatz mit 1,32 Mrd. DM um 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigern. Dabei nahmen, so ein Aktionärsbrief der zum Quandt-Bereich gehörenden Altana, der Inlandsumsatz um 4 Prozent auf 675 Mill. DM und das internationale Geschäft um 6 Prozent auf 645 Mill. DM zu. Den Aktionären wird für 1983 eine „zufriedenstellende Dividende" in Aussicht gestellt. *Für 1982 waren auf 132 Mill.* DM Grundkapital 9,50 DM je 50-DM-Aktie gezahlt worden. Die diesjährige Hauptversammlung findet am 20. Juni in Bad Homburg statt. Investiert wurden im Berichtsjahr 63 Mill. DM, davon 51 Mill. DM im Inland. Die Zahl der Mitarbeiter nahm im Jahresverlauf um 2 Prozent auf 6766 zu.

VOLKSBANKEN / Größte Dichte in Württemberg

Lebhaftes Kreditgeschäft

MANFRED FUCHS, Stuttgart

Die 576 Volksbanken und Raiffeisenbanken in Württemberg, die mit 2583 Bankstellen über das dichteste Zweigstellennetz in diesem Landesteil verfügen, haben im Geschäftsjahr *1983* eine stärkere Investitionstätigkeit gespürt. Das Kreditgeschäft hat sich 1983 von Quartal zu Quartal beschleunigt und stieg im Gesamtjahr um 8,6 (Vorjahr: 6,9) Prozent auf 34,8 Mrd. DM. Der Hauptbetrag des Zuwachses lag mit plus 11,9 (7,8) Prozent im langfristigen Bereich, berichtete der Präsident des württembergischen Genossenschaftsverbandes, Hermann Hohner, in Stuttgart.

Auch für 1984 wird ein lebbhaftes Kreditgeschäft erwartet. Bei der Einlagenentwicklung waren die rückläufigen Zinsen spürbar. Außerdem hat die Konjunkturbelebung zu einem Rückgriff der Einlagen für Investitionen und für höherwertige Konsumgüter geführt. Deshalb lag der Zuwachs der Gesamteinlagen mit plus 5,7 (8,4) Prozent auf 37,0 Mrd. DM unter den Vorjahren. Dabei sind die Spareinlagen mit einer Zunahme um *7,9 (8,7) Prozent auf 21,388 Mrd. DM* ähnlich stark gewachsen wie im Vorjahr. Die Bilanzsumme aller 576 württembergischen Volksbanken und Raiffeisenbanken überschritt mit einer Zunahme um 7,9 (7,4) Prozent auf 50,7 Mrd. DM erstmals die Schwelle von 50 Mrd. DM.

Die Mitgliederzahl erhöhte sich auf 1,068 Millionen, so daß jetzt jeder fünfte Einwohner Württembergs Mitglied einer genossenschaftlichen Bank ist. Das Eigenkapital, das Ende 1983 rund 3,75 (3,70) Prozent des Bilanzvolumens ausmachte, wird zu 800 Mill. DM oder zu 42 Prozent von den Mitgliedern gehalten.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Stiefel/Hofmann: Kraftfahrtversicherung, C. H. Beck Verlag, 12. Auflage, München 1983, 900 S., (Ln.), 168 Mark.

In der expansiven, virulenten Kraftfahrtversicherung haben sich in kurzer Zeit fundamentale Änderungen ergeben. Mehrere Novellen zur Tarifordnung, aber auch Gesetzgebung und Rechtsprechung führten zu zahlreichen Korrekturen. Insbesondere wurden die Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung zum 1. 1. 1982 revidiert. Die neue Textfassung kommentiert die vorliegende 12. Auflage unter vollständiger Wiedergabe der einschlägigen Rechtsprechung. So ausführlich und weitgreifend die Darstellung auch ist, so bleibt sie gleichermaßen für den mit der Kraftfahrtversicherung Vertrauten als auch für den interessierten Laien klar verständlich und über ein detailliertes Sachverzeichnis mit einem feinuntergliederten Randnummernsystem gut und schnell benutzbar.

Klaus Tipke: Steuerrecht – Ein systematischer Grundriß, 9. völlig überarbeitete Auflage Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Köln, 732 S., geb. 73 Mark, Paperback 56 Mark.

Auch der neue Steuergesetzgeber sorgt unablässig dafür, daß „Steuer-Papst" Tipke sein ungewöhnlich hilfreiches Kompendium aktualisieren muß. In der 9. Auflage sind die wichtigsten Steuergesetze zwischen 1981 und 1983 berücksichtigt, vom Subventionsabbaugesetz (1981) bis zur Reform der Grunderwerbsteuer (1983). Wer neuere Aufschlüsse über die Verlustzuweisungsmodelle sucht, wird sie ebenfalls finden. Trotz der Verwirrung im Steuerdschungel bleibt diese Einführung in das Steuerrecht dennoch lesbar. Die Zusammenhänge sind kompreß formuliert, die Widersprüche des Themas lugen *durch jede Seite und jede Fußnote*. Für Juristen, Steuerberater und interessierte Laien ein hilfreicher Ariadne-Faden durch ein selbstgeschaffenes Labyrinth. Prof. Tipke räumt mit mancherlei Begriffsverwirrung auf, läßt sich aber stets von einem Leitbild führen, dessen Umrisse kaum noch auszumachen sind: der Steuergerechtigkeit.

Weirich, Erben und Vererben, Handbuch des Erbrechts. Verlag Neue Wirtschaftsbriefe 1983. 416 Seiten. 68 Mark.

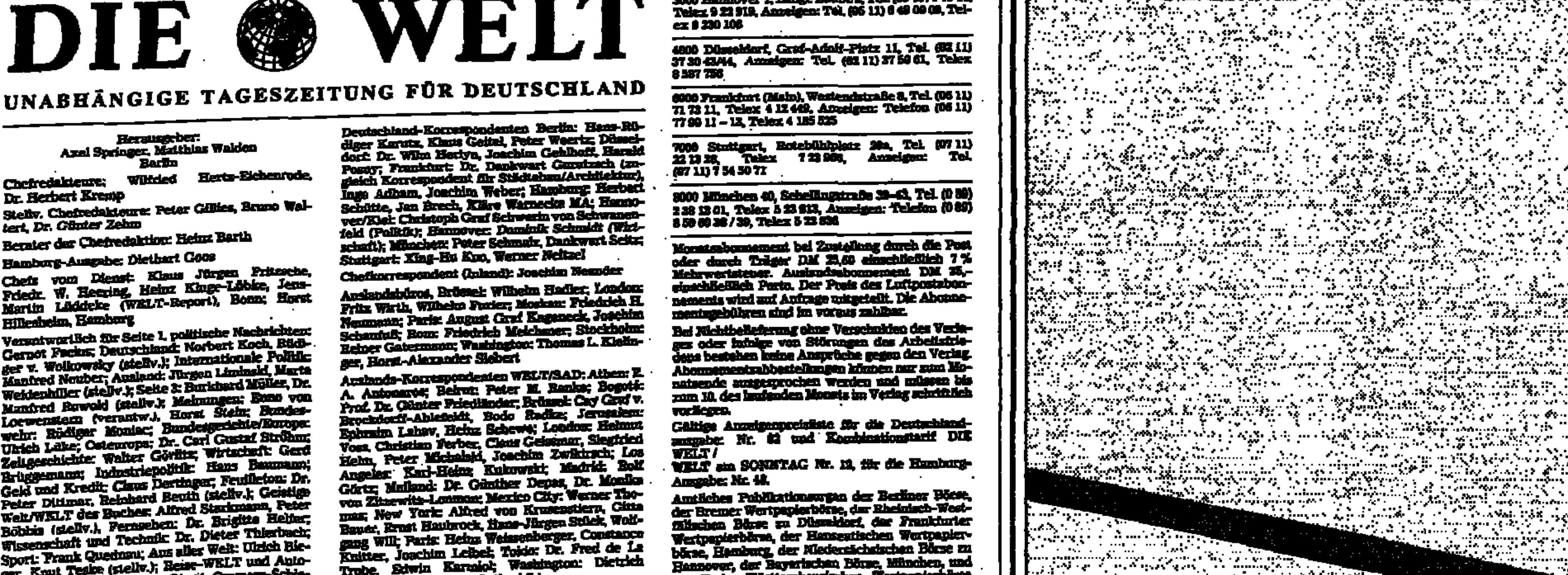
Die wichtige und schwierige Materie erbrechtlicher Regelungen will dieses Handbuch zugleich wissenschaftlich präzise und allgemeinverständlich darstellen. Die beiden Hauptteile befassen sich mit der verantwortungsbewußten Gestaltung der Erbfolge, d. h. also Testament, Erbvertrag, Vermächtnis, Testamentsvollstreckung und Pflichtteil sowie mit lebzeitigen Vorbereitungen für den *Erbfall und die Erbfolge, d. h.* also Ehevertrag, *Adoption*, Schenkung, Stiftung und Rechtsnachfolge in das Unternehmen. Das Buch wendet sich nicht nur an den Fachmann als Berater, sondern auch unmittelbar an den ratsuchenden Erben und den verantwortungsbewußten Erblasser. Anmerkungen zur Steuer und Muster für Testamente ergänzen den Band.

Egon A. Peus: Der Aufsichtsratsvorsitzende, Carl Heymanns Verlag, Köln 1983, 454 S., (kart.), 156 Mark.

Die Arbeit lag im vergangenen Jahr der Juristischen Falkultät der Ruhr-Universität Bochum als Dissertation vor. Gegenstand der Abhandlung ist die Rechtsstellung des Aufsichtsratsvorsitzenden, die diesem nach dem Aktiengesetz, nach dem Mitbestimmungsgesetz 1976 und aufgrund privatautonomer Gestaltung zukommt.

Statistisches Jahrbuch 1983 der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern, Gemeinsame Statistische Stelle der NRW-Kammern, Dortmund, 158 S. brosch., DIN A4, 27,50 DM.

Zum 30. Mal erscheint dieses gemeinsame Jahrbuch. Seine Spezialität sind die im In- und Ausland gefragten Regionalstatistiken, gegliedert nach Handelskammer- und Verwaltungsbezirken. Den Datenkranz umfassen alle Zahlen über Bevölkerung und Arbeitsmarkt, Branchenentwicklungen, Berufsausbildung, Finanzen und Steuern. Dank *automatisierter Datenverarbeitung* ist die Zahlenaufbereitung noch schneller und genauer geworden.



DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Telefon (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

Factoring

Es gibt mittlerweile viele Unternehmungen, die Factoring betreiben, auch solche, die es finanziell nicht nötig hätten. Und nicht immer ist Liquiditätsmangel der Grund. Wer dieser spezifischen Finanzierungsform anfangs begegnet, dem fällt es mitunter schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß die Offenlegung der Abtretung von Forderungen zum Wesen des Factoring gehört. Tatsächlich können aus dieser Offenlegung keinerlei Schlüsse auf die Bonität des betreffenden Unternehmens gezogen werden.

Factoring-Institute bieten einen 100prozentigen Schutz vor Forderungsausfällen. Während sich Banken weigern, Exportforderungen zu kreditieren, kann man solche Forderungen an Factoringinstitute gegen Barzahlung verkaufen. Factoring-Gesellschaften verschaffen ihren Kunden zumeist mehr Liquidität; sie haben gegenüber Kreditinstituten den Vorteil, die Forderungen frei vom verlängerten Eigentumsvorbehalt der Vorlieferanten kaufen zu können.

Zweifellos gibt es heute in der Bundesrepublik viele, vor allem mittelbetriebliche Unternehmungen, die auf Fremdmittel angewiesen sind, wenn man berücksichtigt, *daß die durchschnittliche* Eigenkapitalquote weniger als 20 Prozent beträgt.

Factoring bietet ihnen die Möglichkeit, sich Mittel zu beschaffen; dort wo das klassische Instrumentarium der Geldbeschaffung – über die Banken – versagt.

Überwiegend aus der mittelständischen Wirtschaft, und hier aus 30 verschiedenen Branchen, stammen, neben verschiedenen Großunternehmungen, die Kunden der deutschen Factoring-Institute.

Die deutschen Factoring-Institute haben seit Jahren mehrstellige Wachstumsraten zu verzeichnen, der deutsche Factoringmarkt erreichte indessen erst die unterste Stufe seiner Möglichkeiten.

Geringer Bekanntheitsgrad, falsche Meinungen und Vorurteile gegenüber dem Factoring blockieren zur Zeit noch immer den Aufstieg zur nächstfolgenden Etage.

Daher sollte – im wohlverstandenen gemeinsamen Interesse – so hört man in der Branche, sobald als möglich eine gemeinsame Aktion gestartet werden, um die Barriere aus Unkenntnis und Vorurteilen abzubauen.

Eine so angelegte PR-Aktion zugunsten einer sachlicheren Beurteilung des Factoring in der Bundesrepublik wäre wohl zunächst vom Deutschen Factoring-Verband in Mainz, unter aktiver Beteiligung seiner Mitgliedsinstitute, zu konzipieren.

KHS.

WELT-Gespräch mit dem Sprecher des Deutschen Factoringverbandes, Friedrich-W. Höche / Korrekturen an einem unklaren Bild

Forderungen verkaufen und Vorteile gewinnen

Über Geschäftsverlauf und -aussichten am deutschen Factoringmarkt sprach Karl-Heinz Stefan für die WELT mit Friedrich Wilhelm Höche (46), Sprecher des Deutschen Factoringsverbandes e. V., dem die maßgebenden Factoringgesellschaften in der Bundesrepublik als Mitgliedinstitute angehören.

WELT: Die im deutschen Factoringverband zusammengeschlossenen Institute haben ihren Jahresumsatz, der sich für 1983 auf acht Milliarden Mark belief, in den letzten sechs Jahren verdoppeln können. Halten Sie diesen Zuwachs im Blick auf die weitaus stärkere Expansion beim benachbarten Leasing noch für ausreichend?

Höche: Wir haben im deutschen Factoringgeschäft seit Jahren deutliche Zuwachsraten zu verzeichnen. Dennoch bleibt festzustellen, daß sich das Factoringgeschäft im Vergleich zum Leasing nur recht zögernd entwickelt hat.

WELT: Welche Gründe sind für die vergleichsweise langsamere Gangart verantwortlich?

Höche: Das Factoring leidet hierzulande noch immer unter seinem relativ geringen Bekanntheitsgrad.

WELT: Und bei denen, die schon etwas über Factoring gehört haben..?

Höche: ... besteht häufig noch immer ein unklares, manchmal sogar falsches Bild.

WELT: Gibt es typische Fehleinschätzungen?

Höche: Typisch ist beispielsweise die Verwechslung mit dem offenen Zessionskredit der Kreditinstitute. Da die Kreditinstitute eine Forderungsabtretung normalerweise erst dann offenlegen, wenn sich ihr Kunde in akuten Zahlungsschwierigkeiten befindet oder bereits insolvent geworden ist, weckt dieser Vergleich natürlich negative Assoziationen. Dabei gehört gerade die Offenlegung der Abtretung zum Wesen des Factoring. Tatsächlich können hieraus aber *überhaupt keine Schlüsse auf die* Bonität der Firmen gezogen werden, die mit einem Factoringinstitut zusammenarbeiten. Im übrigen geht es vielen Unternehmen nicht nur um die Liquidität, die sie mit Factoring gewinnen; der absolute Schutz vor Forderungsausfällen, die bessere Debitorenverwaltung durch den Factor oder gewichtige Ertragsvorteile sind mindestens ebenso häufig die Motive.

WELT: Hat die Bonitätsfrage nicht auch im Factoringgeschäft hochrangige Bedeutung?

Höche: Wir müssen ihr diese Bedeutung *einräumen, wenn man* berücksichtigt, daß der Factoringkunde für den Bestand der verkauften Forderungen einzustehen hat; dies ist ein nicht unbedeutendes Risiko. Schon deshalb prüfen dieFactoringgesellschaften die Bonität ihrer Kunden *ebenso sorgfältig wie die Kreditinstitute.* Im übrigen liegt auch der Factor Wert auf Dauerkunden. Natürlich gibt es bei den Factoringkunden auch Insolvenzen; doch wo gibt es die nicht?



Friedrich W. Höche

WELT: Manche meinen, „wer hierzulande Factoring betreibt, der hat es wohl auch nötig".

Höche: Sie werden von mir wohl nicht erwarten, daß ich Ihnen zustimme. Ich *meine,* daß diese Äußerung, sollte sie nicht ironisch gemeint sein, auf grober Unkenntnis von Fakten beruht: Viele Firmen betreiben heute Factoring, obwohl sie sehr liquide sind; sie haben es finanziell überhaupt nicht nötig, ihre Forderungen *zu verkaufen.* Dennoch tun sie es, weil sie dadurch andere gewichtige Vorteile gewinnen.

WELT: Viele Unternehmen sind allerdings auf Fremdmittel angewiesen...

Höche: ... und Factoring ist auch ein Weg der Geldbeschaffung. Ich vermag wirklich nicht zu erkennen, welchen wirtschaftlichen Unterschied es ausmacht, ob ein Unternehmen seine Außenstände von einer Bank beleihen läßt oder sie an eine Factoringgesellschaft verkauft. Der Unternehmer selbst *muß* abwägen, *womit* ihm mehr geholfen ist.

WELT: Und was rechtfertigt die Annahme, daß er in einer bestimmten Interessenslage mit dem Factoring *besser fährt?*

Höche: Factoringinstitute haben gegenüber den Banken den Vorteil, die Forderungen frei vom verlängerten Eigentumsvorbehalt der Vorlieferanten *kaufen zu können.* Sie *sind* daher auch meistens in der Lage, ihren Kunden mehr Liquidität zu verschaffen. Hinzu kommt, daß der Factoringkunde gleichzeitig zu 100 Prozent vor Forderungsausfällen geschützt ist.

WELT: Gilt das auch für den Export?

Höche: Auch bei der Exportfinanzierung kommen die Vorteile des Factoring voll zur Geltung, zumal Exportforderungen von den Banken üblicherweise wegen der rechtlichen Unsicherheiten nicht kreditiert werden.

WELT: Woher kommen Ihre Kunden, welche Motive haben sie?

Höche: Die Kunden der Factoringgesellschaften kommen überwiegend aus der mittelständischen Wirtschaft, und zwar aus immerhin 30 verschiedenen Branchen: Bei einer Eigenkapitalquote von weniger als 20 Prozent ist der Bedarf an einer ausreichenden Fremdfinanzierung besonders groß. Aber auch Großunternehmen gehören inzwischen zu den Kunden der Factoringinstitute.

WELT: Wie sehen Sie heute das Verhältnis der Kreditinstitute zum Factoring?

Höche: Die Banken müssen einsehen, daß Factoring mehr bewirken kann, als ein Kredit gegen Forderungsabtretung. Daher sollten sie das Factoring – im Interesse ihrer Kunden – in ihre Finanzierungsberatung mit einbeziehen.

WELT: Wie beurteilen Sie das Abtretungsverbot?

Höche: Das Abtretungsverbot ist ein Mittel, dessen sich vor allem Großunternehmen bedienen und das auch den Factoringgesellschaften zu schaffen macht. Die Institute müssen regelmäßig wesentliche Umsätzteile ihrer Kunden wegen des Abtretungsverbots ausschließen. Wertvolle Liquidität müssen sie so ihren Kunden vorenthalten. Das Abtretungsverbot paßt nach meiner Überzeugung in seiner bisherigen Form nicht mehr in die heutige Zeit. Wenn der Gesetzgeber seinerzeit auch noch davon ausgehen konnte, daß es auf freiwilliger Vereinbarung zustande kommt, so sieht die Wirklichkeit doch inzwischen ganz anders aus. Heute diktiert der Stärkere dem Schwächeren seine Bedingungen, was im Wirtschaftsgeschehen nichts anderes bedeutet, als daß der mittelständische Unternehmer das *Abtretungsverbot* seines wirtschaftlich ungleich stärkeren Abnehmers akzeptieren muß, wenn er ihn beliefern will.

WELT: Wie wird es weitergehen?

Höche: Gelingt es, den immer noch ungenügenden Kenntnissen in der Öffentlichkeit über das Factoring erfolgreich entgegenzuwirken, so wird sich auch das Factoringgeschäft zügiger ausweiten. Die Wirtschaft wird dann auf breiterer Front erkennen, daß Factoring eine grundsolide Form der Fremdfinanzierung ist. Für die Factoringgesellschaften wird es darauf ankommen, ihre Leistungen vor allem auf technischem Gebiet weiterzuentwickeln.

EXPORT / Immer mehr mittelständische Unternehmen denken in der Verkaufspolitik um

Eine Finanzplanung ohne Besorgnisse

Von DIETER KLINDWORTH

Die Flut der Insolvenzen während der vergangenen Jahre und die damit einhergehenden Ausfälle im Bereich der Außenstände haben in den Führungsetagen insbesondere der mittelständischen Unternehmen zu einem Umdenken in der Verkaufspolitik geführt.

In einer Zeit fallender Eigenkapitalausstattung und unbefriedigender Erträge können von vielen Unternehmen Forderungsausfälle nicht mehr verkraftet werden.

Zwar hat der Drang nach Umsatzsteigerungen nicht nachgelassen, jedoch räumt man dem qualitativen Umsatz zunehmend Priorität ein. Dies bedeutet, Umsatz nur mit solchen Kunden zu realisieren, bei denen die Sicherheit gegeben ist, daß sie zahlungsfähig sind.

Dem mittelständischen Unternehmen fehlt es allerdings allzuoft an den Möglichkeiten einer eindeutigen Beurteilung des Risikos im ausländischen Markt. Demzufolge scheitern viele Versuche im Export, wenn es sich um eine erfolgreiche Erschließung fremdländischer Märkte handelt.

Das gestiegene Bedürfnis nach Sicherheit hat in den letzten Jahren zu einer vermehrten Nachfrage nach Exportfactoring geführt, was sich auch in den Zuwachsraten der Factoring-Institute niederschlägt. In den Verhandlungen mit den nachfragenden Unternehmen wird stets die Delcrederfunktion in den Vordergrund gestellt. Die hundertprozentige Übernahme des Ausfallrisikos durch den Exportfactor soll Grundlage beziehungsweise Voraussetzung einer besseren Zukunftplanung sein.

Informationen nutzen

Die einmal erbrachte betriebliche Leistung, die vollzogene Lieferung an den Kunden, die damit entstandene Forderung darf nicht mehr Anlaß zu irgendwelchen Besorgnissen in der finanziellen Planung sein. Mit dem Verkauf der Forderung an den Exportfactor sind die betrieblichen Funktionen erfüllt. Dem Exportfactor obliegt es, seine ihm aufgrund seiner organisatorischen Voraussetzung zur Verfügung *stehenden* Informationsquelle zu bemühen, seien es ausländische Bankverbindungen, Auskunfteien, Versicherer oder etwa sein zwangsläufig mehr oder *weniger umfangreiches Archiv, um* dem Exporteur in Form des Ankaufs der Forderung die Übernahme des Delcredere zu garantieren.

Folgerichtig birgt die Tätigkeit des Exportfactors in sich somit die Ersparnis der Kosten für die Auskunftseinholung bezüglich der ausländischen Kunden, aber auch die ständige Überwachung solcher Risiken anhand der Sammlung von Erfahrungen bezüglich der Zahlungsmoral der Käufer.

Aus der Zusammenarbeit mit dem Exportfactor ergibt sich ein weiterer, nicht zu unterschätzender Aspekt. Nachdem dem Unternehmen die Sorge um die Realisierung der Außenstände im Export genommen ist, vermag es sich nunmehr der Erschließung der Exportmärkte konzentriert zu widmen. Verkaufsbemühungen jeglicher Art können intensiviert werden. Die Auswahl und somit die Beurteilung des aufzubauenden Kundenkreises überläßt man dem Factor. Seine Empfehlungen sind Grundlage *künftiger Entscheidungen im* Verkauf.

Liquidität gewährleistet

Auch etwa *auftretende Probleme* in der Gestaltung der Zahlungskonditionen, die im Exportgeschäft erfahrungsgemäß längere Laufzeiten bedingen, werden in Zusammenarbeit *mit dem Factor ausgeräumt.*

Der Verkauf der Exportforderung beinhaltet natürlich auch eine sofortige Zahlung durch den Factor. Die Liquidität ist gewährleistet. Ein betriebswirtschaftlich sinnvoller Einsatz dieser gewonnenen Liquidität ermöglicht eine bessere Wahrnehmung sich bietender Marktchancen, zum Beispiel im Einkauf.

Anforderungen an die Flexibilität steigen

Von SIEGFRIED OLBORT

Die immer weiter fortschreitende Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung ist auch an den Factoring-Instituten nicht spurlos vorübergegangen. In Zeiten, in denen der Microchip *Arbeiten* verrichten kann, *für die in Vorzeiten wahre* Ungetüme von elektronischen Anlagen notwendig waren, und außerdem der Preisverfall auf diesem Markt immer stärker wird, hat sich die Verarbeitung von Daten sowohl für die Buchhaltung als auch für statistische Zwecke mehr und mehr auf die Elektronik verlagert.

Aus dem Bereich der mit leistungs*fähigen EDV-Anlagen* ausgestatteten mittleren Firmen mußte daher zwangsläufig die Frage auftauchen, inwieweit der eigene Computer und die gut funktionierende Buchhaltung Teil eines Factoring-Konzeptes sein können.



Siegfried Olbort

Aus der Notwendigkeit heraus, sich diesen veränderten Marktverhältnissen anzupassen, entstand das Bulk-Factoring-Verfahren. Soweit die Leistung des Factors gefordert ist, spielen im Bulk-Factoring-Verfahren das Führen der Debitorenbuchhaltung und das Mahnwesen untergeordnete Rollen, wohingegen im Standard-Factoring-Verfahren die gesamte Palette der Factoring-Leistungen geboten wird.

Fast alle namhaften Factoring-Institute führen diese Art des Geschäftes in ihrem Angebot. Unterschiede zum klassischen Factoring liegen bei diesem Verfahren lediglich in der Technik. Während beim Standard-Factoring der Factor jede Rechnung individuell bucht, beschränkt er sich beim Bulk-Factoring auf das Buchen von Sammelbeträgen. Die Zusammenarbeit verläuft im Regelfalle im offenen Verfahren, das heißt, die Abnehmer werden über die Zusammenarbeit zwischen ihrem Lieferanten und dem Factoring-Isntitut informiert. Zahlungen gehen vom Abnehmer direkt an den Factor. Dieser wiederum stellt seinem Kunden detaillierte Unterlagen über die täglichen Zahlungseingänge zur Verfügung, so daß er in der Lage ist, die Debitorenbuchhaltung im Detail für den Factor zu führen.

Nach den üblichen Gepflogenheiten werden Fristen vereinbart, innerhalb derer der Kunde das Mahnwesen für den Factor durchführt. Nach Ablauf der Mahnfrist übergibt der Factor seinem Anwalt die Forderungen zur Geltendmachung. Beim Factor verbleibt somit die Entscheidungsbefugnis über die Forderung. Bevor eine *Zusammenarbeit auf* der Basis eines Bulk-Factoring-Vertrages zustande kommen kann, muß das Factoring-Institut nicht nur prüfen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden eine *Zusammenarbeit* vertretbar erscheinen lassen, sondern insbesondere, ob der Kunde auch technisch in der Lage ist, die vielfältigen Kontrollunterlagen zeitgerecht *und nach den* Bedürfnissen des Factors zu erstellen. Die Anforderungen an die Bonität des Kunden liegen in diesem Verfahren zwangsläufig höher als beim Standard-Factoring.

Mit regelmäßigen, umfangreichen Kontrollen in den Räumen des Kunden, bezogen auf die Ordnungsmäßigkeit der Buchhaltung und damit auf die verkauften Forderugnen, *muß* der Kunde von vornherein einverstanden sein. In diesem Punkte haben die Factoring-Institute in den vergangenen Jahren erfreulich positive Erfahrungen gemacht. Viel mehr als man erwartet, sind Kunden bereit, ihre Verhältnisse offenzulegen und dem Factor Einblick in die Geschäftstätigkeit zu gewähren.

Durch die immer weiter fortschreitende Technisierung im mittelständischen Unternehmensbereich sind die Zuwachsraten der Factoring-Institute in diesem Verfahren beachtlich. Auf Grund der vorerwähnten Tatsachen, daß die Technik immer kleinere Unternehmenseinheiten erschließt, wird hier die Flexibilität des Factors weiterhin gefordert, und Factoring-Institute werden bereit sein müssen, ihre Angebotspaletten zu erweitern und zu erneuern.

FIRMENPORTRÄT / Procedo-Gesellschaft für Exportfactoring in Wiesbaden

Durch Spezialisierung Marktführer geworden

Von KARL-HEINZ STEFAN

Die 1970 gegründete Procedo-Gesellschaft für Exportfactoring D. Klindworth KG in Wiesbaden sieht sich nach den Worten von Geschäftsführer Dieter Klindworth als ein von *Banken unabhängiges* Factoringinstitut, das sich auf das Exportgeschäft spezialisierte und im Verlauf in der Bundesrepublik die Rolle eines Marktführers in dieser Sparte übernommen hat. Unternehmensaufgabe ist der Kauf von Exportforderungen und damit die Finanzierung von Exporten, die Übernahme des Kreditrisikos sowie die Debitorenüberwachung. Exportfactoring wird vor allem für Gebrauchsgüter und Erzeugnisse der Massenproduktion in Anspruch genommen. Voraussetzungen für ein erfolgreiches Exportfactoring sind, so heißt es bei Procedo,

- ein möglichst fester Käuferstamm mit einem jährlichen Mindestabsatz von 5000 bis 10 000 Mark je Abnehmer,
- Zahlungsziele von nicht mehr als 180 Tagen,
- eine durchschnittliche Rechnungsgröße nicht unter 1500 Mark,
- die Bonität der Käufer und
- Exportländer, „die man allgemein zu den Industrienationen rechnen kann".

Zwei Geschäftsführer leiten das Unternehmen; 25 meist mehrsprachige Mitarbeiter sind bei Procedo tätig. Klindworth: „Jeder einzelne ein Spezialist mit einem selbständigen, eigenverantwortlichen Aufgabenbereich." *Für 1983 erzielten die* Wiesbadener einen Jahresumsatz von 350 Millionen Mark; zehn Jahre zuvor waren es erst 20 und im Gründungsjahr 1970 knapp drei Millionen. Während *der vergangenen fünf* Jahre *verzeichnete* das Unternehmen zweistellige Zuwachsraten, mehr als andere Wachstumsbranchen vorzuweisen haben. Die hierbei erwirtschaftete *durchschnittliche Rendite liegt, so* der Geschäftsführer, bei 15 Prozent. Zur Zeit werden 100 vorwiegend mittelständische Unternehmen aus den verschiedensten Branchen betreut. „Unser größter Kunde", sagt Klindworth, „partizipiert mit einem Anteil von knapp zehn Prozent, der kleinste mit einem Promille am Gesamtumsatz." Nach Branchen gegliedert sind Apparate- und Werkzeugbau mit 13, Möbel und Zulieferer mit 15, Textilgewebe und Textilien mit 11 und Elektronik mit neun Prozent vertreten; hinzu kommen Gebrauchskeramik, Konfektion und weiteres.



Dieter Klindworth

„Der typische Kunde bei uns ist", so Klindworth, „das mittelständische Unternehmen mit einem Jahresum*satz zwischen zehn und 20 Millionen* Mark." Aber auch Unternehmen mit höheren Umsätzen sind heute Kunden, „wobei sie uns zumeist bestimmte Teilbereiche übertragen". Nach *hauseigenen Schätzungen finanziert* Procedo als Faktor derzeit immerhin mehr als 3000 Arbeitsplätze.

Bei einem Refinanzierungsvolumen von 90 Millionen Mark liegen die Schwerpunkte der weltweiten Aktivitäten eindeutig in Europa und hier vor allem in Frankreich, den Niederlanden und Italien. Die Wiesbadener Firma hat als einziges Factoringunternehmen in der Bundesrepublik vor sieben Jahren das Exportfactoringgeschäft mit den Staatshandelsländern aufgebaut, das allerdings zur Zeit – mit Ausnahme der Sowjet*union – infolge akuter Devisenarmut* dieser Länder danieder liegt.

„Dessen ungeachtet sind wir heute", so der Geschäftsführer, „mit etwa 6500 Drittschuldnern in 40 Staaten, die sich auf fünf Kontinente verteilen, befaßt."

Deutsche Factoring Bank

Spitze beim Import und Export

Von KARL-HEINZ STEFAN

Von großer Bedeutung ist für uns das internationale Geschäft", meint Hermann Ehrenberger (45), einer der Geschäftsführer der Deutschen Factoring Bank (DFB). Die Bank ist Mitglied von Factors Chain International (FCI), wo Ehrenberger seit 1983 als Vizepräsident fungiert. FCI ist eine weltweit führende Vereinigung von 53 voneinander unabhängigen Factoring-Instituten aus 25 Staaten; die Vereinigung hat sich um die Förderung des internationalen Factoringgeschäfts verdient gemacht.

Nicht ohne Stolz betont Ehrenberger, daß die Deutsche Factoring Bank sowohl im Bereich des Exportfactoring als auch beim Importfactoring „mittlerweile zu den führenden Gesellschaften in der Bundesrepublik gehört". Für die Exportgeschäfte nach Frankreich hat die DFB bereits vor Jahren eine eigene Organisation aufgebaut, die eine reibungslose Abwicklung garantiert.

Die Deutsche Factoring Bank (DFB) in Bremen, ein Institut der Sparkassenorganisation, ist am 1. Januar 1971 gegründet worden. Gesellschafter sind acht regionale Landesbanken, Geschäftsführer Hermann Ehrenberger und Friedrich Wilhelm Höche.

Die DFB bietet heute alle marktgängigen Varianten des Factoringgeschäftes an, vor allem das klassische Inlandfactoring mit Delkredereübernahme, weniger das Inlandsfactoring ohne Delkredereübernahme.

Beim Inlandsgeschäft der Bank findet daneben das Factoring mit Eigenservice wachsendes Interesse; hierbei übt der Anschlußkunde (Factoringkunde) die Dienstleistungsfunktion (beispielsweise Debitorenbuchhaltung oder Mahnwesen) weiterhin selbst aus, wobei er dem Institut alle erforderlichen Daten per Bank oder Deskette übermittelt.

Die DFB erzielte 1983 einen Jahresumsatz von insgesamt 932 Millionen



Hermann Ehrenberger

Mark, der das Vorjahresresultat um elf Prozent übertraf, der Jahresumsatz im Gründungsjahr 1971 hatte kaum 99 Millionen Mark ausgemacht.

Am Gesamtumsatz 1983 war das Inlandsgeschäft mit 663 (alles in Millionen Mark), das Exportfactoring mit 162, das Importfactoring mit 107 beteiligt. Der Inlandsumsatz bewegte sich im Berichtsjahr etwa auf dem Vorjahresniveau, während das Exportfactoringgeschäft um 57, das Importfactoringgeschäft sogar um 64 Prozent gesteigert werden konnte.

Um den Umsatz von 932 Millionen Mark erzielen zu können, erläutert Ehrenberger, „mußten wir mehr als 349 000 Rechnungen bearbeiten", was einem Rechnungsdurchschnitt von 2700 (im Vorjahr 2400) Mark entspricht.

Die Deutsche Factoring Bank hat zur Zeit 120 000 aktive Debitorenkonten im Bestand. Um diese Debitoren unter Bonitätsgesichtspunkten auf einem aktuellen Stand zu halten, hat das Institut 1983 mehr als 75 000 Auskünfte eingeholt.

Die Risiken im Factoringgeschäft liegen weniger im Bereich der Abnehmer/Debitoren: So verteilen sich auf die von der DFB gezeichneten Limits und die angekauften Forderungen Zehntausende von Abnehmer, so daß die Risiken breit gestreut sind.

Nach den Erfahrungen der Bank liegen die Risiken weit mehr im Bereich der Anschlußkunden (Veritätsrisiken). Vor einigen Jahren hat auch die DFB Lehrgeld aus Betrugsfällen zahlen müssen. „Wir haben daraufhin", so berichtet Ehrenberger, „sofort entsprechende Konsequenzen gezogen": Einer der erfahrensten Mitarbeiter des Instituts wurde mit der Einrichtung und Leitung einer besonderen Abteilung beauftragt, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Veritätsrisiken laufend zu kontrollieren und Betrugsfälle zu vermeiden.

Im übrigen wendet die Bank beim Eingehen neuer Factoringverträge konservative Maßstäbe an. „Unser Anforderungsprofil ist", so der Geschäftsführer, „relativ hoch angesiedelt".

Seit Jahren gelingt es der DFB, jeweils höhere Erträge zu erwirtschaften. Für 1983 wurde ein Überschuß von rund 1,8 Millionen Mark erzielt.

Zielgruppe der Verkaufspolitik des Instituts bleibt der Mittelstand, das Standbein des Geschäfts wird weiterhin das Inlandsfactoring sein. Aber auch das Exportfactoring in FCI-Länder soll, so Geschäftsführer Ehrenberger, weiter ausgebaut werden.

INHOUSE FACTORING / Ein neues Modell aus Mainz

Bedeutsamer Schritt in die technische Zukunft

Von GEORG SCHEPERS

Bei der Einführung des Factoringverfahrens im Jahre 1963 spielte die elektronische Datenverarbeitung eine ganz besonders große Rolle. Die in aller Regel mittelständischen Factoringkunden buchten seinerzeit durchweg herkömmlich. Die elektronische Datenverarbeitung war für sie meist unerschwinglich. Sehr häufig kamen in dieser Zeit Factoringverträge auch deshalb zustande, weil die entsprechend technisch ausgestatteten Factoringgesellschaften sehr fortschrittliche Datenverarbeitung oft auch in Verbindung mit zusätzlichen Dienstleistungen anbieten konnten. Daß dabei gelegentlich des Guten zuviel geschah, sei nur am Rande erwähnt.

Inzwischen haben sich die Gegebenheiten grundlegend geändert. Für



Georg Schepers

alle Firmen, gleich welcher Größe, ist das Thema elektronische Datenverarbeitung zumindest nicht fremd. Selbst in Unternehmen mit nur wenigen Millionen Mark Jahresumsatz findet man häufig eigene elektronische Datenverarbeitungsanlagen vor.

Da die Kosten des Factoringverfahrens, das zwischenzeitlich auf eine sehr viel breitere Resonanz trifft, nicht unerheblich beeinflußt werden durch Aufwendungen für das EDV-technische Handling bei der Factoringgesellschaft, stellt sich zwangsläufig die Frage, ob sich nicht im Zuge des technischen Fortschritts bessere und damit auch kostengünstigere Factoringvertragsgestaltungen finden lassen.

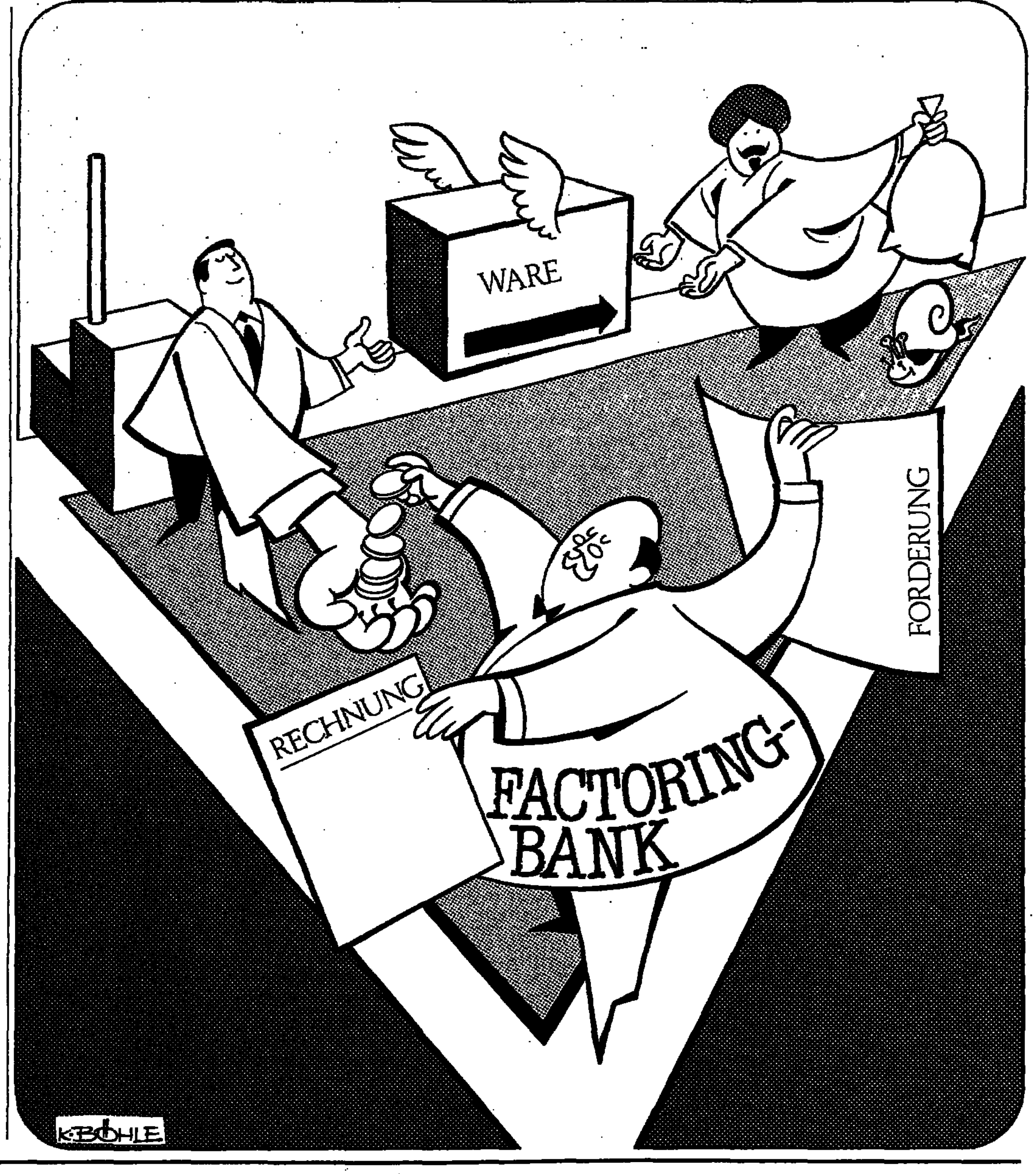
Die DG Diskontbank AG in Mainz bietet seit einiger Zeit als Ergänzung zum Standardfactoring unter der Bezeichnung „Inhouse-Factoring" ein neues Modell an. Es wurde für Firmen konzipiert, die die Zusammenarbeit mit dem Factor primär zur Liquiditätsverbesserung und Absicherung des Delkredererisikos suchen, im übrigen aber aus Kostenüberlegungen mit der Führung der elektronischen Datenverarbeitung durch den Factor beauftragt werden. Das heißt, die bereits beim Factoringkunden vorhandene Datenverarbeitung wird im Sinne eines Rechenzentrums durch den Factor mitbenutzt. Normalerweise handelt es sich bei den Kunden für das Inhouse-Factoring um Unternehmen mit Jahresumsätzen, die die 20-Millionen-Grenze überschreiten. Ausnahmen bestätigen diese Regel.

Voraussetzung für den Einsatz des Inhouse-Factoring ist – wie auch beim Standardfactoring – die gute Beurteilung des Factoringinteressenten. Darüber hinaus muß aber der Factoringkunde in der Lage sein, dem Factor die Unterlagen in der Form aufzubereiten, wie dieser sie für den Ankauf der Forderungen und zur laufenden Beurteilung der Zahlweise der Debitoren benötigt.

Wie beim Standardfactoring erhält der Factoringkunde auch beim Inhouse-Factoring im Rahmen der für die einzelnen Abnehmer vereinbarten Kauflimite nach Einreichung der Ausgangsrechnungen einen Vorschuß auf die angekauften Forderungen von in der Regel 80 Prozent. Die restlichen 20 Prozent werden dann an den Factoringkunden ausgezahlt, wenn der Abnehmer den Rechnungsbetrag an den Factor reguliert hat.

Auch die Frage der techischen Ausstattung des Partners ist von Bedeutung. Es ist ein Unterschied, ob der Factoringkunde Rechnungen selbst eingibt und Zahlungen eigenverantwortlich zuordnet oder ob diese Tätigkeiten vom Factor zu übernehmen sind.

Sicherlich ist Inhouse-Factoring nur ein Schritt in die technische Zukunft des Factoringverfahrens, ohne Zweifel aber ein bedeutsamer; denn die Praxis hat bereits gezeigt, daß mit diesem Verfahren und seiner günstigen Kostengestaltung sehr viel mehr Firmen für das Factoringverfahren angesprochen werden können.



Plädoyer gegen Hemmnisse und Mißverständnisse beim Kunden

Von HANS VOLKER MAYER

Mit dem nachfolgenden Beitrag soll der Beweis erbracht werden, daß die immer noch kursierende Behauptung, mit Factoring würde man Kunden und Umsätze verlieren, falsch ist und jeglicher Grundlage entbehrt. Der Factor geht nämlich mit den Abnehmern des Lieferanten mindestens so sorgfältig und pfleglich um, wie es die Lieferanten selbst auch tun. Auch mahnt der Factor nicht hart und brutal, sondern lediglich konstant. Im übrigen erhält der Factor eine umsatzabhängige Gebühr und ist somit im eigenen Interesse an Mehrumsatz interessiert.

Doch bevor die Sicht des Abnehmers zu Factoring beleuchtet wird, erscheint es zunächst wesentlich, auf das Hauptrisiko der Lieferanten einzugehen, nämlich das Abnehmerrisiko. Seit 1979 sind die Insolvenzen ununterbrochen steil angestiegen und erreichten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen traurigen Rekord von über 16 000 Firmenzusammenbrüchen. Die Folgeschäden für die deutsche Volkswirtschaft wird auf über 24 Milliarden Mark geschätzt.

In Kenntnis dieser erschreckenden Zahlen ist es nicht verwunderlich, daß sich immer mehr Unternehmer mit Factoring – der unter anderem damit verbundenen ständigen Bonitätskontrolle der Abnehmer – einen wirksamen Schutz vor drohenden Insolvenzen erwerben. Und bei näherer Betrachtungsweise ist dies bereits der erste Vorteil der Abnehmer von Lieferanten, die sich des Factoring bedienen, weil diese Lieferanten sich jetzt wesentlich mehr und intensiver um die bonitätsmäßig einwandfreien Abnehmer bemühen können. Verringerte Forderungsausfälle bei dem Lieferanten können bereits jetzt dem Abnehmer *günstigere Einkaufspreise* bescheren.

Aber warum beschäftigt man sich überhaupt mit der Frage, wie der Abnehmer des Lieferanten Factoring sieht? Einfach deshalb, weil sich in den Gründerjahren vor mehr als 20 Jahren Hemmnisse und Mißverständnisse aufgebaut hatten, die erst in den letzten acht Jahren abgebaut wurden. Um nämlich besser ins Geschäft zu kommen, wurde das Factoring zunächst nur in stiller Form, das heißt, ohne Offenlegung der Forderungsabtretung praktiziert. Wurde dann die Forderungsabtretung offengelegt, stand das jeweilige Unternehmen meist kurz vor dem Vergleich oder Konkurs und geriet in der Regel kurze Zeit später in die Insolvenz. Dadurch entstand der Eindruck, daß Factoring vorwiegend für finanzschwache und notleidende Unternehmen eingesetzt wird.

Durch Verluste klug geworden, wandten sich die Factoringgesellschaften sukzessive von dem stillen Verfahren ab und legen seit Jahren grundsätzlich die Forderungsabtretung offen. Damit konnte der Wirtschaft anhand vieler Fälle bewiesen werden, daß sich Factoring nur für ertragsstarke und in ihrer Struktur gesunde Unternehmen eignet und hierfür eingesetzt wird. In der Folge stellten die Lieferanten fest, daß Fac*toring zunehmend sozusagen hoffähig* wurde und damit nicht mehr zu einem Imageverlust bei den Abnehmern führte.



Hans-Volker Mayer

Die jährlich zweistelligen Zuwachsraten der Factoringbranche beweisen am besten, wie positiv auch die Abnehmer dem Factoringverfahren gegenüberstehen. Dieses positive Kundenverhalten ist nichts Außergewöhnliches, weil Factoring in keiner Weise den Waren- oder Leistungsaustausch zwischen Abnehmer und Lieferant beeinflußt, sondern sich lediglich mit dem letzten Glied in dieser langen Kette beschäftigt, nämlich der Bezahlung. In erster Linie interessiert den Abnehmer, daß der Lieferant ihn ständig gut berät, sein umfangreiches Know-how zur Verfügung stellt und ein ausgereiftes Produkt oder eine einwandfreie Leistung anbietet.

Hinzu kommt noch die jederzeitige Lieferfähigkeit, die Einhaltung der Liefertermine sowie eine vollständige, der Güte nach entsprechende Auslieferung. Für diesen Hauptteil der Lieferanten-Abnehmer-Beziehung ist auch bei dem Einsatz von Factoring ausschließlich der Lieferant verantwortlich, was auch für Mängelrügen gilt, die der Factor ohnehin nur bedingt beurteilen könnte.

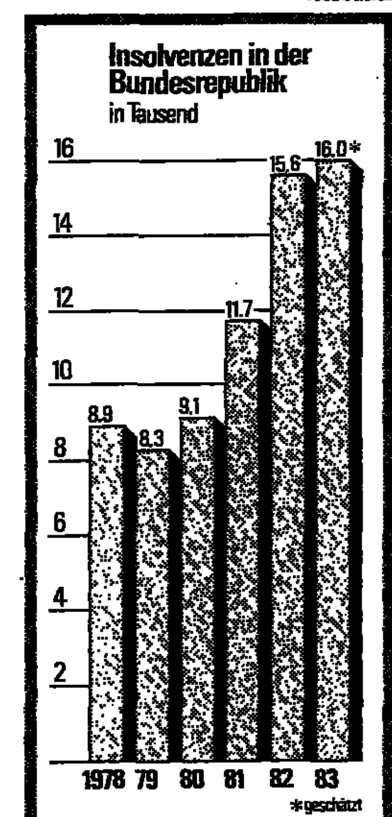
Stimmt also in dem Abnehmer-Lieferanten-Verhältnis der Waren- oder Leistungsaustausch mit allem was dazu gehört, wird der Abnehmer nie etwas gegen Factoring haben. Wer heute immer noch anders argumentiert, geht an den Tatsachen völlig vorbei und orientiert sich an sachlich unbegründeten Vorurteilen. Mit Factoring ändert sich für den Abnehmer ja nur der Zahlweg bzw. die Zahladresse. Hiermit wird der Abnehmer nicht überrascht, sondern zu Beginn einer Factoringzusammenarbeit mit einem Rundschreiben des Lieferanten informiert.

Nach Änderung der Zahladresse und des Zahlungsweges haben lediglich noch diejenigen Abnehmer etwas mit Factoring zu tun, welche die vereinbarten Zahlungsziele überschreiten. Hierzu hat der Factor ein ausgereiftes, individuelles Mahnsystem entwickelt, das nicht hart aber den branchenüblichen Unsancen entsprechend und konstant eingesetzt wird. Zwar ist das Mahnen für beide Seiten unerfreulich, doch sollten auch die Abnehmer einsehen, daß die gute und termingerechte Lieferung oder Leistung des Lieferanten eine ebenso termingerechte Bezahlung des Abnehmers nach sich zieht. Sollte in dem einen oder anderen Fall das außergerichtliche Mahnverfahren nicht zum Erfolg führen, erfolgt die gerichtliche Beitreibung grundsätzlich erst nach vorheriger Zustimmung durch den jeweiligen Lieferanten.

Mit Factoring ergeben sich für den Lieferanten häufig Lieferzeit- und Kostenvorteile, die auch dem Abnehmer in der einen oder anderen Form zugute kommen. Factoring bringt somit allen Beteiligten Vorteile, weshalb gerade auch der Abnehmer nichts dagegen haben sollte.



Quelle: Deutscher Factoringverband, Wiesbaden



Auch die Unternehmen mit großen Umsätzen steigen in das Factoring-Geschäft ein

Über das Bekunden des Interesses ist man inzwischen längst hinaus

Von H. EHRENBERGER

Im vergangenen Jahr erhielt der Verfasser dieses Aufsatzes den Anruf eines Unternehmens. Der Inhalt dieses Telefonates läßt sich etwa wie folgt wiedergeben: „Wir sind ein produzierendes Unternehmen. Unser Jahresumsatz liegt zwischen 500 und 600 Millionen Mark mit steigender Tendenz. Davon geht ein großer Teil in den Export. Wir hatten einen Unternehmensberater im Haus. Zur Absicherung unserer hohen Außenstände, insbesondere der Auslandsforderungen, empfahl er uns, Kontakt zu Ihnen aufzunehmen. Können Sie uns zu einem unverbindlichen Informationsgespräch aufsuchen?"

Etwa acht Wochen nach dem ersten Anruf wurde der Factoring-Vertrag unterzeichnet. Mittlerweile gehört das Unternehmen seit neun Monaten zu den erfolgreichen Anwendern des Exportfactoring.

Aus der Sicht eines Factors handelt es *sich bei dem Vorgang um ein erfreuliches Novum:*

● Bis vor rund zwei Jahren lag die umsatzmäßige Obergrenze potentieller Factoringkunden nämlich noch bei maximal 100 bis 120 Millionen Mark. Selbst bei Firmen im Bereich dieser *Obergrenze reduzierten sich* die Kontakte mitunter darauf, daß es bei einem Grundsatzgespräch blieb, man über das Stadium des Bekunden höflichen Interesses nicht hinauskam und der Factor den Vorgang nach mehreren erfolglosen Versuchen auf der Negativliste seiner Akquisitionsbilanz verbuchte.

Was sind die Beweggründe für das scheinbar plötzlich erwachte Interesse größerer mittelständischer Firmen am Factoring? Ist es die einzigartige Symbiose der drei wichtigsten Funktionen des Factoring, bestehend aus Dienstleistung, Finanzierung und Risikoübernahme? Ist es die Flexibilität der Factoringinstitute oder Ergebnis ihrer Bemühungen, die Spannweite ihrer Produkte, ihre geografischen Märkte und Marktsegmente an der treibenden Kraft „Markterfordernisse" auszurichten?

Liegt es daran, daß die hinter den Factoringinstituten stehenden Gesellschafterbanken das Factoring in letzter Zeit stärker in ihre eigene Angebotspalette integriert haben? Hierfür mag sprechen, daß zum Beispiel die Deutsche Factoring Bank, Bremen, im Jahre 1983 nahezu ein Drittel ihrer Neukunden durch die Vermittlung der Sparkassenorganisation, *der* sie als Landesbankentochter angehört, gewann. Liegt es vielleicht auch daran, daß die Lehrjahre inzwischen der Vergangenheit angehören und ein gerüttelt Maß an – mitunter leidvoller – Erfahrung an die Stelle des Pioniergeistes getreten ist? Oder hat die auf vielen Ebenen und in vielfältigen Variationen vorangetriebene Öffentlichkeitsarbeit dazu beigetragen, den Markt besser zu durchdringen, die Zielgruppen eher zu erreichen?

Sicherlich *könnte man an dieser* Stelle weitere Vermutungen über das plötzliche Interesse anstellen. An dem Ergebnis, daß es schwer sein dürfte, eine exakte Zuordnung und Gewichtung der Ursachen vorzunehmen, dürften sie vermutlich jedoch nichts ändern. Sicherlich kommt eine Mischung aller dieser Gründe der Wirklichkeit am nächsten. Wie stellt sich die Situation bei der Zielgruppe, den Unternehmen, dar?

Hier haben die negative Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre, *die hohe Insolvenzrate sowie* in deren Gefolge die nachlassende Zahlungsmoral sicherlich dazu beigetragen, das Finanzmanagement in den Unternehmen zu *sensibilisieren* und es mehr in den Vordergrund zu rücken. Das Risikobewußtsein, die Liquiditätsvorsorge bekamen größere Bedeutung. Betriebswirtschaftliche Aspekte, der Rat eines Steuerberaters *oder* Wirtschaftsprüfers, die Empfehlung eines Unternehmensberaters gewannen mehr an Gewicht.

So hat sich der Kreis aus „Markterfordernissen" einerseits und angebotenen „Factoringprodukten" andererseits zunehmend geschlossen. Die Vorteile des Factoring – um nur einige zu nennen – liegen offen auf der Hand:

● Übernahme des vollen Ausfallrisikos für alle unter Delkredereschutz stehenden in- und ausländischen Forderungen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen.

● Finanzierung der unter Delkredereschutz stehenden Forderungen bis zu 90 Prozent des Bruttorechnungswertes (inklusive Mehrwertsteuer), dadurch umsatzkongruente Finanzierung.

● Das sogenannte Factoring mit Eigenservice bietet Unternehmen mit leistungsfähigen EDV-Abteilungen die Möglichkeit, alle vom Factoringinstitut benötigten Daten aus dem Bereich der Debitorenbuchhaltung selbst zu zusammenzustellen.

● Bei der Einführung neuer Produkte und der Erschließung neuer Märkte, vor allem im Ausland, kann das Factoring unter Risiko- und Finanzierungsaspekten unter Umständen eine ideale Hilfestellung gewähren.

Daß sich in zunehmendem Maße nicht nur kleinere und mittlere, sondern auch größere mittelständische Unternehmen des Factoring bedienen, ist eine logische Konsequenz.

In seinem Buch *„Management in turbulenter Zeit"* schreibt der bekannte Unternehmensberater Peter F. Drucker: „In unserer Zeit der turbulenten ökonomischen, technischen, politischen und sozialen Veränderungen müssen Unternehmen schnell und sicher reagieren können." Hierzu gehört zweifellos auch die Befähigung, Factoring überall dort einzusetzen, wo es wirtschaftlich sinnvoll ist.

Gast-Autoren

Hermann Ehrenberger: Mitglied der Geschäftsleitung der Deutschen Factoring Bank, Bremen.
Friedrich W. Höche: Sprecher des Deutschen Factoringverbandes, Wiesbaden.
Dieter Klindworth: Geschäftsführer der Procedo Gesellschaft, Wiesbaden.
Hans V. Mayer: Geschäftsführer der Süd-Factoring, Stuttgart.
Siegfried Olbort: Vorsitzender des *Vorstandes der Heller Factoring* Bank, Mainz.
Georg Schepers: Vorstandsvorsitzender der DG Diskontbank, Mainz.

Pankraz, das Geld und der flambierte Film

Langweiligen pornographischen Dreck" nannte ein aufgebrachter Hollywooder Filmprofessor den deutschen Film „Die flambierte Frau", der zum „Oscar" eingereicht worden war, aber schon von der Vor-Jury gestoppt wurde. „Die Deutschen müssen doch irgendeinen Streifen haben, der besser ist als dieser Mist", tobte der Professor. Doch die Deutschen hatten nicht. Das verflossene Jahr 1983 markierte den absoluten Tiefstand ihrer Filmkultur. Nicht eine einzige ihrer Neuproduktionen erreichte das Publikum. Alles verlepperte und versandete im Vorfeld der Kritik und der sogenannten „Zielgruppenansprache". Der Anteil des deutschen Films in den eigenen Kinos sank weit unter zehn Prozent.

Manche Beobachter sagen, die Misere liege in der Politik. Der neudeutsche Film sei in seinem Anliegen so politisch und in seiner Botschaft zudem noch so einseitig, daß seine Wirkung notwendig auf kleine Sekten begrenzt bleiben müßte. Pankraz hält das nicht für ausschlaggebend. Er denkt an amerikanische Filme wie „Silkwood" oder „The day after", deren Einstellung nicht weniger politisch und nicht weniger polemisch ist als die ihrer deutschen Pendants und die dennoch Massenzulauf haben. Sie sind eben, im Gegensatz zu den deutschen, durch die Bank „gut gemacht", d. h. sie respektieren die Regeln des Schaugeschäfts, sie bemühen sich um einen Unterhaltungswert. Das Problem ist also nicht in erster Linie ein politisch-inhaltliches, sondern ein formalästhetisches.

Die deutschen Filmemacher – wie übrigens auch die deutschen Dramatiker, Romanschreiber, Professoren, wie die ganze deutsche Hochkultur überhaupt – verachten die „Schau" und ignorieren den Unterhaltungswert. Folglich räumen sie freiwillig ein riesiges Feld der Kommunikation und der Massenbeeinflussung und überlassen es drittklassigen Surrogatschreibern und fragwürdigen Märchenerzählern, die dadurch nicht nur die Gelegenheit erhalten, sich konkurrenzlos goldene Nasen zu holen, sondern auch unverdientermaßen zu nationalen Figuren aufsteigen und den Massengeschmack in unguter Weise beeinflussen.

Dabei hat Unterhaltung sehr viel mehr mit Form zu tun, als sich elitäre „Formalisten" im allgemeinen träumen lassen. Unterhaltsam sein bedeutet ja immer, sich auf einen überindividuellen Formkanon einzulassen, sich Mühe zu geben, auch noch den Unaufmerksamsten und Mißtrauischsten zu fesseln und für sich einzunehmen. Ein unterhaltsamer Professor beispielsweise ist einer, der sich nicht blindlings seinem Fachjargon überläßt und kommunikationsfeindlich vor sich hinnuschelt, sondern der die Vorlesung mit Bonmots und Geistesblitzen würzt, der seine Experimente besonders spannend und witzig arrangiert, der sich – mit einem Wort – in die Zucht nimmt und sich klarmacht, daß er nicht allein auf der Welt ist.

Aber Unterhaltung bedeutet nicht nur Kommunikation, Unterhaltung bedeutet auch geistig geordnetes Leben, überhöhtes Leben, Leben in der zweiten Dimension.

Der Unterhaltungssuchende will sich für eine Weile nicht den Zufällen und der Undurchsichtigkeit des „wirklichen" Lebens ausgesetzt sehen, auch nicht seinen Banalitäten und dauernden Kompromissen, er will klare, logische Handlung, er will „Spannung", nämlich reine Austragung von Konflikten, Kampf zwischen Gut und Böse nebst anschließendem Sieg des Guten, bzw. seinem gloriosen, tragischen Untergang. Und er will „Romantik", er will in feenhaften Möglichkeiten schwelgen, er will Pracht, Exotik, „Schau".

Gegen all das legt sich der neue deutsche Film mit geradezu selbstmörderischer Konsequenz quer. Seine Dramaturgie ist zu allermeist kommunikationsfeindlich, der Filmemacher hat ein „Anliegen", und das zieht er durch, einerlei ob das Publikum durchhält oder fluchtartig das Kino verläßt, einerlei auch, ob die Handlung – soweit überhaupt vorhanden – logisch bleibt oder zu Unsinn und Beliebigkeit zerfasert. Ungeniert frönt der Macher ganz persönlichen Vorlieben, mischt die Bilder nach dem Gusto des Augenblicks, probiert neue Einstellungen, ohne zu fragen, ob ihm jemand bei seinem Experimentieren zusehen will, hält die Kamera schweißhändig minutenlang auf ein einziges Objekt gerichtet. Muffige Subjektivität ist Trumpf.

Außerdem hält sich jeder deutsche Durchschnittsfilmemacher von vornherein für einen zweiten Friedrich Nietzsche und schreitet unentwegt zur Umwertung aller Werte. Gut wird Böse, Häßlich Schön, Romantik entartet sofort zur albernsten schwarzen Messe, und statt Pracht und Exotik gibt es in der Regel miesestes Vorort-Ambiente, Müllkippen-Poesie, Transvestiten-Schau. Das Leben der Wirklichkeit wird nicht durch das Aufzeigen von Möglichkeiten vervielfacht, sondern alle Möglichkeiten werden radikal abgeschnitten, auch die naheliegendsten noch, so daß das Schicksal der Menschen zu einer einzigen eindimensionalen Schein-Passion zusammenschnurrt.

Da ist nun guter Rat teuer. Sicherlich, in Hollywood mag man manchmal ins andere Extrem verfallen, mag um der Unterhaltung willen sogar das Nazireich (Modell „Cabaret") in eine Glitzerschau verwandeln. Doch solche Ausrutscher in die Traumfabrik rechtfertigen nicht die Egozentrik, Publikumsferne und Langeweile des deutschen Films, der sich unbedingt ein Vorbild an Hollywood nehmen sollte.

Viel wäre schon erreicht, meint Pankraz, wenn man in Deutschland endlich mit der staatlichen Filmförderung nach dem Gießkannenprinzip Schluß machte. Das leichte Staatsgeld hat den deutschen Film faul gemacht und seine Introvertiertheit verstärkt. Man sollte ihn einmal ins Wasser schmeißen, damit er wieder Schwimmen lernt.

Pankraz

Brüssel triumphiert mit Verdis „Troubadour"

Scheibe des Schicksals

Das ist ja das Stück, das selbst den nachsichtigsten und gutwilligsten Opernfreund in Verlegenheit stürzt: Verdis „Troubadour", diese musikalische Explosion eines Dramas, das statt aus rotem Faden nur aus Fallstricken geknüpft ist. Seine einzelnen Stationen sind klar, groß und schlagkräftig, Anlaß zu furiosem Gesang, doch die Entwicklungen, die zu diesen dauernden Grenzsituationen führen, werden weggeleuchtet. Charakter setzten die Figuren nicht an. Sie bleiben Prototypen der Oper, geboren zum Ariensingen.

Brüssel bietet denn auch bei seinem neuen „Troubadour" vier solcher Ariensänger von ausgefallenstem Kaliber an, drei davon, obzwar Weltstars, auf deutschen Bühnen so gut wie nie zu hören. Leona Mitchell, Amerikas neuer Sopranstar, singt in Brüssel ihre erste Leonore. Und diese Partie ist ein äußerst wichtiger Schritt für sie. Denn wie sehr sie sich in ihren Interpretationen, ihrem Auftreten, ihrer Selbststilisierung dem großen Vorbild der Leontyne Price verpflichtet fühlt, ist ja recht offenkundig. Die „Troubadour"-Leonore aber ist eben jene Partie, mit der zumindest Europa die Price dank der legendären Karajan-Aufführungen identifiziert. Was die schiere Schönheit der Stimme angeht, kommt sie dem großen Idol gleich: samtiges Timbre, nur jenen Hauch Guttural, der einer solchen Stimme Erotik und Dramatik beimischt, das kontrollierte Vibrato. Was der Mitchell noch fehlt, ist die souveräne Technik. Puccini singt sich da eben doch leichter.

Ihr Troubadour ist Ermanno Mauro, der Italiener, auf den zwischen New York und San Francisco die Wahl fällt, wenn Domingo oder Pavarotti nicht zu haben sind. Mit seinem großgebildeten Tenor und den obligatorischen hohen C der Stretta nimmt Mauro tatsächlich sehr für sich ein, auch wenn er manches mit Kehlkraft meistert, was mit musikalischer Intelligenz schöner zu bewältigen wäre. Lajos Miller, der Graf Luna, ist dagegen ein ausgepichter Techniker, Belcanto-Spezialist von Graden, dem keine Bariton-Partie Rätsel aufgeben kann. Bei ihm enttäuscht allenfalls die Einfarbigkeit der Stimme. Die vierte im großen Sängerbunde ist Livia Budai, als Azucena, im derzeit raren Fach des dramatischen Mezzos und hexerische Zigeunermutter kaum schlagbar. Ein Wunschtraum blieb freilich, dieses Quartett nun auch von einem Dirigenten befeuert zu sehen, der mehr leistet, als Noten zu zählen. Michael Schonwandt aber war nicht mehr als der akkurate Buchhalter der Taktstriche.

Mehr Aufmerksamkeit verlangte da schon die seltsame Inszenierung von Pierre Constant in einer Ausstattung von Roberto Platé. Mehr als auf spanisches Mittelalter deuteten die Kostüme auf indianische Stammesfehden hin, aber so konkret war das wohl auch nicht gemeint. Ein Schauplatz unterm Fadenkreuz, auf dem ein Akrobat den Seiltanz wagt, wenn er nicht Feuer schluckt, versammelt die Protagonisten. Historisierende Situationen werden so weit als möglich gemieden. Im Zielfernrohr des Schicksals werden Menschen zum Zwölferpunkt auf der Scheibe. Wehe dem, den der Lichtstrahl trifft. Aus dem Handlungsdilemma des „Troubadour" ist das nicht der dümmste Ausweg.

REINHARDT BEUTH

Leidenschaft des Erkennens und Wille zur Wirkung - Zum Tode des Soziologen Helmut Schelsky

Die Freiheit in der Ordnung gedacht

Eingeschränkt auf die Welt eines keimfreien Krankenzimmers, gestützt hockend, in einem monströsen Apparat, den „Krankenlager" zu nennen seine chromblitzende Erbarmungslosigkeit hinderte - so erlebten Verwandte und Freunde Helmut Schelsky in seinen letzten Monaten im Krankenhaus in Münster. Der Mann sah dem eigenen Verfall mit einer Mischung aus Resignation und Verbissenheit zu; dem herannahenden Tod hatte er nichts mehr entgegenzusetzen.

Der Gegensatz erschütterte. Denn groß, ein Kämpfer, souverän, stolz auf das, was er selbst gern „Unterschichtenvitalität" nannte, war Helmut Schelsky Zeit seines Lebens gewesen. Immer wirkte er größer und massiger, als er in Wirklichkeit war; ein Mann von größter Ausstrahlung und außergewöhnlicher Kraft, zugreifend im Denken, rast- und ruhelos sich selbst und andere vorwärtstreibend, alle Kenntnis und Erkenntnis in eine unvorstellbare Arbeitsleistung am Schreibtisch umsetzend. So erlebte man Helmut Schelsky – fast bis zu seinem Tod am 24. Februar.

Kaum jemand hat das Bekenntnis Johann Gottlieb Fichtes so entschlossen wie Helmut Schelsky verwirklicht: „Ich habe nur eine Leidenschaft, nur ein Bedürfnis: Das, außer mir zu wirken." Und Fichtes Name steht hier nicht von ungefähr: Mit einer Arbeit über Fichte promovierte Helmut Schelsky im Jahre 1935 in Leipzig. Er war damals 23, hatte, im Anhaltinischen geboren, in Königsberg und Leipzig Philosophie, Soziologie und Geschichte studiert. Unter seinen Lehrern waren Hans Driesch, der Soziologe und Philosoph, Hans Freyer, der Idealist und Soziologe, und der nur wenig ältere Arnold Gehlen, der spätere Anthropologe und Begründer einer empirischen, naturwissenschaftlich fundierten Philosophie und Soziologie, die bekanntlich zum bedeutendsten gehört, was in Deutschland im zwanzigsten Jahrhundert gedacht und gelehrt wurde. Gehlen blieb Zeit seines Lebens Helmut Schelskys Vordenker; diese beiden Wissenschaftler verband durch viele Jahre hindurch ein enges persönliches Verhältnis.

Mit der Dissertation über Fichte begann Helmut Schelsky, der nie einen Hehl daraus gemacht hat, daß er 1933 zunächst die nationalsozialistische Revolution begrüßt hatte, seine erste Karriere: 1939 habilitierte er sich an der Universität Königsberg für die Fächer Philosophie und Soziologie mit einer bis heute wichtigen Arbeit über Thomas Hobbes, 1943 wurde er zum Professor für Soziologie an die Universität Straßburg berufen. Freilich war er bereits seit 1939 im Krieg: Infanterieoffizier im Osten, schwerverwundet, danach wieder Fronteinsatz bis zum Ende.

Nach dem Kriege baute er zunächst den Flüchtlings- und Kriegsgefangenen-Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes auf, eine großartige praktisch-organisatorische Leistung, die Helmut Schelsky mit dem gewohnten Einsatz, aber im ganzen eher beiläufig meisterte. 1948 wurde er an die Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg berufen, und damit fing die zweite Karriere an. Er wurde der führende empirische Soziologe im Nachkriegs-Deutschland und der eigentliche Gesellschaftslehrer der fünfziger und sechziger Jahre.



Gesellschaftsanalytiker, Organisator, politischer Schriftsteller: Helmut Schelsky (1912-1984) FOTO: BRIGITTE HELLGOTH

Seine akademischen Stationen waren nach der Akademie für Gemeinwirtschaft die Universitäten Hamburg und Münster. Dort entstanden die großen Untersuchungen über „Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend" (1952) und „Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart" (1953). Es erschienen grundlegende Arbeiten zur Theorie der Institutionen, aber auch das Buch zur „Soziologie der Sexualität" (1955).

Die Krönung war schließlich, 1957, das Buch „Die skeptische Generation", dessen Wirkung in Wissenschaft und Gesellschaft außerordentlich war. „Die skeptische Generation" wurde zu einem soziologischen Leitwerk der Zeit, Pflichtlektüre für jeden, der irgendwie mit der Jugend zu tun hatte, Prüfungsstoff fast aller Lehramtskandidaten und ein Muß für jeden Soziologiestudenten.

Von der Basis seines gesicherten akademisch-gesellschaftlichen Rufes aus startete Helmut Schelsky seine dritte Karriere: die des Universitätsgründers und Bildungspolitikers. Mit dem nordrhein-westfälischen Kultusminister Mikat zusammen konzipierte er eine der wichtigsten universitären Neugründungen, die Universität Bielefeld. Sie sollte nach Schelskys Absicht große Namen vereinen und entsprechend den Humboldtschen Vorstellungen von der Freiheit der Wissenschaft gleichzeitg den akademischen Nachwuchs in hohem Maße an der Entwicklung und dem Ausbau des Wissenschaftsbetriebes beteiligen.

Aber es war die Zeit der Studentenrevolte. Die „kulturrevolutionäre" Destruktionskraft einer nicht mehr nachdenklich-skeptischen, sondern utopisch-törichten Generation wurde als Vehikel für Karrieren von einem akademischen Mittelbau benutzt, der den Einfluß, dem ihm Schelskys liberale Universitätskonzeption einräumte, vor allem zum Aufbau eigener Herrschaftspositionen mißbrauchte.

Aus dieser Zeit stammte eine Schelsky fortan prägende Enttäuschung über die Illoyalität auch einstiger Mitarbeiter, die sich in die mittelmäßige Front einer gegen seine Person gerichteten Bewegung einreihen ließen. Schelsky konnte und wollte nicht in Bielefeld bleiben, aber sein Weggang war ein Paukenschlag, eine akademische Sensation, die nur ein Schelsky zuwege bringen konnte: Mit Hilfe seiner verbliebenen Freunde in Universität und Ministerium gelang es ihm, seinen Bielefelder Lehrstuhl unter den Arm zu nehmen und mit ihm an die Universität Münster zurückzugehen, ein Vorgang, einmalig in der deutschen Universitätsgeschichte.

Der „späte Schelsky" wurde zum entschiedenen politischen Schriftsteller. Zweifellos auch aus den Erfahrungen seines politischen Engagements der dreißiger Jahre heraus hatte Schelsky sich bis weit in die sechziger Jahre hinein mit eigentlich politischen Äußerungen zurückgehalten. Aber die ideologischen Verzerrungen auch seines eigenen Faches, die mit der „Studentenrevolte" die Institution Universität so weitgehend zerstört hatten, stellten eine zu große Herausforderung dar. Nachdem schon in breit wirkenden Aufsätzen und Artikeln gegen die „Systemveränderer" und ihre institutionelle Verantwortungslosigkeit zu Felde gezogen worden war, erschien 1975 das Buch „Die Arbeit tun die andern. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen", eine vehemente Abrechnung mit der destruktiven, scheinrevolutionären und pseudokritischen Ideologie der Zeit.

Wer politische Bücher schreibt, verschafft sich um so mehr Feinde, je mehr Freunde er gewinnt: Dies ist ganz unausweichlich. Die Verbreitung der Schriften des politischen Autors Schelsky war enorm, also stieg auch die Anzahl seiner Feinde, namentlich auch an den Universitäten. Zu ihrem Schaden werden heute vielerorts die neuen Generationen von Studenten daran gehindert, sich klarzumachen, welche Bedeutung der Soziologe Schelsky für die Entwicklung des Faches gehabt hat und weiter haben wird.

Helmut Schelsky lebte von der Wirkung seiner Persönlichkeit, aber das bedeutete für ihn stets und vor allem einen enormen Aufwand an geistiger Konzentration und Arbeitsleistung. Von seinen Mitarbeitern verlangte er Überdurchschnittliches, er hatte jeden Respekt vor der Leistung, auch wenn sie inhaltlich im Widerspruch zu seinen eigenen Gedanken stand. Die durch rastlose Arbeit erreichte öffentliche Wirkung war sein Alles. Als er erkannte, daß seine ständig überforderten Kräfte seinem Leistungsanspruch nicht mehr genügen konnten, erloschen Lebenswille und Leben. Wir haben mit Helmut Schelsky einen großen Mann verloren.

BERNARD WILLMS

Neue deutsche Filme im Forum der Berlinale

Drei Babys, zwei Ritas

Das Forum der Berlinale ist für Überraschungen doch noch gut. Da glaubt man etwa, wieder einmal einem der zahllosen „Autorenfilme" (meist mehr Autor als Film) beiwohnen zu müssen - und sieht plötzlich echtes, wenn auch schwül-schwules Kino. Uwe Frieszmers neuer Film „Baby", in Berlin gedreht, hat immerhin Berliner Pfiff in der Milieuschilderung, im Tempo und im Dialog.

Baby, ein junger Mann, der davon träumt, ein Sportstudio aufzumachen, kann zwar Karate, aber er hat das Leben noch nicht so richtig im Griff. Vorerst reicht es nur zum Rausschmeißer in einer Diskothek. Auf der schiefen Bahn, zusammen mit den Ganoven René und Pjotr, kommt er dann an die schnelle Mark. Beim letzten Raubüberfall allerdings passiert ein Mord. In der Schlußeinstellung des Film sieht man Baby und Pjotr in einer Telefonzelle und weiß: über Telefon werden die beiden bald nicht mehr zu erreichen sein.

Frieszmer konzentriert seine Geschichte auf das kumpelhaft erotische Verhältnis der drei Männer. Flotte Bienen bleiben außen vor bei diesen duften Typen. „Geil, wa?" finden diese Berliner Jungs, sehr gut gespielt von Laiendarstellern, zunächst einmal sich selbst. Und Frieszmers Kamera läßt keine Gelegenheit aus, sich dieser Meinung anzuschließen.

Herbert Achternbuschs neuer Film „Rita Ritter" dürfte, im Gegensatz zu „Baby", schwerlich den Weg in die Kinos finden. Achternbusch bleibt in sehr engen Weißwurstgrenzen. Die Titelheldin Rita Ritter ist ein Münchner Schriftsteller, der sich einst in eine Pariserin namens Rita verliebte. Da er sie nicht heiraten konnte, verwandelte er sich in eine Frau und nannte sich fortan Rita. Aber es gibt ein Wiedersehen, bei dem die richtige Rita „dem" Rita an der Bar eines Bistros gesteht, ihr Geschlechtsleben hätte sich in den letzten 20 Jahren darauf beschränkt, ein einziges Mal einem Neger bei der Selbstbefriedigung zugeschaut zu haben.

Die Zuschauer bei Achternbusch sind noch übler dran. Sie haben rein gar nichts zum Zuschauen. Sie kriegen immer nur lange Monologe in getragener Sprechweise zu hören. Auch der Höhepunkt ist nicht absehbar, sondern nur ablesbar. Beide Ritas halten auf der Hackerbrücke am Münchner Hauptbahnhof ein Transparent nach dem anderen hoch. Ihre Parolen lauten: Nieder mit Passau! Nieder mit Deutschland! Nieder mit der Ehe! Nieder mit dem Ende!

Neue deutsche Filme bleiben weiterhin Glücksache und vor allem Geschmacksache. Reines Glück hatte das Forum hingegen mit seinen nostalgischen Tangofilmen und einer ganzen Reihe bemerkenswerter Dokumentarfilme. Als Meisterwerke dieses Genres ragten „Die Rache der Natur" des Schweden Stefan Jarl und „Faits divers" (Vermischte Nachrichten) des französischen Fotojournalisten Raymond Depargon heraus. Beide Filme haben trotz verschiedener Thematik (Apokalypse im hohen Norden, Polizistenalltag in Paris) eines gemeinsam: Sie gewinnen ihre starke Überzeugungskraft aus dem persönlichen Engagement und dem glänzenden Handwerk ihrer Autoren. Ansichtssachen nicht nur fürs Auge.

BERND PLAGEMANN

Stuttgart: Brechts „Leben Eduards des Zweiten"

Gekrächz im Dunkeln

Ein nachdenkliches „Hm" ist das tonlose Fazit des Rezensenten nach der Aufführung von Brechts „Leben Eduards des Zweiten von England (nach Marlowe)" im Staatstheater in Stuttgart. Wer Marlowes eigenes Stück gesehen oder gelesen hat, ist tief beeindruckt von diesem genialen, rasenden, Sitte und Religion verhöhnenden Dichter und Geheimdienstmann, der mit dreißig Jahren ermordet wurde, und Shakespeares Hochschätzung für seinen maßlosen Zeitgenossen ist verständlich.

Brechts Dramaturgen-Adaptation anfangs der zwanziger Jahre für die Münchener Kammerspiele ist, mit Marlowe verglichen, der angeblich „nicht genügte", ein hölzern Ding. Sehr „episch", Szene für Szene mit einer vorausgeschobenen, mitgesprochenen Inhaltsangabe, sprachlich verschachtelt mit vielen typisch Brechtschen Partizipien, „Mein Amt in eure Hände, Königin, rücklegend, rückkehrend zu den Büchern", Übergang vom vollmäuligen Expressionisten zum steifleinenen, episierenden Oberlehrer. Günter Krämers Inszenierung des armen Eduard, der Reich und Krone wegen seiner hartnäckigen Liebe zu seinem Günstling und Metzgerssohn Gaveston, der „Hure Eduards", verliert, überbietet den Manierismus Brechts um ein Vielfaches. Die Spieler sprechen so abgehackt oder auch so kreischend, daß die Zuschauer den Text im voraus kennen müssen.



Halbnackt, aber mit Partizipien: Szene aus der Stuttgarter Brecht-Aufführung FOTO: HANNES KILIAN

Schlachtfelder werden durch steifbeinig im Tangorhythmus durcheinander schreitende Figuren oder durch Vogelgekrächz im Dunkeln dargeboten, und Eduard (Benno Ifland) thront halbnackt, überzogen mit bläulicher Haut, hoch oben auf einer Säule wie ein Stylit, während die Bischöfe und die Peers (lauter Hosenrollen, in Umkehr des elisabethanischen Theaters: Judith Diamantstein, Maria Wiecke, Maria Alten, Cornelia Kempers) auf Bänken vor und über einer rundum laufenden, mannshohen, roten Brüstung mit dünnen Stimmen ihren Part aufsagen.

Ifland ist ein guter Schauspieler, und er gewinnt ebenso wie Mortimer (Tillmann Braun) der Rolle ein Höchstmaß an Kunst ab, besonders während der hartnäckigen Kämpfe um die Abdankung.

Der vierschrötige Günstling Gaveston von Heinz Schubert tänzelt zu Tangomusik lüstern und frech umher, der klassisch gebildete Mortimer, meist mit einem antiken Gipskopf unterm Arm, wird vom zeitweise siegreichen Eduard geschont, dafür aber nackt ausgezogen. Und da die vom König verschmähte Königin (Magdalena Eberle), ein Zwischending zwischen keifender Schlampe und armseliger Hure, gleichzeitig einen totalen Striptease macht, entsteht Gelächter im Publikum über das derartig symbolisch gekennzeichnete neue Paar.

Aber lassen wir's gut sein. Der echte Marlowe ist besser als Brecht, und Brecht ist besser als Krämers Behandlung. Der Beifall war mäßig, und ob die paar Buhs von Brecht-Fans oder Inszenierungs-Kritikern stammten, bleibt unklar. Ich muß hier Alfred Kerr plagiieren: Als ich um elf auf die Uhr sah, war es neun.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

KULTURNOTIZEN

Die Nordischen Filmtage in Lübeck werden im November der norwegischen Schauspielerin Liv Ullmann eine Retrospektive widmen.

Die Galleria Borghese in Rom bleibt wegen Baufälligkeit geschlossen.

Händels Oratorium „Salomon" steht im Mittelpunkt der 64. Händel-Festspiele, die vom 8. bis zum 11. Juni in Göttingen stattfinden.

Mehrere Pariser Museen machen jetzt ihre Ausstellungen auch für Blinde zugänglich.

In Mexiko ist eine 600 Jahre alte Kultstätte des mexikanischen Indianerstammes der „Purepechas" entdeckt worden.

JOURNAL

Polnische Literatur unter zunehmendem Druck

dpa, Warschau

Die polnischen Verlage sollen sich in Zukunft wieder mehr an ideologischen und sozialistischen Werten ausrichten. Das verlangte Kazimierz Molek, stellvertretender Leiter der Kulturabteilung des Zentralkomitees. Er kündigte außerdem an, daß oppositionelle Schriftsteller der „inneren Emigration", die Werke in polnischsprachigen Verlagen des Auslands veröffentlicht haben, nicht mehr mit dem Druck ihrer Bücher in Polen rechnen können. Molek kritisierte auch die für 1984 in Aussicht gestellte „Fortsetzung des Czeslaw-Milosz-Festivals". Es sei bekannt, daß der in den USA lebende Nobelpreisträger nicht nur ein Dichter und Essayist sei, sondern auch ein „Symbol für die antikommunistische Haltung der Emigrationsliteratur".

Intendanten-Wechsel am Deutschen Theater

dpa, Berlin

Der Schauspieler Dieter Mann wird mit Beginn der neuen Spielzeit Intendant des Deutschen Theaters (DT) in Ost-Berlin. Er tritt damit die Nachfolge von Rolf Rohmer an, der erst im Herbst 1982 die Leitung der Bühne übernommen hatte. Oberspielleiter wird der Regisseur Friedo Solter. Mit dem Intendantenwechsel wurden die Konsequenzen aus den Problemen gezogen, die es in jüngster Zeit am DT gegeben hatte. So war die Inszenierung von „Faust II", mit der das hundertjährige Jubiläum des Hauses hatte gefeiert werden sollen, mehrmals verschoben worden und schließlich ganz geplatzt.

Deutsche Theatergruppe in Ungarn gegründet

dpa, Szekszárd

In Ungarn, wo etwa 200 000 Bürger deutscher Herkunft leben, ist von Amateuren eine Theatergruppe gegründet worden, die die deutsche Sprache durch Theateraufführungen lebendig erhalten soll. Die erste Vorstellung der „Deutschsprachigen Premierenbühne" fand bereits in der südungarischen Stadt Szekszárd statt. Gezeigt wurde Arthur Schnitzlers „Anatol". Später will das Ensemble auf Tournee gehen.

Wettbewerb für geistliche Chormusik

DW. Berlin

Mit finanzieller Unterstützung der Gema-Stiftung haben Berliner Kirchen einen Kompositionswettbewerb für geistliche Chormusik ausgeschrieben. Preise von 3000, 2000 und 1000 Mark werden vergeben. Die Jury wählt zwölf Werke aus, von denen Aufführungsmaterial hergestellt wird und die in vier Vorkonzerten dem Publikum vorgestellt werden. Auskünfte erteilt die Kantorei der Lindenkirche, Johannesberger Str. 15a, 1000 Berlin 33.

Uni Edinburg erhält Koestler-Lehrstuhl

dpa, Edinburg

Die schottische Universität Edinburg wird den ersten britischen Lehrstuhl für Parapsychologie erhalten, für dessen Einrichtung der Schriftsteller Arthur Koestler rund zwei Millionen Mark hinterlassen hat. In Edinburg lehrt John Beloff, einer der Testamentsvollstrecker Koestlers, Psychologie. Der künftige Lehrstuhlinhaber soll sich zunächst vor allem mit außersinnlichen Wahrnehmungen und mit Psychokinese befassen.

Ramses-Statue in Ägypten entdeckt

dpa, Kairo

Bei Arbeiten an einer Erdöl-Pipeline südöstlich von Kairo ist eine rund 3000 Jahre alte Sandstein-Statue von Ramses II. entdeckt worden. Die 1,35 Meter hohe Statue stellt den Herrscher des Neuen Reiches (1290-1224 v. Chr.) in sitzender Haltung mit auf den Knien ruhenden Händen dar. Sein Name ist in Hieroglyphen auf dem Standbild eingemeißelt. Ramses II. gilt als der größte Baumeister des pharaonischen Ägypten.

Neue „Theaterehe" am Niederrhein

dpa, Mönchengladbach

Die Nachbarstädte Krefeld und Mönchengladbach haben einen neuen Bühnenvertrag unterzeichnet, der mit zweijähriger Kündigungszeit unbefristet ist. Die Mönchengladbacher hatten diese seit 25 Jahren bestehende Gemeinschaft aufgekündigt, um bessere Bedingungen für die Zeit nach dem Ausscheiden der Aachener Bühne als Spielpartner im Stadtteil Rheydt zu erreichen. So soll die mit 54 Millionen Mark ausgebaute Stadthalle von Rheydt mit der Spielzeit 1984/85 als Opernhaus genutzt werden. Für 1985 sucht man nun einen neuen Generalintendanten. Im Gespräch sind Dr. Erdmut Christian August (Osnabrück), Eike Gramss (Darmstadt) und der Schweizer Tobias Richter.

Die Denkmalschützer von Paris orientieren sich nicht an den sonst enggezogenen Grenzen ihres Gewerbes. Neben den „großen Namen", wie etwa das „Buffet 1900" im Gare de Lyon, können durchaus *die kleinen, typischen Fronten auf die Listen geraten.*



Paris läßt seinen Charme schützen



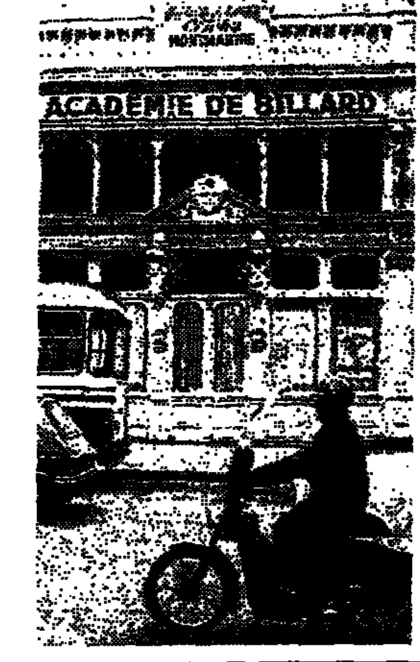
Von A. GRAF KAGENECK

Was eigentlich macht den Charme von Paris aus, mag sich der Fremde immer wieder fragen. Der seidige Himmel im Frühling, der das nicht allzuferne Meer widerzuspiegeln scheint? Die Kirchen, die Paläste im Marais und in Saint-Germain, das Seine-Ufer mit seinen Liebespaaren und Clochards, die Gärten und Parks mit ihren überströmenden Blumenseen? Das alles ist es natürlich auch. Aber ein großer Teil der Ausstrahlung dieser Stadt geht von etwas aus, das der Tourist wahrscheinlich kaum bewußt in sich aufnimmt, unbewußt aber zu einem eben typisch pariserischen Umfeld verarbeitet: von den alten Läden, Restaurants, Kneipen und windschiefen Häusern, die zwar nicht viel Aufhebens von sich machen, aber oft mehr von alten Zeiten erzählen als mancher pompös konservierte Prunkbau. Die Pariser Stadtväter unter ihrem unermüdlichen Oberhaupt Jacques Chirac haben dies längst gemerkt, und die Kultur-Dezernenten der Stadt haben seit einigen Jahren damit begonnen, diese Schätze aus der Vergangenheit aufzulisten und unter Denkmalschutz zu stellen.

Zu den Kulturgütern, die nicht mehr in ihrer Substanz verändert oder gar abgerissen werden dürfen, gehören längst das „Maxim's", Schlemmertempel des dritten Empire und Denkmal des „Fin de siècle" schlechthin in aller Welt. Zu ihnen gehört das (deutschen Touristen wenig bekannte) Bahnhofsrestaurant im Gare de Lyon, eine wahre Kathedrale bürgerlichen Gaumenschmauses, an deren Tischen man sich wie weiland Marcel Proust auf die Suche nach der Vergangenheit begeben und dazu noch vorzüglich speisen kann. Zu ihnen gehört, wie könnte es anders sein, das „Café de la Paix" am Place de l'Opéra, das seinen Namen, wie die benachbarte Straße der Juweliere und der Parfüm-Fabrikanten, dem Frieden von Frankfurt 1871 verdankt.

Schon 1973 hatte das Kulturministerium den Architekten Gilles-Henry Bailly damit beauftragt, erhaltenswerte Einrichtungen in Paris aufzuspüren. Wenn man weiß, daß es allein 60 000 Boutiquen aller Art in der Stadt gibt, unter denen viele hundert und mehr Jahre alt sind, kann man sich das Jahrhundertwerk vorstellen, das Bailly und seine Mannschaft auf sich nahmen. Hinzu kommen Restaurants, Cafés, Bistros, Wein-Depots, Kohlenhandlungen (sie gibt es noch heute, aber viele wurden in Restaurants mit dem originellen Namen „Bougnat" verwandelt und genießen einen vorzüglichen Ruf) und alte Pferdeställe aus der Droschkenzeit. 700 „Fälle" wurden schließlich in die engere Wahl gezogen, und unter diesen hielt man endgültig 123 zurück. Ein gutes Hundert Baudenkmäler also, die auf besonders pittoreske Weise das Patrimonium der Nation bereichern sollen.

Die Kriterien der Bailly-Truppe orientieren sich nicht an den engen Grenzen konventionellen Denkmalschutzes. Einige unter ihnen rümpften die Nase, wenn sie, statt eine romanische Kirche aus dem ausgehenden Mittelalter in das Stadium conservandi zu erheben, Ihr Plazet zur Erhaltung eines Bäckerladens aus dem 19. Jahrhundert geben mußten – nur, weil er eine besonders hübsche Glasmalerei auf seinem Schaufenster aufwies oder die getäfelte Innendekoration durch die Jahrzehnte hindurch bewahrt hatte. Diese oder jene Boutique, die noch ihren original schmiedeeisernen Gitterschutz vor der Eingangstür hat oder niemals an die „kitschige" Aufarbeitung ihrer Frontbemalung rührte, deren Firmennamen noch in der alten gotischen Schrift unserer Urgroßväter prangt und in der man noch den Mief des vorigen Jahrhunderts zu wittern meint, gibt dem Pariser Straßenbild seine unnachahmliche Note.



70 Tote bei Brand in Elendsviertel

dpa, São Paulo

Mindestens 70 Menschenleben hat eine Explosionskatastrophe im brasilianischen Bundesstaat São Paulo gefordert, bei der ein an einer Ölpipeline gelegenes Elendsviertel am Samstag nahezu vollständig in Flammen aufging. Die meisten der Opfer waren Kinder und alte Leute, die sich vor der Feuersbrunst nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten.

Nach Angaben der Rettungsmannschaften wurden bisher 67 Leichen geborgen. Drei von insgesamt 35 Schwerverletzten starben im Krankenhaus. Es wird befürchtet, daß sich die Zahl der Todesopfer noch weiter erhöht. Tausende der obdachlos gewordenen Slum-Bewohner fanden zunächst in Schulräumen der nahegelegenen Industriestadt Cubatao eine Bleibe.

Ursache des Unglücks war nach Angaben der Öl-Raffinerie „Petrobras" ein offenbar durch Überdruck entstandenes Leck in der Pipeline, die zwischen dem Hafen Santos und Cubatao verläuft. Das ausgelaufene Öl entzündete sich, explodierte und setzte die illegal auf dem Pipeline-Gelände entstandene Slum-Siedlung in Brand.

Der Chefingenieur der „Petrobras" räumte inzwischen ein, frühe Warnungen der Bewohner seien durch „bürokratische Verzögerungen" vielleicht nicht rechtzeitig beachtet worden. Zunächst hatte es bei der Öl-Gesellschaft geheißen, die Bewohner seien der Aufforderung zum Verlassen der Siedlung oft nicht gefolgt. Im übrigen habe man immer wieder erfolglos versucht, die Ansiedlung auf dem Gelände zu unterbinden.

Noch Stunden nach Beendigung der Löscharbeiten irrten Dutzende von Menschen weinend durch die rauchenden, verkohlten Reste ihrer Holzhütten auf der Suche nach vermißten Familienmitgliedern und den Resten ihrer Habe. „Ich habe meine ganze Familie verloren, meine Frau, meine drei Kinder", schluchzt ein Mann. Ein anderer Überlebender, Manoel de Souza, klagt die Gesellschaft an: „Wir haben der ‚Petrobras' schon am Freitagnachmittag das Leck gemeldet. Aber sie haben niemanden geschickt."

Von der Sitzung des Krisenstabs zum feuchtfröhlichen Abend

Auch organisatorisch gewinnt der Brummi-Protest am Brenner immer mehr an Kontur

PETER SCHMALZ, München

Das Komitee tagt, am Telefon meldet sich der Krisenstab, Forderungen werden hektographiert verbreitet: Was mit der spontanen Wut der von *bummelnden Zöllnern lahmgestellten* Fernfahrer mit plötzlich quergestellten Sattelschleppern bei Kiefersfelden und mit Menschenketten auf der Brenner-Autobahn begonnen hat, das gewinnt von Tag zu Tag an Kontur. Die Blockierer mausern sich zu Verhandlungspartnern der italienischen Regierung.

Samstagnacht, 21 Uhr, wird vom verschneiten Paß in Richtung Rom gemeldet: „Hier schreibt der ‚Krisenstab Brenner'. Die von der italienischen *Regierung* gemachten Vorschläge sind für den ‚Krisenstab *Brenner' und für das Komitee* ‚Europäischer Fernfahrer' nicht akzeptabel".

20 000 Schillinge gespendet

Zur selben Stunde vergnügen sich 200 Landstraßenkapitäne im „Parkhotel" von Matrei bei Volksmusik und Wiener Schnitzel. *Die* Tiroler Handelskammer hat 20 000 Schillinge gespendet *und den seit Dienstag* am Brenner festsitzenden Fahrern einen fröhlichen Hotelabend geschenkt. „Die haben sich riesig gefreut", erzählt Hotelchefin Elisabeth Obojes. „Und sie haben sich tadellos verhalten. Wir waren über diese Gäste angenehm überrascht."

Weniger erfreut waren die Fahrer über die *Meldung* einer Boulevard-Zeitung, wonach ein geschäftstüchtiger Kioskbesitzer einen Wohnwagen und zwei Damen des ältesten Gewerbes zur seelischen Erwärmung der Fahrer gechartert habe und sich eines regen Zuspruchs erfreuen könne.

„Wir haben uns darüber wahnsinnig *geärgert", schimpft einer. Denn das* schürt das Mißtrauen daheim und *entpuppte* sich als schichte Erfindung: „Wir haben die ganze Strecke kontrolliert und nichts entdeckt".

In der Nacht zum Sonntag wird über das Brenner-Telefon 333 die Korrektur einer weiteren Fehlmeldung versucht. Eine Agentur hatte berichtet, die Blockade werde auf jeden Fall bis Montag 24 Uhr bestehen. Am Brenner aber habe sich der Krisenstab, der aus Tirolern besteht, und das Komitee „Europäischer Fuhrunternehmer", zu dem sich 20 italienische, einige Tiroler und zwei deutsche Unternehmer zusammengeschlossen haben, auf eine weit flexiblere Formulierung geeinigt. Ohne *exakte Zeitangabe* wird nun nur noch festgestellt, die Blockade „bleibt bis *auf weiteres aufrecht*".

Fahrer und Unternehmer auf der Paßhöhe legen auf diesen *kleinen* Unterschied großen Wert, denn darin *steckt immerhin die Möglichkeit, daß* die pferdestarken Motoren auch schon am Montagmorgen angeworfen werden könnten, falls Blockierer und Rom zu einem Konsens finden. Ob der Gesetzentwurf, den das italienische Kabinett am Samstag vorlegte, trotz der ersten ablehnenden Äußerung durch den „Krisenstab Brenner" eine tragfähige Brücke dahin bieten könnte, darüber wird seit ge*stern vormittag 10 Uhr* im „Wipptaler Hof" in Steinach beraten. Den Deutschen, so war an diesem eisigen Vormittag zu erkennen, würden die römischen Zugeständnisse genügen, doch die Tiroler zeigen sich hartnäckiger.

Sie sehen in der Blockadeaktion die einmalige Chance, den italienischen Spuk an der Grenze ein für allemal auszumerzen, indem sie nicht nur ein anachronistisches Handelshemmnis, sondern auch eine be*trächtliche* Gefahr für das Leben der Fahrer sehen. Hans Bachler, einer der Tiroler *Streikführer, zur WELT*: „Im letzten Jahr haben allein wir Tiroler acht Kollegen durch tödliche Unfälle verloren, die durch die schleppenden Abfertigungen verursacht wurden. Wer bis zu 16 Stunden am Brenner warten muß, kann dabei kein Auge zumachen, denn alle paar Minuten muß er mit seinem Wagen wieder einige Meter aufschließen. Ist er dann endlich drüben, fährt er todmüde weiter, um die verlorene Zeit wieder reinzuholen".

Und ein *deutscher* Fahrer berichtet: „Manche wollen dann noch bis nach Rom preschen *und* wundern sich, wenn sie in Modena das Mauthäuserl mitnehmen". – „*Mein Chef*" sagt ein anderer, „weiß ja gar nicht, was hier vorgeht. Ich bin in der Regel nach drei Tagen wieder daheim, und er meint, das läuft ja prima. Daß ich aber die 24 Stunden Schlafzeit am Steuer bleibe und so die Wartezeit an der *Grenze* wieder hereinfahre, weiß er nicht."

Beifall für Strauß

Wie es derzeit im Blockadelager zugeht, scheint auch hohe Politiker nur wenig zu interessieren. Nur einer opferte seinen freien Samstag und fuhr samt *Tochter* und Schwiegersohn im grünen Geländewagen zum Brummi-Stau bei Kiefersfelden. „*Ich* bin gekommen, um mir selbst ein Bild zu machen", *begründet Franz* Josef Strauß seinen Ausflug. Die Fernfahrer spenden dem unangemeldeten Besucher im Trachtenhut langen Beifall.

Im Reich der Mitte rundet erst ein Telefon den Luxus ab

In China kommen 300 Menschen auf einen Fernsprecher / Modernisierung bis zum Jahr 2000

hst. Peking

Die Kommunikationsbranche gehört zu den letzten wirklichen Wachs*tumszweigen auf der Welt.* Während sich vor allem in den westlichen Ländern *die Unternehmen mit immer* neuen Erfindungen, Satelliten und Spielereien versuchen, die Telefonkunden abzujagen, ist das Telefon im riesigen Reich der Mitte immer noch ein absoluter Luxus. Der Fernsprecher gilt als Auszeichnung dem, der ihn hat – er bedeutet Degradierung für den, dem er genommen wird, oder den, der ihn nicht bekommt.

Nur für Privilegierte

Eine der englischsprachigen chinesischen Zeitungen in Hongkong meldete kürzlich, daß es in der Volksrepublik China derzeit etwa 300 Millionen Telefonanschlüsse gibt. Bei mehr als einer Milliarde Menschen kommt so nicht einmal ein Telefon auf 300 Einwohner. In *Asien*, zum Vergleich, liegt der Schnitt bei einem Telefon auf 33 Benutzer. *Dazu* kommt, daß in China die meisten der Anschlüsse *nicht einmal* der Öffentlichkeit *zur* Verfügung stehen. Die begehrten Apparate stehen in Behörden, Betrieben und in den Wohnungen von ganz wenigen privilegierten Funktionären. Ein Telefon ist es schließlich, das den hohen Parteiarbeiter mit Auto, Dienerschaft und komfortabler Wohnung von jenem unterscheidet, der sich auch noch des ganzen Wohlwollens der Spitze erfreut. Bells simpler Quasselkasten im Wohnzimmer *ist* ein individueller Luxus im Land der *kollektiven Tugenden. Mit* derartigem Luxus prahlt man nicht einmal, ja viele versuchen ihn gar vor den besten Freunden zu verstecken.

Als Chai Zemin, früher Botschafter der Volksrepublik in den Vereinigten Staaten, im vergangenen Jahr nach Hause zurückkehrte, schaffte er es *nicht, ein Telefon zu ergattern. In* diplomatischen Kreisen flüsterte *man von Karriereknick*, und tatsächlich wurde er bei der Vergabe wichtiger Posten übergangen. Dem Eingeweihten sagt die Nummer eine Menge über ihren Besitzer – bestimmte Vorwahlen stehen für bestimmte Stellungen. So bedeutet die 39 etwa Mitglied des Politbüros, die 7 muß ein Militär sein.

Doch solcherart Privilegierte entgehen auch nicht den Schwächen des völlig überalterten Systems. *Aus* diesem Grunde wurde im vergangenen *Jahr ein Vertrag mit* einer belgischen Tochter des amerikanischen Telefonriesen ITT geschlossen. Für fast eine Milliarde Mark soll bis zum Jahr 2000 ein hochmodernes Digitalsystem das archaische ablösen. Ob sich die Situation damit entscheidend ändert, bleibt abzuwarten. Zur Zeit jedenfalls verfügt nur etwa die Hälfte der chinesischen Städte über eine altersschwache Telefonverbindung. Und obwohl die Städte immer noch besser versorgt sind als die riesigen ländlichen Gebiete, zeigt das Beispiel der Gegend um Shanghai, was bessere *Versorgung bedeutet. Bei rund 12* Millionen Bewohnern gibt es 100 000 Anschlüsse. *Davon stehen nur rund* 5000 der Öffentlichkeit wirklich zur Verfügung – die anderen sind bei Behörden und in Betrieben installiert.

Öffentliche Telefone stehen meistens in den Hallen der großen Wohnhäuser. *Es* gibt einen Wächter, der Gespräche annimmt, den gewünschten *Teilnehmer ruft* und wohl *auch* mithört. Kenner glauben, daß alle irgendwie verdächtigen Gespräche sofort an die Polizei gemeldet werden. *Eher schlimmer ist es, daß der* Telefonwächter auch Feierabend macht. *Bei Sonnenuntergang sind so* die meisten Wohngebiete ohne Telefonverbindung zur Außenwelt – und das auch in Notfällen.

Probleme haben selbst hochqualifizierte Wissenschaftler. Für sie ist die Kommunikation per Telefon eminent wichtig, weil die meisten mangels Arbeitsräumen zu Hause forschen. Die Regierung hat für sie große Wohnblocks bauen lassen und pro Gebäude mindestens ein Telefon versprochen. Die Fernsprechbehörde aber fordert eine bestimmte Anzahl von Wohnungen pro Apparat. Diese *Zahl akzeptierte* die für die Wissenschaftlerwohnungen zuständige Be*hörde nicht, und so blieben die mei*sten ohne das an sich unverzichtbare Arbeitsmittel.

Langwieriges Unterfangen

Abgesehen von den Kosten – allein der Anschluß kostet etwa 1000 Mark – beginnen die Probleme aber erst recht, wenn man *telefonieren* will. Den richtigen Teilnehmer an die *Strippe zu bekommen kann ein lang*wieriges Unterfangen werden. Dazu knackt und knistert es nahezu ohrenbetäubend aus dem Hörer. Wohl ein Zeichen dafür, daß abgehört wird. Ein amerikanischer Geschäftsmann schilderte kürzlich der „Washington Post", wie er kurz vor Morgengrauen die Nottreppe eines Pekinger Hotels benutzte und zwei Angestellten mit einem Armvoll Tonbänder begegnete. Von der Unterhaltung der beiden schnappte er auf: „Wie war's letzte Nacht?" – „*Oh, ziemlich langweilig*, nur eine Menge geschäftliche Gespräche nach New York..."

Computer-Knöllchen

AFP, Lyon

Durch eine Computerpanne sind etwa 20 000 bis 30 000 Autofahrer im Großraum Lyon irrtümlich mit Strafzetteln bedacht worden. Der defekte Computer verhängte wahlweise Geldbußen in Höhe von 120 bis 150 Francs (40 bis 50 Mark). Zur Freude von wirklichen Sündern wurden jetzt alle seit dem *10.* Februar verschickten Strafzettel für ungültig erklärt.

Streit um Strip

AP, London

Empört hat sich ein Abgeordneter der britischen Konservativen über Pläne des Londoner Royal-Theaters geäußert, ein Stück aufzuführen, in dem eine Schauspielerin, die Premierministerin Margaret Thatcher darstellt, Striptease tanzt. Unter dem Gelächter der Opposition erklärte David Amess im Unterhaus, das Stück sei eine „Schande".

Brand im Kino

AFP, Brüssel

Mindestens fünf Menschen kamen bei einem Brand im zentral gelegenen Brüsseler Kino „Le Capitole" ums Leben. Beim Ausbruch des Feuers *saßen 500 bis 600 Zuschauer in den vier* Kinosälen. Die Ursache des Unglücks ist *noch* unklar.

Feuer gelegt

dpa, Düren

Im Alkoholrausch hat ein 33 Jahre *alter* Arbeitsloser in Düren (Nordrhein-Westfalen) ein Hochhaus in Brand *gesteckt, in dem mehr als 100* Menschen wohnen. Gegen den arbeitslosen und einschlägig vorbestraften Täter, der wenige Stunden später gefaßt worden war, wurde gestern Haftbefehl erlassen. Die meisten der Bewohner wurden von den Flammen aus dem Schlaf geschreckt. Sie stürzten sich bei Temperaturen um den Gefrierpunkt in Nachthemd und Schlafanzug auf die Straße. Meterhohe *Flammen* loderten aus dem Dach.

Lawinentod

dpa, Grenoble

Fünf Skiwanderer sind am Wochenende bei einem Lawinenunglück am Grand Collon bei Grenoble ums Leben gekommen. Sie waren in einer Gruppe von acht Wintersportlern von der 150 Meter breiten und einen *Kilometer* langen Lawine überrascht worden.

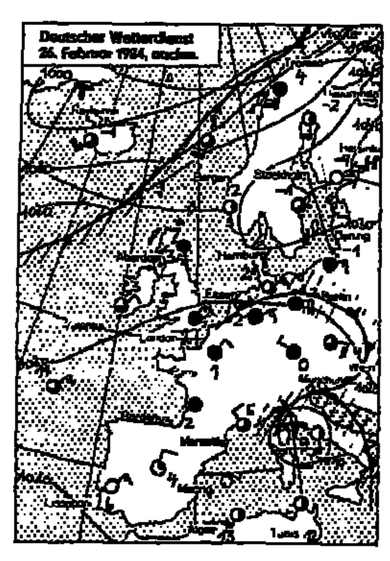
Amokschütze

AFP, Los Angeles

Ein *junger* Mann hat aus bislang nicht geklärten Gründen in einem Vorort von Los Angeles auf Schüler einer Grundschule geschossen. Eine Schülerin brach tot zusammen. Mindestens 12 weitere Menschen, zumeist Schüler, wurden zum Teil schwer verletzt. Als die Polizei das Haus stürmte, in dem sich der 28jährige verbarrikadiert hatte, beging der Todesschütze Selbstmord.

WETTER: Unbeständig, trüb

Wetterlage: *Ein Tiefdruckgebiet* zieht unter Abschwächung langsam von Süd- nach Norddeutschland.



Vorhersage für Montag:
Bundesgebiet einschließlich Raum Berlin: Bedeckt, vielfach neblig-trüb und zeitweise Regen oder Sprühregen, oberhalb 500 m Schneefall. In Süddeutschland am Nachmittag niederschlagsfrei und vor allem im Alpenvorland auflockernde Bewölkung. Höchste Temperaturen 1 bis 5 Grad, Tiefstwerte nachts bei 0 Grad. Nur im höheren Bergland leichter Frost. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Weiterhin *leicht* unbeständig, wenig geänderte Temperaturen.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	21°
Bonn	3°	Kopenh.	1°
Dresden	5°	Las Palmas	15°
Essen	2°	London	2°
Frankfurt	3°	Madrid	4°
Hamburg	2°	Mailand	7°
List/Sylt	1°	Mallorca	8°
München	0°	Moskau	–5°
Stuttgart	1°	Nizza	6°
Algier	13°	Oslo	–4°
Amsterdam	2°	Paris	1°
Athen	13°	Prag	4°
Barcelona	6°	Rom	9°
Brüssel	2°	Stockholm	–1°
Budapest	8°	Tel Aviv	18°
Bukarest	1°	Tunis	12°
Helsinki	–4°	Wien	4°
Istanbul	7°	Zürich	3°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 7.11 Uhr, Untergang: 17.59 Uhr, **Mondaufgang:** 6.20 Uhr, Untergang: 14.12 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Hunderttausende auf der Flucht vor dem Hunger

RALF PETER LAUCK, Maputo

Einen „Aktionsplan gegen die Dürre" in Afrika verabschiedeten jetzt auf einer Konferenz in Addis Abeba die Vertreter von 23 afrikanischen Ländern und 19 internationalen Hilfeorganisationen. Dieser Aktionsplan soll bessere Wettervorhersagen, „Frühwarnsysteme" gegen mögliche Ernteausfälle, ein Netz von Lebensmittel- und Futterlagern in den besonders von der Dürre betroffenen Gebieten des Schwarzen Kontinents und die „notwendige Infrastruktur" schaffen. Und wieder einmal keimt die Hoffnung auf, daß dieser neue Plan endlich mehr bewirkt als seine Vorgänger. Bisher nämlich wurde nicht viel ausgerichtet gegen die schlimmste Dürre dieses Jahrhunderts in Afrika, die nun schon seit 15 Jahren anhält und mehr als 150 Millionen Menschen in 34 Ländern bedroht.

Besonders schwer trifft es zur Zeit Moçambique. Hier sollen in den letzten Monaten allein mehr als 100 000 Menschen verhungert sein. Noch einmal 100 000 Menschen stehen kurz vor dem Hungertod, erklärten Regierungsbeamte, mindestens 4,7 Millionen Einwohner des Landes, *das ist* mehr als ein Drittel der Bevölkerung, leiden an Unterernährung.

Schuld an der Katastrophe in Moçambique ist *allerdings nicht nur* die Dürre, sondern auch die regierungsfeindlichen Rebellen, die immer wieder in das Land einfallen und Felder und Nahrungsmittellager zerstören.

Auf der Flucht vor Hunger und Überfällen sollen inzwischen schon mehr als 350 000 Menschen ihre Dörfer vor allem im Inneren des Landes verlassen haben. Sie alle suchen Nahrung und Schutz in Camps der Regierung. Etwa 30 000 Menschen, so schätzt man, verließen mit ihren wenigen Habseligkeiten auf dem Rükken das Land und zogen ins benachbarte Zimbabwe. Dort funktioniert die Versorgung der Bevölkerung immer noch besser, obwohl auch dieses Land schon seit drei Jahren unter einer schweren Dürre stöhnt.

Nach einem Bericht der Vereinten Nationen, der in der vergangenen Woche vorgelegt wurde, sind die Farmen von Moçambique nicht in der Lage, mehr als 15 Prozent der 380 000 Tonnen Mais, Weizen und Reis zu produzieren, die die Bevölkerung brauchte, um bis Ende April zu leben. Und selbst mit den Zusagen aus dem Westen, Japan, der Sowjetunion *und* Vietnam sowie den geplanten Zukäufen bleibt ein Versorgungsloch *von* 100 000 Tonnen, errechneten die UN-Beamten.

Schlimmer noch ist, daß die Regierung an die Zeit nach April gar nicht zu denken wagt. „Hier weiß kein Mensch, wovon die sich nach diesem Datum ernähren wollen", sagt der Vertreter einer der großen westlichen Hilfeorganisationen. Dabei hatte es vor ein paar Wochen noch so ausgesehen, als ob die Sorgen vorerst vorbei seien. Ein riesiges Tief hatte endlich Regen gebracht. Doch schnell wuchs sich der Segen zu einem tagelang anhaltenden Unwetter aus. 120 Menschen kamen ums Leben und die Wolkenbrüche wuschen auf vielen *Feldern die Saat aus. Die Fluten* zerstörten schließlich auch das Wasserwerk von Maputo – 800 000 Menschen waren zehn Tage lang ohne Wasserversorgung.: Zum Hunger kam auch noch der Durst.

Mindestens ebensoviel Sorgen machen der marxistischen Regierung *aber auch die Rebellen von der* Nationalen Widerstandsfront. Nach Angaben *von Regierungsbeamten zerstörten* die Guerrilleros in den letzten Wochen *mehr als 500 der sogenann*ten landwirtschaftlichen Zentren. Dabei wurden nicht nur Nahrungs- und Futtermittel vernichtet, sondern auch Werkzeuge und Maschinen. *Offiziell* wird der Schaden auf 40 Millionen Mark beziffert – mehr als zehn Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe seien zur Zeit nicht arbeitsfähig.

Besonders schlimm trafen die Überfälle aber die kleineren, kaum geschützten Familienfarmen, die das linke Regime vor einiger Zeit wieder zuließ – in der Hoffnung, mit der privaten Initiative die ständigen Versorgungsengpässe zu meistern.

So bleibt nur *die Hoffnung* auf noch mehr Hilfe von außen. Und die rollt. Mehr als ein Dutzend internationaler Hilfeorganisationen sind vor Ort. Allein die Vereinigten Staaten schafften in diesem Jahr schon 43 000 Tonnen Lebensmittel in das Land – mehr als sie im ganzen vergangenen Jahr nach Moçambique verschifften.

ZU GUTER LETZT

„Ich lese immer das Abendblatt, wenn ich nach Hamburg komme', sagte er. Daß das stimmt, beweist dieses Foto: Ed Koch war am Freitag das erste Mal in die Hansestadt gekommen." Bildunterschrift aus dem „Hamburger Abendblatt" über den Besuch des New Yorker Bürgermeisters Ed Koch.